

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan

2011/2012

Einzelplan 1.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht,
Rechnungshof

Einzelplan 1.1 Senat und Personalamt
(Abbildung in neuer Behördenstruktur; inkl. Bereich Medien)

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan

2011/2012

Einzelplan 1.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht,
Rechnungshof

Einzelplan 1.1 Senat und Personalamt
(Abbildung in neuer Behördenstruktur; inkl. Bereich Medien)

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan

2011/2012

Einzelplan 1.0

Bürgerschaft, Verfassungsgericht,
Rechnungshof

(von der Bürgerschaft am 24.11.2011 beschlossener Haushaltsplan 2011/2012)

Inhaltsübersicht

Einzelplan 1.0

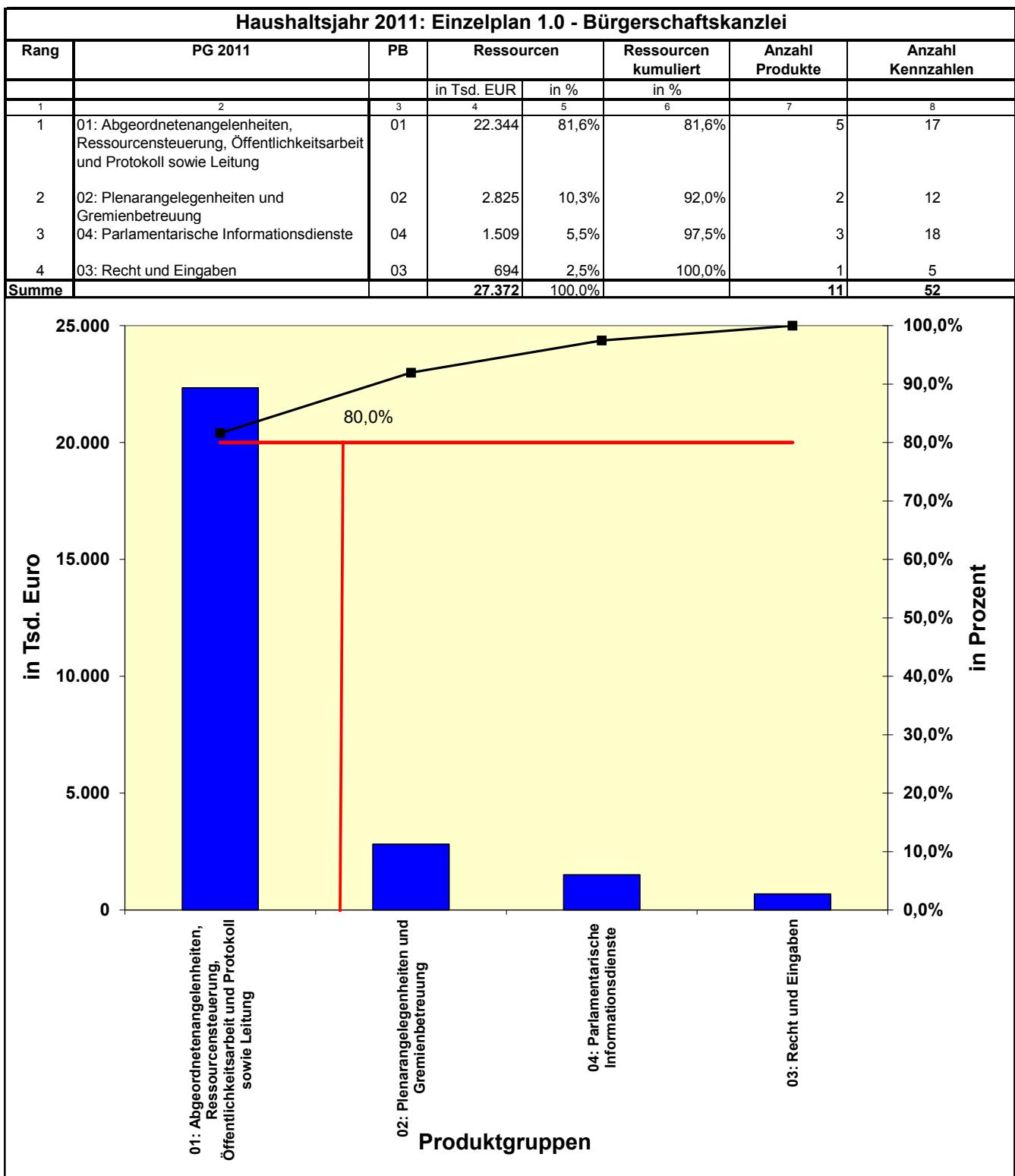
	Seite
Produktinformationen (gelbes Papier)	1 - 10
Zahlenwerk (weißes Papier)	1 - 19
Kontenrahmen für Dienstbezüge	20 - 23
Kontenrahmen für Versorgung	24 - 27
Kontenrahmen für Sachausgaben	28 - 32
Erläuterungen (graues Papier)	1 - 12
Erläuterungen zu den Kapiteln	
Allgemeine Aussagen zu den Kapiteln	
Titelerläuterungen	
Kapitel 1000 - Bürgerschaft -	
Kapitel 1020 - Verfassungsgericht -	
Kapitel 1030 - Rechnungshof -	
Anlagen	
1 Stellenplan (blaues Papier)	1 - 16
2 Wirtschaftspläne (rosa Papier)	
Sondervermögen „Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Abgeordneten der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg“	1 - 2
3 Übersicht über Deckungskreise (weißes Papier)	1 - 2

Produktinformationen

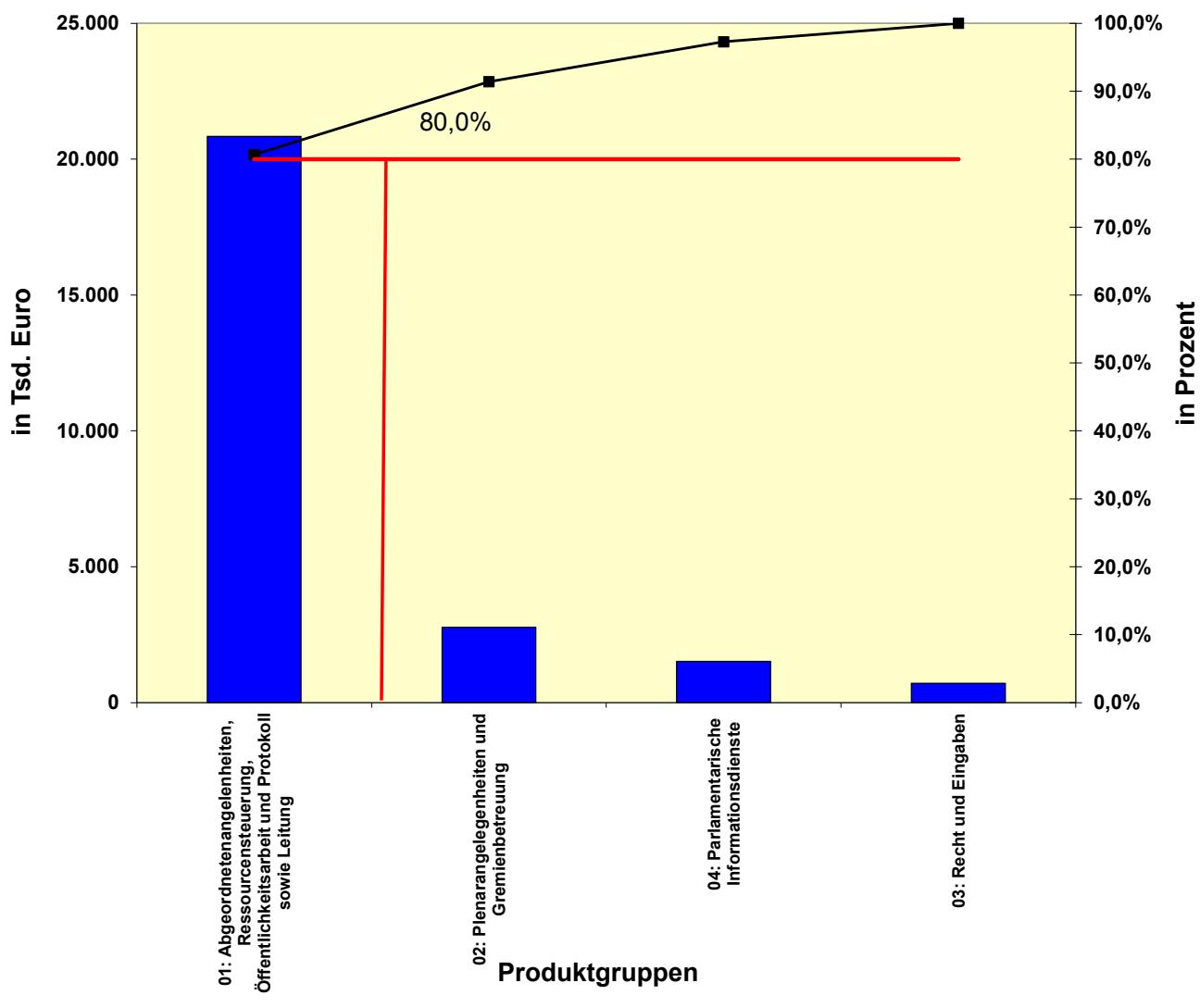
Erläuterung des Strukturdatenblatts zu den Produktinformationen:

Das **Strukturdatenblatt** auf der nächsten Seite zeigt auf einen Blick die jeweilige finanzielle Relevanz der jeweiligen Produktgruppen und Produktbereiche sowohl in tabellarischer Darstellung als auch als grafische Übersicht. Insbesondere grafisch wird deutlich, welche Produktgruppen vom Finanzvolumen her den Schwerpunkt des Einzelplans bilden.

Die Linie in der Grafik schneidet dabei die Produktgruppe, mit der 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans überschritten werden. Häufig sind es nur zwei oder drei Produktgruppen, auf die mehr als 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans entfallen. Die Grenze wurde bei 80 Prozent gezogen, da es in der Betriebswirtschaftslehre die so genannte 80/20-Regel gibt (Beispiel: 80 Prozent des Umsatzes werden mit 20 Prozent der Kunden erwirtschaftet). Idealtypischerweise sollten Ziele, Kennzahlen und Erläuterungen zu Produktgruppen, auf die ein hohes Finanzvolumen entfällt, ausführlicher dargestellt werden als bei Produktgruppen, deren Finanzvolumen im Verhältnis zum gesamten Finanzvolumen des Einzelplans gering ist. Soweit hiervon abgewichen wird, sollte es inhaltliche Gründe geben.



Haushaltsjahr 2012: Einzelplan 1.0 - Bürgerschaftskanzlei							
Rang	PG 2012	PB	Ressourcen		Ressourcen kumuliert	Anzahl Produkte	Anzahl Kennzahlen
			in Tsd. EUR	in %	in %		
1	2	3	4	5	6	7	8
1	01: Abgeordnetenangelegenheiten, Ressourcensteuerung, Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll sowie Leitung	01	20.841	80,7%	80,7%	5	17
2	02: Plenarangelegenheiten und Gremienbetreuung	02	2.771	10,7%	91,4%	2	12
3	04: Parlamentarische Informationsdienste	04	1.516	5,9%	97,3%	3	18
4	03: Recht und Eingaben	03	705	2,7%	100,0%	1	5
Summe			25.833	100,0%		11	52



Produktinformationen

Produktbereich 01: Bürgerschaftskanzlei

Kapitel 1000

Produktbereichskennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	204	205	212	206	209
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	11	1	0	-	-
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	193	204	212	206	209
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	21.985	24.115	23.925	27.110	25.646
• Personalausgaben in Tsd. EUR	14.361	15.944	15.873	18.112	16.654
• Sach- und Fachausbaben gesamt in Tsd. EUR	7.624	8.171	8.052	8.998	8.992
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	2	2	2	2	2
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	4.188	4.449	4.513	4.867	4.941
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	238	280	263	262	187
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ¹	74,79	75,42	76,65	75,03	75,03

Ziele des Produktbereichs

- Z 1: Unterstützung der Bürgerschaft, der Gremien und der Präsidentin bei der Wahrnehmung ihrer parlamentarischen Pflichten und Aufgaben.
- Z 2: Bereitstellung von parlamentarischen Informationen für die interessierte Öffentlichkeit.

Produktgruppen - Überblick

- PG 1 Abgeordnetenangelegenheiten, Ressourcensteuerung, Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll sowie Leitung
- PG 2 Plenarangelegenheiten und Gremienbetreuung
- PG 3 Recht-, Eingaben- und Internationales
- PG 4 Parlamentarische Informationsdienste

Produktgruppe 01: Abgeordnetenangelegenheiten, Ressourcensteuerung, Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll sowie Leitung

Kapitel 1000

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

- Z 1: Schaffung der strukturellen Voraussetzungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachabteilungen der Bürgerschaftskanzlei. Leitungsunterstützung in Sachen Ressourceneinsatz und wirksame Gestaltung der Darstellung der Bürgerschaft, insbesondere der Präsidentin und des Präsidiums in der Öffentlichkeit.
- Z 2: Sicherstellung der Gewährung von Leistungen nach dem Hamburgischen Abgeordnetengesetz, dem Fraktionsgesetz und dem Parteiengesetz

Produkte

P 1 Interner Service

Erläuterungen:

Interne Aufgaben- und Technikunterstützung (Personalbetreuung, Betrieb der IT-Infrastruktur, Bereitstellung von Anwendungen, IT-Benutzerbetreuung und -beratung, Geräte- und Materialverwaltung, Gebäudemanagement (im Rahmen der Richtlinie zum Fraktionsgesetz auch für die in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen).

¹ Ergebnis 2009: zuzüglich 10 VZÄ eingestellte Mitarbeiter des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur HSH Nordbank
Plan 2010/2011: zuzüglich 11 VZÄ eingestellte Mitarbeiter des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur HSH Nordbank und 10 VZÄ für eingestellte Mitarbeiter des PUA Elbphilharmonie

Produktbereich: 01
Bürgerschaftskanzlei

Ressourcensteuerung (Planung, Aufstellung und Steuerung der Sach- und Personalbudgets, Controlling, Prozessoptimierung, Organisation und Personalplanung).

Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen aller Art; Bürgerberatung.

P 2 Ressourcensteuerung

P 3 Internetservice für Abgeordnete, Fraktionen und Öffentlichkeit

Erläuterungen:

Bereitstellung parlamentarischer Informationen über das Internet, Weiterentwicklung und Pflege der Anwendungen

P 4 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll

P 5 Angelegenheiten der Abgeordneten, Fraktionen und Parteien

Erläuterungen:

Leistungen nach dem Abgeordneten- und dem Fraktionsgesetz; Parteienfinanzierungen; Angelegenheiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten.

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	204	205	212	206	209
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	11	1	0	-	-
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	193	204	212	206	209
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR ²	17.568	19.485	19.093	22.082	20.654
• Personalausgaben in Tsd. EUR	11.936	13.393	13.280	15.455	13.973
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	5.632	6.092	5.813	6.627	6.681
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	2	2	2	2	2
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	4.094	4.312	4.372	4.703	4.785
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	238	280	263	262	187

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	27,52	27,98	28,48	27,89	27,89

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
P 1: Interner Service:					
Anzahl der Fortbildungstage pro Beschäftigten					
Anzahl der Beschäftigten					
Zu betreuende Präsenzen (Internet, BürgerschaftIntern, Intranet) ³	5	6	3	-	6
Spezialangebote (Datenbanken, Interaktive Anwendungen, Online-Bestellmöglichkeiten, Video/Ton)	11	12	12	12	12
Html-Seiten insgesamt.	-	-	900	-	-
Monatliche Aktualisierungen	-	-	400	-	-
Anfragen (aufgerufene Seiten, nur Internet)	4.600.000	3.600.000	4.000.000	4.000.000	4.000.000
Nutzungs-Rang innerhalb der FHH-Seiten (nur Internet)	-	-	5	-	-
P 5: Angelegenheiten der Abgeordneten, Fraktionen und Parteien:					

² Darunter Personal- und Sachkosten für die PUA HSH Nordbank und Elbphilharmonie.

³ Präsenzen: Internet, Intranet, BürgerschaftIntern, Vermittlungsseite hamburg.de, rathausnacht.de, alster-detektive.de (seit 2009)

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Entgelt und Aufwandsentschädigungen (ohne Büro- und Mitarbeiterzuschüsse) in Tsd. EUR	5.243	5.534	5.435	5.789	5.460
Bürokosten in Tsd. EUR	1.176	1.004	1.120	1.756	980
Kosten für die Beschäftigung von Mitarbeitern in Tsd. EUR	3.555	4.573	4.529	4.711	4.578
Durchschnittliche Jahrestkosten pro Mandat in Tsd. EUR	82,43	91,83	91,60	101,29	91,06
Zahlungen pro Jahr an Hinterbliebene und Versorgungsleistungen in Tsd. EUR	177	209	247	243	312
Zuschüsse nach dem Fraktionsgesetz in Tsd. EUR	3.754	3.894	3.972	4.373	4.455
Zahlungen Parteienfinanzierung pro Jahr in Tsd. EUR	340	418	400	330	330
Anzahl der Abgeordneten	-	-	121	121	121
Wechsel von Abgeordneten pro Jahr ⁴	54	2	7	60	7
Anzahl der ehemaligen Abgeordneten bzw. Hinterbliebenen, die Versorgungsleistungen erhalten	50	52	49	59	75
Anzahl der Fraktionen und Gruppen	4	4	4	5	5
Anzahl der zur Parteienfinanzierung anspruchsberechtigten Parteien ⁵	5	5	5	5	5

Produktgruppe 02: Plenarangelegenheiten und Gremienbetreuung

Kapitel 1000

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
<i>Produkte</i>
P 1 Plenarangelegenheiten
Erläuterungen: Vorbereitung und Durchführung von Bürgerschaftssitzungen und Wahlen durch die Bürgerschaft; Festhalten und Weitergabe von Entscheidungen; rechtliche und fachliche Beratung; Erstellung des Plenarprotokolls; Betreuung des Ältestenrates; Bearbeitung von Kleinen und Großen Anfragen; Drucksachenverwaltung; Postverteilung
P 2 Gremienbetreuung
Erläuterungen: Vorbereitung und Durchführung der Ausschusssitzungen; Organisation externer Ausschussveranstaltungen; rechtliche und fachliche Beratung der Ausschüsse; Erstellung von Berichten und Protokollen; Verteilung von Ausschussmaterialien.

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.423	2.596	2.688	2.825	2.771
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.241	1.306	1.310	1.362	1.366
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.182	1.290	1.378	1.463	1.405

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	24,49	23,89	24,39	23,54	23,54

⁴ Im Wahljahr 2011 wechseln 60 Abgeordnete

⁵ Anspruchsberechtigt: CDU, SPD, GAL, FDP, DIE LINKE

Produktbereich: 01
Bürgerschaftskanzlei

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
P 1: Plenarangelegenheiten:					
Sitzungstage der Bürgerschaft	21	25	25	25	25
Kleine Anfragen	1.604	2.104	1.100	2.000	2.000
Große Anfragen	44	87	50	90	70
Anträge	198	419	250	300	400
Gesetzentwürfe	46	61	60	60	50
Ausschussberichte	252	273	350	350	350
Mitteilungen des Senats	134	139	200	200	150
Wahlen	38	19	20	40	20
Unterrichtungen der Präsidentin/des Präsidenten	82	61	60	70	60
P 2: Gremienbetreuung:					
Anzahl betreuter Ausschüsse ⁶	21	24	28	26	26
Ausschusssitzungen ⁷	122	231	250	280	280

Produktgruppe 03: Recht-, Eingaben- und Internationales

Kapitel 1000

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Unterstützung der Bürgerschaft, der Gremien und der Präsidentin bei der Wahrnehmung ihrer parlamentarischen Aufgaben.
Z 2: Sicherstellung eines umfassenden, kompetenten und an den Wünschen der Kundinnen und Kunden orientierten Administrations- und Rechtsservices für das Parlament (Präsidentin, Ausschüsse, Fraktionen und Gruppen), Bürgerinnen und Bürger.
Z 3: Zeitnahe und vollständige Befriedigung der Anliegen der Kundinnen und Kunden.

<i>Produkte</i>
P 1 Recht, Eingaben und Europa
Erläuterungen: Allgemeine Rechtsangelegenheiten; Geschäftsstelle des Eingabenausschusses, rechtliche Überprüfung und Bearbeitung der Eingabenvorgänge, Beratung von Petenten. Sitzungsvorbereitung für die bürgerschaftlichen Teilnehmer in parlamentarischen Konferenzen und europäischen Gremien.

Haushaltsdaten	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	627	629	671	694	705
• Personalausgaben in Tsd. EUR	400	420	438	435	444
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	227	209	233	259	261

Quantitätskennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	7	7	7	7,25	7,25

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

⁶ Einschließlich Parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, Unterausschüsse und weiterer parlamentarischer Gremien.

⁷ wie vorige Fußnote

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
P 1: Recht, Eingaben und Europa:					
Anzahl der Eingabenausschusssitzungen	53	56	55	60	60
Eingaben	787	637	850	1.000	1.000
davon beschleunigte Verfahren	192	109	250	150	150
Anzahl der vorbereiteten Sitzungen europäischer Gremien	25	25	25	34	34

Produktgruppe 04: Parlamentarische Informationsdienste

Kapitel 1000

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Unterstützung der Bürgerschaft, der Gremien und der Präsidentin bei der Wahrnehmung der parlamentarischen Pflichten und Aufgaben, umfassende, fachlich kompetente, zeitnahe und kundenorientierte Informationsvermittlung und -versorgung sowie Aufbau und Pflege von Online-Informationssystemen für die Bürgerschaft und andere Nutzer (Behörden, Presse, Öffentlichkeit),
<i>Produkte</i>
P 1 Parlamentsdokumentation
Erläuterungen: Auswertung und Bereitstellung von Parlamentsmaterialien, Recherchen in internen und externen Datenbanken, Kundenbetreuung
P 2 Parlamentsbibliothek
Erläuterungen: Bereitstellung von Fachliteratur und anderer Medien, Recherchen in internen und externen Datenbanken, Kundenbetreuung, Aufzeichnung von Fernsehsendungen und Plenarsitzungen
P 3 Pressedokumentation
Erläuterungen: Auswertung von Zeitungen und Zeitschriften, Pressespiegelerstellung, Inhaltserschließung, Recherchen in internen und externen Datenbanken, Kundenbetreuung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.367	1.405	1.473	1.509	1.516
• Personalausgaben in Tsd. EUR	784	825	845	860	871
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	583	580	628	649	645
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	94	137	141	164	156

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	15,78	16,55	16,78	16,35	16,35

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

Produktbereich: 01
Bürgerschaftskanzlei

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
P 1: Parlamentsdokumentation:					
Archivierte Dokumente der Bürgerschaft (Drucksachen, Plenarprotokolle, Ausschussprotokolle)	30.680	54.650	35.000	25.000	25.000
Archivierte Dokumente anderer Parlamente (Drucksachen, Plenarprotokolle; je 1 Exemplar) ⁸	2.632	2.554	0	0	0
Erschließung der hamburgischen Dokumente (formal u. inhaltlich)	2.246	3.100	2.300	3.100	2.300
Erfasste Dokumente und Vorgänge in Datenbanken	2.490	3.361	1.900	3.300	2.500
Recherchen im Web-Client der Datenbank Dokrates	36.746	56.107	56.000	56.000	56.000
Fachauskunft und Recherche	1.644	1.647	1.600	1.600	1.600
P 2: Parlamentsbibliothek:					
Medienbestand (Bücher, Zeitschriften, Loseblattwerke, Mikroformen, Videobänder u.a.)	30.022	31.551	35.000	33.000	33.000
Erschließung der Medien (Katalogisierung u. inhaltliche Erschließung aus Zeitschriften u. Büchern)	1.431	1.523	1.350	1.500	1.500
Fachauskunft und Recherche	1.161	1.120	1.300	1.200	1.200
P 3: Pressedokumentation:					
Zugang an Presseausschnitten	28.430	24.212	26.000	26.500	26.500
Ausgewertete Presseausschnitte	28.430	24.212	26.000	26.500	26.500
Ausgewertete Publikationen	67	67	52	67	67
Fachauskunft und Recherche	339	300	600	330	330
Veröffentlichte Pressepiegel	489	488	550	500	500
Auflage pro Pressepiegel	206	206	206	206	206
Kosten eines Pressepiegels (Stückzahl) in EUR	4,11	4,57	3,63	4,45	4,45
Kosten einer Ausgabe des Pressepiegels in EUR	846,99	941,95	812,45	917,19	917,19
Gesamtkosten des Pressepiegels pro Jahr in EUR	414.178	459.670	451.000	459.000	459.000

⁸ Die Dokumente der anderen Landtage, des Bundesrates und des Bundestages werden ab 2010 nicht mehr in Papierform archiviert.

H A U S H A L T S P L A N
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
FÜR DIE HAUSHALTSJAHRE 2011 / 2012

Einzelplan 01.0

Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Deckungskreise
Deckungskreis im Kapitel 1000

01 Leistungen an Abgeordnete bzw. deren Familien

KAPITEL		Steuern 0 ohne 09 Steuerähnliche Abgaben (A) 09			Gebühren (G) 111 übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111		
Nr.	Bezeichnung	2010	2011	2012	2010	2011	2012
		1	2	3	4	5	6
1000	Bürgerschaft	-	-	-	- G	- G	- G
1030	Rechnungshof	- A	- A	- A	-	-	-
	Gesamteinnahmen 2010 / 2011 / 2012	-	-	-	- G	- G	- G
	Gegenüber 2010 mehr (+) / weniger (-)		- A	- A	-	-	-

Laufende Übertragungen 2			Schuldenaufnahmen 31, 32 Zuschüsse für Investitionen (Z)			Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38			
2010	2011	2012	2010	2011	2012	2010	2011	2012	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	
-	-	-	-	- Z	- Z	- Z	212	206	209 1000
-	-	-	-	-	-	-	-	-	1030
-	-	-	-	- Z	- Z	- Z	212	206	209 Ges. einn.
	-	-		-	- Z	- Z		6-	3- +/-

KAPITEL		Gesamteinnahmen		
Kap. Nr.	Bezeichnung	2010	2011	2012
		16	17	18
1000	Bürgerschaft	212	206	209
1030	Rechnungshof	-	-	-
	Gesamteinnahmen 2010 / 2011 / 2012	212	206	209
	Gegenüber 2010 mehr (+) / weniger (-)		6-	3-

KAPITEL		Personalausgaben 4			Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		
Nr.	Bezeichnung	2010	2011	2012	2010	2011	2012
		1	2	3	4	5	6
1000	Bürgerschaft	15.873	18.112	16.654	3.461	4.027	3.730
1020	Verfassungsgericht	-	-	-	-	-	-
		36	36	36	15	15	15
1030	Rechnungshof	-	-	-	-	-	-
		13.898	14.223	14.262	1.068	1.154	1.156
	Gesamtausgaben 2010 / 2011 / 2012	29.807	32.371	30.952	4.544	5.196	4.901
	Gegenüber 2010 mehr (+) / weniger (-)		2.564 +	1.145 +		652 +	357 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	-	-	-
	Gegenüber 2010 mehr (+) / weniger (-)		-	-		-	-

Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66			Schuldendienst 56 - 59 und -hilfen (H) 62, 66			
2010	2011	2012	2010	2011	2012	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	
4.591	4.971	5.053	-	-	-	1000
-	-	-	-	-	-	1020
-	-	-	-	-	-	1030
137	182	182	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	
4.728	5.153	5.235	- - H	- - H	- - H	Ges. Aus.
	425 +	507 +		- - H	- - H	+/-
-	-	-	- - H	- - H	- - H	Ges. VE
	-	-		- - H	- - H	+/-

KAPITEL		Besondere Finanzierungs-ausgaben ₉			Gesamtausgaben ohne Investitionen		
Nr.	Bezeichnung	2010	2011	2012	2010	2011	2012
		13	14	15	16	17	18
1000	Bürgerschaft	-	-	209	23.925	27.110	25.646
1020	Verfassungsgericht	-	-	-	-	51	51
1030	Rechnungshof	-	-	-	15.103	15.559	15.600
	Gesamtausgaben 2010 / 2011 / 2012	-	-	209	39.079	42.720	41.297
	Gegenüber 2010 mehr (+) / weniger (-)		-	209 +		3.641 +	2.218 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	-	-	-
	Gegenüber 2010 mehr (+) / weniger (-)		-	-		-	-

Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8			Gesamtausgaben			
2010	2011	2012	2010	2011	2012	Kap. Nr.
19	20	21	22	23	24	
263	262	187	24.188	27.372	25.833	1000
-	-	-	-	-	-	1020
-	-	-	51	51	51	1020
-	-	-	-	-	-	1030
87	110	73	15.190	15.669	15.673	1030
-	-	-	-	-	-	
30 B	30 B	30 B	39.429	43.092	41.557	Ges. Aus.
320	342	230				
	- B	- B		3.663 +	2.128 +	+/-
	22 +	90--				
- B	- B	- B	-	-	-	Ges. VE
-	-	-				
	- B	- B		-	-	+/-
	-	-				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6

1000	Bürgerschaft				
(011)					
	EINNAHMEN				
119.02	Erstattungen parlamentarischer Gremien oder Funktionsträger für sächliche Aufwendungen der Bürgerschaftskanzlei	10 16	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.0.1000.534.05				
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	0 0	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen	0 0	0	-	-
282.01	Zweckgebundene Einnahmen für Veranstaltungen	1 1	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.0.1000.534.03.				
382.01 (990)	Beteiligung der Abgeordneten an Versorgungsleistungen	0 0	0	209	
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.0.1000.982.01				
389.01	Beteiligung der Abgeordneten an Versorgungsleistungen (Weggefallener Ansatz)	193 204	212	206	
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.0.1000.429.01				
	Gesamteinnahmen		212	206	209
	AUSGABEN				
KRS	Kontenrahmen für Sachausgaben	1.439 1.286 451 R	1.494	1.567	1.588
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	4.018 4.155 368 R	4.167	4.300	4.300
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	16 27	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	153 113	147	4	60
411.01	Steuerpflichtiges Entgelt gemäß § 2 HmbAbG Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .	4.314 4.558	4.438	4.765	4.463

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1000 -----					
411.02	Fahrkosten und Reisekosten gem. § 3 (4) HmbAbgG als Aufwandsentschädigung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .	134 131	160	115	114
411.04	Zuschüsse zum Familienunterhalt an Abgeordnete bzw. ihre Familien Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .	88 84	90	80	80
411.06	Zuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung gem. § 5 HmbAbgG Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .	104 111	107	122	117
411.07	Bürokosten gemäß § 3 (1) HmbAbgG als Aufwandsentschädigung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .	1.176 1.004 100 R	1.120	1.756	980
411.08	Kostenpauschale gemäß § 3 (2) HmbAbgG als Aufwandsentschädigung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .	527 504	511	532	511
411.09	Zuschuss für Hilfskräfte gemäß § 3 (3) HmbAbgG als Aufwandsentschädigung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .	3.554 4.573	4.529	4.711	4.578
411.10	Sitzungsgelder gemäß § 4 HmbAbgG als Aufwandsentschädigung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .	164 228	219	255	255
411.11	Altersentschädigung, Leistungen an Hinterbliebene gem. §§ 11, 14 und 15 HmbAbgG Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .	89 125 25 R	157	163	232
429.01	Zuführung an das Sondervermögen Versorgungsfonds Bürgerschaft Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.0.1000.389.01	193 204 8 R	212	206	
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagewesens	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1000 -----					
461.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben des Kapitels 1000 Übertragbar Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellengebundenen Personalausgaben im KRD-Bereich des Kapitels	0 0	0	-	-
461.20	Beitrag zur Finanzierung des Modernisierungsfonds Übertragbar (Weggefällener Ansatz)	0 0	16		
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar	327 286 200 R	269	244	244
523.01	Mikroverfilmung von Parlamentsmaterialien Übertragbar	12 0	0	-	-
523.02	Bücher, Zeitschriften und Medien der Parlamentsbibliothek Übertragbar	64 59 18 R	62	57	57
525.91	Aus- und Fortbildung Übertragbar	3 10 12 R	4	6	6
525.92 (012)	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	6 6	6	6	6
529.01	Verfügungsmittel des Präsidenten Übertragbar	12 20 11 R	13	13	13
531.02	Öffentlichkeitsarbeit der Bürgerschaft Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.0.1000.531.02 01.0.1000.534.03 .	229 209 38 R	91	295	68
531.03 (187)	Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht Übertragbar	94 137 18 R	141	164	156
534.01	Sonstige Ausgaben für das Plenum, die Abgeordneten und die Ausschüsse Übertragbar	294 461 150 R	440	535	470

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1000 -----					
534.03	Veranstaltungen der Bürgerschaft, Arbeitstagungen, Besuche Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.0.1000.531.02 01.0.1000.534.03 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.0.1000.282.01.	282 340 20 R	309	275	275

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1000 -----					
534.05	Sächliche Aufwendungen für parlamentarische Gremien und Funktionsträger Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.0.1000.119.02	22 0	0	-	-
535.56	IuK-Folgekosten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.0.1000.671.56.	137 162 1 R	146	204	192
543.01	Erstattung für Dienstleistungen des Rathaus-Service Übertragbar	332 394 100 R	486	436	436
632.01	Kostenbeitrag Hamburgs an den Landtag von Nordrhein-Westfalen für die Zentraldokumentation Parlamentsspiegel	0 6	6	4	4
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 01.0.1000.535.56.	228 319	213	264	264
684.01 (019)	Staatliche Teilfinanzierung der politischen Parteien nach dem Parteiengesetz	340 418	400	330	330
684.02	Zuschüsse an die Fraktionen der Bürgerschaft Übertragbar Titelgruppe(n) -----	3.753 3.894 30 R	3.972	4.373	4.455
Z61	Betriebskonto Parlamentarische Untersuchungsausschüsse und Enquete-Kommissionen -----				
422.61	Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter Übertragbar	0 14 40 R	0	238	185
428.61	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 182	0	717	655
432.61 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter Übertragbar	0 0 21 R	0	72	56

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1000 -----					
438.61 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 16	0	65	60
441.61 (940)	Kostenanteil an den Beihilfen	0 0 3 R	0	11	8
	Übertragbar				
534.61	Sachausgaben für PUA und Enquete Kommissionen	49 162 3 R	0	225	219
	Übertragbar				
	Summen für Z61	375 67 R	0	1.328	1.183
701.02	Kleine Baumaßnahmen (Hochbau)	58 23 76 R	30	30	30
	Übertragbar				
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen	9 39	20	20	20
	Übertragbar				
812.56	Beschaffung von IuK-Technik	171 217 179 R	213	212	137
	Übertragbar				
982.01 (990)	Zuführung an das Sondervermögen Versorgungsfonds Bürgerschaft	0 0	0		209
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.0.1000.382.01				
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		24.188	27.372	25.833
1020	Verfassungsgericht				
(051)					
	AUSGABEN				
KRS	Kontenrahmen für Sachausgaben	26 9 15 R	13	13	13
412.01	Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Hamburgischen Verfassungsgerichts	33 35	36	36	36
535.56	IuK-Folgekosten	2 1 1 R	2	2	2
	Übertragbar				
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		51	51	51

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1030	Rechnungshof				
(011)					
	EINNAHMEN				
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	0 0	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen	4 5	0	-	-
281.01	Erstattung von Personalkosten durch die Kommission zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.0.1030.461.01	0 41	0	-	-
	Gesamteinnahmen		0	0	0
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	9.068 9.708 429 R	9.783	9.886	9.886
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	81 29	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	0 1	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	4.628 4.576	4.078	4.337	4.376
461.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben des Kapitels 1030 Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.0.1030.281.01 Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellengebundenen Personalausgaben im KRD-Bereich des Kapitels	0 0	0	-	-
461.20	Beitrag zur Finanzierung des Modernisierungsfonds Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	37		
535.56	Beschaffung und Unterhaltung von IuK-Technik - IuK-Folgekosten Übertragbar	27 41 15 R	69	69	69

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1030 -----	Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.0.1030.671.56.				
671.53	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme zentraler IuK-Administration von Dataport	59 59	59		
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs	33 37	32		
	Übertragbar				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1030 -----					
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 01.0.1030.535.56.	66 46	46	182	182
	Titelgruppe(n) -----				
z61	Sach- und Fachausgaben Rechnungshof -----				
511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar	100 97 21 R	87	87	87
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	190 169 48 R	156	242	244
518.61	Mieten und Pachten Übertragbar	643 649 18 R	674	666	666
519.61	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar	25 24 5 R	28	28	28
525.61	Aus- und Fortbildung Übertragbar	2 28	13	13	13
526.61	Hinzuziehung von Sachverständigen Übertragbar	47 7 17 R	18	18	18
527.61	Dienstreisen Übertragbar	17 25 4 R	12	20	20
539.61	Vermischte Verwaltungsausgaben Übertragbar	10 13	11	11	11
	Summen für z61	1.014 113 R	999	1.085	1.087
812.56	Beschaffung von IuK-Technik und Iuk-gerechter Büroausstattung Übertragbar	18 33 65 R	87	110	73
	Gesamtausgaben		15.190	15.669	15.673
	Summe Verpflichtungsermächtigungen				

Kontenrahmen für Dienstbezüge -in Tsd. EUR- (KRD)
 01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91	422.91
			Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
1000	Bürgerschaft -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	4.300	---	1.313
1030	Rechnungshof -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	9.886	---	6.546
	Summe Gesamtansatz 2011	14.186	---	7.859
	Summe Vergleichszahl 2010	13.950	---	7.794
	Summe (Vergleichs-)Ist 2009	13.863	---	7.627
	Summe Rest 2009	797 R	---	503 R

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Titel	427.91 Beschäftigungsentgelte Aufwendungen für nebenamtlich u. nebenberuflich Tätige	428.91 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	432.91 Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamteninnen, Beamten, Richterinnen und Richter	438.91 Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	441.91 Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11
1000	2	2.327	395	210	53
1030	---	1.021	1.964	92	263
	2	3.348	2.359	302	316
	2	3.212	2.339	290	313
	---	3.346	2.287	298	305
	2 R	111 R	151 R	10 R	20 R

Kontenrahmen für Dienstbezüge -in Tsd. EUR- (KRD)
 01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91	422.91
			Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
1000	Bürgerschaft -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	4.300	---	1.313
1030	Rechnungshof -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	9.886	---	6.546
	Summe Gesamtansatz 2012	14.186	---	7.859
	Summe Vergleichszahl 2011	14.186	---	7.859
	Summe (Vergleichs-)Ist 2009	13.863	---	7.627
	Summe Rest 2009	797 R	---	503 R

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Titel	427.91	428.91	432.91	438.91	441.91
Kap. Nr.	Beschäf- tigungsentgelte Aufwendung- en für neben- amtlich u. nebenberuf- lich Tätige	Entgelte der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamten, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11
1000	2	2.327	395	210	53
1030	---	1.021	1.964	92	263
	2	3.348	2.359	302	316
	2	3.348	2.359	302	316
	---	3.346	2.287	298	305
	2 R	111 R	151 R	10 R	20 R

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)
 01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamten, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
1000	Bürgerschaft -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	4	---	16-
1030	Rechnungshof -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	4.337	---	3.453
	Summe Gesamtansatz 2011	4.341	---	3.437
	Summe Vergleichszahl 2010	4.225	---	3.365
	Summe (Vergleichs-)Ist 2009	4.689	---	3.665
	Summe Rest 2009	---	---	---

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
1000	44-	64
1030	123	761
	79	825
	180	680
	154	870
	---	---

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)
 01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel	431.93	432.93
1	2	3	4	5
1000	Bürgerschaft -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	60	---	32
1030	Rechnungshof -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	4.376	---	3.488
	Summe Gesamtansatz 2012	4.436	---	3.520
	Summe Vergleichszahl 2011	4.341	---	3.437
	Summe (Vergleichs-)Ist 2009	4.689	---	3.665
	Summe Rest 2009	---	---	---

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
1000	40-	68
1030	122	766
	82	834
	79	825
	154	870
	---	---

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	511.99 Geschäftsbe- darf, Kommu- nikation, Ge- räte u. Aus- stattungsge- genstände	514.99 Haltung von Fahrzeugen, Dienst- u. Schutzklei- dung
1	2	3	4	5
1000	Bürgerschaft <i>Senatskanzlei</i> <i>Bürgerschaftskanzlei</i>	---	---	---
1020	Verfassungsgericht <i>Verfassungsgericht</i>	1.567	155	---
		13	2	---
	Summe Gesamtansatz 2011	1.580	157	---
	Summe Vergleichszahl 2010	1.507	182	---
	Summe (Vergleichs-)Ist 2009	1.295	218	---
	Summe Rest 2009	---	---	---

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

<u>Titel</u>	517.99	518.99	526.99	527.99	539.99
Kap. Nr.	Bewirtschaf- tung der Grundstücke	Mieten u. Pachten	Sachverständi- ge, Ge- richts- u. andere Kosten	Dienstreisen	Vermischte Verwaltungs- ausgaben
6	7	8	9	10	11
1000	---	889	---	18	---
1020	485	---	1	8	2
	485	889	1	26	22
	440	839	1	23	22
	484	537	---	18	38
	---	---	---	---	---

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	511.99 Geschäftsbe- darf, Kommu- nikation, Ge- räte u. Aus- stattungsge- genstände	514.99 Haltung von Fahrzeugen, Dienst- u. Schutzklei- dung
1	2	3	4	5
1000	Bürgerschaft <i>Senatskanzlei</i> <i>Bürgerschaftskanzlei</i>	---	---	---
1020	Verfassungsgericht <i>Verfassungsgericht</i>	1.588	155	---
		13	2	---
	Summe Gesamtansatz 2012	1.601	157	---
	Summe Vergleichszahl 2011	1.580	157	---
	Summe (Vergleichs-)Ist 2009	1.295	218	---
	Summe Rest 2009	---	---	---

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

<u>Titel</u>	517.99	518.99	526.99	527.99	539.99
Kap. Nr.	Bewirtschaf- tung der Grundstücke	Mieten u. Pachten	Sachverständi- ge, Ge- richts- u. andere Kosten	Dienstreisen	Vermischte Verwaltungs- ausgaben
6	7	8	9	10	11
1000	---	---	---	---	---
1020	485	910	---	18	20
	---	---	1	8	2
	485	910	1	26	22
	485	889	1	26	22
	484	537	---	18	38
	---	---	---	---	---

Erläuterungen zu den Kapiteln

1000 Bürgerschaft

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Bürgerschaft ist das Landesparlament der Freien und Hansestadt Hamburg. Die wichtigsten Funktionen sind die Gesetzgebung, die Kontrolle des Senats sowie die Ausübung des Budgetrechts. Die Bürgerschaftskanzlei ist die Verwaltungseinrichtung des Landesparlamentes. Sie untersteht dem Präsidenten der Bürgerschaft und unterstützt diesen bei der Durchführung seiner Verwaltungsaufgaben. Die Bürgerschaftskanzlei erbringt vielfältige Dienstleistungen für das Parlament und setzt gesetzliche Leistungen für die Abgeordneten, Fraktionen und Parteien um.

2. Übersicht Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2010	2011	2012	+/- in %	
				in Tsd. EUR	
Einnahmen					
Davon:					
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	0	0	0	0	0
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	0	0	0	0	0
Investitionszuschüsse, etc. (Hgr. 3)	212	206	209	-2,8	+ 1,4
Ausgaben	24.188	27.372	25.833	13,2	-5,6
Davon:					
Personalausgaben	15.873	18.112	16.654	14,1	-8,1
Sach- und Fachausgaben	8.052	8.998	8.992	11,8	-0,1
Sonstige Betriebsausgaben					
Investitionen	263	262	187	- 0,4	- 28,6

Investitionsrestevolumen der Vorjahre

2008				2009			
Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2009 übertragene Reste		Gesamtsoll	Ist	auf 2010 übertragene Reste	
in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in %	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in %
378	237	141	37,3	535	279	256	47,9

¹ Ansatz einschl. Sollübertragungen, übertragene Reste und Vorriffe aus Vorjahren

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben**Einnahmen**

Die Verwaltungseinnahmen im Bereich der Bürgerschaftskanzlei verbleiben auf einem geringen Niveau, da es sich überwiegend um Erstattungen von Kopierkosten von Fraktionen und Bibliotheksbesuchern bzw. um weitere nicht planbare vermisste Einnahmen handelt.

Zur Darstellung und Abwicklung des Sondervermögens „Versorgungsleistungen für Abgeordnete“ wird die Beteiligung der Abgeordneten als Einnahme beim Titel 1000.389.01 veranschlagt, die Zuführung an das Sondervermögen als Ausgabe beim Titel 1000.429.01.

Ausgaben*Personalausgaben***KRD**

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD des Einzelplans basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagsbasis ist das Plansoll 2010, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Lineare Anpassungen durch die Tarif- und die Besoldungsanpassung zum 1. März 2009 und 1. März 2010;
- Beitragsänderungen zur Sozialversicherung, soweit sie bis Ende 2009 feststanden;
- Minderbedarfe aufgrund von Entscheidungen zu aufgabenkritischen Maßnahmen;
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
 - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2009), sofern dauerhaft fortwirkend,
 - im Planansatz 2010 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Veränderungen;
- Auswirkungen etwaiger weiterer Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2010;
- im Finanzplan 2008-2012 in den MAP-Raten 2011 und 2012 enthaltene Anpassungen;
- IT-bedingte Einsparungen;
- Aufgabenverlagerungen durch veränderte Zuständigkeiten
- Anpassung der Sonderzahlung im Besoldungsrecht

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.xx)
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Titel 438.xx) sowie
 - an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.xx).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen im Besoldungs-, Versorgungs- und Tarifbereich ab 2011 werden zentral veranschlagt und ggf. den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Zentral vorgehalten werden auch Mittel für notwendige Korrekturen durch mögliche Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung in den Jahren ab 2011.

KRV

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans bei den sachlich zuständigen Titeln (also getrennt nach Statusgruppen) veranschlagt. Die Versorgungsausgaben insgesamt setzen sich zusammen aus

- der Summe der in den KRD, den NSM-Bereichen und den Wirtschaftsplänen (Titel xxxx.632.91 / 632.01) als Zuschlag auf die Aktivbezüge veranschlagten Kostenanteile für Versorgung und
- der Differenz, die nach Abzug der o. g. Zuschläge von den zu erwartenden Versorgungsausgaben nach der Versorgungsprognose verbleibt (veranschlagt in den Titeln 432.93 bzw. 438.93).

Diese Differenz wird zuzüglich der Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger (446.93) im KRV veranschlagt. Die Kostenanteile für Versorgung (Zuschläge auf die Aktivbezüge) bleiben hingegen Bestandteil der Budgets (KRD, NSM). Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 13,5 v. H. der 2009 zugeordneten Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Ein negativer Haushaltsansatz im KRV entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Werte der Versorgungsprognose übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Die Ausgaben in den KRV sollen entsprechend der Regelung für die KRD mit Einwilligung der Finanzbehörde einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig (Art. 6 Nr. 1 des Haushaltsbeschlusses).

Durch die dezentrale Veranschlagung werden die Versorgungsausgaben ressortspezifisch abgebildet. Erkennbar werden in den Einzelplänen jetzt auch die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für tatsächlich zu leistende Versorgung durch neu in die Versorgung Hineinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewandten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf, sofern die frei gewordenen Stellen mit lebensjüngeren und damit kostengünstigeren Personen nachbesetzt werden.

Für die Behörden ist mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht mehr unmittelbar beeinflussen können.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage 1 zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt. Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Februar 2011) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012.

Die vom Senat beantragten Stellenneuschaffungen, - hebungen und – umwandlungen die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten. Die betreffenden Veränderungen sind in der nachstehenden Tabelle summarisch sowie im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Dies gilt gleichermaßen für vorgesehene Stellenstreichungen (z. B. im Zusammenhang mit der Umsetzung aufgabenkritischer Ansätze), über die der Senat die Bürgerschaft ggf. mit gesonderter Vorlage unterrichten wird. Die damit konkret verbundenen Stellenabgänge werden – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freierdens der Stellen – im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Zur Einsparung vorgesehene Stellen, deren Streichung aus haushaltrechtlichen Gründen – z. B. Stellen noch besetzt – im dezentralen Datenbestand bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Stellenbestand:

Kapitel	Stellen-zahl*)	Neue Stellen**)		Stellenhebungen		Umwandlungen	
		2011	2012	2011	2012	2011	2012
1000	78,8	---	---	---	---	---	---

*) Stellenbestand gemäß Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Stellenplanverfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Februar 2011) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs

2011/2012

**) wie vom Senat beantragt

1000

Erläuterungen zu den Haushaltstiteln

- 411.01 Veranschlagt ist das steuerpflichtige Das Entgelt nach § 2 Absatz 1 HmbAbG beträgt seit dem 01.01.2009 monatlich 2.456 Euro.
- 2011 ist ein Wahljahr. Zusätzlich zu dem wie bisher jährlich durchschnittlich angenommenen Wechsel von sieben Abgeordneten im laufenden Jahr sowie dem Wechsel einer Fraktionsspitze (Vorsitz, 2 x stellvertr. Vorsitz) sind weitere Kosten für Abgeordnetenwechsel (60), Übergangsgelder sowie den Wechsel von Funktionsträgern (1 Fraktionsvorsitz, 2 stellvertr. Vorsitzende) zu berücksichtigen.
- 411.02 Veranschlagt sind die Fahrtkosten der Abgeordneten für die Nutzung des HVV sowie Reisekosten gem. § 3 Abs. 4 HmbAbG unter Berücksichtigung steigender HVV - Tarife. Als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung werden den Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft künftig nur noch Fahrkarten der 2. Klasse zur Verfügung gestellt. Dadurch können die Ansätze im Gegensatz zu den Vorjahren um 45.000 Euro abgesenkt werden.
- 411.04 Veranschlagt sind die nach altem Recht (§ 1a Aufwandsentschädigungsgesetz) weiterhin zu leistenden Zuschüsse zum Familienunterhalt an ehemalige Abgeordnete bzw. deren Hinterbliebene (§ 28 HmbAbG).
- 411.06 Veranschlagt sind Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung gemäß § 5 HmbAbG. Durch (langfristig betrachtet) Anhebung der Versicherungsbeitragssätze und der Beitragsbemessungsgrenzen werden die Ausgaben voraussichtlich weiter steigen. Wie bei anderen Ansätzen auch, wurde bei der Kalkulation ein Wechsel von Abgeordneten, die solche Zuschüsse beantragen, (hier: 25 für 2011, 4 für 2012, insbesondere wegen des Wahlperiodenwechsels) je Jahr berücksichtigt, die sich um einen Monat überschneiden können.
- 411.07 Veranschlagt sind die Pauschalen für die Unterhaltung eines Abgeordnetenbüros (monatlich laufende und einmalige Zahlungen) sowie einmalige Zahlungen zur Ausstattung eines Büro- und IT-Arbeitsplatzes und zur Anmietung neuer Büros. Bei der Berechnung wird davon ausgegangen, dass 47% der Mitglieder ein Abgeordnetenbüro zur Mandatsausübung unterhalten werden (als Einzelbüro). Für den geschätzten Wechsel von sieben Abgeordneten im laufenden Jahr sind einmalige und laufende Kosten berücksichtigt. Außerdem ist darüber hinaus auch jeweils für 10 Abgeordnete, die im Laufe eines Jahres ihr Büro wechseln, die Zahlung einer Anmietungspauschale (max. je 461 Euro) kalkuliert. Die Ansatzserhöhung in 2011 (Wahljahr ergibt sich insbesondere dadurch, dass im Jahr der Bürgerschaftswahl die IT/Büroausstattungspauschale, die jeweils für eine Wahlperiode geleistet wird, von fast allen Mitgliedern in Anspruch genommen wird.
- 411.08 Veranschlagt sind die monatlichen Kostenpauschalen für die Abgeordneten gemäß § 3 Abs. 2 HmbAbG (seit 01.04.2008 350 Euro monatlich) einschließlich der Pauschalen für durchschnittlich sieben neue Abgeordnete durch Wechsel im laufenden Jahr. Außerdem sind für das Wahljahr 2011 durch neue Mitglieder der Bürgerschaft Mehrkosten berücksichtigt.
- 411.09 Nach § 3 Abs. 3 HmbAbG haben die Abgeordneten Anspruch auf Erstattung der Kosten für die Beschäftigung von Hilfskräften, Praktikantinnen und Praktikanten sowie für Dienstleistungen Dritter bis zu einer Betragshöhe von 2.600 EUR zuzüglich der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und des Beitrags zur gesetzlichen Unfallversicherung. Kalkuliert ist der Wechsel von 7 Abgeordneten im laufenden Jahr, im Jahr 2011 (Bürgerschaftswahl) der Wechsel von 60 Abgeordneten; der Zuschuss ist dann in einem Monat zusätzlich für die nachrückenden Abgeordneten zu zahlen.
- 411.10 Veranschlagt sind die Sitzungsgelder für die Abgeordneten gemäß § 4 HmbAbG als Aufwandsentschädigung. Das Sitzungsgeld beträgt seit 01.01.2002 21 Euro je Sitzung. Die Anzahl von Sitzungen pro Abgeordneten wird pro Planjahr mit 100 angenommen.
- 411.11 Veranschlagt sind die Altersentschädigung an Abgeordnete sowie die Leistungen an Hinterbliebene gemäß §§ 11, 14 und 15 HmbAbG. Abgeordnete erhalten nach Ausscheiden aus der Bürgerschaft eine Altersentschädigung, wenn sie mindestens ein Jahr lang auf einen Betrag nach § 10 HmbAbG monatlich verzichtet und mindestens ein Jahr der Bürgerschaft angehört und das 65. Lebensjahr vollendet haben. Die Altersentschädigung beträgt für jedes Jahr des Verzichtes und der Mitgliedschaft 2 % des Entgeltes nach § 2 HmbAbG. Die Zeit der Wahrnehmung der in § 2 Abs. 2 HmbAbG genannten Ämter wird bei der Berechnung der Altersentschädigung entsprechend berücksichtigt. Im Jahr 2011 wird die Zahl der Berechtigten auf insgesamt 50 steigen.
- 429.01 Dem Titel werden die „Einnahmen“ aus 1000.389.01 - Beteiligung der Abgeordneten an Versorgungsleistungen – (haushaltstechnische Verrechnungen) zugeführt. Die Summe der monatlichen Verzichtsbeträge zum Erwerb von Versorgungsansprüchen der Abgeordneten wird auf der Grundlage der Zahlungen beim Titel 1000.411.01 ermittelt. Die Beträge werden dann einer Vermögensanlage in Form von Wertpapieren zugeführt. Der Abzug für Versorgungsleistungen nach § 10 HmbAbG richtet sich nach dem Rentenversicherungsbeitragssatz, der seit 01.01.2008 19,9 % beträgt. Die Abgeordneten verzichten auf einen Anteil von 50 v. H. des aktuellen Beitragssatzes bezogen auf ihr Entgelt.

Sach- und Fachausgaben

- 511.99 Veranschlagt sind die Mittel für Geschäftsbedarf, Kommunikation und Geräte. Als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung wurde der Ansatz im Gegensatz zu den Vorjahren um 25.000 Euro abgesenkt.
- 517.99 Neben der Bewirtschaftung der Grundstücke für die Bürgerschaftskanzlei wird auch die Bewirtschaftung der Anmietungen der Fraktionen aus diesem Titel bestritten. Aufgrund des Ergebnisses 2009 und einer fünften Fraktion in der Bürgerschaft müssen die Ansätze 2011 und 2012 um jeweils 45.000 Euro erhöht werden.
- 518.99 Veranschlagt sind die Mittel für Mieten und Pachten. Mit der Bürgerschaftswahl 2011 ist eine fünfte Fraktion, für die Räumlichkeiten und Kopierer angemietet bzw. geleast werden müssen, dazu gekommen. Hierfür mussten die Ansätze erhöht werden.
- 519.01 Veranschlagt sind die Mittel für die Unterhaltung der Grundstücke, baulichen Anlagen und Mietungen. Als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung wurde der Ansatz im Gegensatz zu den Vorjahren um 25.000 Euro abgesenkt.
- 523.02 Veranschlagt sind die Mittel für Bücher, Zeitschriften und Medien für die Parlamentsbibliothek. Als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung wurde der Ansatz im Gegensatz zu den Vorjahren um 5.000 Euro abgesenkt
- 525.91 Veranschlagt sind die Mittel für Aus- und Fortbildung der Bediensteten der Bürgerschaftskanzlei, die nicht vom Zentrum für Aus- und Fortbildung durchgeführt wird (vgl. 525.92)
- 525.92 Veranschlagt als Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung (vgl. 525.91)
- 531.02 Veranschlagt sind Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit der Hamburgischen Bürgerschaft und ihrer Gremien. Dazu gehören Publikationen (z. B. Faltblätter „Die Bürgerschaft – Aufgaben und Funktionen“, „Das Eingabeverfahren“, Sitzungskalender, Bürgerhandbuch), das Internetangebot sowie eine Präsentation über die Arbeit der Bürgerschaft. Diese Veröffentlichungen müssen in regelmäßigen Abständen aktualisiert werden und erlangen steigende Bedeutung, um den Bürgern der Stadt und den Besuchern des Rathauses das Parlament und dessen Arbeit näher zu bringen. In 2011 erhöht sich der Ansatz u. a. wegen der Durchführung einer Wahlkampagne.
- 531.03 Veranschlagt ist die Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht. Es wird mit einer Preissteigerung durch die Presse- und Monitorgesellschaft in 2011 von 10% gerechnet. Da 2011 ein Wahljahr ist, wird vorsorglich für die zu erwartende größere Artikelanzahl jeweils eine weitere Erhöhung von 5% eingeplant.
- 534.01 Veranschlagt sind die Mittel, die aufgrund von Sitzungen des Plenums und der Ausschüsse entstehen z. B. Beschallung, Kosten bei Anhörverfahren, Verpflegung, Kosten für die Übersetzung ausländischer Schriftstücke an die Bürgerschaft sowie Gerichts-, Sachverständigen- und Anwaltskosten für das Plenum. Daneben werden die Bürgerschaftsdrucksachen aus diesem Titel finanziert. Nach der Wahl 2011 erhöht sich die Anzahl der Ausschüsse.
- 534.03 Veranschlagt sind die Mittel für Veranstaltungen, Empfänge, Arbeitstagungen und protokollarische Verpflichtungen (z. B. Bewirtung ausländischer Staatsgäste und offizieller Besucher, Delegationsreisen). Beispiele für etablierte Veranstaltungen sind Jugend im Parlament, der Tag der offenen Tür im Rathaus, der Holocaust-Gedenktag oder das Sommerfest im Rathaus. Hinzu kommen die Veranstaltungen der Bürgerschaft im Rahmen der Nacht der Jugend und der langen Nacht der Museen. Als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung wird die Nacht der Jugend künftig nur noch alle zwei Jahre durchgeführt. Der Ansatz kann daher um 30.000 Euro abgesenkt werden.
- 534.61 Vom 01.08.2009 bis 31.03.2011 war der Arbeitsstab des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) "HSH - Nordbank" eingesetzt. Die Sachausgaben in 2009 resultieren hauptsächlich aus der Anmietung und Herrichtung der Diensträume sowie der Ausstattung der Arbeitsplätze. Vom 01.07.2010 bis 31.03.2011 war zusätzlich der Arbeitsstab des PUA Elbphilharmonie eingesetzt. Dieser Arbeitsstab wird demnächst wieder eingesetzt und dann in den ehemaligen Räumen des Arbeitsstabes PUA HSH-Nordbank untergebracht werden. Für 2012 müssen außer den laufenden Kosten noch die Kosten für den Rückbau der Sicherheitsanlagen in den Diensträumen berücksichtigt werden. Die Ausgaben für den PUA werden in voller Höhe vom Senat (Finanzbehörde) bereitgestellt. Die Veranschlagung erfolgt seitens der Bürgerschaft.
- 535.56 Veranschlagt sind die Mittel für die IT-Folgekosten. Die Erhöhung der Ansätze 2011 und 2012 trägt dem Ergebnis 2009 Rechnung.
- 543.01 Veranschlagt sind die Mittel für die Erstattung der Dienstleistungen des Rathaus-Service. Als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung wurde der Ansatz im Gegensatz zu den Vorjahren um 50.000 Euro abgesenkt.
- 671.56 Auf Grund neuer Anforderungen an Technik und Kosten werden die „Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport und die Inanspruchnahme des behördlichen internen Telefonverkehrs (vormals Titel 671.55) gemeinsam unter dem Titel 671.56 veranschlagt. Die Erhöhung des aus beiden Titeln zusammengefassten Ansatzes 2011 und 2012 trägt dem Ergebnis 2009 Rechnung.

1000

- 684.01 Veranschlagt ist die staatliche Teilfinanzierung der politischen Parteien nach dem Parteiengesetz. Nach dem Parteiengesetz sind von den Ländern 0,50 Euro je Wählerstimme zu erstatten. Darüber hinaus anfallende Kosten (jede Wählerstimme über die ersten 4 Mio. Stimmen hinaus, die eine Partei insgesamt durch Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen erzielt) werden vom Bund getragen. Für 2011 und 2012 sind jeweils vier Abschlagszahlungen je anspruchsberechtigter Partei pro Jahr veranschlagt; auf Basis der Daten für 2011 je Planjahr insgesamt 330.000 Euro. Die Schlussfestsetzung erfolgt zum 15.02. des jeweils folgenden Jahres. Auf Grund der seit 01.07.2002 eingeführten vierten Abschlagszahlung (je 25 %) zum 15.11. eines Jahres fallen, wenn sonst keine Veränderungen zu verzeichnen sind, bei der Schlussfestsetzung in der Regel keine weiteren Zahlungen an. Die Ausnahme bildet das Jahr nach dem Wahljahr, in dem ggf. weitere Kosten an- oder wegfallen.
- 684.02 Veranschlagt sind die nach dem Fraktionsgesetz zu zahlenden monatlichen Geldleistungen. Eine Anpassung der Geldleistungen an die lineare Erhöhung der Vergütungen für die Angestellten des öffentlichen Dienstes (Entgeltgruppe 13 TV-L) in Höhe von 1,5 % (geschätzt) sowie der Erhöhung des Verbraucherpreisindex von 1 % (geschätzt) ist berücksichtigt. Die Geldleistungen sind nach § 8 Absatz 2 des Fraktionsgesetzes auf volle Eurobeträge aufgerundet. Zugrunde gelegt ist die Anzahl der Fraktionen zu Beginn der 20. Wahlperiode.

Investitionen

701.02 Veranschlagt sind Mittel für kleine Hochbaumaßnahmen für die Dienstgebäude der Bürgerschaft.

812.56 Die IT - Investitionsmittel werden überwiegend für die anfallenden Ersatzbeschaffungen, für den Ausbau des Abgeordnetenportals und das Redesign des Webauftritts der Bürgerschaft benötigt.

4. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Die Bürgerschaftskanzlei ist wie folgt organisiert:

Bürgerschaftskanzlei			
Abteilung A Produktgruppe 1 Bürgerschaftskanzlei Abgeordnetenangelegenheiten, Ressourcensteuerung, Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll	Abteilung B Produktgruppe 2 Plenarangelegenheiten und Gremienbetreuung	Abteilung C Produktgruppe 3 Recht, Eingaben und Internationales	Abteilung D Produktgruppe 4 Parlamentarische Informationsdienste
Allgemeine Verwaltung, Abgeordnetenangelegenheiten Informationstechnik Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll	Plenarangelegenheiten Gremienbetreuung	Recht und Eingaben Recht und Internationales	Parlamentsdokumentation Parlamentsbibliothek Pressedokumentation

1020 Hamburgisches Verfassungsgericht

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Aufgaben und Ziele des Hamburgischen Verfassungsgerichts

Das Hamburgische Verfassungsgericht gewährt Rechtsschutz nach Maßgabe des Art. 65 Abs. 3 der Hamburger Verfassung (HV) in Verbindung mit § 14 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht (HVerfGG). Durch seine Rechtsprechung schafft es Rechtssicherheit für die Verfahrensbeteiligten und die Allgemeinheit in den in Art. 65 Abs. 3 HV geregelten Bereichen.

- Personalausgaben

Das Amt des Präsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts wird zurzeit von einem Vorsitzenden Richter des Hanseatischen Oberlandesgerichts wahrgenommen. Die Geschäftsstelle des Hamburgischen Verfassungsgerichts ist beim Hanseatischen Oberlandesgericht angesiedelt. Daher sind die Stelle des Präsidenten und die Kapazitäten der Geschäftsstelle im Produktbereich Ordentliche Gerichte (Kap. 2110) enthalten. Die übrigen Richterinnen und Richter werden von der Bürgerschaft gewählt. Außer den gesetzlichen Leistungen (Aufwandsentschädigungen) entstehen für sie im Bereich des Hamburgischen Verfassungsgerichts keine Personalkosten.

2. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2010	2011	2012
	in Tsd. EUR		
Einnahmen Davon: Verwaltungseinnahmen etc., Zuweisungen, Zu- schüsse und Investitions- zuschüsse	0	0	0
Ausgaben Davon: Personalausgaben Sach- und Fachaussgaben Betriebsausgaben Investitionen	51 36 15 - -	51 36 15 - -	51 36 15 - -

In den Sach- und Fachaussgaben sind Mittel in Höhe von 7,5 Tsd. EUR für Dienstreisen des Präsidenten und für die Anmietung eines Fahrzeugs samt Fahrer enthalten.

3. Produktinformationen für das Kapitel 1020, Hamburgisches Verfassungsgericht

Ziele des Produktbereichs

Gewährung von Rechtsschutz gemäß Art. 65 Abs. 3 der Hamburger Verfassung (HV) i.V.m. § 14 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht (HVerfGG), Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung

Produktgruppe: Hamburgisches Verfassungsgericht

Produkte

- P1 Erledigung der in Art. 65 Abs. 3 Nr. 1 bis 8 HV und § 14 des Gesetzes über das HVerfG aufgeführten verfassungsgerichtlichen Streitigkeiten, insbesondere über die Auslegung der Verfassung, über die Vereinbarkeit von Landesrecht mit der Verfassung oder abgeleitetem Landesrecht mit den Landesgesetzen, über die Auslegung oder Anwendung des Landesrechts, über die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes oder einer Rechtsverordnung und über Beschwerden gegen die Entscheidungen der Bürgerschaft in Wahlankfechtungssachen
- P2 Erledigung von Justizverwaltungsangelegenheiten, insbesondere Bescheidung von Eingaben
- P3 Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung (Personalorganisation, Verwaltung von Haushaltsmitteln einschl. Haushaltsführung und Raumverwaltung sowie Öffentlichkeitsarbeit)

1030 Rechnungshof**1. Aufgaben, Ziele und Organisation des Rechnungshofs****1.1 Aufgaben und Ziele**

Auf der Grundlage seines Verfassungsauftrages nach Art. 71 der Hamburger Verfassung, der Landeshaushaltsoordnung und des Rechnungshofgesetzes überwacht der Rechnungshof die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg. Er prüft insbesondere die Verwaltung, wirkt am parlamentarischen Entlastungsverfahren mit und berät Bürgerschaft, Senat und den Präsidenten der Finanzbehörde. Seine Tätigkeit ist darauf ausgerichtet,

- auf eine bestimmungsgemäße, wirtschaftliche und sparsame Verwendung staatlicher Mittel hinzuwirken,
- die Leistungs- und Funktionsfähigkeit der Verwaltung und der staatlichen Einrichtungen bei sich wandelnden Anforderungen zu verbessern,
- die für die Haushalts- und Wirtschaftsführung bedeutsamen Entwicklungen und ihre Zusammenhänge offen zu legen und auf Fehlentwicklungen hinzuweisen.

Der Rechnungshof ist unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.

1.2 Organisation

Der Rechnungshof gliedert sich derzeit organisatorisch wie folgt:

		Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg				
		Präsident		Weitere Mitglieder des Kollegiums		
Präsidialabteilung Präsidialangelegenheiten, Verwaltungsangelegenheiten, Angelegenheiten der IT		Prüfungsgebiet 1	Prüfungsgebiet 2	Prüfungsgebiet 3	Prüfungsgebiet 4	Prüfungsgebiet 5
		Behörde für Schule und Berufsbildung, Behörde für Wissenschaft und Forschung, Universitäten, Hochschulen, Gerichte, Behörde für Justiz und Gleichstellung, Behörde für Inneres und Sport	Steuern, Finanzbehörde -Steuerverwaltung-, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz -Senioren, Pflege, Sozialvericherung-	Kulturbörde, Theater, Museen, Norddeutscher Rundfunk, Finanzbehörde - Vermögens- und Beteiligungsmanagement -, Öffentliche Unternehmen, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt - Umwelt-, Bezirksverwaltung	Bürgerschaft, Senat, Haushalt insgesamt, Neues Haushaltswesen/Doppik, Finanzplanung, Verschuldung, Kassen- und Rechnungswesen, Personalausgaben, Stellenwirtschaft, Finanzbehörde, Personalamt, Organisation und Wirtschaftlichkeit, Verwaltungsmodernisierung, IT	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Ingenieurbauten, Landschaftsbauten, Hochbauten, Betriebstechnik, Bauverwaltung, Vergabewesen Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation -Verkehr, Straßenwesen, LB Straßen, Brücken und Gewässer

2. Ressourceneinsatz und Prüfungstätigkeit

- 2.1 Der Rechnungshof verfügt über 142 Stellen. 6 Stellen entfallen auf den Leitungsbereich (Mitglieder des Kollegiums des Rechnungshofs). Von den 136 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden 117 (86 %) unmittelbar für operative Prüfungsaufgaben eingesetzt. 19 (14%) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen Querschnitts- und Intendanzaufgaben wahr.

Die Prüfungskapazität des Rechnungshofs wird im Wesentlichen entsprechend dem jeweiligen Haushalts- und Personalvolumen der zu prüfenden Verwaltungseinheit (Behörden, Dienststellen, Unternehmen) eingesetzt; besondere Schwerpunktsetzungen können sich jedoch aus aktuellen Anlässen und besonderen Problemlagen ergeben. Grundlagen hierfür sind der Geschäftsverteilungsplan und die Arbeitsplanung des Rechnungshofs.

- 2.2 Der Rechnungshof wählt seine Prüfungen unter Berücksichtigung ihrer Wirksamkeit und Prävention aus. Er richtet seine Prüfungen insbesondere aus auf
- Aufgabenfelder mit hoher finanzieller Bedeutung,
 - wichtige Aufgaben und Programme sowie auf die Einhaltung wesentlicher Ordnungsregelungen,
 - grundlegende Fragen der Zielsetzung, des Verwaltungsaufbaus, der Planung, des Vollzugs, der Kontrolle und der Steuerung.

Der Rechnungshof stellt in jedem Jahr auf:

- eine vier Jahre umfassende Mittelfristige Prüfungsplanung, in die die in Aussicht genommenen Prüfungsvorhaben mit übergreifender Themenstellung sowie von besonderer Bedeutung aufgenommen werden,
- einen Gesamtarbeitsplan, der für das laufende Jahr sämtliche Prüfungen enthält.

Beide Unterlagen enthalten Aussagen über die für die einzelnen Prüfungen erforderlichen personellen Kapazitäten. Es handelt sich hierbei um Planungs- und Entscheidungsunterlagen des Rechnungshofs, die immer aktuellen Entwicklungen neu angepasst werden, aus der Natur der Sache intern sind und Dritten nicht zur Verfügung gestellt werden können.

- 2.3 Die Prüfungstätigkeit des Rechnungshofs deckt ein breites Spektrum von Zielen, Inhalten und Vorgehensweisen ab. Dementsprechend differieren die Prüfungen erheblich hinsichtlich ihrer Komplexität, ihres Schwierigkeitsgrades sowie ihres Personal- und Zeitaufwandes. Von daher unterscheidet der Rechnungshof insbesondere
- Prüfungen, die sich im Wesentlichen auf die Ordnungsmäßigkeit und Gesetzmäßigkeit der Verwaltung konzentrieren (Rechnungsprüfungen),
 - Prüfungen der Organisation, des Technikeinsatzes und der wirtschaftlichen Aufgabenwahrnehmung (Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen),
 - Prüfungen der staatlichen Betätigung bei privatrechtlichen Unternehmen (Betätigungsprüfungen),
 - Prüfungen, die die gesamte Verwaltung oder mehrere Behörden einbeziehen (Querschnittsprüfungen),
 - Prüfungen, die auf Wirkungsanalyse, Erfolgskontrolle oder Aufgabenkritik gerichtet sind.
 - Prüfungen mit begleitendem bzw. beratendem Charakter.

- 2.4 Die Prüfungstätigkeit des Rechnungshofs schlägt sich insbesondere in Prüfungsmitteilungen an die Verwaltung, den jährlichen Berichten an die Bürgerschaft und den Senat (§ 97 LHO) oder auch z. B. in Sonderberichten (§ 99 LHO) und gutachtlichen Äußerungen (§ 88 LHO) nieder. In den Jahresberichten fasst er die Ergebnisse seiner Prüfungen, soweit sie für die Entlastung des Senats von Bedeutung sein können, zusammen. Dies spiegelt naturgemäß nicht das gesamte Prüfungsgeschehen wider. Die Erörterung des Prüfungsstoffs und die Auseinandersetzung mit der Verwaltung sind vielfach weder mit den Prüfungsmitteilungen noch mit dem Jahresbericht abgeschlossen, weil die Umsetzung von Forderungen und Empfehlungen des Rechnungshofs ebenso wie die Umsetzung parlamentarischer Beschlüsse und die Beantwortung bürgerlicher Ersuchen durch die Behörden oft geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Über seine Prüfungstätigkeit hinaus begleitet der Rechnungshof einzelne Reformvorhaben (z. B. NHH/Doppik) und die Einrichtung und Fortentwicklung von Kassenverfahren, soweit gesetzlich das Einvernehmen mit dem Rechnungshof vorgeschrieben ist, und äußert sich gegenüber der Verwaltung u.a. zu Verwaltungsvorschriften des Haushalts- und Kassenwesens oder zu organisatorischen Maßnahmen (§§ 79, 102, 103 LHO).

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

3.1 Übersicht über die Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2010	2011	2012	+/- in %	
	in Tsd. EUR			2011 : 2010	2012 : 2011
Einnahmen	-	-	-	-	-
Ausgaben	15.190	15.669	15.673	+6,5	-
Davon:					
Personalausgaben	13.898	14.223	14.262	+6,0	+0,2
Sach- und Fachausbaben	1.205	1.336	1.338	+10,8	+0,1
Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-	-
Investitionen	87	110	73	+26,4	-33,6

Investitionsrestevolumen der Vorjahre

2008				2009			
Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2009 übertragene Reste		Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2010 übertragene Reste	
in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll
177	18	35	19,8	179	33	65	36,3

Der Rechnungshof wird zur Konsolidierung in den Jahren 2011 und 2012 jeweils 150 Tsd. EUR durch das Freihalten von Stellen (Intendantenzbereich) erwirtschaften.

3.2 Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD), Versorgung (KRV) und Stellenplan

KRD

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD und den NSM-Titelgruppen des Einzelplans basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2010, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Lineare Anpassungen durch die Tarif- und Besoldungsanpassung zum 1. März 2009 und 1. März 2010;
- Beitragsänderungen zur Sozialversicherung, soweit sie bis Ende 2009 feststehen;
- Minderbedarfe aufgrund von Entscheidungen zu aufgabenkritischen Maßnahmen;
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
 - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2009), sofern dauerhaft fortwirkend,
 - im Planansatz 2010 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Veränderungen;
- Auswirkungen etwaiger weiterer Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2010;
- im Finanzplan 2008-2012 in den MAP-Raten 2011 und 2012 enthaltene Anpassungen;
- IT-bedingte Einsparungen;
- Aufgabenverlagerungen durch veränderte Zuständigkeiten;
- Anpassung der Sonderzahlung im Besoldungsbereich.

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.xx),
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Titel 438.xx) sowie
 - an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.xx).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu erwirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen im Besoldungs-, Versorgungs- und Tarifbereich ab 2011 werden zentral veranschlagt und ggf. den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Zentral vorgehalten werden auch Mittel für notwendige Korrekturen durch mögliche Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung in den Jahren ab 2011.

KRV

¹ Ansatz einschl. Sollübertragungen, übertragene Reste und Vorgriffe aus Vorjahren

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans bei den sachlich zuständigen Titeln (also getrennt nach Statusgruppen) veranschlagt. Die Versorgungsausgaben insgesamt setzen sich zusammen aus

- der Summe der in den KRD, den NSM-Bereichen und den Wirtschaftsplänen (Titel xxxx.632.91/632.01) als Zuschlag auf die Aktivbezüge veranschlagten Kostenanteile für Versorgung und
- der Differenz, die nach Abzug der o.g. Zuschläge von den zu erwartenden Versorgungsausgaben nach der Versorgungsprognose verbleibt (veranschlagt in den Titeln 432.93 bzw. 438.93).

Diese Differenz wird zuzüglich der Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger (446.93) im KRV veranschlagt. Die Kostenanteile an den Versorgungsbezügen (Zuschläge auf die Aktivbezüge) bleiben hingegen Bestandteil der Budgets (KRD; NSM). Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 13,5 v. H. der 2009 zugeordneten Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Ein negativer Haushaltsansatz im KRV entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Werte der Versorgungsprognose übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Die Ausgaben in den KRV sollen entsprechend der Regelung für die KRD mit Einwilligung der Finanzbehörde auch künftig einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig sein (bisher Art. 6 Nr. 1 des Haushaltsgesetzes).

Durch die dezentrale Veranschlagung werden die Versorgungsausgaben ressortspezifisch abgebildet. Erkennbar werden in den Einzelplänen jetzt auch die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für tatsächlich zu leistende Versorgung durch neu in die Versorgung Hineinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewendeten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf, sofern die frei gewordenen Stellen mit lebensjüngeren und damit kostengünstigeren Personen nachbesetzt werden.

Für die Behörden ist mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht mehr unmittelbar beeinflussen können.

Personalausgaben im Haushaltsvollzug 2009

Das Personalausgabenbudget der dezentralisierten Personalausgaben des Rechnungshofs im Vollzug des Jahres 2009 wurde eingehalten, darüber hinaus konnten Reste in Höhe von 429 Tsd. EUR (brutto) als ersteuert anerkannt und in das Folgejahr übertragen werden.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage 1 zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (August 2010) für die Drucklegung des Haushaltspelantrags 2011/2012.

Die vom Senat beantragten Stellenneuschaffungen, -hebungen und -umwandlungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten. Die betreffenden Veränderungen sind in der nachstehenden Tabelle summarisch sowie im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt. Dies gilt gleichermaßen für vorgesehene Stellenstreichungen (z.B. im Zusammenhang mit der Umsetzung aufgabenkritischer Ansätze), über die der Senat die Bürgerschaft ggf. mit gesonderter Vorlage unterrichten wird. Die damit konkret verbundenen Stellenabgänge werden – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen – im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Zur Einsparung vorgesehene Stellen, deren Streichung aus haushaltrechtlichen Gründen – z.B. Stellen noch besetzt – im dezentralen Datenbestand bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung des Haushaltspelantrags 2011/2012 nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Überblick über Stellenbestand und -veränderungen

Kapitel	Stellenzahl*)	Neue Stellen		Stellenhebungen		Umwandlungen	
		2011	2012	2011	2012	2011	2012
1030 Rechnungshof	142	-	-	-	-	-	-

3.3 Sachausgaben

Die Sachausgaben des Rechnungshofs umfassen in 2011 und 2012 jeweils:

- Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb von 1.085 Tsd. u. 1.087 Tsd. EUR,
- Ausgaben im Zusammenhang mit dem Einsatz von IT-Technik von 69 Tsd. EUR,
- Kosten für die Inanspruchnahme von Dataport von 182 Tsd. EUR.

3.4 Investitionen

Die beim Titel 1030.812.56 veranschlagten 110 Tsd. EUR (2011) und 73 Tsd. EUR (2012) werden für die im Planungszeitraum 2010 - 2014 weitere Modernisierung der technischen IT-Architektur des Rechnungshofs, die Fortentwicklung des Informationsmanagements und für Ersatzbeschaffungen der vorhandenen IT-Ausstattung benötigt. Die Veränderungen in der Veranschlagungshöhe resultieren im Wesentlichen aus den Abschreibungszeiträumen der IT-Geräte.

**Haushaltsplan
Freie und Hansestadt Hamburg**

Haushaltsjahr 2011/2012

**Stellenplan und
Stellenübersichten**

Einzelplan 1.0

Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Einzelplan 1.0

Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

I. Stellenbestand

kw 2011/12	kw 2013	kw 2014	kw 2015	kw >2015	kw o.T.	Vermerke
0,50				21,00		Anzahl der kw-Stellen Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	21,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte ¹⁾		Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer		Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen	Stellen- nachwuchs*	Stellen	Stellen- nachwuchs*	ohne *	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1000	Bürgerschaft	2011/12	28,50			50,78	1,00	79,28	
		2010	28,50			50,28	1,00	78,78	
1010	PUAs und Enquête-Komm.	2011/12				21,00		21,00	
		2010				0,00		0,00	
1030	Rechnungshof	2011/12	119,00			23,00		142,00	
		2010	122,00			21,00		143,00	
	gesamt:	2011/12	147,50	0,00	0,00	94,78	1,00	242,28	
		2010	150,50	0,00	0,00	71,28	1,00	221,78	

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Februar 2011) für die Drucklegung des Haushaltplan-Entwurfs 2011/12.

Die vom Senat beantragten Stellenveränderungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten; sie werden im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Mit vorgesehenen Einsparungen konkret verbundene Stellenabgänge werden – soweit sie im vorliegenden Druck nicht bereits vollzogen sind – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Stellen, deren Streichung aus haushaltrechtlichen Gründen (z.B. Stellen noch besetzt) bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung nicht vollzogen werden können, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Einzelplan 1.0

Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kapitel	Anzahl der Stellen 2010	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2010				Stellenplan 2011/12	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1.0	1000 Bürgerschaft 1010 PUAs und Enquête-Komm. 1030 Rechnungshof	78,78 0,00 143,00	-1,00 -1,00			3,63 22,00	-3,13	79,28 21,00 142,00	0,50 21,00 -1,00
	Summe:	221,78	-2,00	+0,00	+0,00	+25,63	-3,13	242,28	20,50

I. Stellenbestand

kw 2011/12	kw 2013	kw 2014	kw 2015	kw >2015	kw o.T.	Vermerke
0,50						Anzahl der kw-Stellen Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Wertigkeit	Anzahl	davon	2010	Anzahl	Vermerke
			Vermerk Nr.		
Beamtinnen/ Beamte <u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			1,00	
A 16	2,00			2,00	
A 15	2,00			2,00	
A 14	1,00			1,00	
A 13	2,00			2,00	
A 13	4,00			4,00	
A 12	9,50			9,50	
A 11	4,00			4,00	
A 10	2,00			2,00	
A 8	1,00			1,00	
Summe:	28,50			28,50	

B 6 Direktorin/ Direktor bei der Bürgerschaft (1,00)
A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
A 13 Regierungsräatin/ Regierungsrat (2,00)
A 13 Oberamtsräatin/ Oberamtsrat (0,00), Regierungsräatin/Regierungsrat (4,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (9,50)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (4,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

Wertigkeit	Anzahl	davon	2010	Anzahl	Vermerke
			Vermerk Nr.		
Leerstellen (kw) *					
A 13	1,00			1,00	
A 12	2,00			2,00	
A 11	2,00			2,00	
A 9	0,00			1,00	
Summe:	5,00			6,00	

A 13 Oberamtsräatin/ Oberamtsrat (0,00), Regierungsräatin/Regierungsrat (1,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (2,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (2,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	ausgebracht gemäß	
					§ 50a (1)	
A 13	0,00			1,00	Nr. 7	
A 13	1,00			0,00	Nr. 7	
A 12	1,00			1,00	Nr. 7	
A 12	1,00			1,00	Nr. 7	
A 11	2,00			2,00	Nr. 7	
A 9	0,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	5,00			6,00	H.Beschl.	

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,50	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Beamteninnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	0,50	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 13	1,00	Regierungsrätin/Regierungsrat	Oberamtsrätin/ Oberamtsrat	Umsetzung Dienstrechtsreform Neuregelung Besoldungsrecht (Drks. 19/4246)
A 13	1,00	Regierungsrätin/Regierungsrat	Oberamtsrätin/ Oberamtsrat	Umsetzung Dienstrechtsreform Neuregelung Besoldungsrecht (Drks.19/4246)
A 13	1,50	Regierungsrätin/Regierungsrat	Oberamtsrätin/ Oberamtsrat	Umsetzung Dienstrechtsreform Neuregelung Besoldungsrecht (Drks. 19/4246)

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	2,00			2,00	
E 14	1,00			0,00	
E 13	4,50	0,50	1)	5,00	<i>kw: 0,50 EntgGr. E 13 zum 31.03.2012 es soll nach dem Erprobungszeitraum geklärt werden, ob die Stellenbemessung korrekt ist</i>
E 12	2,00			2,00	
E 11	4,00			4,00	
E 10	3,00			2,00	
E 9	14,33			14,33	
E 8	6,78			7,78	
E 6	12,17			11,67	
E 5	1,00			1,50	
Summe:	50,78			50,28	
Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*					
Nachwuchs mD	1,00			1,00	
Summe:	1,00			1,00	
Summe (ohne *) insgesamt	79,28			78,78	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängig	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 14							1,00		1,00	Überprüfung der Eingruppierung hat E 14 Wertigkeit ergeben
E 13							-1,00		-1,00	Überprüfung der Eingruppierung hat E 14 Wertigkeit ergeben
E 10							1,00		1,00	Überprüfung der Stelle hat Neubewertung ergeben
E 6		1,00							1,00	Schaffung einer kostenneutralen E6 durch Einsparung entsprechender Stellenanteile bei Nr.35,36 und 39
<i>Summe Arbeitnehmer</i>				0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00
										2,00
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>				0,00	2,13	-2,63	0,00	0,00	0,00	-0,50
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>				0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00
										-1,00
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>				0,00	3,13	-2,63	0,00	0,00	0,00	0,50
Summe (ohne *) insgesamt				0,00	3,63	-3,13	0,00	0,00	0,00	0,50

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/12	alter Vermerk 2010
E 13	1) kw: 0,50 EntgGr. E 13 zum 31.03.2012 es soll nach dem Erprobungszeitraum geklärt werden, ob die Stellenbemessung korrekt ist	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
Nachwuchs mD	1,00			Ausbildung erfolgt im Bereich Fachange stellte Medien und Informationsdienste

I. Stellenbestand

kw 2011/12	kw 2013	kw 2014	kw 2015	kw >2015	kw o.T.	Vermerke
				21,00		Anzahl der kw-Stellen Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	21,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Wertigkeit	2011/12		Vermerk Nr.	2010	Anzahl	Vermerke
	Anzahl	davon				
Arbeitnehmer						
E 15	1,00	1,00	2)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 15</i>	
E 14	2,00	2,00	3)	0,00	<i>kw: 2,00 EntgGr. E 14</i>	
E 13	12,00	12,00	1)	0,00	<i>kw: 12,00 EntgGr. E 13</i>	
E 11	3,00	3,00	4)	0,00	<i>kw: 3,00 EntgGr. E 11</i>	
E 6	3,00	3,00	5)	0,00	<i>kw: 3,00 EntgGr. E 6</i>	

II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15		1,00							1,00	Einrichtung einer Stelle wiss. Ang. für den Arbeitsstab aufgrund Beschluss des PUA vom 02.07.2009
E 14		1,00							1,00	Einrichtung einer Stelle wiss. Ang. für den Arbeitsstab aufgrund Beschluss des PUA vom 02.07.2009
E 14		1,00							1,00	Einrichtung einer Stelle wiss. Ang. für den Arbeitsstab
E 13		1,00							1,00	Einrichtung einer Stelle wiss. Mitarbeiter im Arbeitsstab aufgrund Beschluss des PUA vom 08.07.2009
E 13		1,00							1,00	Einrichtung einer Stelle wiss. Ang. für den Arbeitsstab aufgrund Beschluss des PUA vom 08.07.2009
E 13		1,00							1,00	Einrichtung einer Stelle wiss. Ang. für den Arbeitsstab aufgrund Beschluss des PUA vom 13.08.2009
E 13		1,00							1,00	Einrichtung einer Stelle wiss. Ang. für den Arbeitsstab des PUA aufgrund Beschluss vom 13.08.2009
E 13		1,00							1,00	Einrichtung einer Stelle wiss. Mitarbeiter im Arbeitsstab des PUA aufgrund Beschluss des PUA's vom 31.08.2009
E 13		2,00							2,00	Schaffung einer Stelle wiss. Mitarbeiter aufgrund Beschluss des PUA vom 01.07.2010
E 13		1,00							1,00	Schaffung einer Stelle wiss. Mitarbeiter aufgrund Beschluss des PUA vom 16.08.2010
E 13		3,00							3,00	Schaffung einer Stelle wiss. Mitarbeiter aufgrund Beschluss des PUA
E 13		1,00							1,00	Einrichtung einer Stelle wiss. Mitarbeiter im Arbeitsstab des PUA aufgrund Beschluss des PUA's vom 31.08.2009
E 11		1,00							1,00	Einrichtung einer Stelle Ausschussachbearbeiter für den PUA aufgrund beschluss des PUA vom 02.07.2009
E 11		1,00							1,00	Schaffung 0,5 Stelle Ausschussachbearbeitung aufgrund Beschluss des PUA vom 01.07.2010
E 11		1,00							1,00	Schaffung einer Stelle Ausschussachbearbeitung aufgrund Beschluss des PUA vom 01.07.2010
E 6		2,00							2,00	Einrichtung einer Stelle Schreibkraft im Arbeitsstab
E 6		2,00							2,00	Schaffung einer Stelle Schreibkraft aufgrund Beschluss des PUA vom 01.07.2010

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/12	alter Vermerk 2010
E 13	1) kw: 12,00 EntgGr. E 13	
E 15	2) kw: 1,00 EntgGr. E 15	
E 14	3) kw: 2,00 EntgGr. E 14	
E 11	4) kw: 3,00 EntgGr. E 11	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Arbeitnehmer					
	Summe:	21,00		0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	21,00			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte <u>Planstellen</u>					
B 10	1,00	1,00	1)	1,00	Einschließlich einer Aufwandsentschädigung von monatlich 230,08 EUR.
B 6	1,00			1,00	
B 4	4,00			4,00	
A 16	12,00			10,00	
A 15	13,00	1,00	2)	15,00	Vermerk weggefallen
		1,00	3)		Vermerk weggefallen
A 14	21,00			21,00	
A 13	8,00			12,00	
A 13	45,00	1,00	4)	44,00	freigestelltes Personalratsmitglied
A 12	9,00			9,00	
A 11	1,00			1,00	
A 9	4,00			4,00	
Summe:	119,00			122,00	

- B 10 Präsidentin/ Präsident des Rechnungshofes (1,00)
B 6 Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Rechnungshofes (1,00)
B 4 Direktorin/ Direktor bei dem Rechnungshof (4,00)
A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (12,00)
A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (13,00)
A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (21,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (8,00)
A 13 Oberrechnungsrätin/ Oberrechnungsrat (45,00)
A 12 Rechnungsrätin/ Rechnungsrat (9,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (4,00)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16						2,00			2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 15	-1,00								-1,00	gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss
A 15									-1,00	gem. Art. 11 Nr. 11 Haushaltsbeschluss
A 13						-3,00			-3,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>	<i>-1,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>-2,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>-3,00</i>	<i>1,00</i> gem. Art. 11 Nr. 11 Haushaltsbeschluss

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/ 12	alter Vermerk 2010
A 15 A 15	2) weggefallen 3) weggefallen	1,00 freigestelltes Personalratsmitglied kw: 1,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor Beendigung des Projekts Modernisierung des Informationsmanagements
A 13	4) 1,00 freigestelltes Personalratsmitglied	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	1,00			3,00	
E 14	4,00			0,00	
E 13	1,00			1,00	
E 11	1,00			1,00	
E 10	2,00			2,00	
E 9	6,00			6,00	
E 8	4,00			4,00	
E 6	2,00			2,00	
E 5	1,00			1,00	
E 3	1,00			1,00	
Summe:	23,00			21,00	
Summe (ohne *) insgesamt	142,00			143,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü						-2,00			-2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 14						3,00			3,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 14						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
<i>Summe Arbeitnehmer</i>				0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	2,00
Summe (ohne *) insgesamt				-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00

**Wirtschaftsplan 2011/2012 für das Sondervermögen
"Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Abgeordneten
der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg"**

(zugleich als Erläuterung zu den Titeln 1000.389.01 [ab 2012 1000.382.01] Beteiligung der Abg. an Versorgungsleistungen und 1000.429.01 [ab 2012 1000.982.01] Zuführung an das Sondervermögen Versorgungsfonds Bürgerschaft)

I. Einnahmen	Beträge in TEUR					Erläuterungen
	Ist	Ist	Ist	Ansatz	Ansatz	
	2008	2009	2010	2011	2012	
Zweckbestimmung						
Zuführungen von Abgeordneten	179	197	196	206	209	1.
Wertpapierverkäufe	114	60	--	--		
Zinserträge	45	40	26	80	80	2.
Gesamteinnahmen:	338	297	222	286	289	
II. Ausgaben	Beträge in TEUR					Erläuterungen
	Ist	Ist	Ist	Ansatz	Ansatz	
	2008	2009	2010	2011	2012	
Wertpapierkäufe	-	-	1000	286	289	3.
Gebühren für Wertpapierkauf und -verkauf	--	--	82	--	--	4.
Abführungen an den Haushalt	--	--	--	--	--	
Abführungen an sonstige juristische Personen aus Beteiligungen am Sondervermögen	--	--	--	--	--	
Gesamtausgaben:	0	0	1.082	286	289	
III. Vermögensentwicklung	Beträge in TEUR					Erläuterungen
	Ist	Ist	Ist	Ansatz	Ansatz	
	2008	2009	2010	2011	2012	
Wertpapierbestand aus Vorjahr	739	625	565	1.565	1.851	
Kassenbestand aus Vorjahr	435	773	1.070	210	210	
Veränderungen Wertpapierdepot	-114	-60	+1.000	+286	+289	3.
Veränderungen Kassenbestand	+338	+297	-860	--	--	
davon Entnahmen aus Sondervermögen	--	--	--	--	--	
Bestand am Jahresende	1.398	1.635	1.775	2.061	2.350	

Erläuterungen

1. § 3 Absatz 2 des Gesetzes über einen Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Abgeordneten der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg regelt die Höhe der jährlichen Zuführungen zum Sondervermögen.
Demnach ist dies die Gesamtsumme der monatl. anfallenden Beträge, auf die die Abgeordneten gem. § 10 Absatz 1 des Hamburgischen Abgeordnetengesetzes verzichtet haben. Die Verzichte berechnen sich nach einem Anteil von 50% des aktuellen Rentenversicherungsbeitragssatzes bezogen auf das Abgeordnetenentgelt. Der Rentenversicherungsbeitragssatz beträgt seit dem 1.1.2007 19,9%.
2. Die jährlich erfolgenden Zuführungen in das Sondervermögen "Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg" werden zunächst temporär bei der Kasse Hamburg verzinslich angelegt. Für die Verzinsung auf den Geschäftskonten wurde ein Tagesgeldzinssatz von 2,5% zugrunde gelegt.
Für 2011 und 2012 werden Tagesgeldzinsen in Höhe von 5 TSD. EUR und Wertpapierzinsen in Höhe von 75 TSD. EUR angesetzt.
3. Wertpapierkäufe gemäß § 3 Abs. 3 des Gesetzes über das Sondervermögen "Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Abgeordneten der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg". Diese Wertpapierkäufe erfolgen einmal jährlich, nachträglich zum Ende des Jahres mit unterschiedlichen Laufzeiten und Renditen. Die Angaben erfolgen zum Nennwert der Wertpapiere.

Der Ansatz für 2011 setzt sich analog aus der Anlage der voraussichtlichen Verzichtsbeiträge betreffend 2011 i. H.v.206 TSD. EUR zuzüglich der Zinserwartung i. H. v. 80 TSD EUR zusammen.

Der Ansatz für 2012 setzt sich analog aus der Anlage der voraussichtlichen Verzichtsbeiträge betreffend 2012 in Höhe von 209 TSD.EUR zuzüglich der Zinserwartung i. H. v. 80 TSD EUR zusammen.

4. Börsen- und Maklergebühren sowie Stückzinsen, die beim Kauf und Verkauf von Wertpapieren anfallen. Die Verwaltung und Geschäftsführung werden sowohl von der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Hamburg, als auch der Bürgerschaftskanzlei kostenfrei vorgenommen.

Lagebericht

1. Zusammensetzung der Aufsichtsgremien

Das Sondervermögen ist bei der Bürgerschaft eingerichtet. Die Verwaltung und Geschäftsführung ist der Bürgerschaftskanzlei übertragen.

2. Zielbild

Das per Gesetz vom 17. Dezember 2002 (mit Wirkung vom 1. Januar 2002) errichtete Sondervermögen dient dem Zweck, im Wege der Rücklagenbildung zur späteren Finanzierung bzw. Entlastung der künftigen Versorgungsleistungen der Abgeordneten beizutragen und damit langfristig den Haushalt zu entlasten.

3. Geschäftsverlauf und zukünftige Entwicklungen

Die jährlich erfolgenden Zuführungen für das Sondervermögen "Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Abgeordneten der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg" werden temporär bei der Kasse Hamburg verzinslich angelegt. Die Mittel des Sondervermögens werden zu marktüblichen Bedingungen in handelbaren Wertpapieren angelegt.

Übersicht über die im Deckungskreis 01 veranschlagter Mittel
 Deckungskreis 01/Leistungen an Abgeordnete bzw. deren Familien

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2009		2010		2011		2012	
		Ergebnis	Rest	Tsd. Euro	V/E	Ansatz	V/E	Ansatz	V/E
<u>1000</u>	<u>Bürgerschaft</u>								
411.01	Steuerpflichtiges Entgelt	4.558	654	4.438	-	4.765	-	-	4.463
411.02	Fahrt- und Reisekosten	131	31	160	-	115	-	-	114
411.04	Zuschüsse zum Familienerhalt	84	15	90	-	80	-	-	80
411.06	Zuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung	111	178	107	-	122	-	-	117
411.07	Bürokosten	1.004	186	1.120	-	1.756	-	-	980
411.08	Kostenpauschale	504	9	511	-	532	-	-	511
411.09	Zuschuss für Hilfskräfte	4.573	610	4.529	-	4.711	-	-	4.578
411.10	Sitzungsgelder	228	41	219	-	255	-	-	255
411.11	Altersentschädigung	125	36	157	-	163	-	-	232
Summe	Deckungskreis 01	11.318	1.760	11.331	-	12.499	-	11.330	-

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan

2011/2012

Einzelplan 1.1 Senat und Personalamt
(Abbildung in neuer Behördenstruktur; inkl. Bereich Medien)

(von der Bürgerschaft am 24.11.2011 beschlossener Haushaltsplan 2011/2012)

Inhaltsübersicht

Einzelplan 1.1

	Seite
Kapitel 1100 - Senat -	
Vorwort (weißes Papier)	1 - 6
Produktinformationen (gelbes Papier)	1 - 14
Erläuterungen (graues Papier)	1 - 4
Kapitel 1140 - Personalamt -	
Vorwort (weißes Papier)	1 - 8
Produktinformationen (gelbes Papier)	1 - 16
Erläuterungen (graues Papier)	1 - 2
 Zahlenwerk Kapitel 1100 + 1140 (weißes Papier)	 1 - 37
Kontenrahmen für Dienstbezüge	38 - 41
Kontenrahmen für Versorgung	42 - 46
 Anlagen	
1 Stellenplan Kapitel 1100 + 1140 (blaues Papier)	1 - 26
2 Wirtschaftspläne (rosa Papier)	
2.1 Landesbetrieb Rathaus-Service	1 - 20
2.2 Landesbetrieb Zentrale Personaldienste	21 - 48
2.3 Zentrum für Aus- und Fortbildung Hamburg	49 - 88
3 Übersicht über Zuwendungen (weißes Papier)	
3.1 Zuwendungen über 100.000 Euro	1
3.2 Zuwendungen bis 100.000 Euro	2
4 Übersicht über Deckungskreise (weißes Papier)	1 - 2
5 Überleitungstabelle (weißes Papier)	1 - 2

Kapitel 1100

Senat

Vorwort zum Kapitel 1100 „Senat“

0. Vorbemerkungen

Ab 2012 Anpassung des Zahlenwerkes, der Erläuterungen, Produktinformationen und der Deckungskreise auf Grund der Neustrukturierung der Behörden (Gesetz über Verwaltungsbehörden vom 19.04.2011 [HmbGVBl. S. 123]) sowie behördenübergreifender Aufgabenverlagerungen (siehe Überleitungstabelle Anlage 5).

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplans

Die Senatskanzlei unterstützt den Senat und dessen Präsidenten bei der Wahrnehmung ihrer Pflichten und Aufgaben. Aufgabenschwerpunkte bilden dabei insbesondere:

- die Gestaltung der Beziehungen Hamburgs zur Bundesregierung, zu anderen Bundesländern, zum Ausland (einschließlich Europapolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Städtepartnerschaften)
- Konzeption sowie das Controlling des Regierungsprogramms,
- Ressourcensteuerung im Bereich der Neuen Investitionen,
- Gewährleistung der Regierungsarbeit im Senat und Staatsrätekollegium sowie in der Verbindung von Senat und Bürgerschaft,
- Vorbereitung und Begleitung der Termine des Ersten Bürgermeisters,
- Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Arbeit von Senat und Verwaltung,
- individuelle Beratung von Bürgerinnen und Bürgern,
- Pflege der Beziehungen zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie
- die Stärkung Hamburgs als Medien-Standort.

Die Zielsetzung des Leitbildes „Wir schaffen das moderne Hamburg“ ist, dass Hamburg zu einer modernen Stadt wächst, die Wohlstand, Lebensqualität und die Chance für jede und jeden bietet, das Leben selbst in die Hand zu nehmen.

Dazu zählen:

- eine Verwaltung, die Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen zur Seite steht,
- eine Infrastruktur, die Wirtschaft und Lebensqualität fördert,
- Kitas, Schulen und Hochschulen, die allen jungen Menschen beste Bildung vermitteln,
- exzellente Forschungseinrichtungen, die Innovationen zum Alltag machen,
- soziale und gesundheitliche Dienstleistungen, auf die man sich verlassen kann,
- ein öffentlicher Nahverkehr, der sauber, sicher und zuverlässig ist und
- Stadtquartiere, die der bunten Vielfalt eine Heimat sind.

Mit dem „Innovationsfonds Hamburg“ (Titel 1100.971.03) werden innovative Vorhaben im Rahmen dieses Leitbildes gefördert. Dieser Fonds wird jährlich mit 1,62 Mio. Euro ausgestattet.

Im Titel Städtepartnerschaften ist die neue Städtepartnerschaft mit Dar es Salaam durch eine Erhöhung des Ansatzes um 50 Tsd. Euro jährlich berücksichtigt.

Hamburgs herausgehobene Position als ein führendes Zentrum der Medien- und IT-Wirtschaft in Deutschland wird zielgerichtet gestärkt und ausgebaut. Die Maßnahmen richten sich beispielsweise auf Förderungen der unterschiedlichen Teilbranchen und auf medienzweigübergreifende und vernetzende Aktivitäten (wie z. B. den Internationalen Mediendialog Hamburg). Im Rahmen der Initiative hamburg@work werden Unternehmen der Medien- und IT-Branche durch aufeinander abgestimmte Maßnahmenbündel nachhaltig unterstützt.

Das Gesamtvolumen der Haushaltsausgaben der Senatskanzlei beträgt in 2011 rd. 33,7 Mio. Euro und 2012 rd. 38,6 Mio. Euro. Im Rahmen des Personalbudgets der Senatskanzlei mit 21,5 Mio. Euro in 2011 und rd. 22,3 Mio. Euro in 2012 werden auch die Bezüge der Senatsmitglieder sowie der Staatsrätinnen und Staatsräte veranschlagt.

Bei den Sach- und Fachausgaben werden die Mittel entsprechend den fachlichen Aufgabenschwerpunkten insbesondere in den Bereichen Förderung des Medienstandortes Hamburg (1.335 Tsd. Euro), Entwicklungszusammenarbeit (340 Tsd. Euro), Städtepartnerschaften (450 Tsd. Euro), Europapolitische Interessenvertretung (473 Tsd. Euro), Maßnahmen der Ostseekooperation (130 Tsd. Euro) und Pflege der Beziehungen zu verfolgten ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs sowie ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern (200 Tsd. Euro) eingesetzt.

Mit dem Haushaltsplan 2011/2012 werden alle Produkte der Senatskanzlei abgebildet.

2. Übersicht Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2010	2011	2012	+/- in %	
				in Tsd. Euro	
Einnahmen	10.350	409	10.409	-2.430,5	+2.444,9
Davon:					
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	17	76	76	+ 347,1	-
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	333	333	333	-	-
Investitionszuschüsse, etc. (Hgr. 3)	10.000	0	10.000	- 100	+ 100
Ausgaben	42.762	33.680	38.611	-21,2	+14,6
Davon:					
Personalausgaben	21.605	21.540	22.291	-0,3	+3,5
Sach- und Fachausgaben	12.282	9.725	13.705	-20,8	+40,9
Sonstige Betriebsausgaben	4.200	1.620	1.620	-61,4	-
Investitionen	4.675	795	995	-82,9	+25,2

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2011 (in %)	Gesamtplan	Kapitel 1100
Personalausgaben	24,3	64,0
Sach- und Fachausgaben, sonstige Betriebsausgaben	56,5	33,7
Investitionen	8,1	2,4

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2012 (in %)	Gesamtplan	Kapitel 1100
Personalausgaben	24,5	57,7
Sach- und Fachausgaben, sonstige Betriebsausgaben	58,2	39,7
Investitionen	7,5	2,6

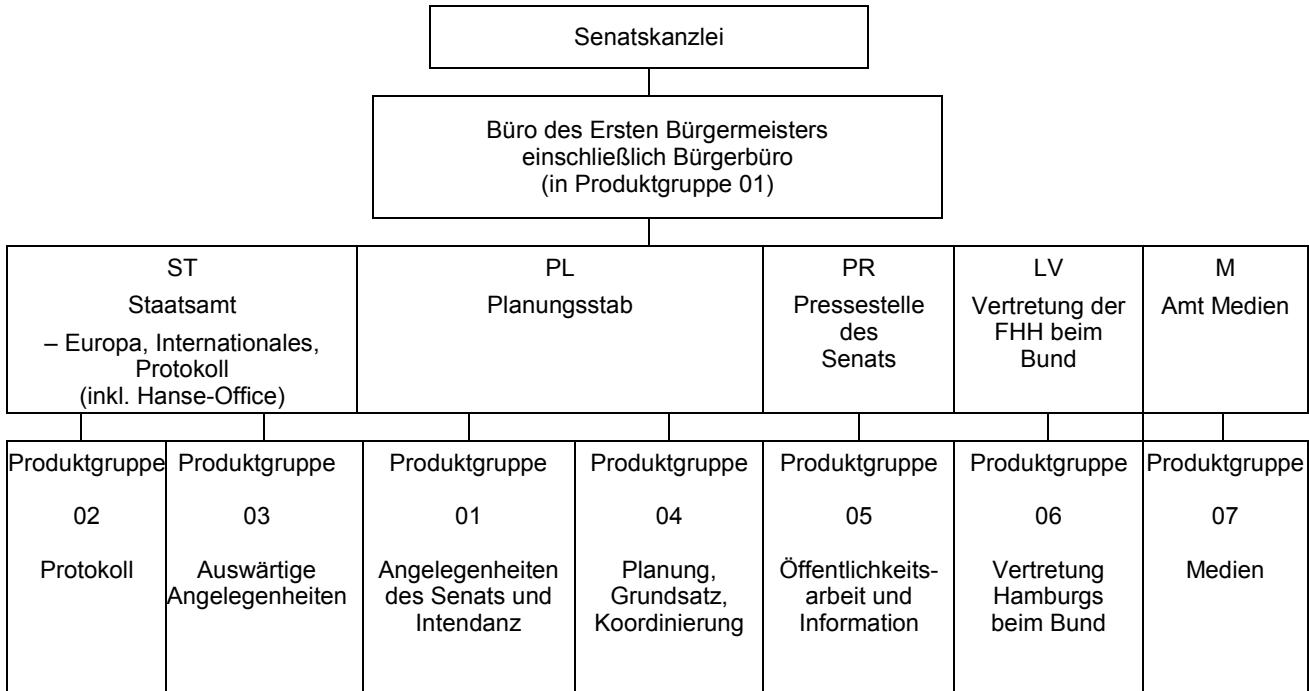
Investitionsrestevolumen der Vorjahre

2008				2009			
Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2009 übertragene Reste		Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2010 übertragene Reste	
in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in %	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in %
9.175	3.188	5.591	61	11.656	1.313	10.435	90

¹ Ansatz einschl. Sollübertragungen, übertragene Reste und Vorgriffe aus Vorjahren

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Die Senatskanzlei ist wie folgt organisiert:



Zum 1. Mai 2010 wurden Teile der Intendant (Geschäftsstelle, Haushalt, IT und Schnittstelle Personal) organisatorisch beim Planungsstab angebunden. Außerdem wurde mit Wirkungsdatum 1. September 2010 das bisherige Amt Protokoll in das Staatsamt integriert. Weiterhin erfolgte die Verlagerung des Amtes Medien zur Senatskanzlei zum 1. Mai 2011 und der Zuständigkeit für das EU-Programm INTERREG (in Produktgruppe 03 enthalten) zum 1. September 2011.

4. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD), Kontenrahmen für Versorgung (KRV) und Stellenplan

KRD/NSM

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD und den NSM-Titelgruppen des Einzelplans basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2010, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Lineare Anpassungen durch die Tarif- und Besoldungsanpassung zum 1. März 2009 und 1. März 2010;
- Beitragsänderungen zur Sozialversicherung, soweit sie bis Ende 2009 feststehen;
- Minderbedarfe aufgrund von Entscheidungen zu aufgabenkritischen Maßnahmen;
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
 - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2009), sofern dauerhaft fortwirkend,
 - im Planansatz 2010 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Veränderungen;
- Auswirkungen etwaiger weiterer Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2010;
- im Finanzplan 2008-2012 in den MAP-Raten 2011 und 2012 enthaltene Anpassungen;
- IT-bedingte Einsparungen;
- Aufgabenverlagerungen durch veränderte Zuständigkeiten;
- Anpassung der Sonderzahlung im Besoldungsrecht.

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.xx),
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Titel 438.xx) sowie
 - an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.xx).

1100

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen im Besoldungs-, Versorgungs- und Tarifbereich ab 2011 werden zentral veranschlagt und ggf. den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Zentral vorgehalten werden auch Mittel für notwendige Korrekturen durch mögliche Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung in den Jahren ab 2011.

KRV

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans bei den sachlich zuständigen Titeln (also getrennt nach Statusgruppen) veranschlagt. Die Versorgungsausgaben insgesamt setzen sich zusammen aus

- der Summe der in den KRD, den NSM-Bereichen und den Wirtschaftsplänen (Titel 1100.632.91) als Zuschlag auf die Aktivbezüge veranschlagten Kostenanteile für Versorgung und
- der Differenz, die nach Abzug der o.g. Zuschläge von den zu erwartenden Versorgungsausgaben nach der Versorgungsprognose verbleibt (veranschlagt in den Titeln 432.93 bzw. 438.93).

Diese Differenz wird zuzüglich der Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger (446.93) im Kontenrahmen für Versorgung (KRV) veranschlagt. Die Kostenanteile an den Versorgungsbezügen (Zuschläge auf die Aktivbezüge) bleiben hingegen Bestandteil der Budgets (KRD; NSM). Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal knapp 13,5 v. H. der 2009 zugeordneten Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Ein negativer Haushaltsansatz im KRV entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Werte der Versorgungsprognose übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Die Ausgaben in den KRV sollen entsprechend der Regelung für die KRD mit Einwilligung der Finanzbehörde auch künftig einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig sein (bisher Art. 6 Nr. 1 des Haushaltsgesetzes).

Durch die dezentrale Veranschlagung werden die Versorgungsausgaben ressortspezifisch abgebildet. Erkennbar werden in den Einzelplänen jetzt auch die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für tatsächlich zu leistende Versorgung durch neu in die Versorgung Hineinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewandten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf, sofern die frei gewordenen Stellen mit Lebensjüngeren und damit kostengünstigeren Personen nachbesetzt werden.

Für die Behörden ist mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht mehr unmittelbar beeinflussen können.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Die Stellenpläne der netto-veranschlagten Einrichtungen gemäß § 15 Abs. 2 LHO, der Landesbetriebe gemäß § 26 Abs. 1 und 4 LHO sowie ggf. der Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO sind in den Wirtschaftsplänen (rosa Seiten) abgedruckt.

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Februar 2011) für die Drucklegung des Haushaltsgesetzes 2011/2012.

Die vom Senat beantragten Stellenneuschaffungen, -hebungen und -umwandlungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten. Die betreffenden Veränderungen sind in der nachstehenden Tabelle summarisch sowie im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Dies gilt gleichermaßen für vorgesehene Stellenstreichungen (z.B. im Zusammenhang mit der Umsetzung aufgabekritischer Ansätze), über die der Senat die Bürgerschaft ggf. mit gesonderter Vorlage unterrichten wird. Die damit konkret verbundenen Stellenabgänge werden – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen – im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Zur Einsparung vorgesehene Stellen, deren Streichung aus haushaltrechtlichen Gründen – z.B. Stellen noch besetzt – im dezentralen Datenbestand bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung des Haushaltsgesetzes 2011/2012 nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Einzelplan 1.1 Senatskanzlei

Kapitel	Stellenzahl*)	Neue Stellen **)		Stellenhebungen **)		Umwandlungen **)	
		2011	2012	2011	2012	2011	2012
1100 Senat	172,25	1	-	-	-	-	-
1105 Wirtschaftsplan Rathaus-Service	53,40	-	-	-	-	-	-

*) Stellenbestand gemäß Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Stellenplanverfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Februar 2011) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012

**) wie vom Senat beantragt

5. Sachausgaben (KRS/Titelgruppen)

Der KRS wurde zum Haushaltsplan 2009/2010 aufgelöst.

6. Einzelplandekungskreise

siehe Anlage 4

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Zur Senatskanzlei gehört der folgende Landesbetrieb nach § 26 LHO; das voraussichtliche Jahresergebnis ist wie folgt veranschlagt:

Einrichtung	Gesamtaufwand		Zuführung (-) aus dem Haushalt Ablieferung (+) an den Haushalt	
	2011	2012	2011	2012
Landesbetrieb Rathaus-Service (§ 26 Abs. 1 LHO)	5.852	6.090	-124	-124

Der Wirtschaftsplan, Lagebericht und die Erläuterungen finden sich in Anlage 2.1 (rosa Seiten).

8. Bericht über Maßnahmen und Projekte gem. bürgerschaftlichen Ersuchen

entfällt

9. Zuwendungen

siehe Anlagen 3.1 und 3.2 sowie den Beitrag in den Erläuterungen

10. Produktinformationen (generelle Hinweise)

Haushaltsplan 2010

	Gesamt-einnahmen	Personal-ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt-ausgaben
Tsd. Euro					
Gesamtbetrag Kapitel	10.350	21.605	16.482	4.675	42.762
Davon entfallen auf:					
Produktgruppe 01	86	4.173	3.155	175	7.503
Produktgruppe 02	0	1.445	2.079	0	3.524
Produktgruppe 03	0	2.038	2.841	0	4.879
Produktgruppe 04	10.000	3.956	6.262	4.500	14.718
Produktgruppe 05	1	1.240	1.011	0	2.251
Produktgruppe 06	263	2.100	1.134	0	3.234
Produktgruppe 08 ²	0	6.653	0	0	6.653

Haushaltsplan 2011

	Gesamt-einnahmen	Personal-ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt-ausgaben
Tsd. Euro					
Gesamtbetrag Kapitel	409	21.540	11.345	795	33.680
Davon entfallen auf:					
Produktgruppe 01	141	4.116	3.066	795	7.977
Produktgruppe 02	0	1.443	1.601	0	3.044
Produktgruppe 03	0	2.035	2.536	0	4.571
Produktgruppe 04	0	3.950	2.383	0	6.333
Produktgruppe 05	5	1.235	761	0	1.996
Produktgruppe 06	263	2.116	998	0	3.114
Produktgruppe 08	0	6.645	0	0	6.645

Haushaltsplan 2012

	Gesamt-einnahmen	Personal-ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt-ausgaben
Tsd. Euro					
Gesamtbetrag Kapitel	10.409	22.291	15.325	995	38.611
Davon entfallen auf:					
Produktgruppe 01	141	3.629	5.955	195	9.779
Produktgruppe 02	0	1.457	1.533	0	2.990
Produktgruppe 03	0	2.169	2.450	0	4.619
Produktgruppe 04	10.000	3.192	2.550	0	5.742
Produktgruppe 05	5	1.044	654	0	1.698
Produktgruppe 06	263	2.063	972	0	3.035
Produktgruppe 07	0	1.290	1.211	800	3.301
Produktgruppe 08	0	7.447	0	0	7.447

² Bei der Produktgruppe 08 „Senat“ handelt es sich insbesondere um Personalkosten für Senatoren und Staatsräte sowie Overheadkosten, die keinem Produkt der Senatskanzlei zugeordnet werden können. Die Produktgruppe 08 wird in den Produktinformationen nicht ausgewiesen.

Produktinformationen

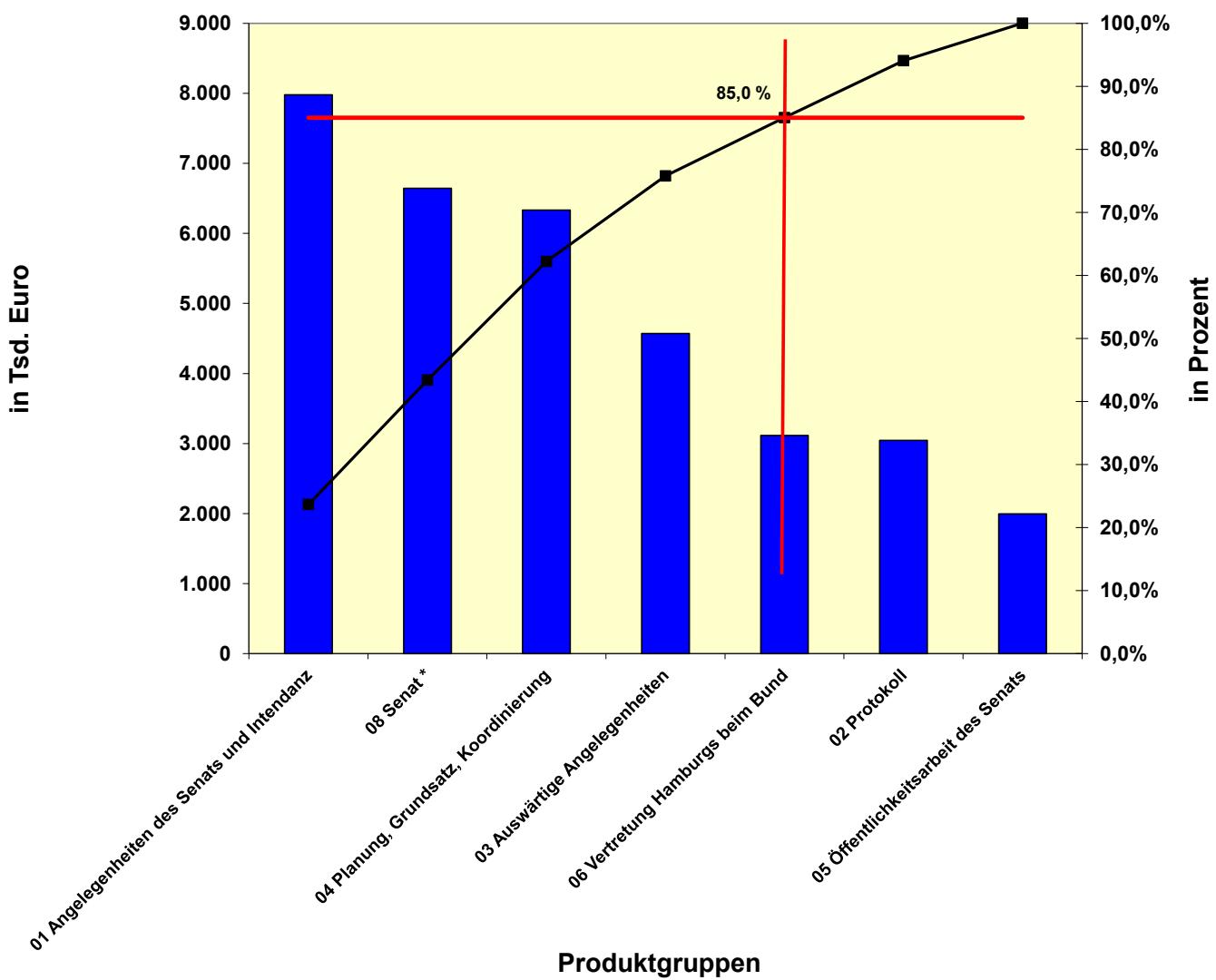
Erläuterung des Strukturdatenblatts zu den Produktinformationen:

Das **Strukturdatenblatt** auf der nächsten Seite zeigt auf einen Blick die jeweilige finanzielle Relevanz der jeweiligen Produktgruppen und Produktbereiche sowohl in tabellarischer Darstellung als auch als grafische Übersicht. Insbesondere grafisch wird deutlich, welche Produktgruppen vom Finanzvolumen her den Schwerpunkt des Einzelplans bilden.

Die Linie in der Grafik schneidet dabei die Produktgruppe, mit der 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans überschritten werden. Häufig sind es nur zwei oder drei Produktgruppen, auf die mehr als 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans entfallen. Die Grenze wurde bei 80 Prozent gezogen, da es in der Betriebswirtschaftslehre die so genannte 80/20-Regel gibt (Beispiel: 80 Prozent des Umsatzes werden mit 20 Prozent der Kunden erwirtschaftet). Idealtypischerweise sollten Ziele, Kennzahlen und Erläuterungen zu Produktgruppen, auf die ein hohes Finanzvolumen entfällt, ausführlicher dargestellt werden als bei Produktgruppen, deren Finanzvolumen im Verhältnis zum gesamten Finanzvolumen des Einzelplans gering ist. Soweit hiervon abgewichen wird, sollte es inhaltliche Gründe geben.

Strukturdatenblatt
Einzelplan 1.1

Rang	PG	PB	Ressourcen		Ressourcen kumuliert	Anzahl Produkte	Anzahl Kennzahlen
			in Tsd. EUR	in %	in %		
1	2	3	4	5	6	7	8
1	01 Angelegenheiten des Senats und Intendantz	01	7.977	23,7%	23,7%	6	30
2	08 Senat *	01	6.645	19,7%	43,4%	0	0
3	04 Planung, Grundsatz, Koordinierung	01	6.333	18,8%	62,2%	6	4
4	03 Auswärtige Angelegenheiten	01	4.571	13,6%	75,8%	3	17
5	06 Vertretung Hamburgs beim Bund	01	3.114	9,2%	85,0%	4	7
6	02 Protokoll	01	3.044	9,0%	94,1%	2	13
7	05 Öffentlichkeitsarbeit des Senats	01	1.996	5,9%	100,0%	3	15
Summe			33.680	100,0%		24	86



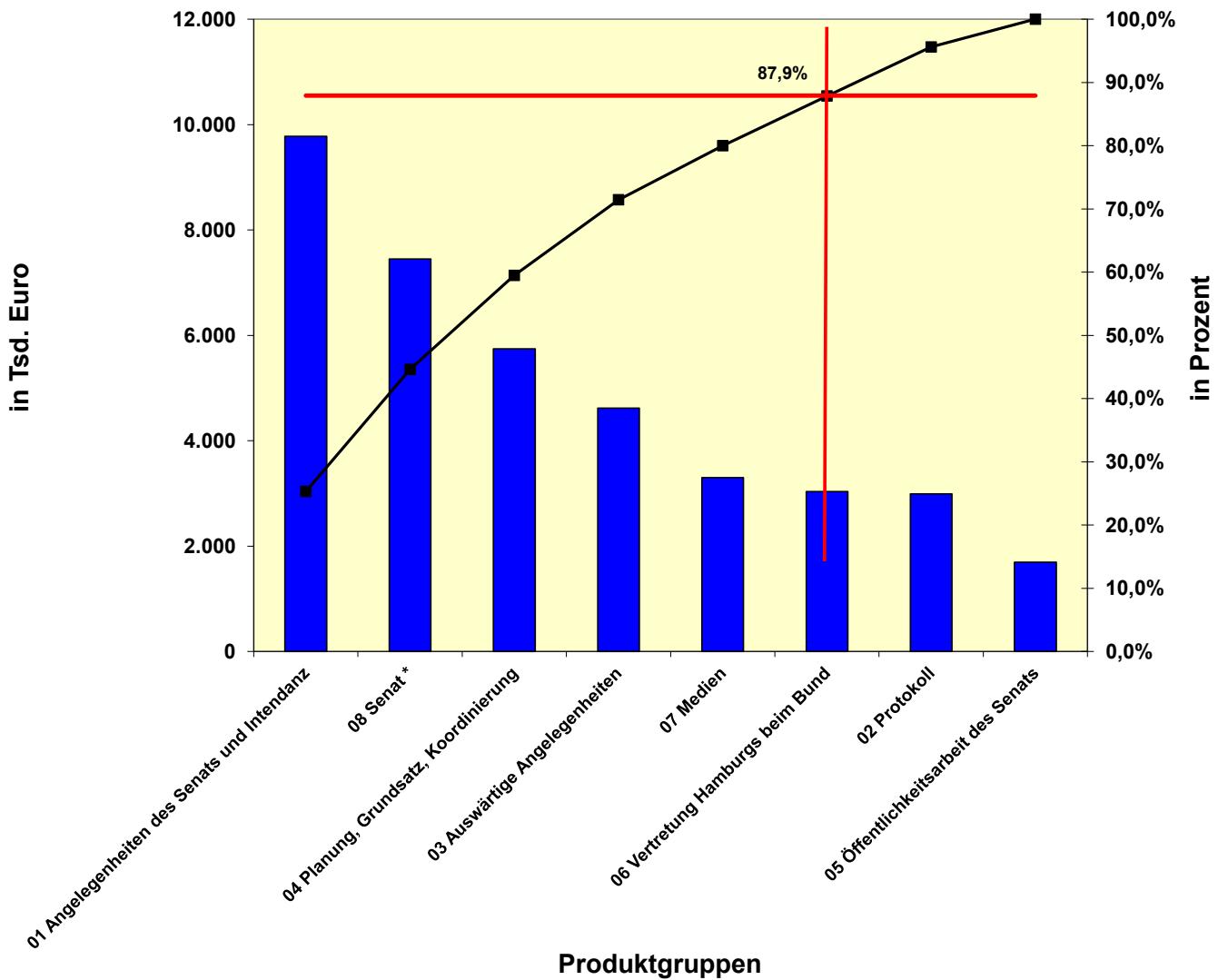
* Bei der Produktgruppe 08 handelt es sich insbesondere um die Personalkosten des Senats und Overheadkosten, die keinem Produkt der Senatskanzlei zugeordnet werden können.

Strukturdatenblatt

Einzelplan 1.1

Haushaltsjahr 2012: Einzelplan 1.1 - Kapitel 1100

Rang	PG	PB	Ressourcen		Ressourcen kumuliert	Anzahl Produkte	Anzahl Kennzahlen
			in Tsd. EUR	in %	in %		
1	2	3	4	5	6	7	8
1	01 Angelegenheiten des Senats und Intendantz	01	9.779	25,3%	25,3%	6	30
2	08 Senat *	01	7.447	19,3%	44,6%	0	0
3	04 Planung, Grundsatz, Koordinierung	01	5.742	14,9%	59,5%	6	4
4	03 Auswärtige Angelegenheiten	01	4.619	12,0%	71,4%	3	17
5	07 Medien	01	3.301	8,5%	80,0%	2	1
6	06 Vertretung Hamburgs beim Bund	01	3.035	7,9%	87,9%	4	7
7	02 Protokoll	01	2.990	7,7%	95,6%	2	13
8	05 Öffentlichkeitsarbeit des Senats	01	1.698	4,4%	100,0%	3	15
Summe			38.611	100,0%		26	87



* Bei der Produktgruppe 08 handelt es sich insbesondere um die Personalkosten des Senats und Overheadkosten, die keinem Produkt der Senatskanzlei zugeordnet werden können.

Produktinformationen

Produktbereich 01: Senatskanzlei

Kapitel 1100

Produktbereichskennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ¹	10.573	16.078	10.350	409	10.409
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.028	1.078	350	409	409
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	9.545	15.000	10.000	0	10.000
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	32.692	32.853	38.087	32.885	37.616
• Personalausgaben in Tsd. EUR ²	21.211	22.304	21.605	21.540	22.291
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	11.481	10.549	12.282	9.725	13.705
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	533	467	620	620	4.000
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	1.095	929	1.081	1.046	1.046
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR ³	0	0	4.200	1.620	1.620
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.630	359	4.675	795	995
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	165,80	169	171	172,25	175

Ziele des Produktbereichs
Z 1: Optimierung der Unterstützung des Senats und dessen Präsidenten bei der Erfüllung ihrer Pflichten und Aufgaben. Dazu gehören insbesondere:
Z 2: Förderung der Beziehungen Hamburgs zum Bund, zu den anderen Bundesländern, zur Europäischen Union und zum Ausland,
Z 3: Stärkung von Konzeption und Controlling des Regierungsprogramms,
Z 4: Steuerung der Ressourcen im Bereich der Neuen Investitionen,
Z 5: Gewährleistung der Regierungsarbeit im Senat und Staatsrätekollegium sowie in der Verbindung von Senat und Bürgerschaft,
Z 6: Optimierung der Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Arbeit von Senat und Verwaltung,
Z 7: Förderung der individuellen Beratung von Bürgerinnen und Bürgern,
Z 8: Ausbau der Beziehungen zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften,
Z 9: Stärkung Hamburgs als Medien-Standort.
Produktgruppen - Überblick
PG 1 Angelegenheiten des Senats und Intendantz PG 2 Protokoll PG 3 Auswärtige Angelegenheiten PG 4 Planung, Grundsatz, Koordinierung PG 5 Öffentlichkeitsarbeit des Senats PG 6 Vertretung Hamburgs beim Bund PG 7 Medien

Produktgruppe 01: Angelegenheiten des Senats und Intendantz

Kapitel 1100

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung
Z 1: Schaffung bestmöglicher Rahmenbedingungen zur Erledigung der Fachaufgaben bei angemessener Ressourcenausstattung
Z 2: Förderung der Fachaufgaben durch Unterstützung der Fachdienststellen

¹ Investitionseinnahmen gem. Drs. 18/5526 - Spenden zur Realisierung der Elbphilharmonie

² einschließlich Senatsmitglieder, Staatsräthen und Staatsräte sowie rollierende Referentinnen und Referenten in der Landesvertretung beim Bund und im Hanse-Office

³ bei diesen Titeln werden die Mittel durch Sollbewirtschaftungsbuchungen verfügt, daher liegen keine Ist-Werte für die Ergebnisjahre 2008 und 2009 vor.

Produktbereich: 01
Senatskanzlei

Z 3: Unterstützung des Ersten Bürgermeisters, des Senats und der Leitung der Senatskanzlei
Z 4: Rechtsangelegenheiten
Produkte
P 1 Interne Ressourcensteuerung (Personal, Organisation, Haushalt)
P 2 Unterstützung der Fachaufgaben (IT-Angelegenheiten, Zentrale Dienste)
P 3 Leitungsunterstützung (Bürgermeisterbüro, Bürgerbüro, Geschäftsstelle des Senats)
P 4 Dienstleistungen für die Senatsämter und die Bürgerschaftskanzlei
P 5 Pflege der Beziehungen zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften
P 6 Allgemeine Rechtsangelegenheiten

Haushaltsdaten	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	131	435	86	141	141
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	131	435	86	141	141
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	5.988	6.434	7.328	7.182	9.584
• Personalausgaben in Tsd. EUR ⁴	3.294	3.626	4.173	4.116	3.629
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁵	2.694	2.808	3.155	3.066	5.955
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	128	23	158	158	3.158
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	1.095	929	1.081	1.046	1.046
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	843	359	175	795	195

nachrichtlich:

Kostendaten	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	49	54	63	62	54
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	49	54	63	62	54

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte
Zuschuss zur Durchführung des Evangelischen Kirchentags 2013 in Hamburg (3.000 Tsd. EUR in 2012 Titel 684.04), Nutzungsentgelte für externe Datenbanken, Informationsdienste etc., Aus- und Fortbildung für Bürokommunikationssysteme (137 Tsd. EUR Titel 535.56) und für zentrale Dienstleistungen von Dataport (568 Tsd. EUR Titel 671.56)
Unterstützung der gemeindlichen und kulturellen Arbeit der jüdischen Gemeinde Hamburg (880 Tsd. EUR Titel 684.06) Pflege und Instandhaltung der jüdischen Friedhöfe (166 Tsd. EUR Titel 534.02)

Quantitätskennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	35,6	36,8	36,8	36,8	33,3

Fallzahlen	Erg. 2006	Erg. 2007	Erg. 2008	Erg. 2009
P 3: Leitungsunterstützung (Bürgermeisterbüro, Bürgerbüro, Geschäftsstelle des Senats):				
Drucksachen/Vorgänge				
Senatsdrucksachen gesamt	1.599	1.607	1.986	2.567
Senatsdrucksachen ohne Große und Kleine Anfragen	468	481	338	376
Große und Kleine Anfragen	1.131	1.126	1.648	2.191
Große Anfragen	76	45	44	87
Kleine Anfragen	1.055	1.081	1.604	2.104
Mitteilungen an die Bürgerschaft	195	232	123	139
Gesetze	58	57	48	60

⁴ Zum 1. Mai 2010 wurden Teile der Intendantanz (Geschäftsstelle, Haushalt, IT und Schnittstelle Personal) organisatorisch beim Planungsstab angebunden; so verbleiben in der Produktgruppe 01 lediglich die Personalausgaben für das Bürgermeister- und Bürgerbüro.

⁵ Ursächlich für die Erhöhung der Sach- und Fachausgaben 2012 ist die Zuwendung zur Durchführung des Evangelischen Kirchentags 2013 in Hamburg (Titel 684.04).

Fallzahlen	Erg. 2006	Erg. 2007	Erg. 2008	Erg. 2009
Verordnungen	80	57	46	45
Anordnungen	16	13	13	18
Eingaben § 5 Eingabenausschuss	770	704	778	635
Eingaben § 9 Eingabenausschuss ^b	60	48	68	57
Ersuchen	123	122	52	110
Individuelle Beratung von Bürgerinnen und Bürgern				
Schriftliche Anfragen	2.131	2.077	1.778	1.521
Beratungsgespräche Besucherinnen / Besucher	321	314	302	243
Telefonische Anfragen / Anregungen / Beschwerden	6.068	6.004	6.660	4.592
P 6: Allgemeine Rechtsangelegenheiten:				
Staatskirchenrechtliche Genehmigungen, Vermittlungen, Beratungen	70	75	70	70

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
P 1: Interne Ressourcensteuerung (Personal, Organisation, Haushalt):					
Durchschnittliche Fortbildungskosten je Beschäftigten in EUR	249	209	277	273	273
Durchschnittliche Personalbetreuungskosten pro Beschäftigten in EUR	797	755	813	910	910
Davon:					
- durchschnittliche Personalverwaltungskosten pro Beschäftigten in EUR	402	398	431	410	410
- durchschnittliche Personalentwicklungskosten pro Beschäftigten in EUR	395	357	382	500	500
Anzahl der Fortbildungstage	683,50	449	350	350	350
Anzahl der fortgebildeten Beschäftigten	99	109	148	150	150
Durchschnittliche Fortbildungstage pro Beschäftigten	4,70	3	2,40	2,30	2,30
P 2: Unterstützung der Fachaufgaben (IT-Angelegenheiten, Zentrale Dienste):					
Anzahl der Bildschirmarbeitsplätze	220	220	220	230	230
Jährliches Finanzvolumen der Bauunterhaltung in Tsd. EUR	260	316	751	388	626
gemietete Nutzfläche in m ² ⁷	2.456	2.918	2.918	2.918	2.918
Gesamtreinigungsfläche in m ²	16.091	16.179	16.179	16.179	16.179
Anteil der Bildschirmarbeitsplätze an d. bildschirmfähigen Arbeitsplätzen in %	110	110	110	110	110
gemietete Nutzfläche pro Beschäftigten in m ² ⁸	25,58	28,06	28,06	28,06	28,06

Produktgruppe 02: Protokoll

Kapitel 1100

Ziel der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung
Z 1: Unterstützung des Senats und dessen Präsidenten bei der Förderung und Pflege inländischer und auswärtiger Beziehungen sowie Sicherstellung des reibungslosen Ablaufs der protokollarischen Notwendigkeit und der entsprechenden Repräsentanz des Senats bei Senatsverpflichtungen
Produkte
P 1 Auswärtiges, Veranstaltungen und Besuchsprogramme des Senats

⁶ Die Zählung der Eingaben richtet sich nach dem Datum des Bürgerschaftsbeschlusses, die entsprechenden Zahlen der Bürgerschaftskanzlei werden nach dem Datum der Ausschussbefassung ermittelt.

⁷ Die Flächenerhöhung resultiert aus dem Umzug aus dem Dienstgebäude "Alte Post" in das Mietobjekt Europapassage.

⁸ Beschäftigte der Senatskanzlei, die in gemieteten Räumen arbeiten.

Produktbereich: 01
Senatskanzlei

Staatsbesuche, Besuche des Bundespräsidenten, der Bundeskanzlerin, von Regierungsgliedern und Wirtschaftsvertretern sowie Repräsentanten nationaler und internationaler Organisationen

Matthiae-Mahl, Konsularempfang und andere Senatsveranstaltungen

Botschafterbesuche und Betreuung der Konsulate in Hamburg

Reisen des Ersten Bürgermeisters und von Senatsdelegationen ins Ausland

Beteiligung des Senats an nationalen und internationalen Kongressen/Tagungen in Hamburg

P 2 Auszeichnungen, Ehrungen, Glückwünsche und Kondolenzbezeugungen

Schwerpunkte:

Hamburgische Ehrungen, Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, ausländische Ordensangelegenheiten

Haushaltsdaten	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	252	190	0	0	0
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR ⁹	252	190	0	0	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR ¹⁰	4.205	3.337	3.524	3.044	2.990
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.468	1.515	1.445	1.443	1.457
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.737	1.822	2.079	1.601	1.533

nachrichtlich:

Kostendaten	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	160	165	191	191	184
• innerbehördlich in Tsd. EUR	138	142	169	169	162
• überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	22	23	22	22	22

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

Veranstaltungen im Rathaus (626 Tsd. EUR Titel 543.02)

Verfügungsmittel des Senats (200 Tsd. EUR Titel 529.01)

Quantitätskennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	14,8	15,2	15,2	15,45	17,9

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2006	Erg. 2007	Erg. 2008	Erg. 2009
P 1: Auswärtiges, Veranstaltungen und Besuchsprogramme des Senats:				
Sonstige Gästegruppen und Besuche (ausländische Botschafter und Konsulatsleiter)	114	82	116	150
Auslandsreisen des Ersten Bürgermeisters	4	6	2	3
Senatsveranstaltungen	1.539	1.677	1.530	1.525
- Senatsveranstaltungen mit Essen	217	273	322	302
Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Senatsveranstaltungen	51.328	55.931	49.750	53.046
Veranstaltungen und Übernachtungen im Gästehaus	95	112	61	59
Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Rathausführungen	80.052	77.597	94.836	93.768
Zahl der betreuten Konsulate	98	102	105	98
P 2: Auszeichnungen, Ehrungen, Glückwünsche und Kondolenzbezeugungen:				
Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland	17	19	32	30
Hamburgische Auszeichnungen	268	322	282	375
Alters- und Ehejubiläen	2.881	2.681	2.633	3.659
Ausländische Orden	13	6	10	1

⁹ In den Jahren 2008 und 2009 wurden Zuschüsse vom Bund zur Durchführung von Veranstaltungen (Tag der Deutschen Einheit und Benefizkonzert des Bundespräsidenten) vereinnahmt.

¹⁰ Die Betriebsausgaben 2008 haben sich durch die Veranstaltung zum Tag der Deutschen Einheit in Hamburg (1 Mio. EUR Titel 542.01) erhöht.

Produktgruppe 03: Auswärtige Angelegenheiten

Kapitel 1100

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung
Z 1: Ausbau und Pflege der Beziehungen Hamburgs ins Ausland
Z 2: Stärkung der Interessenvertretung Hamburgs in europapolitischen Angelegenheiten
Z 3: Entwicklung der transnationalen/ internationalen Kooperation im Bereich Regionalentwicklung auf Basis des EU-Programms INTERREG
Produkte
P 1 Städtepartnerschaften mit Chicago, Dresden, Léon, Marseille, Prag, Osaka, Shanghai, St. Petersburg und Dar es Salaam
P 2 Entwicklungszusammenarbeit, Maßnahmen der Zusammenarbeit mit dem Ostseeraum sowie Ost- und Südostasien
P 3 Europa-Politik des Senats in Hamburg

Haushaltsdaten	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	0	0	0	0	0
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	0	0	0	0	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	4.282	4.496	4.879	4.571	4.619
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.954	1.971	2.038	2.035	2.169
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.328	2.525	2.841	2.536	2.450
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	405	444	462	462	462
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	550	0	0	0	0

nachrichtlich:

Kostendaten	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	213	215	269	269	274
- innerbehördlich in Tsd. EUR	184	185	238	238	241
- überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	29	30	31	31	33

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte
Europapolitische Interessenvertretung (472 Tsd. EUR in 2011, 473 Tsd. EUR in 2012 Titel 632.01)
Förderung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern (340 Tsd. EUR Titel 681.03)
Städtepartnerschaften (450 Tsd. EUR Titel 547.01)
Maßnahmen der Ostseekooperation (130 Tsd. EUR Titel 547.03)

Quantitätskennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	16,5	20,0	22,0	22,0	23,2

Fallzahlen	Erg. 2006	Erg. 2007	Erg. 2008	Erg. 2009
P 1: Städtepartnerschaften				
Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Schüler- und Studentenaustausch	452	638	652	683
Projekte (Experten-Austausch, kulturelle Ereignisse, Begegnungen etc.)	76	106	80	58
Besuche aus Partnerstädten	46	62	21	31
P 2: Entwicklungspolitik, Maßnahmen der Ostseekooperation				
Gremien der Ostseekooperation	20	29	21	24
P 3: Europa-Politik des Senats				
Veranstaltungen	11	22	16	16
Sitzungsvorbereitungen				
Europaminister (Konferenzen und Arbeitsgruppen)	15	14	14	15

Produktbereich: 01
Senatskanzlei

Fallzahlen	Erg. 2006	Erg. 2007	Erg. 2008	Erg. 2009
Europaausschuss der Bürgerschaft	10	11	8	8
Hanse-Office:				
Betreute Besucherinnen und Besucher	2.450	3.292	2.550	1.550
Veranstaltungen	60	65	103	87

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2006	Erg. 2007	Erg. 2008	Erg. 2009
P 2: Entwicklungszusammenarbeit, Maßnahmen der Zusammenarbeit mit dem Ostseeraum sowie Ost- und Südostasien:				
Entwicklungsarbeit				
Projekte und Maßnahmen im Ausland	17	20	20	17
Stipendien	14	15	15	12
Maßnahmen zur Bildung und Öffentlichkeitsarbeit	27	25	23	25
Beratung und Koordinierung innerhalb und außerhalb der Verwaltung	775	820	820	840
Maßnahmen der Ostseekooperation				
Projekte und Einzelmaßnahmen	21	16	23	22
Stipendien ¹¹	43	39	28	27
Beratung, Koordinierung, Veranstaltung	1.485	1.980	1.700	3.100

Produktgruppe 04: Planung, Grundsatz, Koordinierung

Kapitel 1100

Ziel der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung
Z 1: Effiziente Unterstützung des Senats und dessen Präsidenten bei der Konzeption, Steuerung und Koordination der Regierungsarbeit
Produkte
P 1 Planungs- und Grundsatzarbeiten
P 2 Konzeption und Controlling des Regierungsprogramms
P 3 Ressourcensteuerung der Neuen Investitionen
P 4 Assistenzleistungen für den Ersten Bürgermeister und den Senat
P 5 Koordination von Bundes- und Länderangelegenheiten
P 6 Kontaktpflege zu verfolgten ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs und ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern

Haushaltsdaten	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	9.545	15.000	10.000	0	10.000
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	0	0	0	0	0
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR ¹²	9.545	15.000	10.000	0	10.000
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	4.488	4.805	10.218	6.333	5.742
• Personalausgaben in Tsd. EUR	3.396	3.763	3.956	3.950	3.192
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.092	1.042	2.062	763	930
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	0	0	0	0	0
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR ¹³	0	0	4.200	1.620	1.620
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	237	0	4.500	0	0

¹¹ Das Praktikantenprogramm mit der Nordwestregion Russlands wurde im Jahre 2008 aufgeteilt.

Die Handelskammer führt 1/3 des Programms mit einer Gruppe Wirtschaftsstipendiaten weiter, die Senatskanzlei 2/3.

¹² Investitionseinnahmen gem. Drs. 18/5526 - Spenden zur Realisierung der Elphilharmonie

¹³ Bei diesen Titeln werden die Mittel durch Sollbewirtschaftungsbuchungen verfügt, daher liegen für die Ergebnisjahre 2008 und 2009 keine IST-Werte vor.

nachrichtlich:

Kostendaten	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	370	410	522	521	402
• innerbehördlich in Tsd. EUR	319	354	463	462	354
• überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	51	56	59	59	48

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>					
Innovationsfonds Hamburg (1.620 Tsd. EUR Titel 971.03) Pflege der Beziehungen zu verfolgten ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern sowie Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern (200 Tsd. EUR Titel 534.03)					

Quantitätskennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	31,9	33,0	33,0	33,0	24,2

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2006	Erg. 2007	Erg. 2008	Erg. 2009
P 6: Kontaktpflege zu verfolgten ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs und ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern:				
Gesamtzahl der betreuten verfolgten ehemaligen Bürgerinnen und Bürger	1.649	1.495	1.424	1.393
Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Besuchsprogramm für verfolgte ehemalige Bürgerinnen und Bürger	64	39	32	47
Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter	36	28	30	31

Produktgruppe 05: Öffentlichkeitsarbeit des Senats

Kapitel 1100

Ziel der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung
Z 1: Verstärkung der Unterrichtung der Öffentlichkeit, des Senats und der Behörden über die Arbeit von Senat und Verwaltung
Produkte
P 1 Medieninformation
P 2 Information der weiteren Öffentlichkeit
P 3 Informationsservice für Senat und Behörden

Haushaltsdaten	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	0	4	1	5	5
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	0	4	1	5	5
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.131	2.174	2.251	1.996	1.698
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.155	1.258	1.240	1.235	1.044
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ¹⁴	976	916	1.011	761	654

nachrichtlich:

Kostendaten	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	126	137	164	163	132
• innerbehördlich in Tsd. EUR	109	118	145	144	116
• überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	17	19	19	19	16

¹⁴ In 2010 sind Sachmittel zur Wahrnehmung der Aufgaben des Medienbeauftragten enthalten, die ab 2011 in den Personalhaushalt transferiert wurden.

Produktbereich: 01
Senatskanzlei

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>					
Sächliche Verwaltungsausgaben, 145 Tsd. EUR Titel 539.62					
Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Ausstellungen), 76 Tsd. EUR 2011 (86 Tsd. EUR 2012) Titel 531.62					
Quantitätskennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	11,0	12,0	12,0	12,0	12,0
Fallzahlen	Erg. 2006	Erg. 2007	Erg. 2008	Erg. 2009	
Internet-Meldungen	1.690	1.680	1.800	1.750	
Internet-Dokumente	600	610	650	615	
Internet-Dokumente besonderen Umfangs	100	120	140	135	
Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2006	Erg. 2007	Erg. 2008	Erg. 2009	
P 1: Medieninformation:					
Terminmeldungen	922	1.092	898	865	
Pressekonferenzen	102	114	98	101	
Betreuung auswärtiger Journalistinnen und Journalisten (Gruppen)	5	6	3	4	
Pressemäßige Betreuung von Rathausterminen	234	267	243	259	
P 2: Information der weiteren Öffentlichkeit:					
Wochendienst	43	24	14	36	
Berichte und Dokumente	3	4	2	3	
Plakataktionen	2	2	2	3	
Ausstellungen	17	15	17	17	
Davon:					
Eigene Ausstellungen	3	3	1	4	
Fremde Ausstellungen	14	12	16	13	
P 3: Informationsservice für Senat und Behörden:					
Koordinierung und fachliche Beratung der Pressestellen der Behörden (Referentenrunden)	42	43	41	44	

Produktgruppe 06: Vertretung Hamburgs beim Bund

Kapitel 1100

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung
Z 1: Optimierung der Berücksichtigung Hamburger Interessen an der Bundesgesetzgebung
Z 2: Maximierung von Bundeszuschüssen für Hamburger Projekte
Z 3: Verbesserung der Darstellungsmöglichkeiten für Hamburger Unternehmen und Institutionen
Produkte
P 1 Beteiligung an der Bundesgesetzgebung, Einbringung Hamburger Interessen in die Bundespolitik
P 2 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Werbung für den Standort Hamburg (Wirtschaftsstandort, Medien- und Kulturstadt)
P 3 Pflege der Beziehungen zwischen dem Senat und der Bundesregierung, den Abgeordneten des Bundestages, dem diplomatischen Corps und in Berlin ansässigen Verbänden und Organisationen
P 4 Verwaltungsservice (vor Ort)

Haushaltsdaten	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	645	449	263	263	263
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	645	449	263	263	263
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.618	3.803	3.234	3.114	3.035
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.964	2.367	2.100	2.116	2.063
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.654	1.436	1.134	998	972
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	0	0	0	0	0

nachrichtlich:

Kostendaten	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	214	258	278	280	260
· innerbehördlich in Tsd. EUR	185	222	246	248	229
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	29	36	32	32	31

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte
Durchführung von Eigen- und Fremdveranstaltungen (375 Tsd. EUR Titel 547.61)

Quantitätskennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	32,0	28,0	28,0	28,0	26,0

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2006	Erg. 2007	Erg. 2008	Erg. 2009
P 2: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Werbung für den Standort Hamburg (Wirtschaftsstandort, Medien- und Kulturstadt):				
Fremdveranstaltungen	160	151	203	152
Eigenveranstaltungen	210	142	90	90
Veranstaltungen unter 50 Teilnehmern	255	188	186	161
Veranstaltungen 50 Teilnehmer und mehr	115	105	107	81
P 4: Verwaltungsservice (vor Ort):				
Übernachtungen in Gästezimmern	1.264	1.217	1.214	1.243
Übernachtungen pro Gästezimmer	140	135	135	138

Produktgruppe 07: Medien

Kapitel 1100

Ziel der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung
Z 1: Stärkung des Medienstandortes Hamburg
Produkt
P 1 Förderung von Medienwirtschaft und Informationstechnologie

Haushaltsdaten	Erg. 2009	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	-	-	-	-	2.501
• Personalausgaben in Tsd. EUR	-	-	-	-	1.290
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	-	-	-	-	1.211
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	-	-	-	-	380
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-	-	800

Produktbereich: 01
Senatskanzlei

nachrichtlich:

Kostendaten	Erg. 2009	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	-	-	-	-	162
· innerbehördlich in Tsd. EUR	-	-	-	-	143
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	-	-	-	-	19

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte
Medienstandortförderung (340 Tsd. EUR Titel 683.02) Förderung von IT und Multimedia (800 Tsd. EUR Titel 892.01)

Quantitätskennzahlen	Erg. 2009	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	-	-	-	11,40

1100 Erläuterungen zum Kapitel 1100 - Senat

1. Zuwendungen

Die Senatskanzlei vergibt Zuwendungen zur Förderung:

- von Maßnahmen zur Pflege der Beziehungen zu verfolgten ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs, um u. a. jungen Menschen unterschiedlicher Kultur und Religionsgemeinschaften zu gegenseitiger Akzeptanz zu führen und ihnen über persönliche Begegnungen mit Zeitzeugen gelebte Geschichte zu verdeutlichen.
- Aufgrund bürgerschaftlichen Ersuchens werden dem Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme e. V. seit 2001 Zuwendungen zur Organisation und Durchführung von Besuchsprogrammen ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern gewährt. Hiermit soll ein kleiner Beitrag zur Wiedergutmachung des schweren Unrechts geleistet werden, das den Millionen Menschen, die während des zweiten Weltkrieges Zwangsarbeit leisten mussten, zugefügt wurde.
- der Städtepartnerschaften
Mittel im Rahmen von Städtepartnerschaften sollen helfen, die Beziehungen Hamburgs zu seinen Partnerstädten einschließlich direkter Kontakte zwischen den Bürgerinnen und Bürgern zu fördern. Dabei soll der Gedanke der internationalen Verständigung, Zusammenarbeit und des friedlichen Interessenausgleichs gestärkt werden.
- der europapolitischen Interessenvertretung
Im Zuge des fortschreitenden Zusammenwachsens Europas sollen Bürgerinnen und Bürger in Hamburg durch Veranstaltungen, Besuchsprogramme zu europäischen Institutionen, Seminaren, Publikationen, etc. über Fragen der europäischen Integration informiert und für den Europagedanken geworben werden.
- entwicklungspolitischer Maßnahmen
Die Ziele sind hierbei Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, um im Globalisierungsprozess positive Entwicklungen zu stärken und negative Effekte für Menschen in Entwicklungsländern zu reduzieren.
- und Stärkung Hamburgs als Medien-Standort.

2. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

- 119.91 Über den neuen Einnahmetitel werden aus haushaltssystematischen Gründen die Ablieferungen des Landesbetriebes Rathaus-Service an den Haushalt gebucht.
- 231.04 Zuschuss des Bundes zur Durchführung des Evangelischen Kirchentags 2013 in Hamburg
Veranschlagt ist der Beitrag des Bundesministeriums des Inneren 2013 in Höhe von 400 Tsd. Euro.
- 341.01 Spenden zur Realisierung der Elbphilharmonie
Die Einnahmen aus privaten Spendemitteln zum Bau der Elbphilharmonie werden bei diesem Titel veranschlagt.

Ausgaben

Sach- und Fachausgaben

- 534.03 Pflege der Beziehungen zu verfolgten ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs sowie ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern
Die bisherige Zielsetzung des Titels wurde um die Förderung der Erinnerungskultur im internationalen Bereich erweitert.
- 543.02 Veranstaltungen
Veranschlagt sind die Aufwendungen für Sachkosten (bisher bei 686.05) und Dienstleistungen (die u. a. an den Rathaus-Service zu richten sind) für Empfänge, Tagungen und andere Veranstaltungen des Senats.
- 545.03 Fördermaßnahmen innerhalb Norddeutschlands einschließlich überregionaler Partnerschaften mit norddeutschem Bezug

1100

Der Ansatz (reduziert um die an die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation verlagerten Aufgabenbereiche Marketing, Geschäftsstelle Metropolregion Hamburg und norddeutsche Zusammenarbeit) dient der Finanzierung von gemeinsamen Projekten innerhalb Norddeutschlands einschließlich überregionaler Partnerschaften mit norddeutschem Bezug.

547.02 Maßnahmen der Internationalen Zusammenarbeit

Durch die erfolgreiche Bewerbung Hamburgs um den Sitz der EU-Lateinamerika-Stiftung (siehe Drs. 19/5025) ist im Titel 547.02 dauerhaft ein jährlicher Mietkostenzuschuss an die Stiftung in Höhe von 59 Tsd. Euro enthalten.

547.05 Aufwendungen für den Contact Point INTERREG B-Nordseeraum

Am 02.01.2007 hat Hamburg mit dem Deutschen Ausschuss für die INTERREG IV B Nordseeregion eine Vereinbarung zum National Contact Point geschlossen. Danach nimmt Hamburg die Aufgaben des National Contact Point für die Länder Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein wahr. Diese Aufgaben umfassen u.a. die Beratung von Deutschen Institutionen, Behörden und sonstigen interessierten Stellen bei der Vorbereitung und Durchführung von Projekten, die Planung und Durchführung von Informationsveranstaltungen, den Aufbau und die Unterhaltung von Instrumenten der Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Website, Newsletter) oder den Kontakt zum internationalen Sekretariat in Viborg (DK). Dabei entstehen z.B. Reisekosten, Kosten für die Vergabe von Aufträgen oder Catering- und Mietkosten.

Zur Deckung dieser Kosten besteht beim internationalen Sekretariat in Viborg (DK) ein Verfügungsrahmen, aus welchem Aufwendungen jedoch nur nachträglich erstattet werden können. Die veranschlagten Mittel sind zur Vorfinanzierung notwendig.

671.56 Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der ESARI-Dienstleistungen von Dataport

Investitionsfolgekosten für bisherige ESARI-Dienstleistungen und die Inanspruchnahme des behördlichen internen Telefonverkehrs wurden außerhalb des Titels 671.56 beim Titel 671.53 bzw. 671.55 veranschlagt. Auf Grund neuer Anforderungen an Technik und Kosten werden diese Dienstleistungen gemeinsam mit anderen Dienstleistungen für diesen Zweck unter dem Kontenrahmen BASIS (= Büro Arbeitsplatz Standard Infrastruktur Services) neu geordnet.

Die bisherigen Titel 671.53 und 671.55 für diesen Zweck entfallen. BASIS-Kosten werden nun gemeinsam mit anderen Rechenzentrum-Leistungen bei 671.56 veranschlagt.

684.04 Zuschuss zur Durchführung des Evangelischen Kirchentags in Hamburg 2013

Mit Drs. 19/2574 hat die Bürgerschaft der Nachbewilligung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 7,5 Mio. Euro bei diesem Titel zugestimmt. Der Zuschuss führt zu einer Belastung von voraussichtlich 3 Mio. Euro Kassenmitteln im Haushaltsjahr 2012 und 4,5 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2013.

683.02 Maßnahmen zur Medienstandortförderung

Durch Zuschüsse gefördert werden überbetriebliche Maßnahmen zur Förderung des Medienplatzes Hamburg.

685.01 Förderung der Entwicklung und Anwendung von IT, Telekommunikation und Multimedia

Zur Umsetzung des Handlungsprogramms „IT, Telekommunikation und Multimedia am Standort Hamburg“ fallen zusätzlich Managementkosten (Projektbetreuungs-, Personal- und andere Kosten) an, soweit das Management nicht von der Senatskanzlei selbst übernommen werden kann.

685.03 Kostenbeitrag d. FHH für die gemeinsamen Sekretariate der EU-Programme INTERREG IV B und IV C zur transnationalen und internationalen Zusammenarbeit

Hamburg beteiligt sich seit Jahren erfolgreich am INTERREG-Programm der EU. Im Rahmen dieses Programms beschäftigen sich Partner aus unterschiedlichen Regionen mit finanzieller Förderung der EU in gemeinsamen Projekten mit grenzübergreifenden Fragestellungen aus den Bereichen Innovation, Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung.

Hamburg ist an 3 INTERREG-Unterprogrammen (Nord- und Ostsee [B-Programme] sowie europaweite Netzwerkbildung [C-Programm]) beteiligt.

In der EU-Förderperiode 2007 – 2013 kann Hamburg in noch größerem Maße von EU-Mitteln profitieren, da sich die Förderprioritäten stärker als bisher an den Zielen der Hamburger Stadtentwicklung orientieren und auch Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung aufgreifen. Im Vordergrund der Förderung stehen transnationale thematische Kooperationen mit dem Ziel, regionale Entwicklungsprozesse anzustoßen und zu einer integrierten Raumentwicklung beizutragen.

Zur Verwaltung, Betreuung und Abwicklung werden gemeinsame internationale Sekretariate eingerichtet (Viborg, DK, für den Nordseeraum, Rostock, D, für den Ostseeraum und Lille, F, für den Strang C), die insbesondere Beratungsleistungen und die Projektausschreibung zweimal pro Jahr übernehmen. Diese Einrichtungen und ihre Aktivitäten werden von den beteiligten Mitgliedstaaten finanziert. Die Kostenbeiträge werden anteilig von der EU, den Mitgliedstaaten bzw. den deutschen Bundesstaaten finanziert.

Der Kostenbeitrag der Mitgliedstaaten richtet sich nach dem prozentualen Anteil der Mitgliedstaaten am Gesamtbudget des jeweiligen Programms.

685.91 Mitgliedsbeiträge

Die Zuständigkeit für den Deutschen Städtetag wurde zum 1.1.2011 zur Finanzbehörde verlagert. Infolgedessen wird der Beitrag Hamburgs für den Deutschen Städtetag nun im Einzelplan 9.1 veranschlagt.

Investitionen

701.01 Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten

Der Ansatz dient kleineren Um- und Erweiterungsbauten in Räumen des Rathauses.

812.01 Ersatzbeschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen

Schwerpunktmaßig soll der Ansatz verwendet werden, um die Ausstattung von repräsentativen Räumen im Rathaus und Gästehaus des Senats zu finanzieren.

821.01 Erstattung an den Grundstock für Grunderwerb

Bei diesem Titel ist der Ausgleichsbetrag für die Entwicklungsmaßnahme Hauptstadt Berlin - Parlaments- und Regierungsviertel - Jägerstr. 1-3 und Taubenstr. 54 veranschlagt, der nach Baugesetzbuch für das Grundstück der Landesvertretung beim Bund voraussichtlich 2011 fällig wird. Der Ausgleichsbetrag wird aus dem Grundstock für Grunderwerb vorfinanziert.

892.02 Maßnahmen zur Förderung von IT, Telekommunikation und Multimedia am Standort Hamburg

Der Bereich „Medien und IT“ gehört zu den Schwerpunktclustern. Dem IT-, Telekommunikations- und Multimedia-Segment kommt dabei auch vor dem Hintergrund seiner Funktion als Querschnittstechnologie eine besondere Rolle für den Standort Hamburg zu. Zum einen wächst dieser Wirtschaftsbereich per se überdurchschnittlich stark, zum anderen ist er aber auch Innovationstreiber für nahezu alle anderen Branchen der Hamburger Wirtschaft, u.a. im Logistiksektor oder insbesondere auch beim durch digitale Technologien bedingten Zusammenwachsen bisher getrennter Bereiche der Medien- und IT-Wirtschaft („Medienkonvergenz“).

Vor diesem Hintergrund gilt es, durch vielfältige Maßnahmen die IT-, Telekommunikations- und Multimediabranche am Standort Hamburg weiter zu stärken.

Besondere Finanzierungsausgaben

971.01 Zuweisungen für EU-Komplementärmittel

Haushaltsmittel für die kurzfristige Bereitstellung von EU-Komplementärmitteln wurden bislang zentral im Einzelplan 9.2 veranschlagt. Das Verfahren zur Beantragung von EU-Komplementärmitteln wird mit Beginn des Haushaltsjahres 2011 durch die Zunahme der Anträge und der Vielfältigkeit der antragstellenden Stellen geändert.

Daher ist für die Mittelübertragungen an die Behörden jeweils der o.g. Leertitel auszubringen.

971.03 Mit dem „Innovationsfonds Hamburg“ werden innovative Vorhaben gefördert, die der Stärkung des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums sowie der Steigerung der Attraktivität und der Internationalität Hamburgs dienen sollen.

Bei den Titeln der Gruppe Z 61, 62 und 71, des Kontenrahmens für Dienstausgaben sowie 529.01, 529.02, 529.03, 534.03, 535.56, 543.02, 545.03, 547.01, 547.02, 547.03, 632.91, 681.03, 683.02, 684.03, 971.03 und 971.05 basieren die Ansatzreduzierungen auf den Beiträgen zur Haushaltskonsolidierung.

1100

Kapitel 1140

Personalamt

1140 Personalamt

Vorwort

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Kapitels

Das Personalamt nimmt zentral unmittelbar für den Senat Aufgaben wahr, die im Bereich des Personalwesens von grundätzlicher und übergeordneter Bedeutung sind und erbringt zentrale Dienstleistungen. Zugleich ist es oberste Dienstbehörde im Sinne des Dienst- und Disziplinarrechts sowie Sozialpartner im Sinne des Tarifrechts. Diese Aufgaben werden aus Gründen der Einheitlichkeit, der Rechts- oder Verfahrenssicherheit und der Wirtschaftlichkeit sowie ihres zum Teil steuernden Charakters zentral wahrgenommen.

Das Personalamt entwickelt - in steter Diskussion und einem institutionalisierten Strategiefindungsprozess mit den Behörden und Ämtern - für die hamburgische Verwaltung zukunftsorientierte personalpolitische und personalwirtschaftliche Konzepte und Instrumente für ein strategisches und ganzheitliches Personalmanagement.

Alle Ansätze und Konzepte sind darauf ausgerichtet, das Wissen und die Methoden- sowie Handlungskompetenz der Beschäftigten bzw. die soziale und die Steuerungskompetenz der Führungskräfte zu fördern und zu stärken. Der Personalentwicklung kommt dabei - auch in Bezug auf die Förderung der Chancengleichheit - ein besonderer Stellenwert zu. Inhaltliche Schwerpunkte sind z.B. die Entwicklung und Umsetzung von Konzepten zur Gesundheitsförderung und zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Erstellung eines jährlich erscheinenden Personalstruktur- und Personalmanagementberichts sowie die Etablierung von Auswahl- und Entwicklungs-Assessments, die Evaluation eines neuen Beurteilungswesens, die Pilotierung von Führungsfeedback, Mentoring, Coaching- und Netzwerkangebote und die inhaltliche sowie strukturelle Weiterentwicklung der (Führungs-) Fortbildung. Das Personalamt nimmt an Auswahlverfahren für die Spitzenfunktionen im Bereich des (bisherigen) höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes teil und rekrutiert die Nachwuchskräfte für den (bisherigen) allgemeinen mittleren und gehobenen Verwaltungsdienst (über das ZAF für die Ausbildung an der Verwaltungsschule bzw. der Hochschule für angewandte Wissenschaften/HAW) sowie für den (bisherigen) allgemeinen höheren Verwaltungsdienst. Mit dem Justizariat nimmt das Personalamt weitere Aufgaben für den gesamten Öffentlichen Dienst der FHH wahr.

Im Bereich der überbehördlichen Mobilität agiert das Personalamt als zentrale Beratungs- und Vermittlungseinrichtung für die hamburgische Verwaltung. Es steht sowohl den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als auch den Behörden und Ämtern in allen Fragen der individuellen und strukturellen Mobilität zur Verfügung.

Die Dienststelle PersonalService Integration (PSI) ist bis zur endgültigen Versetzung in die Behörden und Ämter für die personalrechtliche Betreuung und Verwaltung der Rückkehrerinnen und Rückkehrer der Asklepios Kliniken Hamburg GmbH und des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs (HWWA) verantwortlich.

Das zum 1.7.2005 als Einrichtung des Personalamtes nach § 15 LHO gegründete Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF) bietet die fach- und ressortübergreifende Fortbildung (einschließlich der IT-Fortbildung) für die Beschäftigten der hamburgischen Verwaltung "aus einer Hand" an, indem es im Auftrag des Personalamtes einerseits und der Behörden und Ämter andererseits z.B. Seminare, Workshops, Coaching- und Teamentwicklungsmaßnahmen plant und organisiert. Im Bereich der IT-Fortbildung arbeitet das ZAF mit Dataport Training als strategischem Partner zusammen. Darüber hinaus realisiert das ZAF im Auftrag von Projekten wie NHH oder HERAKLES die Projektfortbildung. Außerdem steuert das ZAF die Ausbildung und die Auswahl der Nachwuchskräfte für den (bisherigen) mittleren und gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst auf der Basis strategischer Vorgaben von Senat und Bürgerschaft. Im (bisherigen) mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst leistet die zum ZAF gehörende Verwaltungsschule die theoretische Ausbildung, im (bisherigen) gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst ist die Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) der duale Partner in der Berufsausbildung.

Das Personalamt bereitet für den Senat Entscheidungen zur Anwendung und Fortentwicklung des öffentlichen Dienst- und Tarifrechts vor und stellt die einheitliche Anwendung sicher. Schwerpunkte sind dabei die inhaltliche Gestaltung von hamburgischen Gesetz- und Verordnungsentwürfen unter Berücksichtigung zeitgemäßer Entwicklungen und Anforderungen, die Gestaltung des Tarifrechts und die Teilnahme an Tarifverhandlungen. Mit Inkrafttreten der Föderalismusreform 1 am 1. September 2006 haben die Länder über die bereits vorhandenen Gesetzgebungskompetenzen hinaus bislang beim Bund liegende Gesetzgebungskompetenzen im Bereich des Besoldungs-, Versorgungs- sowie des Laufbahnrechts erhalten. Damit hat Hamburg diese Bereiche für die Beamten- und Richterschaft eigenständig zu regeln. Auf Beschluss der Regierungschiefs der norddeutschen Länder hat Hamburg (das Personalamt) die Federführung übertragen bekommen, auf Arbeitsebene zur Wahrung der länderübergreifenden Mobilität bei den Normsetzungsverfahren auch die Kooperation zwischen den norddeutschen Ländern zu betreiben. Zu den Aufgaben des Personalamtes gehört auch die Bewertung und Vorlage von Entscheidungsvorschlägen zu bundesrechtlichen Vorhaben sowie die kundenorientierte Aufbereitung bestehender Rechtsvorschriften und Problemlagen für deren Anwendung und Bewältigung in den Behörden.

Der Arbeitsmedizinische Dienst nimmt gemäß Senatsanordnung von 1978 zentral für alle Einrichtungen der hamburgischen Verwaltung sowie für zahlreiche öffentlich-rechtliche Unternehmen in der Trägerschaft der FHH die im Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) festgelegten Beratungs- und Untersuchungsaufgaben zum betrieblichen Gesundheitsschutz wahr. Er unterstützt darüber hinaus das dezentrale betriebliche Gesundheitsmanagement sowie das betriebliche Eingliederungsmanagement gemäß § 84 Abs. 2 SGB IX.

1140

Für das Personalamt selbst werden die Bereiche Haushalt, Organisation, Personal und Infrastruktur durch die Abteilung Service und Steuerung als interne Dienstleisterin wahrgenommen. Die Abteilung ist zuständig für den Ressourceneinsatz und die Ressourcensteuerung sowie für die Globalsteuerung ausgegliederter Einheiten. Sie gewährleistet eine den rechtlichen, organisatorischen und technischen Anforderungen gerecht werdende Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Personalamtes und des Zentrums für Aus- und Fortbildung. Die Aufgaben Personal und Organisation werden in der Abteilung sowohl für das Personalamt als auch für die Senatskanzlei wahrgenommen.

Der Landesbetrieb „Zentrum für Personaldienste“ (ZPD) ist der zentrale Dienstleister der Freien und Hansestadt Hamburg für personalwirtschaftliche Durchführungsaufgaben und die dafür benötigten IT-Verfahren. Als Teil des Personalamts trägt er die Gesamtverantwortung für die Verfahren zur Berechnung und Buchung der Bezüge für alle Beschäftigten der hamburgischen Verwaltung. Das ZPD unterstützt die Behörden und selbstständigen Organisationseinheiten in übergreifenden Angelegenheiten der Personalverwaltung und stellt auf der Basis einheitlicher Methodik Informationen und Analysen für das zentrale und dezentrale PersonalControlling incl. eines umfassenden Berichtswesens hinsichtlich der Personalstruktur und der Personalkosten bereit. Das ZPD ist federführend verantwortlich für die Erstellung des zentralen Personalstrukturberichts und zentral zuständig für die Personalverwaltung der Versorgungsberechtigten (incl. Bezügeabrechnung), die Versorgungsberatung, die Beihilfe sowie die Familienkasse der FHH. Das ZPD stellt IT-Verfahren für die dezentrale und zentrale Personalverwaltung, die zentrale Bezügeabrechnung und die laufende Durchführung aller Abrechnungsprozesse für die Beschäftigten der FHH in enger Zusammenarbeit mit IT-Dienstleistern sowie externen Softwareherstellern bereit und entwickelt diese laufend weiter. Zusätzlich bietet das ZPD den Dienststellen im Rahmen eines umfassenden Shared Services Angebots weitere Unterstützungsleistungen im Rahmen der Personalverwaltung, der Lohnbuchhaltung und der Abrechnung von Dienstreisen an. Das Produktangebot wird durch Instrumente zur Unterstützung des dezentralen Personalberichtswesens, Schulungsveranstaltungen für Personalsachbearbeiter und -controller oder spezielle personalwirtschaftliche Verfahren (z.B. elektronische Zeitwirtschaft eZeit) abgerundet; des Weiteren ist das ZPD federführend an der Gestaltung des Personalportals beteiligt. Diese zentralen Leistungen werden auch anderen öffentlichen Arbeitgebern und Dienstherren - z.B. selbstständigen Organisationseinheiten der FHH und Kommunen - angeboten.

Dem ZPD obliegt ebenfalls die zentrale Verantwortung für die Realisierung des Projekts E-Personal (ePers) „Modernisierung der Personalarbeit - Neuausrichtung der IT-Unterstützung von Personalmanagementaufgaben“, dies beinhaltet ein IT-Kooperationsprojekt (KoPers) mit dem Land Schleswig Holstein.

2. Übersicht Gesamteinnahmen und -ausgaben

Das Personalamt erzielt Einnahmen insbesondere, weil verselbständigte ehemalige Verwaltungsbereiche (Einrichtungen der Stadt wie Landesbetriebe, netto-veranschlagte Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 Landeshaushaltssordnung [LHO]) und Dritte (Anstalten öffentlichen Rechts, Vereine etc.) gegen Kostenerstattung die Dienstleistungen des Arbeitsmedizinischen Dienstes in Anspruch nehmen.

Aufgrund der Aufgabenstellung des Personalamtes prägen weit überwiegend Personalausgaben die Ausgabenstruktur bzw. den Mittelbedarf. Die Sach- und Fachausgaben beschränken sich im Wesentlichen auf die Deckung der für den Geschäftsgang erforderlichen sachlichen Ressourcen sowie die für Bewirtschaftung und Unterhaltung der Diensträume und IT-Ausstattung erforderlichen Mittel. Daneben prägen Erstattungen bzw. Zuschüsse an das ZPD und das ZAF die Ausgabenstruktur des Personalamts.

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2011 (in %)	Gesamtplan	Kapitel 1140
Personalausgaben ¹	24,3	53,1
Sach- und Fachausgaben ²	56,5	46,7
Investitionen	8,1	0,2

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2012 (in %)	Gesamtplan	Kapitel 1140
Personalausgaben ¹	24,5	52,1
Sach- und Fachausgaben ²	58,2	47,8
Investitionen	7,5	0,2

¹ Angaben incl. KRV. Die Werte beinhalten neben den Personalausgaben für die Beschäftigten des Personalamtes auch die der Nachwuchskräfte (s. PG 03), das Sonderbudget für die Unterbringung von Schwerbehinderten (Titel 461.02 - PG 01), das Sonderprogramm Laufbahnaufsteiger bis 2010 (Titel 461.03 - PG 03) und auch die zusätzlichen Personalausgaben der Titelgruppe Z 72 (s. PG 03).

² Die Werte beinhalten auch die Zuweisungen, Erstattungen bzw. Zuschüsse an die Wirtschaftspläne (s. PG 02). Zusätzlich sind die Sach- und Fachausgaben der Titelgruppe Z 72 enthalten (s. PG 03) sowie die besonderen Finanzierungsausgaben (Hauptgruppe 9).

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2010	2011	2012	+/- in %	
				2011 zu 2010	2012 zu 2011
Tsd. EUR					
Einnahmen	1.271	1.285	1.285	+ 1,1	-
davon:					
Verwaltungseinnahmen etc.	1.271	1.285	1.285	+ 1,1	-
Zuweisungen, Zuschüsse	-	-	-	-	-
Investitionszuschüsse	-	-	-	-	-
Ausgaben	76.852	75.325	73.083	- 2,0	- 3,0
davon:					
Personalausgaben	46.884	39.990	38.040	- 14,7	- 4,9
darunter					
- Nachwuchs (bisheriger) mittlerer und gehobener Dienst ³	4.724	-	-	-	-
- Nachwuchs (bisheriger) höherer Dienst ⁴	3.150	3.357	2.238	+ 6,6	- 33,3
- Beschäftigungspool (bisheriger) höherer Dienst	-	-	617	-	+ 100
- Budget Schwerbehindertenprogramm	4.541	4.141	4.041	- 8,8	- 2,4
- Budget prüfungsgebundener Aufstieg ⁵	354	-	-	-	-
- Personalausgaben innerhalb der Titelgruppe Z 72	20.056	18.822	17.350	- 6,2	- 7,8
Sach- und Fachausgaben	29.846	35.193	34.901	+ 17,9	- 0,8
darunter					
- zentrale Erstattungen an das ZPD	18.770	17.910	17.738	- 4,6	- 1,0
- zentrale Erstattungen an das Projekt ePers (Teil-Wirtschaftsplan ZPD) ⁶	1.084	-	-	-	-
- Zuschüsse an das ZAF ⁷	5.293	12.666	12.282	+ 139,3	- 3,0
- Sach- und Fachausgaben innerhalb der Titelgruppe Z 72 PersonalService Integration (PSI)	830	660	660	- 20,5	-
Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-	-
Investitionen	122	142	142	+ 16,4	-
davon					
- allgemeine Investitionen des Personalamts	122	82	82	- 32,8	-
- Investitionszuschuss an das ZPD	-	60	60	+ 100	-
- Investitionszuschuss an das Projekt ePers (Teil-Wirtschaftsplan ZPD)	-	-	-	-	-
- Investitionszuschüsse an das ZAF	-	-	-	-	-

³ Ab dem Planjahr 2011 Verlagerung in den Wirtschaftsplan ZAF.

⁴ Die Planzahlen 2011/2012 erhöhen sich in Folge der Umsetzung der Ausbildungsoffensive.

⁵ Ab dem Planjahr 2011 Verlagerung in den Wirtschaftsplan ZAF.

⁶ Die Mittel für ePers werden ab 2011 zentral im Epl. 9.2 (Titel 9890.971.11) veranschlagt und dem ZPD entsprechend den Bedarfen im Rahmen des insgesamt verfügbaren Projektbudgets zur Verfügung gestellt (2011: 3.687 Tsd. Euro, 2012: 3.892 Tsd. Euro).

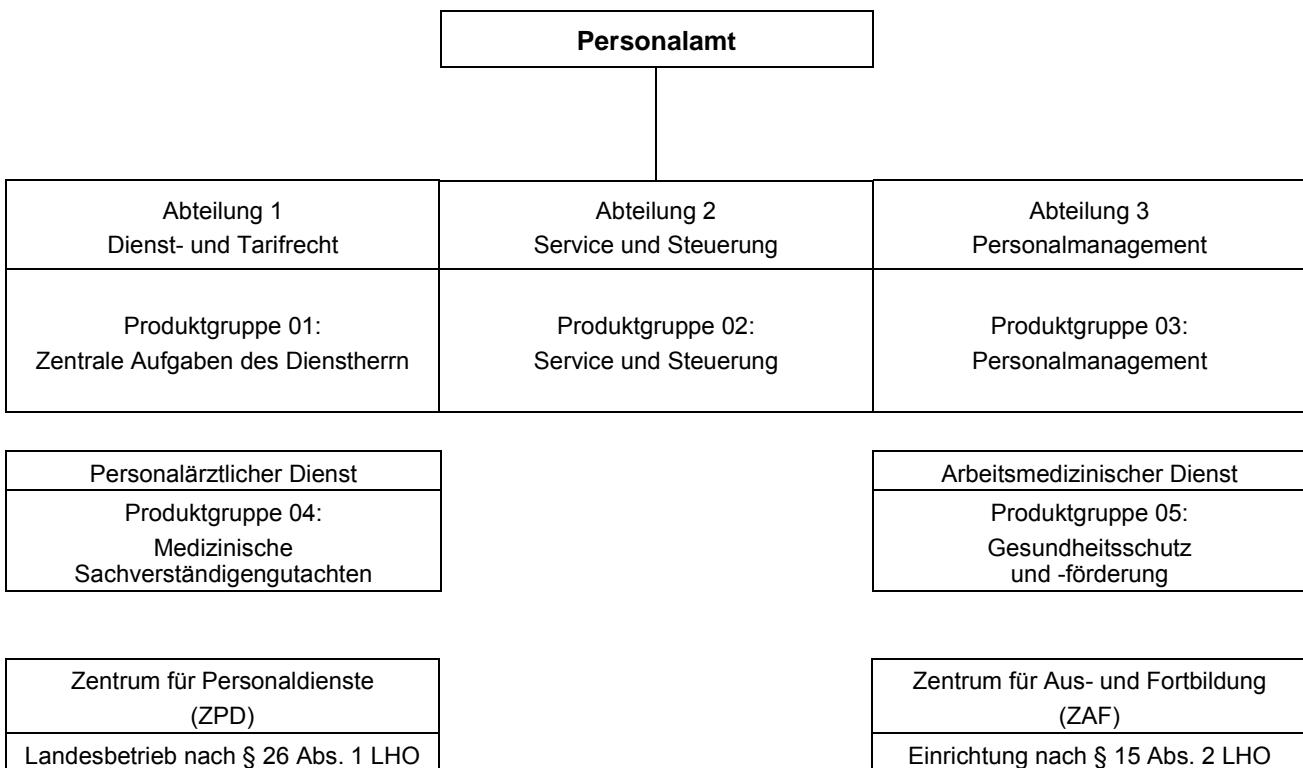
⁷ Die Planzahlen 2011/2012 erhöhen sich gegenüber 2010 in Folge einer geänderten Veranschlagungstechnik (Übernahme der Ausbildungskosten für den (bisherigen) mittleren und gehobenen Dienst - ehemals Titelgruppe Z 70 und Sonderbudget Laufbahnaufsteiger - in den Wirtschaftsplan des ZAF) sowie durch erhöhte Ansätze in Folge der Umsetzung der Ausbildungsoffensive.

Investitionsrestevolumen der Vorjahre:

2008			2009				
Gesamtsoll ⁸	Ist ⁹	auf 2009 übertragene Reste	Gesamtsoll	Ist	auf 2010 übertragene Reste		
In Tsd. EUR	In Tsd. EUR	In Tsd. EUR	In %	In Tsd. EUR	In Tsd. EUR	In Tsd. EUR	In %
1.889	1.584	304	16,1	1.094	1.155	- 61 ¹⁰	- 5,6

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Das Personalamt ist als ein Produktbereich mit fünf Produktgruppen sowie einem Landesbetrieb und einer netto-veranschlagten Einrichtung nach § 15 Abs. 2 LHO organisiert (vgl. nachfolgendes Schaubild):



4. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD), Kontenrahmen für Versorgung (KRV) und Stellenplan

KRD/NSM

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD des Kapitels 1140 (Titel 4xx.91) basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2010, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Lineare Anpassungen und Struktureffekte durch das neue Tarifrecht bzw. die Besoldungsanpassung zum 1.1.2010
- Beitragsänderungen zur Sozialversicherung, soweit sie bis Ende 2009 feststehen
- Minderbedarfe aufgrund von Entscheidungen zu aufgabenkritischen Maßnahmen
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
 - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2009), sofern dauerhaft fortwirkend,
 - im Planansatz 2010 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigen Veränderungen
- Auswirkungen etwaiger weiterer Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2010
- im Finanzplan 2009-2011 in den MAP-Raten 2011 und 2012 enthaltene Anpassungen;
- IT-bedingte Einsparungen;

⁸ Ansatz inkl. Sollübertragungen, zufließenden Einnahmen, übertragenen Resten und Vorgriffen aus Vorjahren sowie Investitionszuschüssen an Wirtschaftspläne.

⁹ Incl. Investitionszuschüssen an Wirtschaftspläne.

¹⁰ Übertragen wurden Reste in Höhe von 370.499,36 EUR bei einem Vorgriff von 430.920,00 EUR.

- Aufgabenverlagerungen durch veränderte Zuständigkeiten;
- Anpassung der Sonderzahlung im Besoldungsbereich.

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.xx),
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Titel 438.xx) sowie
 - an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.xx).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausbagnbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen im Besoldungs-, Versorgungs- und Tarifbereich ab 2011 werden zentral veranschlagt und ggf. den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Zentral vorgehalten werden auch Mittel für notwendige Korrekturen durch mögliche Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung in den Jahren ab 2011.

KRV

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans bei den sachlich zuständigen Titeln (also getrennt nach Statusgruppen) veranschlagt. Die Versorgungsausgaben insgesamt setzen sich zusammen aus

- der Summe der im KRD und den Wirtschaftsplänen (Titel 1140.632.91) als Zuschlag auf die Aktivbezüge veranschlagten Kostenanteile für Versorgung und
- der Differenz, die nach Abzug der o.g. Zuschläge von den zu erwartenden Versorgungsausgaben nach der Versorgungsprognose verbleibt (veranschlagt in den Titeln 432.93 bzw. 438.93).

Diese Differenz wird zuzüglich der Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger (446.93) im Kontenrahmen für Versorgung (KRV) veranschlagt. Die Kostenanteile an den Versorgungsbezügen (Zuschläge auf die Aktivbezüge) bleiben hingegen Bestandteil der Budgets (KRD). Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 13,5 v.H. der 2009 zugeordneten Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Ein negativer Haushaltsansatz im KRV entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Werte der Versorgungsprognose übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Die Ausgaben in den KRV sind entsprechend der Regelung für die KRD mit Einwilligung der Finanzbehörde einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig (Art. 6 Nr. 1 des Haushaltbeschlusses).

Durch die dezentrale Veranschlagung werden die Versorgungsausgaben ressortspezifisch abgebildet. Erkennbar werden in den Einzelplänen jetzt auch die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für tatsächlich zu leistende Versorgung durch neu in die Versorgung Hineinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewendeten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf, sofern die frei gewordenen Stellen mit lebensjüngeren und damit kostengünstigeren Personen nachbesetzt werden.

Für die Behörden ist mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht unmittelbar beeinflussen können.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage 1 zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Die Stellenpläne der netto-veranschlagten Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO sowie der Landesbetriebe nach § 26 Absatz 1 LHO sind in den Wirtschaftsplänen (rosa Seiten) abgedruckt.

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Februar 2011) für die Drucklegung des Haushaltplan-Entwurfs 2011/2012.

Die vom Senat beantragten Stellenneuschaffungen, -hebungen und -umwandlungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten.

Die betreffenden Veränderungen sind in der nachstehenden Tabelle summarisch sowie im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Dies gilt gleichermaßen für vorgesehene Stellenstreichungen (z.B. im Zusammenhang mit der Umsetzung aufgabekritischer Ansätze), über die der Senat die Bürgerschaft ggf. mit gesonderter Vorlage unterrichten wird. Die damit konkret verbundenen Stellenabgänge werden – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freierdens der Stellen – im folgenden

1140

Stellenplan nachgewiesen. Zur Einsparung vorgesehene Stellen, deren Streichung aus haushaltrechtlichen Gründen – z.B. Stellen noch besetzt – im dezentralen Datenbestand bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Stellenplan-Entwurf 2011/2012 (einschl. netto-veranschlagte Einrichtung nach § 15 Abs. 2 LHO und Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO):

Stellenplan

Kapitel	Stellenzahl ¹¹	Neue Stellen		Stellenhebungen		Umwandlungen	
		2011	2012	2011	2012	2011	2012
1140 Personalamt*	867,7	0	0	0	0	0	0
1145 Wirtschaftsplan Zentrum für Personal- dienste	377,5	0	0	0	0	0	0
davon Teil-Wirtschaftsplan Projekt ePers	40	0	0	0	0	0	0
1146 Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung	104,45	0	0	0	0	0	0
1147 Dienststelle Personal Service Integration**	670,83						

* davon 237,7 Personalamt (Stammpersonal) und 630 Ausbildungsstellen (Nachwuchskräfte (bisheriger) mittlerer, gehobener und höherer Dienst)

** Gebuchte Stellen zum Stand Februar 2011; die Zahl der Stellen im Stellenplankapitel unterliegt aufgrund Arbeit und Aufgabenstellung der Dienststelle PersonalService Integration (Versetzungen, Abordnungen etc. von Rückkehrerinnen und Rückkehrern aus den Asklepios-Kliniken Hamburg GmbH und aus dem ehemaligen HWWA) ständigen Veränderungen.

5. Sachausgaben (KRS/Titelgruppen)

Der Kontenrahmen Sachausgaben (KRS) des Personalamts wurde durch die Einführung von Titelgruppen (Sachmittelbudgets der Produktgruppen) abgelöst. Dadurch ist ein weiterer Schritt zur Modernisierung und zur Verselbstständigung der Produktgruppen realisiert worden. Um Zuordnungsfehler und Ungenauigkeiten bei der Ansatzermittlung unterjährig berichtigen zu können und, da es sich um jeweils relativ kleine Bereiche handelt, um unterjährig Steuerungsmöglichkeiten für die/den verantwortliche/n Beauftragte/n für den Haushalt zu erhalten, ist die Deckungsfähigkeit zwischen den Titelgruppen Z61, Z65 und Z66 im Haushaltbeschluss eingerichtet worden.

6. Einzelplandekungskreise

Im Einzelplan 1.1 ist für das Personalamt der Deckungskreis 02 – Hochbauinvestitionen – relevant. Eine Übersicht der dazugehörigen Titel befindet sich in der Anlage 4 zum Zahlenwerk.

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Zum Personalamt gehören die folgenden Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO und netto-veranschlagte Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO:

¹¹ Stellenbestand gemäß Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Stellenplanverfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 (Stand Februar 2011).

Einrichtung	Gesamtaufwand		Zuführung (-) aus dem Haushalt Ablieferung (+) an den Haushalt	
	2011	2012	2011	2012
Zentrum für Personaldienste (ZPD)	23.399	23.393	0	0
Teil-Wirtschaftsplan Projekt ePers innerhalb des ZPD ¹²	3.642	3.846	0	0
Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF)	18.839	17.513	- 12.736	- 12.356

Wirtschaftspläne, Lageberichte/Produktinformationen und Erläuterungen befinden sich in den Anlagen (rosa Seiten).

8. Bürgerschaftliche Ersuchen

Entfällt.

9. Zuwendungen

Entfällt.

10. Produktinformationen (generelle Hinweise)

Das Personalamt ist als ein Produktbereich mit fünf Produktgruppen sowie einem Landesbetrieb und einer netto-veranschlagten Einrichtung nach § 15 Abs 2 LHO organisiert (vgl. Schaubild unter 3.):

Die Kennzahlen wurden auf ihre Steuerungsrelevanz hin geprüft und soweit möglich angepasst. Die beibehaltenen, überwiegend eher statistischen Kennzahlen beziehen sich auf die übergeordneten, grundsätzlichen und/oder konzeptionell-planenden ministeriellen und/oder Intendantzaufgaben bzw. -bereiche des Personalamtes und vermitteln zusätzliche Informationen zu den erstellten Produkten und Leistungen. Die Daten zum Landesbetrieb Zentrum für Personaldienste sowie die Daten und Kennzahlen zum Zentrum für Aus- und Fortbildung finden sich nicht in den Angaben zum Produktbereich Personalamt, sondern sind in den entsprechenden Wirtschaftsplänen gesondert ausgewiesen.

Die Gesamtzahlen des Produktbereichs im Überblick:

Haushaltsplan 2011	Gesamt-einnahmen	Personal-ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt-ausgaben
					Tsd. Euro
Gesamtbetrag Kapitel 1140	1.285	39.990	35.193	142	75.325
Davon entfallen auf:					
Produktgruppe 01	-	6.937	914	-	7.851
Produktgruppe 02	209	3.073	31.192	142	34.407
Produktgruppe 03	16	25.830	1.995	-	27.825
Produktgruppe 04	20	1.466	430	-	1.896
Produktgruppe 05	1.040	2.684	662	-	3.346
<i>nachrichtlich:</i>					
<i>Wirtschaftsplan ZPD (als zentrale Erstattung in PG 02 enthalten)</i>			17.910	60	17.970
<i>Teil-Wirtschaftsplan ePers¹³</i>			3.616	-	3.616
<i>Wirtschaftsplan ZAF (als Zuschuss in PG 02 enthalten)</i>			12.666	-	12.666

¹² s. Fn 2

¹³ Die Mittel für ePers werden zentral im Epl. 9.2 (Titel 9890.971.11) veranschlagt und dem ZPD entsprechend den Bedarfen im Rahmen des insgesamt verfügbaren Projektbudgets zur Verfügung gestellt.

1140

Haushaltsplan 2012	Gesamt-einnahmen	Personal-ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt-ausgaben
	Tsd. Euro				
Gesamtbetrag Kapitel 1140	1.285	38.040	34.901	142	73.083
Davon entfallen auf:					
Produktgruppe 01	-	6.768	923	-	7.691
Produktgruppe 02	209	3.459	30.633	142	34.234
Produktgruppe 03	16	23.765	2.265	-	26.030
Produktgruppe 04	20	1.430	422	-	1.852
Produktgruppe 05	1.040	2.618	658	-	3.276
<i>Nachrichtlich:</i>					
<i>Wirtschaftsplan ZPD (als zentrale Erstattung in PG 02 enthalten)</i>			17.738	60	17.798
<i>Teil-Wirtschaftsplan ePers¹⁴</i>			3.821	-	3.821
<i>Wirtschaftsplan ZAF (als Zuschuss in PG 02 enthalten)</i>			12.282	-	12.282

¹⁴ s. Fn 13

Produktinformationen

Erläuterung des Strukturdatenblatts zu den Produktinformationen:

Das **Strukturdatenblatt** auf der nächsten Seite zeigt auf einen Blick die jeweilige finanzielle Relevanz der jeweiligen Produktgruppen und Produktbereiche sowohl in tabellarischer Darstellung als auch als grafische Übersicht. Insbesondere grafisch wird deutlich, welche Produktgruppen vom Finanzvolumen her den Schwerpunkt des Einzelplans bilden.

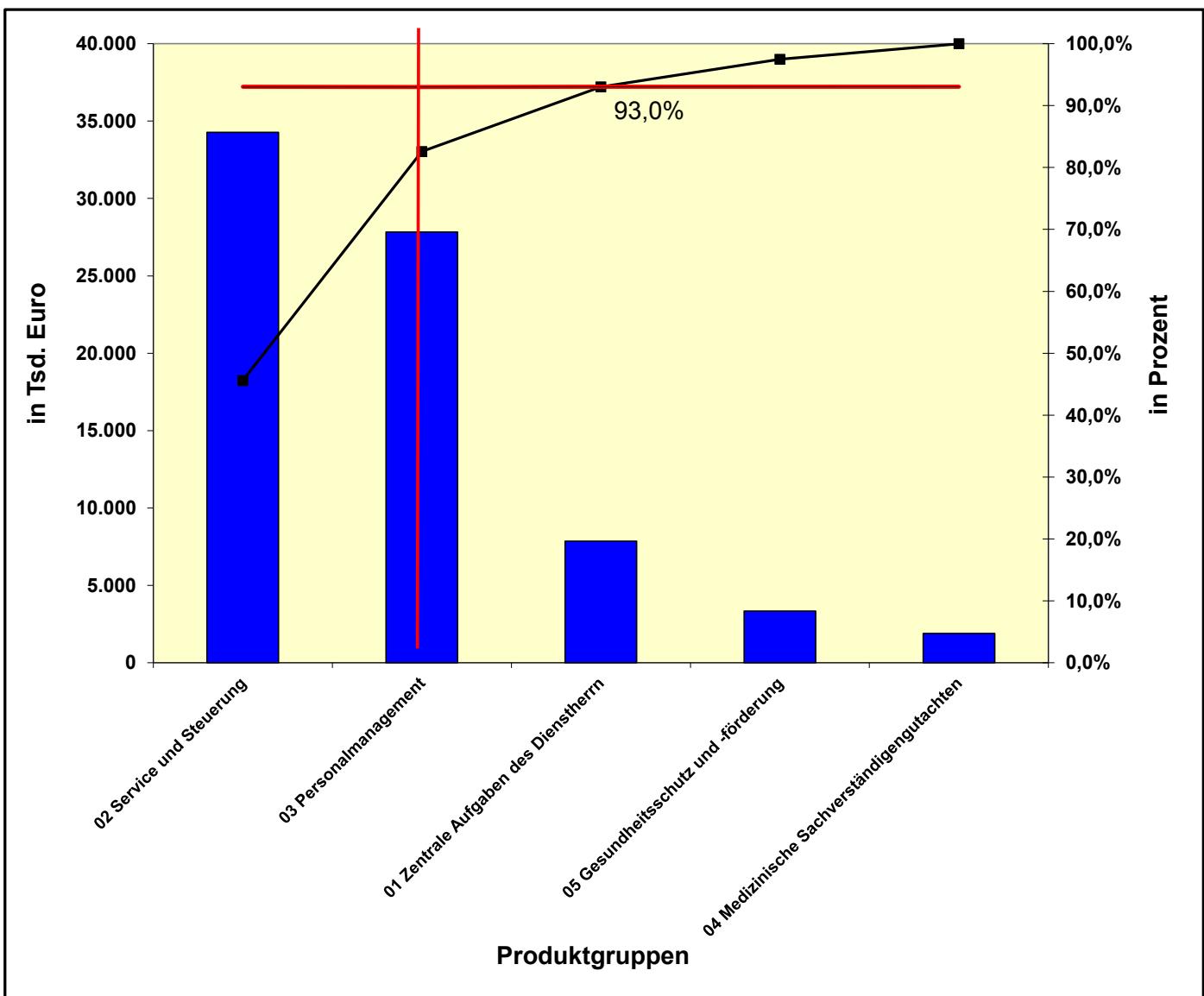
Die Linie in der Grafik schneidet dabei die Produktgruppe, mit der 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans überschritten werden. Häufig sind es nur zwei oder drei Produktgruppen, auf die mehr als 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans entfallen. Die Grenze wurde bei 80 Prozent gezogen, da es in der Betriebswirtschaftslehre die so genannte 80/20-Regel gibt (Beispiel: 80 Prozent des Umsatzes werden mit 20 Prozent der Kunden erwirtschaftet). Idealtypischerweise sollten Ziele, Kennzahlen und Erläuterungen zu Produktgruppen, auf die ein hohes Finanzvolumen entfällt, ausführlicher dargestellt werden als bei Produktgruppen, deren Finanzvolumen im Verhältnis zum gesamten Finanzvolumen des Einzelplans gering ist. Soweit hiervon abgewichen wird, sollte es inhaltliche Gründe geben.

Strukturdatenblatt

Einzelplan 1.1

Haushaltsjahr 2011: Einzelplan 1.1 - Personalamt Kapitel 1140

Rang	PG	PB	Ressourcen		Ressourcen kumuliert	Anzahl Produkte	Anzahl Kennzahlen
			in Tsd. EUR	in %	in %		
1	2	3	4	5	6	7	8
1	02 Service und Steuerung	01	34.265	45,6%	45,6%	5	25
2	03 Personalmanagement	03	27.825	37,0%	82,6%	4	11
3	01 Zentrale Aufgaben des Dienstherrn	01	7.851	10,4%	93,0%	7	14
4	05 Gesundheitsschutz und -förderung	01	3.346	4,5%	97,5%	2	10
5	04 Medizinische Sachverständigengutachten	01	1.896	2,5%	100,0%	3	10
Summe			75.183	100,0%		21	70



Produktinformationen

Produktbereich 01: Personalamt

Kapitel 1140

Produktbereichskennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR • Betriebseinnahmen in Tsd. EUR ¹	1.337	18.371	1.271	1.285	1.285
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR • Personalausgaben in Tsd. EUR ²	83.433	98.438	76.730	75.183	72.941
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ³	55.076	65.280	46.884	39.990	38.040
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ⁴	28.357	33.158	29.846	35.193	34.901
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ⁵	1.584	1.155	122	142	142
	542,53	633,34	570,80	633,34	633,34

Ziele des Produktbereichs

- Z 1: Unterstützung des Senats als oberste Dienstbehörde in der Wahrnehmung seiner personalpolitischen, personalrechtlichen und personalwirtschaftlichen Gesamtverantwortung gegenüber allen Beschäftigten der Freien und Hansestadt Hamburg.
- Z 2: Umsetzung und Durchsetzung von Konzepten und Strategien von personalpolitischer Bedeutung.
- Z 3: Gestaltung effizienter und zukunftsorientierter Rahmenbedingungen des Personalwesens.
- Z 4: Erstellung ärztlicher Untersuchungen und Begutachtungen sowie Unterstützung beim betrieblichen Gesundheitsschutz und bei der Unfallverhütung.

Produktgruppen - Überblick

- PG 1 Zentrale Aufgaben des Dienstherrn
- PG 2 Service und Steuerung
- PG 3 Personalmanagement
- PG 4 Medizinische Sachverständigengutachten
- PG 5 Gesundheitsschutz und -förderung

¹ Bei den Einnahmen handelt es sich um Erstattungen für Dienstleistungen des Arbeitsmedizinischen und des Personalärztlichen Dienstes und in 2009 insbesondere um Ausgleichszahlungen der Asklepios-Kliniken Hamburg GmbH i.H.v. insgesamt 16,5 Mio. Euro.

² Angaben incl. KRV. Die Werte beinhalten neben den Personalausgaben für die Beschäftigten des Personalamtes auch die der Nachwuchskräfte (s. PG 03), das Sonderbudget für die Unterbringung von Schwerbehinderten (Titel 461.02 - PG 01), das Sonderprogramm Laufbahnaufsteiger bis 2010 (Titel 461.03 - PG 03), den Titel Mobilitätsförderung (Titel 971.01 - PG 03) bis 2009 und auch die zusätzlichen Personalausgaben der Titelgruppe Z 72 (s. PG 03).

³ Die Werte beinhalten auch die Zuweisungen, Erstattungen bzw. Zuschüsse an die Wirtschaftspläne (s. PG 02). Zusätzlich sind die Sach- und Fachausgaben der Titelgruppe Z 72 enthalten (s. PG 03) sowie die besonderen Finanzierungsausgaben (Hauptgruppe 9).

⁴ Enthalten sind auch die Investitionszuschüsse an Wirtschaftspläne (s. PG 02).

⁵ Die Werte der VZÄ für das Ergebnis 2009 und die Planzahlen 2011/2012 basieren auf der Überführung des Projekts Interner Arbeitsmarkt PIA und der Dienststelle PersonalService Integration PSI in die Linienorganisation des Personalamtes am 01.07.2009. Die VZÄ beinhalten auch die VZÄ für Nachwuchskräfte (s. PG 03).

Produktgruppe 01: Zentrale Aufgaben des Dienstherrn

Kapitel 1140

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>						
Z 1: Entwicklung und Anpassung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften. Wahrung der Einheitlichkeit des Arbeitgebers und Dienstherrn FHH durch Gewährleistung der Umsetzung und einheitlichen Anwendung von Dienst-, Arbeits- und Tarifrecht einschließlich der Fürsorgebestimmungen und damit Sicherstellung der Gleichbehandlung der Beschäftigten. Maßgebliche Prägung der Zielverwirklichung durch ständigen Anschauungs-, Werte- und Normenwandel sowie durch die Ergebnisse der Föderalismusreform (Übergang der Zuständigkeiten für das Besoldungs-, Versorgungs- und Laufbahnrecht auf die Länder).						
<i>Produkte</i>						
P 1 Rechtsgrundlagen für Bedienstete und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger P 2 Leitungsunterstützung (Stellungnahmen, Vorbereitung von Senatsentscheidungen) P 3 Fürsorgeleistungen (Schwerbehinderten- und Wohnraumfürsorge) P 4 Einzelfallentscheidungen (z.B. in Fällen grds. Bedeutung und bei gesetzlicher Kompetenzregelung, u.a. in Disziplinarangelegenheiten) P 5 Grundsatzkommentierungen P 6 Entscheidungshilfen (z.B. Stellungnahmen zu Anfragen anderer Behörden sowie zu Eingaben) P 7 Geschäftsstellenführung (Einigungsstellen)						

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	-	192	-	-	-
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR ⁶	-	192	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	7.736	8.119	8.286	7.851	7.691
• Personalausgaben in Tsd. EUR ⁷	6.792	7.234	7.443	6.937	6.768
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	944	885	843	914	923
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	75	22	-	-	-
<i>Aufschlüsselung der Personalausgaben</i>					
- davon für die Beschäftigten der Abteilung in Tsd. EUR	2.622	2.723	2.902	2.796	2.727
- davon für Sonderprogramm für Schwerbehinderte in Tsd. EUR	4.170	4.511	4.541	4.141	4.041

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	40,87	39,82	38	39,82	39,82

<i>Produktbezogene Kennzahlen⁸</i>	Erg. 2007	Erg. 2008	Erg. 2009
P 1: Rechtsgrundlagen für Bedienstete und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger:			
Normsetzungsverfahren	21	28	17
- davon abgeschlossen	10	21	6
Zusammenarbeit überregionale Gremien (Anzahl der Sitzungen)	39	32	32

⁶ Bei den Einnahmen 2009 handelt es sich um Kostenbeiträge des Bundes und Dritter für den Impffonds. Die Einnahmen fließen dem Gesamthaushalt zu.

⁷ Incl. Stellen für die Leitung des Personalamts und den Personalrat bei den Senatsämtern; ohne KRV, dieser ist zentral in der PG 02 ausgewiesen.

⁸ Bei den Aufgaben der Produktgruppe PG 01 handelt es sich im Wesentlichen um ministerielle Aufgaben des Dienstherrn für die Freie und Hansestadt Hamburg. Die Produktbezogenen Kennzahlen sind somit grundsätzlich nicht steuerbar. Aus diesem Grund wird auf die Angabe von Planzahlen verzichtet.

P 2: Leitungsunterstützung (Stellungnahmen, Vorbereitung von Senatsentscheidungen):			
Vorlagen für die Behördenleitung	159	191	164
P 3: Fürsorgeleistungen (Schwerbehinderten- und Wohnraumfürsorge)⁹:			
Auf Schwerbehinderten-Programmstellen beschäftigte Schwerbehinderte im Jahresdurchschnitt	159	161	163
Besetzungsverfahren Schwerbehinderten-Programmstellen	15	7	8
P 4: Einzelfallentscheidungen (z.B. in Fällen grds. Bedeutung und bei gesetzlicher Kompetenzregelung, u.a. in Disziplinarangelegenheiten):			
Disziplinarangelegenheiten	254	216	191
- davon abgeschlossen	142	126	81
Einzelfall- und Vorbehaltentscheidungen	469	535	458
P 5: Grundsatzkommentierungen:			
Verwaltungsvorschriften	23	28	25
- davon abgeschlossen	20	23	18
P 6: Entscheidungshilfen (z.B. Stellungnahmen zu Anfragen anderer Behörden sowie zu Eingaben):			
Eingaben	10	7	5
P 7: Geschäftsstellenführung (Einigungsstellen):			
Einigungsstellenverfahren	23	5	15
Zahl der darin behandelten Einzelfälle	81	5	36

⁹ Die Finanzierung der Personalausgaben zur verstärkten Unterbringung Schwerbehinderter im öffentlichen Dienst und zur Beschäftigung Schwerbehinderter aus Werkstätten für Behinderte erfolgt aus dem entsprechenden Sonderbudget des Personalamtes (s.a. "Aufschlüsselung der Personalausgaben")

Produktgruppe 02: Service und Steuerung

Kapitel 1140

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>					
Z 1: Gewährleistung eines effektiven und effizienten Ressourceneinsatzes sowie eine dementsprechende Ressourcensteuerung im Personalamt.					
Z 2: Einführung und Weiterentwicklung von Elementen der Verwaltungsmodernisierung im Personalamt.					
Z 3: Gewährleistung einer den rechtlichen, organisatorischen und technischen Anforderungen gerecht werdenden Unterstützung der Beschäftigten im Personalamt bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.					
Z 4: Gewährleistung einer effektiven, den rechtlichen und persönlichen Anforderungen gerecht werdenden Personalsachbearbeitung für die Senatoren, Staatsräte und Bezirksamtsleiter sowie die Beschäftigten des Personalamtes und der Senatskanzlei.					
Z 5: Gewährleistung kundenorientierter Dienstleistungen für die Senatskanzlei in den Bereichen Organisation und Personal.					
<i>Produkte</i>					
P 1 Prozess- und Ressourcensteuerung (Planung, Aufstellung und Steuerung der Personal-, Sachmittel- und IT-Budgets; Controlling; Prozessoptimierung und Organisation; Personalplanung und -entwicklung)					
P 2 Betrieb und Betreuung der Infrastruktur (IT-Infrastruktur und -Anwendungen; Telekommunikation; Geräte- und Materialverwaltung; Gebäudemanagement)					
P 3 Interne Dienstleistungen (Personalbetreuung; IT-Benutzerbetreuung und -beratung; Erstellung von IT-Anwendungen; Allgemeine Verwaltung und Innere Dienste; Bücherei und elektronische Informationsdienste; Postverteilung; Registratur; ServiceCenter)					
P 4 Dienstleistungen für die Senatskanzlei in den Bereichen Organisation, Personalsachbearbeitung, Personalentwicklung und Personalbudget					

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ¹⁰	225	221	209	209	209
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	225	221	209	209	209
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	31.420	29.061	28.718	34.265	34.092
• Personalausgaben in Tsd. EUR ¹¹	6.091	3.036	3.027	3.073	3.459
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ¹²	25.329	26.025	25.691	31.192	30.633
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ¹³	1.284	1.045	122	142	142
Aufschlüsselung Personalausgaben					
- davon für die Beschäftigten der Abteilung Service und Steuerung in Tsd. EUR	1.996	2.231	2.340	2.253	2.198
- davon KRV in Tsd. EUR	4.095	805	687	820	1.261
Aufschlüsselung der Sach- und Fachausgaben					
- davon Ausgaben für die Abteilung Service und Steuerung in Tsd. EUR	557	564	544	616	613
- davon Erstattung an das Zentrum für Personaldienste (incl. Projekt ePers) in Tsd. EUR	19.640	20.236	19.854	17.910	17.738
- davon Zuschuss an das Zentrum für Aus- und Fortbildung in Tsd. EUR ¹⁴	5.131	5.225	5.293	12.666	12.282

¹⁰ Die Einnahmen beinhalten auch die Erstattungen des Zentrums für Aus- und Fortbildung für Intendanzleistungen des Personalamts (interne Erstattungen nach § 61 LHO).

¹¹ Incl. KRV; dieser ist zentral in der PG 02 ausgewiesen.

¹² Hierin sind auch die Erstattungen an das Zentrum für Personaldienste und die Zuschüsse an das Zentrum für Aus- und Fortbildung (jeweils ohne Investitionen) enthalten.

¹³ Hierin sind auch die Investitionszuschüsse an das Zentrum für Personaldienste und an das Zentrum für Aus- und Fortbildung enthalten.

¹⁴ Die Planzahlen 2011/2012 erhöhen sich in Folge einer geänderten Veranschlagungstechnik (Übernahme der Ausbildungskosten für den (bisherigen) mittleren und gehobenen Dienst - ehemals Titelgruppe Z 70 und Sonderbudget Laufbahnaufsteiger - in den Wirtschaftsplan des ZAF) sowie durch erhöhte Ansätze in Folge der Umsetzung der Ausbildungsoffensive.

Aufschlüsselung der Investitionsausgaben					
- davon Investitionsausgaben der Abteilung Service und Steuerung in Tsd. EUR	104	53	122	82	82
- davon Investitionszuschüsse an das Zentrum für Personaldienste in Tsd. EUR	595	992	-	60	60
- davon Investitionszuschüsse an das Zentrum für Aus- und Fortbildung in Tsd. EUR	585	-	-	-	-

Quantitätskennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	36,52	42,41	38,90	42,41	42,41

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
P 1: Prozess- und Ressourcensteuerung (Planung, Aufstellung und Steuerung der Personal-, Sachmittel- und IT-Budgets; Controlling; Prozessoptimierung und Organisation; Personalplanung und -entwicklung):					
Betriebsausgaben für das Produkt Prozess- und Ressourcensteuerung (geschätzt) in Tsd. EUR	666	570	551	571	571
P 2: Betrieb und Betreuung der Infrastruktur (IT-Infrastruktur und -Anwendungen; Telekommunikation; Geräte- und Materialverwaltung; Gebäudemanagement):					
Betriebsausgaben für das Produkt Infrastruktur (geschätzt) in Tsd. EUR	306	275	307	274	274
P 3: Interne Dienstleistungen (Personalbetreuung; IT-Benutzerbetreuung und -beratung; Erstellung von IT-Anwendungen; Allgemeine Verwaltung und Innere Dienste; Bücherei und elektronische Informationsdienste; Postverteilung; Registratur; ServiceCenter):					
Betriebsausgaben für das Produkt Interne Dienstleistungen (geschätzt) in Tsd. EUR	1.049	1.222	1.087	1.289	1.289
P 4: Dienstleistungen für die Senatskanzlei in den Bereichen Organisation, Personalsachbearbeitung, Personalentwicklung und Personalbudget:					
Betriebsausgaben für das Produkt Dienstleistungen für die Senatsämter (geschätzt) in Tsd. EUR	276	294	217	301	301
Standardkennzahlen					
Anzahl der (aktiv und passiv) Beschäftigten ¹⁵	267	299	269	299	299
nachrichtlich: Anzahl der aktiv Beschäftigten	245	275	249	275	275
Anteil der Personalkosten der Intendant an den gesamten Personalkosten in %	10,82	10,76	11,88	9,33	9,62
Durchschnittliche Personalbetreuungskosten pro Beschäftigten in EUR ¹⁶	727	716	769	903	903
davon durchschnittliche Personalverwaltungskosten pro Beschäftigten in EUR	402	398	431	410	410
davon durchschnittliche Personalentwicklungskosten pro Beschäftigten in EUR ¹⁷	325	318	338	493	493
Anteil der Bildschirmarbeitsplätze an den bildschirmgeeigneten Büroarbeitsplätzen in %	100	100	100	100	100

¹⁵ Einschließlich der Nachwuchskräfte für den (bisherigen) höheren allgemeinen Verwaltungsdienst.

¹⁶ Die höheren Planwerte 2011/2012 basieren auf einer gewollt inhaltlichen Aufwertung des Bereichs Personalentwicklung (erhöhte Personalkosten durch eine zusätzliche Mitarbeiterin sowie erhöhte Sachkosten durch höhere Planansätze im Bereich Aus- und Fortbildung).

¹⁷ ebenso

Produktgruppe 03: Personalmanagement

Kapitel 1140

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>					
Z 1: Entwicklung und Sicherstellung zeitgemäßer Personalmanagementkonzepte					
Z 2: Förderung der Wissens-, Handlungs- und Führungskompetenz der Beschäftigten					
Z 3: Sicherstellung des Personalbedarfs des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes					
Z 4: Förderung der individuellen und strukturellen Mobilität, Steuerung des internen Arbeitsmarktes					
Z 5: Sicherstellung von Assistenzleistungen in Personalangelegenheiten für den Senat					
<i>Produkte</i>					
P 1 Konzeptionelles Personalmanagement					
P 2 Behördenübergreifende Personalentwicklung und -steuerung					
P 3 Unterstützung der Behörden bei Auswahlverfahren					
P 4 Gewinnung, Ausbildung und Einführung der Nachwuchskräfte für den (bisherigen) höheren allgemeinen Verwaltungsdienst					
P 5 Assistenzleistungen für den Senat					

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	93	16.727	16	16	16
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR ¹⁸	93	16.727	16	16	16
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	39.133	56.146	34.330	27.825	26.030
• Personalausgaben in Tsd. EUR ¹⁹	38.078	50.956	32.101	25.830	23.765
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ²⁰	1.055	5.190	2.229	1.995	2.265
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	90	49	-	-	-
<i>Aufschlüsselung der Personalausgaben</i>					
- davon für die Beschäftigten der Abteilung Personalmanagement in Tsd. EUR	2.637	3.572	3.817	3.651	3.560
- davon für die Ausbildung (bisheriger) mittlerer und gehobener Dienst in Tsd. EUR ²¹	4.105	4.590	4.724	-	-
- davon für die Ausbildung (bisheriger) höherer Dienst in Tsd. EUR ²²	1.779	1.801	3.150	3.357	2.238
- davon für den Beschäftigungspool (bisheriger) höherer Dienst in Tsd. EUR ²³			-	-	617
- davon Personalausgaben innerhalb der Titelgruppe Z 72 in Tsd. EUR	28.486	40.502	20.056	18.822	17.350
- davon für das Sonderprogramm Laufbahnaufsteiger in Tsd. EUR ²⁴	304	321	354	-	-

¹⁸ Bei den Einnahmen handelt es sich überwiegend um Ausgleichszahlungen der Asklepios-Kliniken Hamburg GmbH i.H.v. insgesamt 16,5 Mio. Euro sowie Einnahmen aus Assessment Center.

¹⁹ Ohne KRV, dieser ist zentral in der PG 02 ausgewiesen. Enthalten sind auch die zusätzlichen Personalausgaben der Titelgruppe Z 72.

²⁰ Enthalten sind auch die Sach- und Fachausgaben der Titelgruppe Z 72.

²¹ Ab dem Planjahr 2011 Verlagerung in den Wirtschaftsplan ZAF.

²² Erhöhte Ansätze in Folge der Umsetzung der Ausbildungsoffensive.

²³ ebenso

²⁴ Ab dem Planjahr 2011 Verlagerung in den Wirtschaftsplan ZAF.

Quantitätskennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	396,22	483,67	387,10	483,67	483,67	
- davon VZÄ der Abteilung Personalmanagement	29,97	64,12	65,60	64,12	64,12	
- davon VZÄ im Projekt Interner Arbeitsmarkt (PIA)	12,8	-	-	-	-	
- davon VZÄ für Ausbildung mittlerer und gehobener Dienst (einschl. Aufstiegslehrgang)	317	378	307	378	378	
VZÄ für Ausbildung höherer Dienst	37,15	41,55	42,80	41,55	41,55	
Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2007	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
P 2: Behördenübergreifende Personalentwicklung und -steuerung:						
Anzahl erfolgreicher Vermittlungen (unbefristet und befristet)	327	1508	1235	500	750	500
Anzahl ausgeschriebener Stellen	1.722	1808	2229	-	-	-
Anzahl durchgeföhrter Entwicklungs-Assessment-Center (EAC)	0	3	2	2	2	2
Anzahl der im Jahresmittel betreuten Rückkehrerinnen und Rückkehrer (Asklepios, HWWA)	420	1.153	1.046	1.000	814	709
P 3: Unterstützung der Behörden bei Auswahlverfahren:						
Bewerbungen bei Stellenausschreibungen ab Stellenbewertungen Besoldungsgruppe A15	371	635	809	-	-	-
Teilnahme an Auswahlverfahren bei Stellenbesetzungen ab Stellenbewertung Besoldungsgruppe A15	133	48	46	-	-	-
Anzahl durchgeföhrter Auswahl-Assessment-Center (AC) ²⁵	14	20	44	12	48	35
P 4: Gewinnung, Ausbildung und Einföhrung der Nachwuchskräfte für den (bisherigen) höheren allgemeinen Verwaltungsdienst:						
Bewerbungen pro Einstellung im Auswahlverfahren des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes	17	17	18	20	15	15
Anzahl durchgeföhrter Vorstellungstermine im Rathaus (Rathaus-AC)	7	8	14	7	10	10
Anzahl der Einstellungen im höheren allgemeinen Verwaltungsdienst (incl. Wirtschaftsreferendariat)	20	19	25	21	20	20
- davon Anzahl der Einstellungen in das Wirtschaftsreferendariat	5	5	7	6	6	6
Anzahl der betreuten Nachwuchskräfte im (bisherigen) höheren allgemeinen Verwaltungsdienst	62	64	75	50	70	65
P 5: Assistenzleistungen für den Senat ²⁶ :						
Anzahl erledigter Rechtsverfahren	422	1.097	920	-	-	-
- davon Widerspruchsverfahren	210	437	473	-	-	-
- davon öffentlich- und sozialrechtliche Gerichtsverfahren	196	643	428	-	-	-
- davon zivil- und arbeitsrechtliche Gerichtsverfahren	17	17	19	-	-	-
Durchschnittliche Verfahrensdauer im Widerspruchsverfahren in Monaten	5	5	5	-	-	-
Anzahl Widersprüche pro Bearbeiterin bzw. Bearbeiter	33	61	51	-	-	-
Anzahl Gerichtsverfahren pro Bearbeiterin bzw. Bearbeiter	66	32	28	-	-	-

²⁵ Das Personalamt führt im Auftrag der Behörden Auswahl-Assessment Center überwiegend im Rahmen von Besetzungsentscheidungen bei Stellen ab Besoldungsgruppe A 15 durch. In 2009 wurden zusätzlich 18 AC im Rahmen des prüfungsgebundenen Aufstiegs vom (bisherigen) gehobenen in den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst durchgeführt.

²⁶ Bei den Assistenzleistungen für den Senat handelt es sich im Wesentlichen um ministerielle Aufgaben des Dienstherrn für die Freie und Hansestadt Hamburg. Die produktbezogenen Kennzahlen sind somit grundsätzlich nicht steuerbar. Aus diesem Grund wird auf die Angabe von Planzahlen verzichtet.

Produktbereich: 01
Personalamt

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2007	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Anteil bestandskräftiger Bescheide im Widerspruchsverfahren in %	33	42	48	-	-	-
Anteil gewonnener Gerichtsverfahren in %	97	81	78	-	-	-
Anteil verlorener Gerichtsverfahren in %	1	16	16	-	-	-
Anteil der durch Vergleich o. Erledigung beendeten Gerichtsverfahren in %	2	3	6	-	-	-
Anzahl Ernennungen	6.671	9.053	7.187	-	-	-
Anzahl Zuweisungen, Versetzungen, Abordnungen und Übernahmen (Beamte)	501	719	659	-	-	-

Produktgruppe 04: Medizinische Sachverständigengutachten

Kapitel 1140

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

Z 1: Im Rahmen der Rechts- und Verwaltungsvorschriften werden auf Anforderung von Behörden und befugten Dienststellen ärztliche Untersuchungen durchgeführt und medizinische Gutachten angefertigt.

Anmerkung:

Die Anzahl der Begutachtungen ist nicht steuerbar, weil sie abhängig ist von den internen Gegebenheiten der anfordernden Behörden (Zahl der Neubesetzungen und der ggf. Ausscheidenden, Krankenstandshöhe, Eigenanträge der Bediensteten etc.). Aus diesem Grund wird auf die Angabe von Planzahlen verzichtet.

Bei allen Begutachtungen sind derzeit - speziell in den Vollzugslaufbahnen - stark ansteigende qualitative (z.B. Teildienstfähigkeit) Anforderungen festzustellen. Dies korrespondiert zu dem generell gestiegenen dienstrechlichen Handlungsbedarf der personalführenden Stellen.

Gegenwärtig gewinnt die Begutachtung von Beamten und Arbeitnehmern auch deshalb an Gewicht, weil die medizinischen Gutachten des Personalärztlichen Dienstes zunehmend Grundlage für weit reichende, auch einschneidende verwaltungsrechtliche Entscheidungen sind.

Produkte

P 1 Medizinische Begutachtungen vor der Einstellung/Übernahme

P 2 Medizinische Begutachtungen von Beschäftigten unter dienst-, beihilfe- oder versorgungsrechtlichen Fragestellungen

P 3 Beratung der personalführenden Dienststellen

Haushaltsdaten	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	-	10	-	20	20
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	-	10	-	20	20
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.797	1.869	1.949	1.896	1.852
• Personalausgaben in Tsd. EUR ²⁷	1.383	1.432	1.523	1.466	1.430
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	414	437	426	430	422
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	46	14	-	-	-

Quantitätskennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	23,62	25,03	22,20	25,03	25,03

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2007	Erg. 2008	Erg. 2009
P 1: Medizinische Begutachtungen vor der Einstellung/Übernahme:			
Anzahl der Einstellungsuntersuchungen	2.135	2093	2617
Anzahl der Einstellungsuntersuchungen pro Internistin / Internist pro Jahr	356	566	707
P 2: Medizinische Begutachtungen von Beschäftigten unter dienst-, beihilfe- oder versorgungsrechtlichen Fragestellungen:			
Anzahl der Dienstfähigkeitsuntersuchungen	2.271	2445	2502
- davon internistische	550	624	595
- davon orthopädische	678	793	834
- davon neurologische	1.043	1028	1073
Anzahl der internistischen Dienstfähigkeitsuntersuchungen pro Internistin/Internist	110	169	160
Anzahl der orthopädischen Dienstfähigkeitsuntersuchungen pro Orthopädin / Orthopäde pro Jahr	339	397	417

²⁷ Ohne KRV, dieser ist zentral in der PG 02 ausgewiesen.

Produktbereich: 01
Personalamt

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2007	Erg. 2008	Erg. 2009
Anzahl der neurologischen Dienstfähigkeitsuntersuchungen pro Neurologin / Neurologe pro Jahr	521	411	537
P 3: Beratung der personalführenden Dienststellen:			
Anzahl der Beratungen personalführender Dienststellen	67	80	104

Produktgruppe 05: Gesundheitsschutz und -förderung

Kapitel 1140

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung
Z 1: Beratung bei der Gestaltung gesunder Arbeitsbedingungen.
Z 2: Unterstützung in allen Fragen der betrieblichen Gesundheitsförderung.
Produkte
P 1 Arbeitsmedizinische Beratung
P 2 Arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen

Haushaltsdaten	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.019	1.221	1.046	1.040	1.040
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.019	1.221	1.046	1.040	1.040
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.347	3.243	3.447	3.346	3.276
• Personalausgaben in Tsd. EUR ²⁸	2.732	2.622	2.790	2.684	2.618
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	615	621	657	662	658
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	89	25	-	-	-

Quantitätskennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	45,3	42,41	43,60	42,41	42,41
- davon ärztliches Personal	20,65	20,36	21,54	20,36	20,36
- davon Assistenzstellen	24,67	20,05	22,10	20,05	20,05

Fallzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Einsatzzeit alle Betriebe	30.855	31.019	30.000	29.800	29.800
Einsatzzeit zahlende Betriebe	11.951	12.211	13.600	11.800	11.800

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
P 1: Arbeitsmedizinische Beratung:²⁹					
Arbeitsplatzbegehungen in Stunden	1.545	1.477	1.800	1.400	1.400
Arbeitsmedizinische Beratung vor Ort, Einsatzzeit in Stunden	2.947	2.520	3.400	2.500	2.500
Gesundheitsförderung, Einsatzzeit in Stunden	1.666	1.716	1.900	1.700	1.700
P 2: Arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen:					
Anzahl Vorsorgeuntersuchungen	24.500	25.797	26.000	25.000	25.000
davon vor Ort	4.985	5.680	7.000	6.000	6.000
davon Wiedereingliederungen	806	1.079	800	1.000	1.000
Anzahl Impfungen gesamt	9.095	11.483	10.000	9.000	9.000
davon Grippeschutzimpfungen	5.574	7.938	6.000	5.500	5.500

²⁸ Ohne KRV, dieser ist zentral in der PG 02 ausgewiesen.

²⁹ Die im Vergleich zu den Planzahlen 2010 geringeren Ergebnisse 2008/2009 für die Produkte „Arbeitsplatzbegehung“, „Beratung vor Ort“ und „Gesundheitsförderung“ resultieren aus dem gleichzeitigen Anstieg der arbeitsmedizinischen Beratungen im Rahmen des Eingliederungsmanagements (BEM), die in der Regel sehr zeitaufwendig sind. Außerdem wurden 2009 wegen der Grippe-Pandemie deutlich mehr Impfungen durchgeführt. Nicht adäquat in den Kennzahlen abgebildet sind die verstärkten AMD-Aktivitäten auf von den Behörden organisierten Gesundheitstage.

Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Das Personalamt erzielt insbesondere Einnahmen, weil verselbständigte ehemalige Verwaltungsbereiche (Einrichtungen der Stadt wie Landesbetriebe oder netto-veranschlagte Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 Landeshaushaltssordnung) sowie Dritte (Anstalten öffentlichen Rechts, Vereine etc.) gegen Kostenerstattung die Dienstleistungen des Arbeitsmedizinischen Dienstes in Anspruch nehmen (Titel 119.10 und 119.11).

Ausgaben

Die Sach- und Fachausgaben des Personalamtes werden einerseits geprägt durch die Erstattungen und Zuschüsse an den Landesbetrieb Zentrum für Personaldienste und das Zentrum für Aus- und Fortbildung (Einrichtung des Personalamtes nach § 15 LHO) sowie andererseits durch zentral für alle Behörden und Ämter veranschlagte Mittel. Im Einzelnen sind dies bspw.:

- Zuweisungen, Erstattungen und Zuschüsse an das Zentrum für Personaldienste (Titel 632.91, 682.01, 682.04, 682.56, 891.01, 891.03, 891.56)
- Zuweisungen und Zuschüsse an das Zentrum für Aus- und Fortbildung (Titel 632.91, 685.02, 685.03, 685.04, 685.05, 685.06, 685.56, 891.02, 892.56)
- Mitgliedsbeitrag der Freien und Hansestadt Hamburg zur Arbeitsrechtlichen Vereinigung Hamburg (AVH) (Titel 685.91) und Beiträge zu gemeinschaftsfinanzierten Einrichtungen wie die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TDL) und die Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (Titel 685.01).

Die Ausgaben für den Modernisierungsfonds sind zentral im Einzelplan 9.2 beim Titel 9700.461.20 zusammengefasst und veranschlagt worden.

Die übrigen Sach- und Fachausgaben des Personalamtes beinhalten die für den Geschäftsbetrieb sowie die für die Bewirtschaftung und Unterhaltung der Diensträume und IT-Ausstattung erforderlichen Mittel.

Zahlungsströme und Buchungen im Zusammenhang mit der Eingliederung und Beschäftigung der Rückkehrerinnen und Rückkehrer der Asklepios-Kliniken Hamburg GmbH in den Arbeitsmarkt der Freien und Hansestadt Hamburg werden über die Titelgruppe Z 72 („Dienststelle PersonalService Integration“) abgewickelt, die sowohl Personal- als auch Sach- und Fachtitel enthält. Da die genaue Höhe dieser Ausgaben nicht genau beziffert werden kann, werden die Titel im Bedarfsfall aus zentral im Epl. 9.2 veranschlagen Mitteln verstärkt. Mit der Veranschlagung von Personalausgaben bei der Titelgruppe Z 72 werden zugleich Ausgabemittel nach § 51 LHO besonders zur Verfügung gestellt, aus denen auch Abfindungen gezahlt werden.

H A U S H A L T S P L A N
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
FÜR DIE HAUSHALTSJAHRE 2011 / 2012

Einzelplan 01.1

Senat und Personalamt

Deckungskreise
Deckungskreis im Einzelplan 01.1

02 Hochbauinvestitionen

Deckungskreis im Kapitel 1100

01 Zentrale Aufgaben der Senatskanzlei

KAPITEL		Steuern 0 ohne 09 Steuerähnliche Abgaben (A) 09			Gebühren (G) 111 übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111		
Nr.	Bezeichnung	2010	2011	2012	2010	2011	2012
		1	2	3	4	5	6
1100	Senat	-	-	-	- G	- G	- G
1140	Personalamt	- A	- A	- A	17	76	76
	Gesamteinnahmen 2010 / 2011 / 2012	-	-	-	- G	- G	- G
	Gegenüber 2010 mehr (+) / weniger (-)	- A	- A	- A	1.288	1.361	1.361
			- A	- A		- G	- G
						73+	73+

Laufende Übertragungen <u>2</u>			Schuldenaufnahmen <u>31, 32</u> Zuschüsse für Investitionen (Z)			Besondere Finanzierungseinnahmen <u>35 - 38</u>			
2010	2011	2012	2010	2011	2012	2010	2011	2012	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	
333	333	333	-	-	-	-	-	-	1100
-	-	-	10.000 Z	- Z	10.000 Z	-	-	-	1140
333	333	333	-	-	-	-	-	-	Ges. einn.
	-	-	10.000 Z	- Z	10.000 Z				+/-
				10.000-Z	- Z				

KAPITEL		Gesamteinnahmen		
Kap. Nr.	Bezeichnung	2010	2011	2012
		16	17	18
1100	Senat	10.350	409	10.409
1140	Personalamt	1.271	1.285	1.285
	Gesamteinnahmen 2010 / 2011 / 2012	11.621	1.694	11.694
	Gegenüber 2010 mehr (+) / weniger (-)		9.927-	73+

KAPITEL		Personalausgaben 4			Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		
Nr.	Bezeichnung	2010	2011	2012	2010	2011	2012
		1	2	3	4	5	6
1100	Senat	21.605	21.540	22.291	9.300	7.157	7.481
1140	Personalamt	- 46.884 -	- 39.990 -	- 38.040 -	430 3.614 -	640 3.366 -	640 3.324 -
	Gesamtausgaben 2010 / 2011 / 2012	68.489	61.530	60.331	12.914	10.523	10.805
	Gegenüber 2010 mehr (+) / weniger (-)		6.959- -	8.158- -		2.391- 640	2.109- 640
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	430	640	640
	Gegenüber 2010 mehr (+) / weniger (-)		-	-		210+ -	210+ -

Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66			Schuldendienst 56 - 59 und -hilfen (H) 62, 66			
2010	2011	2012	2010	2011	2012	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	
2.982	2.568	6.224	-	-	-	1100
420	7.900	5.695	-	-	-	
26.082	31.587	31.043	-	-	-	1140
-	-	-	-	-	-	
29.064	34.155	37.267	-	-	-	Ges. Aus.
			- H	- H	- H	
	5.091 +	8.203 +		-	-	+/-
				- H	- H	
420	7.900	5.695	-	-	-	Ges. VE
			- H	- H	- H	
	7.480 +	5.275 +		-	-	+/-
				- H	- H	

KAPITEL		Besondere Finanzierungs-ausgaben <small>9</small>			Gesamtausgaben ohne Investitionen		
Nr.	Bezeichnung	2010	2011	2012	2010	2011	2012
		13	14	15	16	17	18
1100	Senat	4.200	1.620	1.620	38.087	32.885	37.616
1140	Personalamt	- 150 -	- 240 -	- 534 -	850 76.730 -	8.540 75.183 -	6.335 72.941 -
	Gesamtausgaben 2010 / 2011 / 2012	4.350	1.860	2.154	114.817	108.068	110.557
	Gegenüber 2010 mehr (+) / weniger (-)		2.490-	2.196-		6.749-	4.260-
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	850	8.540	6.335
	Gegenüber 2010 mehr (+) / weniger (-)		-	-		7.690 +	5.485 +

Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8			Gesamtausgaben			
2010	2011	2012	2010	2011	2012	Kap. Nr.
19	20	21	22	23	24	
4.675	795	995	42.762	33.680	38.611	1100
-	-	1.000	850	8.540	7.335	
122	142	142	76.852	75.325	73.083	1140
-	-	-	-	-	-	
4.696 B	156 B	156 B	119.614	109.005	111.694	Ges. Aus.
101	781	981				
	4.540-B	4.540-B		10.609-	7.920-	+/-
	680 +	880 +				
- B	- B	- B	850	8.540	7.335	Ges. VE
-	-	1.000				
	- B	- B		7.690+	6.485+	+/-
	-	1.000 +				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
GFFEG FHHHD	X b'å bbÄäæbÄÑ ^äæbÄ~ Äæ^ÄP~b\æ^Äæä Gehäé^äåå→\ ^&ÄæäÄvfläæb'åæ^ÄÖåææ=åæ	:6" IHÄ	ÍGÁ	ÍGÁÁÁÁÁÁÍGÁ	
(011)	EINNAHMEN				
112.01	Geldbußen sowie Kosten aus den Verfahren	0 0	0	-	-
119.61	Sonstige Einnahmen der Vertretung Hamburgs beim Bund Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1100.539.61.	71 73	13	13	13
119.62 (013)	Einnahmen der Staatlichen Pressestelle Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1100.531.62.	0 4	1	5	5
119.71 (012)	Kostenbeteiligungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1100.527.71.	0 2	0	-	-
119.91	Ablieferung des Landesbetriebes Rathaus-Service an den Haushalt	0 0	0	52	52
119.94	Rückzahlung nicht verbrauchter Zuschüsse	0 0	0	-	-
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	0 1	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen	0 2	3	-	-
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	19 6	0	6	6
161.01	Zinsen aus nicht verbrauchten Zuschüssen	0 0	0	-	-
231.01	Ersatzleistungen des Bundes für die Durchführung von Veranstaltungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1100.543.02.	7 4	0	-	-
GFFEG CGHHD	X b'å bbÄäæbÄÑ ^äæbÄ~ Äæ^ÄP~b\æ^Äæä Ø\b'å^äåå→\ ^&ÄæäÄvfläæb'åæ^ÄÖåææ=åæ GæÄÖ↔^äå^æ^äæ↔æ^A~ äÄææ'← ^&ÄæäÄRææä b&äåæ^ æ↔ÆFÆFFFÆIÆHÆGÆ Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1100.543.02. X b'å bbÄäæbÄÑ ^äæbÄ~ Äæ^ÄP~b\æ^Äæä Ø\b'å^äåå→\ ^&ÄæäÄvfläæb'åæ^ÄÖåææ=åæ ÆFÆFFFÆIÆHÆGÆ	:6" IHÄ	ÍGÁ	ÍGÁÁÁÁÁÁÍGÁ	

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1100 -----					
231.04	Zuschuss des Bundes zur Durchführung des Evangelischen Kirchentags 2013 in Hamburg Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1100.684.04.	0 0	0	-	-
231.05	Zuschuss des Bundes für Maßnahmen der internationalen Zusammenarbeit Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.1.1100.547.02	0 0	0	-	-
232.03	Einnahmen für Fördermaßnahmen von überregionaler Bedeutung innerhalb Norddeutschlands Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1100.545.03.	0 0	0	-	-
271.01	Erstattungen der EU für den Contact Point INTERREG B Nordseeraum Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.1.1100.547.05	0 0	0	-	-
281.01	Anteile des Unternehmensbereichs sowie des steuerpflichtigen Hoheitsbereichs der FHH (Vertretung Hamburgs beim Bund) an der Umsatzsteuer Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 01.1.1100.547.61. Vorab sind Umsatzsteuerzahlungen von den Einnahmen abzusetzen und an den Titel 9890.281.01 zu übertragen	0 0	0	-	-
281.61	Einnahmen aus Veranstaltungen der Vertretung Hamburgs beim Bund Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 01.1.1100.547.61.	574 376	250	250	250
282.04	Beiträge Dritter für Maßnahmen zur Medienstandortförderung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1100.683.02.	0 0	0	-	-
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.1.1100.546.91	12 0	0	-	-
286.01	Sonstige Einnahmen für Maßnahmen der internationalen Zusammenarbeit Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.1.1100.547.02	0 0	0	-	-
341.01	Spenden zur Realisierung der Elbphilharmonie	2.565 15.000	10.000		10.000
GHFÈEG	Óäb\á\\ ^&Á{~^Á\$→á^ ^&b{~á→æ^b\ ^&æ^Á↔ X bá↑↑æ^áé^&Á↑↔ AáæáÅFæá↔b↔æá ^&Aáæá Ó→â*â↔æá↑~^↔æ CÙæ&&æá→æ^æáÁN^bá \ ^D	80 ; : 2" €Á	€Á	€	€

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1100					
	Gesamteinnahmen			10.350	409
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	12.359 12.376 1.057 R	12.594	12.189	13.124
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	42- 60-	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	75 54	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	7.581 8.455	7.568	7.988	7.804
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	0 0	0	-	-
461.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben des Kapitels 1100	0 0	0	-	-
	Übertragbar Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellengebundenen Personalausgaben im KRD- Bereich des Kapitels				
461.20	Beitrag zur Finanzierung des Modernisierungsfonds	0 0	52		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
525.91	Aus- und Fortbildung	9 16 43 R	26	27	27
	Übertragbar				
525.92	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	27 15	15	14	14
	Übertragbar				
529.01	Verfügungsmittel des Senats	119 140 244 R	300	200	200
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1100.529.01 01.1.1100.543.02 .				
529.02	Verfügungsmittel des Präsidenten des Senats	6 5	13	13	13
	Übertragbar				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1100 -----					
529.03	Zentrale Verfügungsmittel für Soforthilfen in besonderen Situationen Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen Mittel bis zur Höhe von 3,5 Mio. Euro dürfen von 9890.971.03 übertragen werden.	0 0	500		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1100 -----					
534.02 (244)	Pflege und Instandhaltung der jüdischen Friedhöfe Übertragbar GB 2011 83 GB 2012 83 Zuwendungsanteil 95% Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.231.02.	135 24 280 R	166	166	166
534.03	Pflege d. Beziehungen zu verfolg. ehem. Bürgerinnen u. Bürgern Hamburgs, ehem. Zwangsarbeiterinnen u. Zwangsarbeitern, Förd. Erinnerungskultur int. Übertragbar Zuwendungsanteil 50% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .	176 164 66 R	210 150 VE	200 150 VE	200 150 VE
535.56	IT-Folgekosten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1100.671.56.	131 119	137	137	143
542.01	Durchführung der Veranstaltung zum 03.Oktober 2008 Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	1.214 31	0		
543.02	Veranstaltungen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1100.529.01 01.1.1100.543.02 . Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.231.01.	802 833 319 R	840	626	626
545.03	Fördermaßnahmen innerhalb Norddeutschlands einschließlich überregionaler Partnerschaften mit norddeutschem Bezug Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.232.03.	14 27 235 R	300	20	35
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.282.91	12 0	0	-	-
547.01	Städtepartnerschaften Übertragbar Zuwendungsanteil 30%	335 356 241 R	400 200 VE	450 200 VE	450 200 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1100 -----					
547.02	Maßnahmen der Internationalen Zusammenarbeit Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 . Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.231.05 01.1.1100.286.01. Die Grundbewilligung entspricht dem ausgewiesenen Ansatz	139 90 91 R	100 80 VE	155 80 VE	155 80 VE
547.03	Maßnahmen der Ostseekooperation Übertragbar Zuwendungsanteil 10% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .	195 233 212 R	300	130 100 VE	130 100 VE
547.05	Aufwendungen für den Contact Point INTERREG B Nordseeraum Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.271.01.	0 0	0		35
632.01	Europapolitische Interessenvertretung Übertragbar Zuwendungsanteil 18% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .	510 628 55 R	473 200 VE	472 200 VE	473 200 VE
632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne Übertragbar	185 176	176	176	176
671.53	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der ESARI-Dienstleistungen von Dataport Übertragbar	93 93	93		
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar	96 78 8 R	86		
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1100.535.56.	159 321	321	568	568
681.02	Ehrenrenten und dgl. Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .	5 5	12	13	13

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1100 -----					
681.03 (023)	Förderung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern Übertragbar Zuwendungsanteil 38% Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.6.1631.684.18. Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .	325 358 108 R	400 220 VE	340 200 VE	340 200 VE
681.92	Schadenersatzleistungen (ohne Kraftfahrzeughaftpflichtschäden) (Weggefallener Ansatz)	20 0	32		
682.56	Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Rathaus-Service für IT-Ausgaben Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	16		
683.02	Maßnahmen zur Medienstandortförderung Übertragbar Zuwendungsanteil 60% Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1100.686.01. Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1100.683.02 01.1.1100.685.01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.282.04.	0 0	0		340 600 VE
684.01 (249)	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .	94 15	15	15	15
684.03 (249)	Zuschüsse für laufende Zwecke der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .	0 107	107	97	97
684.04	Zuschuss zur Durchführung des Evangelischen Kirchentags 2013 in Hamburg Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.231.04.	0 0	0	- 7.500 VE	3.000 4.500 VE
684.06 (199)	Unterstützung der gemeindlichen und kulturellen Arbeit der Jüdischen Gemeinde Hamburg Übertragbar	940 905	883	880	880

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1100 -----					
685.01	Maßnahmen zur Förderung von IT, Telekommunikation und Multimedia am Standort Hamburg Übertragbar Zuwendungsanteil 90% Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1100.686.01. Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1100.683.02 01.1.1100.685.01 .	0 0	0		195 195 VE
685.03	Kostenbeitrag der FHH für gemeins. Sekretariate der EU-Programme INTERREG IV B und IV C zur transnationalen und internationalen Zusammenarbeit Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .	0 0	0		120
685.91	Mitgliedsbeiträge Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .	356 367 14 R	368	7	7
686.01	Medieninitiative Übertragbar Zuwendungsanteil 50% Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1100.683.02 01.1.1100.685.01.	0 0	0	-	-
686.05	Förderung von Tagungen und sonstigen Veranstaltungen Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	21 0	0		
Z61	Betriebskonto Vertretung der FHH beim Bund -----				
422.61	Bezüge der Beamtinnen und Beamten Übertragbar	295 358 58 R	391	349	349
427.61	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige Übertragbar	4 4 2 R	8		
428.61	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar	793 904	775	811	811
432.61 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten Übertragbar	87 112 18 R	118	105	105

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1100 -----					
438.61 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar	71 77	70	73	73
441.61 (940)	Kostenanteil an den Beihilfen Übertragbar	12 14 2 R	16	15	15
514.61	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung Übertragbar	11 13 2 R	14	14	14
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	274 290	266	266 110 VE	266 110 VE
519.61	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar	134 121	110	110	110
539.61	Sächliche Verwaltungsausgaben Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 01.1.1100.119.61.	237 194 9 R	206	152	152
547.61	Veranstaltungskosten Übertragbar GB 2011 GB 2012 125 125 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.281.01 01.1.1100.281.61. Summen für Z61	728 541 29 R	377	375	375
Z62	Betriebskonto Staatliche Pressestelle -----	2.628 121 R	2.351	2.270 110 VE	2.270 110 VE
427.62 (013)	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige Übertragbar	8 4	13	10	10
531.62 (013)	Öffentlichkeitsarbeit Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.119.62.	164 34 100 R	171	76	86

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1100					
539.62 (013)	Sächliche Verwaltungsausgaben	216 244 15 R	265	145	145
	Übertragbar				
	Summen für Z62	282 115 R	449	231	241
z71	Betriebskonto Sachausgaben für zentrale Aufgaben der Senatskanzlei, für Staatsamt und Planungsstab				
511.71	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	432 594 462 R	833	520	532
	Übertragbar				
514.71	Haltung von Dienstfahrzeugen	40 35	30	36	36
	Übertragbar				
517.71	Bewirtschaftung der Grundstücke (Rathaus-Service)	796 878 56 R	945	909	964
	Übertragbar				
518.71	Mieten und Pachten (Rathaus-Service)	525 569 11 R	566	636	570
	Übertragbar				
519.71	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (Rathaus-Service)	260 316 623 R	751	388	626
	Übertragbar				
526.71	Sachverständigen-, Gerichts- und andere Kosten	73 35 52 R	59	44	46
	Übertragbar				
527.71	Dienstreisen	153 233	187	207	224
	Übertragbar				
532.71	KFZ-Steuern	0 0	0	1	1
	Übertragbar				
539.71	Vermischte Verwaltungsausgaben	21 8 30 R	13	10	10
	Übertragbar				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1100 -----					
543.71	Ausgaben für Dienstleistungen (Rathaus-Service)	1.157 1.119 162 R	1.200	1.130	1.130
	Übertragbar				
546.71	Umzugskosten Staatsamt und Planungsstab	25 2	0		
	Summen für Z71	3.789 1.397 R	4.584	3.881	4.139
701.01	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	189 9 356 R	100	100	100
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-011-02.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1100 -----					
791.01	Investitionsfonds Hamburg 2010 (SIP-Fonds) Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0 5.917 R	4.500		
812.01	Ersatzbeschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1100.812.01 01.1.1100.821.01 .	26 35 121 R	75	95	95
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1100.812.56.	2 0	0	-	-
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von IT-Technik in der Senatskanzlei Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1100.812.54.	303 115 115-V	0	-	-
821.01	Erstattung an den Grundstock für Grunderwerb Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1100.812.01 01.1.1100.821.01 .	0 0	0	600	
891.01	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Rathaus-Service Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	20 0	0	-	-
891.56	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Rathaus-Service für den Einsatz von IT-Technik Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
892.01	Maßnahmen zur Förderung von IT, Telekommunikation und Multimedia am Standort Hamburg Übertragbar	0 0	0	800 1.000 VE	
893.01 (199)	Zuschuss an die Jüdische Gemeinde Hamburg für Baumaßnahmen Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	53 0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1100 -----					
971.01	Zuweisungen für EU-Komplementärmittel Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	0	-	-
971.03	Innovationsfonds Hamburg Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1100.971.03 01.1.1100.971.05 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 4- 4.296 R	3.700	1.620	1.620
971.05	Integrationsfonds Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1100.971.03 01.1.1100.971.05 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	0 0 245 R 115-V	500		
1140	Personalamt ----- EINNAHMEN		42.762 850 VE	33.680 8.540 VE	38.611 7.335 VE
(012)					
119.04	Erstattung für zusätzliche Leistungen im Bereich Personalmanagement Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.461.01 01.1.1140.525.09 01.1.1140.971.01.	11 60	0	-	-
119.10	Erstattungen der §26 LHO-Betriebe und Anstalten für zentrale medizinische Dienstleistungen Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.461.01.	739 886	795	790	790
119.11	Erstattungen der Einrichtungen nach § 15 LHO für zentrale medizinische Dienstleistungen	220 285	251	270	270
119.12	Erstattungen des Zentrums für Aus- und Fortbildung für Intendantenleistungen des Personalamtes	208 208	208	208	208
119.56	Einnahmen im Zusammenhang mit Informationstechnik Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben à»FEFFÈIĞIEIJE	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----					
119.61	Erstattung von Verwaltungsgebühren und Verfahrenskosten Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 01.1.1140.526.61.	19 24	16	16	16
119.65	Einnahmen für zusätzliche Leistungen des Personalärztlichen Dienstes Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.541.65.	0 0	0	-	-
119.66	Einnahmen für zusätzliche Leistungen und Vorleistungen des Arbeitsmedizinischen Dienstes Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.541.66.	60 60	0	-	-
119.72	Verwaltungseinnahmen im Zusammenhang mit den Aufgaben der Dienststelle PersonalService Integration (PSI) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.428.72.	0 0	0	-	-
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	2 1	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen	1 4	1	1	1
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.511.61 01.1.1140.514.61 01.1.1140.517.61 01.1.1140.518.61 01.1.1140.519.61.	10 8	0	-	-
129.72	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit im Zusammenhang mit den Aufgaben der Dienststelle PersonalService Integration (PSI) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.428.72.	58 129	0	-	-
231.01	Kostenbeiträge des Bundes für den Impffonds	0 190	0	-	-
281.01	Anteile der Unternehmensbereiche sowie der steuerpflichtigen Hoheitsbereiche der FHH an der Umsatzsteuer Übertragbar Umsatzsteuerzahlungen dürfen von der Einnahme abgesetzt und an den Titel 9890.281.01 übertragen werden	0 0	0	-	-
282.01	Kostenbeiträge Dritter für den Impffonds	0 2	0	-	-
GIGEKG	Öäb\á\\ ^&Á{~^ÁŞxäb~^á~*~b\æ^Áä á`åÁĞä↔\\æ	2" FIJÈIF€Á	€Á	€	€

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----					
282.91 (011)	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.1.1140.546.91	3 3	0	-	-
342.01	Einnahmen zur Ausstattung behindertengerechter Arbeitsplätze Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.812.02.	0 0	0	-	-
	Gesamteinnahmen		1.271	1.285	1.285
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	11.173 12.335 991 R	13.140	12.788	12.471
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	469 1.074	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	1 20	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	731 534-	687	820	1.261
412.01	Aufwandsentschädigungen und andere Ausgaben für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw.	7 7	26	10	10
422.01 (011)	Jubiläumszuwendungen (Portugaleser)	64 81	52	52	52
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagewesens	1 0	0	-	-
461.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben des Kapitels 1140 Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 01.1.1140.119.10. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.1.1140.119.04. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	0	-	-
461.02	Sonderbudget Unterbringung von Schwerbehinderten Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel	0 0 348 R	4.541	4.141	4.041

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----	der sachlich zuständigen Kapitel übertragen				
461.03	Sonderprogramm Laufbahnaufsteiger Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	354		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----					
461.04	Sonderbudget PIA / Mobilitätsförderung Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	0		
461.20	Beitrag zur Finanzierung des Modernisierungsfonds Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	154		
525.02	Kosten der Ausbildung des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1140.525.02 01.1.1140.525.09 01.1.1140.539.01 .	42 40 53 R	83	75	75
525.09	Personalmanagement (Konzeption und Umsetzung) Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1140.525.02 01.1.1140.525.09 01.1.1140.539.01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.1.1140.119.04.	71 124 74 R	74	64	44
525.92	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	0 0	75	65	65
535.56	IT-Betriebskosten inklusive Fortbildung der Administratoren Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1140.671.56. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.119.56.	73 83	162	162	162
539.01	Kosten der Personalgewinnung und des Personal-marketing Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1140.525.02 01.1.1140.525.09 01.1.1140.539.01 .	5 23 128 R	28	28	28
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.282.91	3 1	0	-	-
632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne Übertragbar	2.697 2.869 18 R	2.820	4.006	3.921

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----					
671.53	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme zentraler IT-Administration von Dataport Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	88 88 14 R	110		
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	125 122 2 R	115		
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1140.535.56.	249 225	234	541	541
682.01	Zentrale Erstattung für Leistungen des Zentrums für Personaldienste Übertragbar	11.746 11.575	11.557	11.064	10.892
682.03	Erstattung für sonstige Leistungen des Zentrums für Personaldienste Übertragbar	199 424 73 R	0	-	-
682.04	Zentrale Erstattungen für Leistungen des Projekts ePers im Wirtschaftsplan des Zentrums für Personaldienste Übertragbar	870 1.084	1.084	-	-
682.56	Zentrale Erstattung für Leistungen des Zentrums für Personaldienste (IT-Ausgaben) Übertragbar	4.621 4.887	4.999	4.815	4.815
685.01	Beiträge für gemeinschaftsfinanzierte Einrichtungen Übertragbar	139 156 6 R	159	155	157
685.02	Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung Übertragbar	4.495 4.462	4.545	4.476	4.466
685.03	Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung für sonstige Personalkostenerstattungen Übertragbar	0 0	0	-	-
685.04	Nachwuchskräftebudget an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung Übertragbar	0 0	0	5.218	4.790
WÎIÈ€I	ÍFHAÁÁÁÁÁÁJIGÁ Ñæ\ææâb` b'â bbÁN bâ↔æ ^&b~âæ^b↔æ á^âæ^âÙ↔â\b`âââ\ b*→â^âXæ^â ↑âafiaÁN bËÁ ^â Ô~â\â↔æ ^& ©âææ\æâ&ââæ	2" €Á	€Á	ÍFHAÁÁÁÁÁÁJIGÁ	

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----					
685.06	Betriebszuschuss Beschäftigungspool (Ausbildungsoffensive) an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung Übertragbar	0 0	0		200
685.56	Betriebszuschuss für IT-Ausgaben des Zentrums für Aus- und Fortbildung Übertragbar	142 160	142	283	283
685.91	Mitgliedsbeiträge Übertragbar	297 302 43 R	317	315	325
	Titelgruppe(n) -----				
z61	Betriebskonto für Dienst- und Tarifrecht, Service und Steuerung sowie Personalmanagement -----				
511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.1.1140.124.91.	209 144 25 R	227	227	217
514.61	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.1.1140.124.91.	1 0 14 R	2	2	2
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.1.1140.124.91.	153 272	167	167	167
518.61	Mieten und Pachten Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.1.1140.124.91.	897 1.097	904	904	904
519.61	Bauunterhaltung Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.1.1140.124.91.	40 14 65 R	40	30	30
525.61	Aus- und Fortbildung Übertragbar	9 3 23 R	21	31	31

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----					
526.61	Sachverständigen-, Gerichts- u. ähnliche Kosten Übertragbar Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.119.61.	47 34 24 R 28 28	59	44	44

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----					
527.61	Dienstreisen	15 18 3 R	18	18	18
	Übertragbar				
535.61	Erstattungen für Leistungen des Landesbetriebs Rathaus-Service	0 0 50 R	21	21	21
	Übertragbar				
539.61	Vermischte Verwaltungsausgaben	17 12 7 R	5	5	5
	Übertragbar				
	Summen für Z61	1.594 212 R	1.464	1.449	1.439
Z65 -----	Betriebskonto des Personalärztlichen Dienstes				
511.65	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	32 36 43 R	40	40	37
	Übertragbar				
517.65	Bewirtschaftung der Grundstücke	46 51 41 R	55	58	58
	Übertragbar				
518.65	Mieten und Pachten	146 158 21 R	147	153	161
	Übertragbar				
519.65	Bauunterhaltung	13 2 62 R	12	6	6
	Übertragbar				
525.65	Aus- und Fortbildung	3 7 6 R	3	3	3
	Übertragbar				
527.65	Dienstreisen	1 1 13 R	2	2	2
	Übertragbar				
535.65	Erstattungen für Leistungen der Behörde für Wirtschaft und Arbeit	22 22 3 R	25	25	25
	Übertragbar				
539.65	Vermischte Verwaltungsausgaben	1 1 19 R	2	2	2
	Übertragbar				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----					
541.65	Sachmittelbedarfe des Personalärztlichen Dienstes Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.119.65. Summen für Z65	83 99 85 R 377 294 R	78	60	47
Z66	Betriebskonto des Arbeitsmedizinischen Dienstes -----				
511.66	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar	60 49 40 R	53	56	50
514.66	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung Übertragbar	4 2 17 R	8	3	3
517.66	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	67 76 37 R	90	80	80
518.66	Mieten und Pachten Übertragbar	236 260 29 R	237	257	270
519.66	Bauunterhaltung Übertragbar	11 5 42 R	16	11	12
525.66	Aus- und Fortbildung Übertragbar	8 10 78 R	17	15	15
527.66	Dienstreisen Übertragbar	9 0 43 R	4	2	2
535.66	Erstattungen für Leistungen der Behörde für Wirtschaft und Arbeit Übertragbar	35 34 4 R	38	38	38
539.66	Vermischte Verwaltungsausgaben Übertragbar	2 16 10 R	5	6	6
541.66	Sachmittelbedarf des Arbeitsmedizinischen Dienstes	50 60 112 R	66	46	34

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.119.66. Summen für Z66	512 413 R	534	514	510
z70	Nachwuchskräfte mittlerer und gehobener Dienst				
422.70	Bezüge der Beamtinnen und Beamten Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	2.336 2.671 336 R	2.689		
427.70	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
428.70	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	849 925	1.024		
432.70 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	744 804 101 R	808		
438.70 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	76 82	94		
441.70 (940)	Kostenanteil an den Beihilfen Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Summen für Z70	99 107 13 R 4.590 450 R	109		
z71	Nachwuchskräfte (bisheriger) höherer Dienst			0	0
422.71	Bezüge der Beamtinnen und Beamten Übertragbar	1.283 1.333 598 R	1.880	1.778	1.670

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----					
427.71	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige Übertragbar	0 0	0	-	-
428.71	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar	0 0	576	893	-
432.71 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamteninnen und Beamten Übertragbar	437 412 179 R	565	534	501

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----					
438.71 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar	0 0	52	81	-
441.71 (940)	Kostenanteil an den Beihilfen Übertragbar Summen für Z71	58 55 24 R 1.801 801 R	77	71	67
Z72 -----	Dienststelle PersonalService Integration (PSI)				
422.72	Bezüge der Beamteninnen und Beamten Übertragbar	0 0	0		
428.72	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.119.72 01.1.1140.129.72. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4640.236.04 05.0.5200.236.04.	26.247 37.285	18.400	17.268	15.918
432.72 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamteninnen und Beamten Übertragbar	0 0	0		
438.72 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar	2.235 3.216	1.656	1.554	1.432
441.72 (940)	Kostenanteil an den Beihilfen Übertragbar	0 0	0		
525.72	Aus- und Fortbildung Übertragbar	250 1.431 994 R	830	660	660
548.72	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Unterbringung der Asklepios-Rückkehrerinnen und -Rückkehrer Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen Summen für Z72	0 0 41.932 994 R	0	-	-
			20.886	19.482	18.010

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----					
891.01	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan ZPD Übertragbar	78 0	0	40	40
891.02	Investitionszuschuss an Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung Übertragbar	585 0	0	-	-
891.03	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Zentrum für Personaldienste für das Projekt ePers Übertragbar	150 0	0	-	-
891.56	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan ZPD für den Einsatz von Informationstechnik Übertragbar	367 992 431-V	0	20	20
892.56	Investitionszuschüsse an den Wirtschaftsplan ZAF für den Einsatz von Informationstechnik Übertragbar	0 0	0	-	-
971.01	Mobilitätsförderung Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.1.1140.119.04. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0 1.885 R	150	206	500
971.02	Erstattungen zur Förderung der Europakompetenz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der FHH Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	0	34	34
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		76.852	75.325	73.083
			431-V		

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
1100	Senat -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	12.189	2.177	4.249
1140	Personalamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	12.788	---	3.581
	Summe Gesamtansatz 2011	24.977	2.177	7.830
	Summe Vergleichszahl 2010	25.734	2.045	8.374
	Summe (Vergleichs-)Ist 2009	24.710	1.821	9.578
	Summe Rest 2009	2.048 R	---	1.000 R

01.1 Senat und Personalamt

Titel	427.91	428.91	432.91	438.91	441.91
Kap. Nr.	Beschäf- tigungsentgelte Aufwendung- en für neben- amtlich u. nebenberuf- lich Tätige	Entgelte der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamten, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11
1100	15	3.947	1.276	355	170
1140	---	7.329	1.075	660	143
	15	11.276	2.351	1.015	313
	15	11.422	2.513	1.029	336
	9	9.230	2.878	815	379
	12 R	639 R	300 R	58 R	40 R

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
1100	Senat -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	13.124	2.205	4.759
1140	Personalamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	12.471	---	3.565
	Summe Gesamtansatz 2012	25.595	2.205	8.324
	Summe Vergleichszahl 2011	24.977	2.177	7.830
	Summe (Vergleichs-)Ist 2009	24.710	1.821	9.578
	Summe Rest 2009	2.048 R	---	1.000 R

01.1 Senat und Personalamt

Titel	427.91	428.91	432.91	438.91	441.91
Kap. Nr.	Beschäfti- gungsentgelte Aufwendung- en für neben- amtlich u. nebenberuf- lich Tätige	Entgelte der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamten, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11
1100	15	4.153	1.429	374	189
1140	---	7.058	1.070	636	142
	15	11.211	2.499	1.010	331
	15	11.276	2.351	1.015	313
	9	9.230	2.878	815	379
	12 R	639 R	300 R	58 R	40 R

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

01.1 Senat und Personalamt

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel	431.93	432.93
1	2	Gesamt- betrag	Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	Versorgungs- bezüge der Beamtenne, Beamten, Richterinnen und Richter
		3	4	5
1100	Senat -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	7.988	3.300	3.607
1140	Personalamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	820	---	880
	Summe Gesamtansatz 2011	8.808	3.300	4.487
	Summe Vergleichszahl 2010	8.255	3.500	4.331
	Summe (Vergleichs-)Ist 2009	7.921	3.896	4.347
	Summe Rest 2009	---	---	---

01.1 Senat und Personalamt

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
1100	377	704
1140	834-	774
	457-	1.478
	791-	1.215
	2.107-	1.785
	---	---

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

01.1 Senat und Personalamt

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel	431.93	432.93
1	2	Gesamt- betrag	Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	Versorgungs- bezüge der Beamtenne, Beamten, Richterinnen und Richter
		3	4	5
1100	Senat -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	7.804	3.300	3.449
1140	Personalamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.261	---	982
	Summe Gesamtansatz 2012	9.065	3.300	4.431
	Summe Vergleichszahl 2011	8.808	3.300	4.487
	Summe (Vergleichs-)Ist 2009	7.921	3.896	4.347
	Summe Rest 2009	---	---	---

01.1 Senat und Personalamt

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
1100	351	704
1140	500-	779
	149-	1.483
	457-	1.478
	2.107-	1.785
	---	---

**Haushaltsplan
Freie und Hansestadt Hamburg**

Haushaltsjahr 2011/2012

**Stellenplan und
Stellenübersichten**

Einzelplan 1.1

Senat und Personalamt

Einzelplan 1.1

Senat und Personalamt

I. Stellenbestand

kw 2011/12	kw 2013	kw 2014	kw 2015	kw >2015	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 5,50 Bereich der Beamteninnen/ Beamten 28,00 Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	33,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamteninnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte ¹⁾	Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer		Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen		Stellen- nachwuchs*	Stellen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1100	Senat	2011/12	95,50			76,75	2,00	172,25
		2010	94,50			78,60	2,00	173,10
1140	Personalamt	2011/12	159,75	6,00	402,00	150,95	149,00	316,70
		2010	142,25	6,00	396,00	98,58	141,00	246,83
1147	PS Integration	2011/12				670,83		670,83
		2010				1.115,73		1.115,73
	gesamt:	2011/12	255,25	6,00	402,00	898,53	151,00	1.159,78
		2010	236,75	6,00	396,00	1.292,91	143,00	1.535,66

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Februar 2011) für die Drucklegung des Haushaltplan-Entwurfs 2011/12.

Die vom Senat beantragten Stellenveränderungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten; sie werden im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Mit vorgesehenen Einsparungen konkret verbundene Stellenabgänge werden – soweit sie im vorliegenden Druck nicht bereits vollzogen sind – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Stellen, deren Streichung aus haushaltrechtlichen Gründen (z.B. Stellen noch besetzt) bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung nicht vollzogen werden können, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Einzelplan 1.1

Senat und Personalamt

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kapitel	Anzahl der Stellen 2010	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2010				Stellenplan 2011/12	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1.1	1100 Senat 1140 Personalamt 1147 PS Integration	173,10 246,83 1115,73	-2,00 -5,50	2,50 4,00	-8,50 -3,50	9,53 79,37 79,78	-2,38 -4,50 -524,68	172,25 316,70 670,83	-0,85 69,87 -444,90
	Summe:	1535,66	-7,50	+6,50	-12,00	+168,68	-531,56	1159,78	-375,88

kw 2011/12	kw 2013	kw 2014	kw 2015	kw >2015	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 0,50 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 1,00 Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Die Inhaber folgender Stellen erhalten Aufwandsentschädigungen:

14 Staatsrätin / Staatsrat B 10 230,08 EUR mtl.
 1 Senatsdirektorin / Senatsdirektor B 6 153,39 EUR mtl.

I. Stellenbestand

2011/12			2010	Vermerke	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Senatorinnen/ Senatoren					
Einzelbezüge	10,00	10,00	1)	10,00	Die Senatorinnen/ Senatoren erhalten Amtsbezüge und eine Aufwandsentschädigung nach dem Senatsgesetz.
Summe:	10,00			10,00	

Einzelbezüge Senatorin/ Senator (10,00)

2011/12			2010	Vermerke	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 10	14,00			14,00	
B 6	3,00			3,00	
B 4	1,00			2,00	
B 3	3,00			2,00	
B 2	1,00			1,00	
A 16	9,00			8,00	
A 15	10,00			11,00	
A 14	11,50			10,00	
A 13	11,00	0,50	2)	10,00	<i>kw: 0,50 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach Beendigung des Projekts Föderalismusreform II (MBO)</i> <i>ku: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach BesGr. E 13</i>
		1,00	10)		
A 13	6,00			7,00	
A 12	3,00	1,00	3)	4,00	<i>Vermerk weggefallen</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängig	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 4					-1,00					-1,00 Verlagerung an Kapitel 9091; Stellentausch B4 - B3 aus personalwirtschaftlichen Gründen
B 3					1,00					1,00 Verlagerung von Kapitel 9091; Stellentausch B4 - B3 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 16					1,00					1,00 Verlagerung von Kapitel 7200; Stellentausch Senatskanzlei/BWA
A 16						-1,00				-1,00 Verlagerung an Kapitel 7000; Aufgabenverlagerung, Senatsdrucksache Nr. 2010/00905
A 16			1,00							1,00 Einrichtung einer Zentralstelle für Transparenz und Bürgerrechte gemäß Koalitionsvertrag
A 15						-1,00				-1,00 Verlagerung an Kapitel 7200; Stellentausch
A 14			1,00							1,00 Dauerhafte Absicherung des prioritären Politikbereichs Zuwanderung und Integration im Planungsstab
A 14			1,00							1,00 Dauerhafte Absicherung des prioritären Politikbereichs Steuerung der Hamburg Marketing GmbH und des Standortmarkettings im Planungsstab
A 13					-1,00					-1,00 Verlagerung an Kapitel 7000; Aufgabenverlagerung, Senatsdrucksache Nr. 2010/00905
A 13					-1,00					-1,00 Verlagerung an Kapitel 7000; Aufgabenverlagerung, Senatsdrucksache 2010/00905
A 13			2,00							2,00 Einrichtung einer Zentralstelle für Transparenz und Bürgerrechte gemäß Koalitionsvertrag
A 13						1,00				1,00 gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltbeschluss
A 13					-1,00					-1,00 Verlagerung an Kapitel 1140; Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 12		-1,00								-1,00 Durchführung des kw-Vermerks

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/ 12	alter Vermerk 2010
A 13	2) kw: 0,50 BesGr. A 13 Regierungsräatin/ Regierungsrat nach Beendigung des Projekts Föderalismusreform II (MBO)	kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsräatin/ Regierungsrat nach Beendigung des Projekts Föderalismusreform II (MBO)
A 12	3) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsräatin/ Amtsrat nach Beendigung des Projekts Steuerung und Weiterentwicklung des Leitbildes Wachsende Stadt
A 13	10) ku: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsräatin/ Regierungsrat nach BesGr. E 13	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 13	7,00	Regierungsräatin/Regierungsrat	Oberamtsräatin/ Oberamtsrat	Umsetzung Dienstrechtsreform - Neuregelung Besoldungsrecht (Drucksache 19/4246)

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 11	6,00			5,50	
A 10	5,00			4,00	
A 9	1,00	1,00	4)	3,00	Vermerk weggefallen Vermerk weggefallen ku: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor nach EntgGr. E 9
		1,00	5)		
		1,00	6)		
A 6	1,00	1,00	11)	0,00	ku: 1,00 BesGr. A 6 Regierungssekretärin/Regierungssekretär nach BesGr. E 8
Summe:	85,50			84,50	

B 10 Staatsrätin/ Staatsrat (14,00)
 B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (3,00)
 B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
 B 2 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (9,00)
 A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (10,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (11,50)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (10,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (1,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (0,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (6,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (3,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (6,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (5,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
 A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 15	0,00			1,00	
A 14	2,00			2,00	
A 13	0,00			1,00	
A 13	0,00			1,00	
A 11	1,00			1,50	
Summe:	3,00			6,50	

B 2 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
 A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (0,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	ausgebracht gemäß	
					§ 50a (1)	
A 15	0,00			1,00	Nr. 5	
A 14	0,00			1,00	Nr. 5	
A 14	2,00			1,00	Nr. 7	
A 13	0,00			1,00	Nr. 7	
A 13	0,00			1,00	Nr. 7	
A 11	0,00			0,50	Nr. 7	
A 11	1,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	3,00			6,50		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	5,00		2,00	-6,00	1,00			1,00	
A 10		1,00								1,00 Einrichtung einer Zentralstelle für Transparenz und Bürgerrechte gemäß Koalitionsvertrag
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>	<i>-1,00</i>	<i>6,00</i>	<i>0,00</i>	<i>2,00</i>	<i>-6,00</i>	<i>1,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>2,00</i>	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	<i>0,00</i>	<i>0,50</i>	<i>-0,50</i>	<i>0,50</i>	<i>-0,50</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>-1,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>-1,00</i>	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>	<i>-1,00</i>	<i>6,50</i>	<i>-0,50</i>	<i>2,50</i>	<i>-6,50</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>1,00</i>	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Arbeitnehmer					
SAV hD	1,00	1,00		0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. SAV hD nach Freiwerden der Stelle</i>
E 15 ü	2,00			3,00	
E 15	3,00			3,00	
E 14	4,75			2,75	
E 13	2,50			7,25	
E 12	2,00			2,00	
E 11	12,00			11,50	
E 10	4,00	1,00	7)	3,80	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 9	9,50			8,50	
E 8	16,00	1,00	8)	15,80	<i>ku: 1,00 EntgGr. E 8 nach EntgGr. E 6 nach Freiwerden der Stelle</i>
E 6	7,00			8,00	
E 5	6,00			6,00	
E 4	5,00			5,00	
E 3	1,00			1,00	
E 2	1,00			1,00	
Summe:	76,75			78,60	
Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*					
Nachwuchs mD	2,00			2,00	
Summe:	2,00			2,00	
Summe (ohne *) insgesamt	172,25			173,10	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
SAV hD		1,00							1,00	Für einen Berater für politische Grundsatzfragen des Ersten Bürgermeisters
E 15 ü								-1,00	-1,00	Rückwandlung in die ursprüngliche Wertigkeit für einen Redenschreiber
E 14							1,00		1,00	Für eine Referententätigkeit im Planungsstab
E 14							1,00		1,00	Neubewertung der Aufgaben
E 14							1,00		1,00	Rückwandlung in die ursprüngliche Wertigkeit für einen Redenschreiber
E 14							-1,00		-1,00	Referententätigkeit im Europareferat
E 13							-1,00		-1,00	Für eine Referententätigkeit im Planungsstab
E 13							-1,00		-1,00	Neubewertung der Aufgaben
E 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7000; Aufgabenverlagerung, Senatsdrucksache Nr. 2010/00905
E 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7000; Aufgabenverlagerung, Senatsdrucksache 2010/00905
E 13								1,00	1,00	Referententätigkeit im Europareferat
E 13								-1,00	-1,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltbeschluss
E 11							1,00		1,00	Übertragung zusätzlicher BSSC-Aufgaben
E 11								-1,00	-1,00	Für eine Stelle Assistenz und Sonderaufgaben in der Pressestelle des Senats
E 11		-1,00					1,00		1,00	Für eine Sachbearbeitung im Haushalt
E 11							-1,00		-1,00	Vollzug des kw-Vermerks
E 10							1,00		1,00	Übertragung zusätzlicher BSSC-Aufgaben
E 10								1,00	-1,00	1,00
E 10							-1,00		-1,00	Für eine Stelle Assistenz und Sonderaufgaben in der Pressestelle des Senats
E 10									-1,00	Für eine Sachbearbeitung im Haushalt
Summe Arbeitnehmer		-1,00	1,00	0,00	0,00	-2,00	-1,00	1,00	0,00	-2,00
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen		0,00	2,03	-1,88	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,15
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	-1,00	0,00	0,00
Summe Arbeitnehmer insgesamt		-1,00	3,03	-1,88	0,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	-1,85
Summe (ohne *) insgesamt		-2,00	9,53	-2,38	2,50	-8,50	0,00	0,00	0,00	-0,85

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/12	alter Vermerk 2010
E 10	7) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Projektes CHINA TIME 2008
SAV hD	12) kw: 1,00 EntgGr. SAV hD nach Freiwerden der Stelle	

I. Stellenbestand

kw 2011/12	kw 2013	kw 2014	kw 2015	kw >2015	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 5,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 27,00 Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	32,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Wertigkeit	Anzahl	2011/12		2010	Vermerke
		davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
B 6	1,00			1,00	
B 3	1,00			2,00	
B 2	1,00			0,00	
A 16	5,00	1,00	1)	4,00	ku: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor nach BesGr. A 14 Obermedizinalrätin/ Obermedizinalrat nach Freiwerden der Stelle
A 15	9,00	1,00	3)	10,00	<i>Vermerk weggefallen</i> ku: 1,00 BesGr. A 15 Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor nach BesGr. A 14 Obermedizinalrätin/ Obermedizinalrat nach Freiwerden der Stelle
A 14	23,00	1,00	2)	25,00	Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 13	38,00	1,00	4)	29,00	<i>Vermerk weggefallen</i> Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
		2,00	5)		ku: 6,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach BesGr. E 13
		6,00	6)		kw: 4,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach Beendigung der Maßnahme zur Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunktur-offensive 2009/2010. Nachhaltiges Wachstum
		4,00	16)		
			25)		
A 13	10,00	1,00	7)	6,00	Freigestelltes Personalratsmitglied

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängig	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3										
B 2										
A 16			1,00		1,00	-1,00				-1,00 Verlagerung an Kapitel 1145; Stellentausch
A 15				-1,00						1,00 Verlagerung von Kapitel 1145; Stellentausch
A 14										1,00 Übernahme des Projektes interner Arbeitsmarkt und der Dienststelle PersonalService
A 14				4,00		-1,00				Integration in die Linienorganisation
A 14										-1,00 Beendigung des Projekts interner Arbeitsmarkt (PIA)
A 14										-1,00 Verlagerung an Kapitel 1146; Stellentausch
A 14										4,00 Übernahme des Projektes interner Arbeitsmarkt und der Dienststelle PersonalService
A 13										Integration in die Linienorganisation
A 13										-4,00 gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 13										-1,00 gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 13										6,00 gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltbeschluss
A 13										4,00 gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltbeschluss
A 13										-1,00 gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 13										1,00 Verlagerung von Kapitel 1146; Stellentausch
A 13			2,00		1,00					2,00 Übernahme des Projektes interner Arbeitsmarkt und der Dienststelle PersonalService
A 13										Integration in die Linienorganisation
A 13			1,00							1,00 gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltbeschluss,
A 13										Projektleitung NHH
										-1,00 gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/12	alter Vermerk 2010
A 15	3) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektor/ Regierungsdirektor nach Beendigung des Projektes interner Arbeitsmarkt (PIA)
A 14	5) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat nach Beendigung des Projektes interner Arbeitsmarkt (PIA)
A 13	16) ku: 6,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach BesGr. E 13	
A 13	25) kw: 4,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach Beendigung der Maßnahme zur Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 13	9,00	Regierungsrätin/Regierungsrat	Oberamtsrätin/ Oberamtsrat	Umsetzung Dienstrechtsreform - Neuregelung Besoldungsrecht (Drucksache 19/4246)

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 13		1,00	24)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat nach Beendigung des Projektes Neues Haushaltswesen</i>
A 12	34,00	5,00	8)	27,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	9)		<i>Vermerk weggefallen</i>
A 11	16,00	1,00	10)	17,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 10	2,75			2,75	
A 9	2,00	1,00	19)	1,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/Regierungsinspektor nach BesGr. E 9</i>
A 9	14,00	10,00	11)	14,00	Für Teilnehmerinnen/ Teilnehmer am prüfungsgebundenen Aufstieg vom mittleren in den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst aus besonders belasteten Behörden
A 8	1,00			0,00	
A 7	1,00			3,00	
A 6	1,00			0,00	
Summe:	159,75			142,25	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 B 2 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (2,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (3,00)
 A 15 Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor (3,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (5,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (1,00)
 A 14 Obermedizinalrätin/ Obermedizinalrat (4,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (19,00)
 A 13 Medizinalrätin/ Medizinalrat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (38,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (10,00)
 A 12 Amtsrichterin/ Amtsrichter (34,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (16,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,75)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (2,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (14,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)
 A 7 Regierungsobere Sekretärin/ Regierungsobere Sekretär (1,00)
 A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängig	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen	
				Zugang	Abgang						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
Übertrag	-1,00	8,00		2,00	-2,00	3,00			10,00		
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1100; Personalwirtschaftliche Maßnahme	
A 12							1,00		1,00	Grundsatzsachbearbeitung in der Abteilung Dienst- und Tarifrecht	
A 12		6,00							6,00	Übernahme des Projektes Interne Arbeitsmarkt und der Dienststelle PersonalService Integration in die Linienorganisation	
A 11								-1,00	-1,00	Grundsatzsachbearbeitung in der Abteilung Dienst- und Tarifrecht	
A 11									1,00	Verlagerung von Kapitel 1146; Stellentausch	
A 11		2,00		1,00					2,00	Übernahme des Projektes Interne Arbeitsmarkt und der Dienststelle PersonalService Integration in die Linienorganisation	
A 11									-3,00	-3,00	
A 9										gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss	
A 9		1,00								-1,00	Verlagerung an Kapitel 1146; Stellentausch
A 9										1,00	Übernahme des Projektes Interne Arbeitsmarkt und der Dienststelle PersonalService Integration in die Linienorganisation
A 9		2,00								2,00	Übernahme des Projektes Interne Arbeitsmarkt und der Dienststelle PersonalService Integration in die Linienorganisation
A 8										8,00	Übernahme des Projektes Interne Arbeitsmarkt und der Dienststelle PersonalService Integration in die Linienorganisation
A 7										1,00	Übernahme des Projektes Interne Arbeitsmarkt und der Dienststelle PersonalService Integration in die Linienorganisation
A 6										2,00	Übernahme des Projektes Interne Arbeitsmarkt und der Dienststelle PersonalService Integration in die Linienorganisation
Summe Beamtinnen/ Beamte		-1,00	30,00	0,00	4,00	-3,00	0,00	0,00	0,00	30,00	
<hr/>											
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen		0,00	1,50	-1,50	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	-0,50	
<hr/>											
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-12,00	0,00	0,00	-12,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt		-1,00	31,50	-1,50	4,00	-3,50	-12,00	0,00	0,00	17,50	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2011/ 12	alter Vermerk 2010
A 12	8)	weggefallen	kw: 5,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat nach Beendigung des Projekts Interne Arbeitsmarkt (PIA)
A 12	9)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat nach Beendigung des Projekts Interne Arbeitsmarkt(PIA)
A 11	10)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Beendigung des Projekts Interne Arbeitsmarkt (PIA)
A 13	24)	kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat nach Beendigung des Projektes Neues Haushaltswesen	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 15	1,00			0,00	
A 14	2,00			2,00	
A 13	3,00			3,00	
A 13	3,00			2,00	
A 12	4,00			3,00	
A 11	2,00			2,00	
A 10	1,00			1,00	
A 9	2,00			1,00	
Summe:	18,00			14,00	

A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (3,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (0,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (3,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (4,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (2,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (2,00)

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Andere Amtsstellen					
A 13	6,00			6,00	
Summe:	6,00			6,00	

A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (6,00)

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Nachwuchskräfte (Beamten- nen/ Beamte)*					
Nachwuchs hD	22,00	6,00	30)	16,00	kw: 6,00 BesGr. Nachwuchs hD Referendarin/ Referendar nach Beendigung der Maß- nahme zur Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Kon- junkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum
Nachwuchs gD	265,00			265,00	
Nachwuchs mD	115,00			115,00	
Summe:	402,00			396,00	

Nachwuchs hD Referendarin/ Referendar (22,00)
 Nachwuchs gD Regierungsinspektor-Anwärterin/ Regierungsinspektor-Anwärter (265,00)
 Nachwuchs mD Regierungssekretär-Anwärterin/ Regierungssekretär-Anwärter (115,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	ausgebracht gemäß	
					§ 50a (1)	
A 15	1,00			0,00	Nr. 5	
A 14	1,00			1,00	Nr. 5	
A 14	1,00			1,00	Nr. 1	
A 13	1,00			2,00	Nr. 7	
A 13	2,00			1,00	Nr. 6	
A 13	0,00			2,00	Nr. 5	
A 13	2,00			0,00	Nr. 5	
A 13	1,00			0,00	Nr. 7	
A 12	3,00			3,00	Nr. 5	
A 12	1,00			0,00	Nr. 7	
A 11	2,00			2,00	Nr. 5	
A 10	1,00			1,00	Nr. 7	
A 9	2,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	18,00			14,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Nachwuchs hD		6,00								6,00 Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010
<i>Summe Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*</i>		0,00	6,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2011/ 12			alter Vermerk 2010
Nachwuchs hD	30)	kw: 6,00 BesGr. Nachwuchs hD Referendarin/ Referendar nach Beendigung der Maßnahme zur Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum			

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Arbeitnehmer					
SAV hD	0,00	0,50	12)	0,50	Vermerk weggefallen
E 15 ü	1,00			1,00	
E 15	23,00	2,00	13)	22,00	Vermerk weggefallen
E 14	6,65	2,00	29)	1,18	kw: 2,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum
E 13	27,00	1,00	31)	1,50	kw: 1,00 EntgGr. E 14 Intern befristet bis 31.10.2012 (Experte)
		1,00	21)		kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Maßnahme zur Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum
		15,00	22)		kw: 15,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Maßnahme zur Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen	
				Zugang	Abgang						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
E 15						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss	
E 15						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss	
E 15		1,00							1,00	Verstärkung im Referat Führungskräftegewinnung und -entwicklung	
E 15	-1,00								-1,00	Beendigung des Projekts interner Arbeitsmarkt (PIA)	
E 15			-1,00				1,00		-1,00	Versetzt zum BA Wandsbek	
E 14								1,00	1,00	Leitung des Referats Personal und Organisation	
E 14		2,00						1,00	1,00	Führungskräfteauswahl und -entwicklung, Assessment Center	
E 14		1,00							2,00	gem. Art. 11 Nr. 25 Haushaltsbeschluss (Experte)	
E 13		6,00							1,00	1,00	gem. Art. 11 Nr. 25 Haushaltsbeschluss (Expertin)
E 13						-6,00			6,00	Ausgleich der nicht mehr nutzbaren Anderen Amtsstellen A 13	
E 13								-1,00	-6,00	-6,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
E 13		1,00				4,00			-1,00	-1,00	Führungskräfteauswahl und -entwicklung, Assessment Center
E 13									4,00	4,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13		19,00							1,00	1,00	Erhöhter Verfahrens- und Betreuungsaufwand durch Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum
E 13		4,00							19,00	19,00	Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010
E 13		2,00							4,00	4,00	gem. Art. 11 Nr. 25 Haushaltsbeschluss (Experte)
E 13									-4,00	-4,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
E 14									2,00	2,00	gem. Art. 11 Nr. 25 Haushaltsbeschluss (Expertin)

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/ 12	alter Vermerk 2010
SAV hD	12) weggefallen	kw: 0,50 EntgGr. SAV hD nach Beendigung des Projekts Interner Arbeitsmarkt (PIA), Bezüge nach A 15
E 15	13) weggefallen	kw: 2,00 EntgGr. E 15 nach Beendigung des Projekts Interner Arbeitsmarkt (PIA)
E 13	21) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Maßnahme zur Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010- Nachhaltiges Wachstum	
E 13	22) kw: 15,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Maßnahme zur Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum	
E 14	29) kw: 2,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum	
E 14	31) kw: 1,00 EntgGr. E 14 Intern befristet bis 31.10.2012 (Experte)	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2011/12		Vermerk Nr.	2010	Anzahl	Vermerke
	Anzahl	davon				
Arbeitnehmer						
E 13		6,00	27)			<i>kw: 6,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum</i>
E 12	1,00			0,00		
E 11	9,00	1,00	28)	5,00		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum</i>
E 10	1,00			1,00		
E 9	6,00			6,00		
E 8	23,78	1,00	14)	15,78		<i>Vermerk weggefallen</i>
E 7 a	0,00			1,00		
E 6	18,00	1,00	20)	9,00		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Beendigung der Maßnahme zur Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010- Nachhaltiges Wachstum</i>
E 5	31,02	1,00	15)	31,12		<i>Vermerk weggefallen</i>
E 3	3,00			3,00		
E 2	0,50			0,50		
Summe:	150,95			98,58		
Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*						
Nachwuchs mD				141,00		
Nachwuchs mD		8,00		0,00		
Summe:	149,00			141,00		
Summe (ohne *) insgesamt	316,70			246,83		

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	36,00	-1,00			-4,00	1,00		31,00	
E 12						1,00				1,00 gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 12							-1,00			-1,00 Leitung des Referats Personal und Organisation
E 12		1,00								1,00 Für Präsidialangelegenheiten
E 11		1,00					3,00			3,00 gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 11		1,00								1,00 gem. Art. 11 Nr. 25 Haushaltbeschluss (Experte)
E 10		1,00								1,00 Verstärkung der Sachbearbeitung im Referat Arbeits- und Tarifrecht
E 10		1,00								-1,00 Sachbearbeitung im Zentralen Service im Arbeitsmedizinischen Dienst
E 9		1,00								1,00 Für den Bereich Personalentwicklung und Gesundheitsförderung
E 8	-1,00									-1,00 Beendigung des Projekts interner Arbeitsmarkt (PIA)
E 8			-1,00							-1,00 Organisatorische Maßnahme
E 6		1,00								1,00 Verstärkung der Leitungsassistentin bei PIA
E 6	-1,00									-1,00 Beendigung des Projekts interner Arbeitsmarkt (PIA)
E 6		1,00								1,00 Personalsachbearbeitung im Projekt PersonalService Integration
E 6		1,00		-1,00						-1,00 Übernahme des Projektes Interne Arbeitsmarkt und der Dienststelle PersonalService Integration in die Linienorganisation
E 6		1,00								1,00 Assistenz im Referat Interne Personalberatung und -vermittlung
E 6		1,00								1,00 Verstärkung im Referat Führungskräftegewinnung und -entwicklung
E 6		1,00								1,00 Assistenz für Präsidialangelegenheiten und NHH
E 5	-1,00									-1,00 Beendigung des Projekts interner Arbeitsmarkt (PIA)
Summe Arbeitnehmer	-4,00	45,00	-3,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	37,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	-0,50	2,87	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,37	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	12,00	0,00	1,00	13,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	-4,50	47,87	-3,00	0,00	0,00	12,00	0,00	0,00	52,37	
Nachwuchs mD		8,00							8,00-	
Summe Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*	0,00	8,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8,00	
Summe (ohne *) insgesamt	-5,50	79,37	-4,50	4,00	-3,50	0,00	0,00	0,00	69,87	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2011/ 12	alter Vermerk 2010
E 13	27)	kw: 6,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum	
E 11	28)	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2011/12		Vermerk Nr.	2010	Anzahl	Vermerke
	Anzahl	davon				
<u>Leerstellen (kw) *</u>						
A 9	1,00			0,00		
Summe:	1,00			0,00		

A 9

Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	ausgebracht gemäß	
				Anzahl	§ 50a (1)	
A 9	1,00			0,00	Nr. 6	
gesamt:	1,00			0,00		

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	8,00			9,00	
E 15	8,00			14,00	
E 14	43,20			68,75	
E 13 ü	0,00			1,00	
E 13	3,54			9,54	
E 12	8,77			10,76	
E 11	8,67			23,44	
E 10	5,99			18,99	
E 9	144,67			236,54	
E 9	8,00			0,00	
E 8	212,57			318,88	
E 7	3,00			4,00	
E 6	67,43			111,73	
E 5	28,28			62,58	
E 4	29,00			66,50	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü				-1,00						-1,00 Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 15				-6,00						-6,00 Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 14		7,00								7,00 Integration rückkehrberechtigter Beschäftigter
E 14			-32,80							-32,80 Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 13 ü			-1,00							-1,00 Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 13		1,00								1,00 Integration rückkehrberechtigter Beschäftigter
E 13			-1,00							-1,00 Beendigung der integrationsmaßnahme
E 13			-6,00							-6,00 Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 12		2,00								2,00 Integration rückkehrberechtigter Beschäftigter
E 12			-7,27							-7,27 Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 12		1,00								1,00 Integration rückkehrberechtigte Beschäftigte
E 12		2,00								2,00 Integration rückkehrberechtigter Beschäftigte
E 11			-16,77							-16,77 Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 11		2,00								2,00 Integration rückkehrberechtigter Beschäftigter
E 10			-14,00							-14,00 Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 10		1,00								1,00 Integration rückkehrberechtigter Beschäftigter
E 9		6,63								6,63 Integration rückkehrberechtigter Beschäftigter
E 9			-98,75							-98,75 Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 9		5,00								5,00 Integration rückkehrberechtigter Beschäftigter
E 9			-7,00							-7,00 Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 9		8,00								8,00 Integration rückkehrberechtigter Beschäftigte
E 8			-74,13							-74,13 Integration rückkehrberechtigter Beschäftigter
E 8		7,35								7,35 Integration rückkehrberechtigter Beschäftigter
E 8			-1,00							-1,00 beendigung der Integrationsmaßnahme
E 8			-1,00							-1,00 Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 8		1,00								1,00 Integration rückkehrberechtigter Beschäftigte
E 8		9,00								9,00 Integration rückkehrberechtigter Beschäftigte
E 8		3,00								3,00 Integration rückkehrberechtigte Beschäftigte
E 8		1,00								1,00 Rückkehrberechtigter Beschäftigter
E 8			-49,89							-49,89 Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 7			-1,00							-1,00 Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 6		6,72								6,72 Integration rückkehrberechtigter Beschäftigter
E 6			-56,02							-56,02 Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 6		3,00								3,00 Integration rückkehrberechtigter Beschäftigte
E 6		1,00								1,00 Integration rückkehrberechtigte Beschäftigte
E 6		1,00								1,00 Integration rückkehrberechtigter Beschäftigte
E 5			-37,56							-37,56 Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 5		1,00								1,00 Integration rückkehrberechtigter Beschäftigter
E 4			-25,50							-25,50 Integration rückkehrberechtigter Beschäftigter

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2011/12		Vermerk Nr.	2010	Anzahl	Vermerke
	Anzahl	davon				
Arbeitnehmer						
E 3	85,07			148,31		
E 2 ü	5,64			9,71		
E 2	1,00			2,00		
Summe:	670,83			1115,73		
Summe (ohne *) insgesamt	670,83			1115,73		

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			69,70	-437,69					-367,99	
E 4			1,00						1,00	Integration rückkehrberechtigter Arbeitnehmer
E 4			1,00						1,00	Integration rückkehrberechtigter Beschäftigte
E 4				-13,00					-13,00	Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 3				-65,74					-65,74	Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 3			3,50						3,50	Integration rückkehrberechtigter Beschäftigter
E 3				-1,00					-1,00	Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 3			2,00						2,00	Integration rückkehrberechtigter Beschäftigte
E 2 ü				-5,25					-5,25	Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 2				-1,00					-1,00	Beendigung der Integrationsmaßnahme
Summe Arbeitnehmer			0,00	77,20	-523,68	0,00	0,00	0,00	0,00	-446,48
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen			0,00	2,58	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,58
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Arbeitnehmer insgesamt			0,00	79,78	-524,68	0,00	0,00	0,00	0,00	-444,90
Summe (ohne *) insgesamt			0,00	79,78	-524,68	0,00	0,00	0,00	0,00	-444,90

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2011

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
Stellenneuschaffungen				
1	1100	1,00	Staatsrätin/Staatsrat B 10	Neuschaffung im Zuge der Regierungsneubildung

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltjahre 2011/2012

Wirtschaftsplan

Landesbetrieb Rathaus-Service
(§ 26 Abs. 1 LHO)

zugleich als Erläuterung zu den Titeln:

- 1100.119.91 Ablieferung des Landesbetriebes Rathaus-Service an den Haushalt
1100.632.91 Zuweisung für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne
1100.682.56 Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Rathaus-Service für IT-Ausgaben

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Minderausgaben bei Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden.
2. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250.000 EUR steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
3. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250.000 EUR übersteigen.
4. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
5. Die Verwendung nicht veranschlagter Einnahmen aus der Abgabe von Grundstücken bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft.

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2008	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
A. ERFOLGSPLAN					
<u>Erträge</u>					
1. Umsatzerlöse					
4010 Bauunterhaltung	471	680	930	657	895
4015 Bewirtschaftung	949	884	1.004	1.159	1.159
4020 Dienstleistungen Interner-Service	909	879	934	879	879
4021 BGA Druck/Interner Service					
4025 Dienstreisen	35	48	31	48	48
4030 Veranstaltungstechnik	66	126	76	129	129
4031 Veranstaltungstechnik BGA	16	27		28	28
4035 Facility Management Personal	374	416	490	424	424
4036 VA-Technik Perso. BGA	3	6		6	6
4040 Veranstaltungsservice	632	640	797	653	653
4041 VA-Service BGA	64	124		126	126
4045 Veranstaltungsservice Personal	939	976	1.069	976	976
4046 VA-Service Perso. BGA	30	57		57	57
4050 Trauungen	3	2	3	2	2
4060 Führungen	192	177	125	177	177
4070 Turm auf Neuwerk	2				
4135 Handwerkerleistungen RS	1	1	4	1	1
4140 Geschäftsbedarf	130	203	225	225	225
4160 Dataport	98	82	95	95	95
Summe 1.	4.914	5.328	5.783	5.642	5.880
2. Sonstige betriebliche Erträge					
7100 Zinsen		9		9	9
7410 Periodenfremde Erträge		7			
Summe 2.	0	16	0	9	9
3. Außerordentliche Erträge					
4800 Bestandsveränderung Weinlager		6			
4830 Gewährleistung der Versorgungszusagen durch die FHH	-3	51	30	51	51
4831 Gewährleistung der ATZ-Zusagen durch die FHH	-33	26	15	26	26
7400 Außerordentlicher Ertrag	60	27			
Summe 3.	24	110	45	77	77
Gesamterträge	4.938	5.454	5.828	5.728	5.966

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2008	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
A. ERFOLGSPLAN					
Aufwendungen					
1. Materialaufwendungen					
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen					
5900 Fremdleistungen	415	293	517	150	150
5910 Fremdleistungen BGA	17	9			
5915 BGA Führungen	131	131		155	155
5920 Techniker		21		46	46
5925 Techniker BGA		1		3	3
5930 Servicekräfte		82		171	171
5935 Servicekräfte BGA		24		49	49
Summe 1.	563	561	517	574	574
2. Personalaufwendungen					
2.1 Gehälter und Löhne					
6010 Arbeitnehmervergütungen	1.362	1.418	1.613	1.645	1.645
6020 Beamtenbezüge	76	90	92	91	91
6040 Personal BGA VA/Trauungen	20	33			
Summe 2.1	1.458	1.541	1.705	1.736	1.736
2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung					
6110 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Arbeitnehmer	265	282	323	329	329
6050 Versorgungsaufwendungen – Beamte	25	25	25	24	24
6055 Versorgungsaufwendungen – Arbeitnehmer	150	151	151	151	151
6170 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	1	10	6	10	10
6180 Pensionsrückstellung (Zuführung)	-3	51	30	51	51
6190 Rückstellung für Altersteilzeit	-22	26	15	26	26
6120 Beiträge zur Landesunfallkasse		1	1	1	1
Summe 2.2	416	546	551	592	592
Summe 2.	1.874	2.087	2.256	2.328	2.328
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen					
6220 Abschreibungen auf Sachanlagen	28	42	28	42	42
Summe 3.	28	42	28	42	42
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen					
4.1 Personalbedingte Aufwendungen					
6090 Aus- und Fortbildung	3	3	10	10	10
6650 Reisekosten	1		2	2	2
6835 Dienstkleidung	4	19	15	23	23
6840 Reinigung Wäsche	11	16	30	23	23
6841 Reinigung Wäsche BGA	1	3			
Summe 4.1	20	41	57	58	58

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2008	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung					
6310 Heizung/Gas	185	174	175	183	183
6315 Strom	239	252	290	257	257
6320 Wasser/Abwasser	34	28	56	29	29
6325 Müll/Gehwegreinigung	35	48	46	49	49
6330 Reinigung	271	266	260	271	271
6331 Zwischenreinigung/ Garderobe/Abwasch	20	26	26	27	27
6332 Zwischenreinigung BGA	2	5		5	5
6335 Bauunterhaltung	487	631	930	657	895
6345 Wartung	86	97	91	99	99
6350 Notrufanlagen	16	6	25	11	11
6355 Mieten Kopierer	65	68	100	69	69
6390 Sonstige Bewirtschaftung	34	4	60	4	4
Summe 4.2	1.474	1.605	2.059	1.661	1.899
4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb					
6360 Transporte		5		10	10
6800 Portokosten	122	129	101	132	132
6805 Telefon	146	156	157	159	159
6810 Leuchtmittel	15	13	14	13	13
6811 Hygieneartikel	9	17	12	17	17
6812 Kleinmaterial RS1	6	4		4	4
6815 Geschäftsbedarf	121	188	155	192	192
6816 Geschäftsbedarf BGA	1	3		3	3
6820 Zeitschriften, Bücher	1	1	1	1	1
6825 Aufwand für Sachverständige und Gutachter	21	30	31	31	31
6830 Speisen und Getränke in Veranstaltungen	313	325	400	322	322
6836 Speisen/Getränke BGA	25	68		69	69
6831 Fahnen und Blumenschmuck	32	32	25	33	33
6837 Fahnen/Blumen BGA	2	12		12	12
6833 Technischer Aufwand in Veranstaltungen	56	62	80	63	63
6839 Technik VA BGA	11	21		21	21
6834 Wein	22	28	30	29	29
6838 Wein BGA	2	5		5	5
6845 Instandhaltung (Betriebs- und Geschäftsausstattung)	23	3	11	3	3
6850 Sonstiger Betriebsbedarf			10		
6855 Wartung Software					
6860 Dienstleistungen der FHH für den Rathaus-Service	25	20	30	20	20
6865 Organisationsentwicklung		1	1	1	1
6870 Fahrtkosten	1	2		2	2
6875 Dienstreisen	9	43	52	44	44
6880 Kontoführung	1	2	1	2	2
6890 Bestandsverminderung Wein	6				
6895 Anlagenabgänge von Sachanlagen	1	3		3	3
7300 Zinsen	1				
Summe 4.3	972	1.173	1.111	1.189	1.189
Summe 4.	2.466	2.819	3.227	2.908	3.146

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2008	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
5. Periodenfremder Aufwand					
7510 Periodenfremder Aufwand	3				
Summe 5.	3	0	0	0	0
6. Außerordentlicher Aufwand					
7500 Außerordentlicher Aufwand					
Summe 6.	0	0	0	0	0
Gesamtaufwendungen	4.934	5.509	6.028	5.852	6.090
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	4	-55	-200	-124	-124

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2008	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
B. Finanzierungsplan					
I. Finanzbedarf					
1. Investitionen					
0650 Betriebs- und Geschäftsausstattung	39	97	20	42	42
Summe 1.	39	97	20	42	42
2. Sonstiger Finanzbedarf					
2950 Ablieferung an den Haushalt (Titel 1100.119.91)				52	52
2970 Jahresfehlbetrag/-überschuss	-4	55	200	124	124
Summe 2.	-4	55	200	176	176
Gesamtsumme Fehlbetrag	35	152	220	218	218
II. Deckungsmittel					
6220 Abschreibungen auf Sachanlagen ... Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	28	42	28	42	42
2925 Betriebszuschuss aus dem Haushalt	873	1071	872	1.137	1.137
2920 Investitionszuschuss aus dem Haushalt (Titel 1100.891.01)	20		16		
2920 Betriebszuschuss für IT-Ausgaben (Titel 1100.682.56)					
2530 Investitionszuschuss für den Einsatz von IT-Technik (Titel 1100.891.56)					
2920 Zuweisung für Versorgungs- zuschläge an Wirtschaftspläne (Titel 1100.632.91)	185	176	176	176	176
Summe Deckungsmittel	1.106	1.289	1.092	1.355	1.355
III. Noch verfügbare Deckungsmittel (+)	1.071	1.137	872	1.137	1.137
Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)					

Erläuterungen zu den Wirtschaftsplänen 2011 und 2012 des Landesbetriebes Rathaus-Service

**A. Erfolgsplan
Einnahmen**

1. Umsatzerlöse

- Konto 4010: Erstattung der Senatskanzlei und der Bürgerschaftskanzlei für die Durchführung der Bauunterhaltung im Rathaus, dem Gästehaus, der Europapassage und der Schmiedestraße. Der Ansatz ergibt sich aus der Veranschlagung der Senatskanzlei und der Bürgerschaftskanzlei für die Jahre 2011 und 2012.
- Konto 4015: Erstattung der Senatskanzlei und der Bürgerschaftskanzlei für die Bewirtschaftungskosten im Rathaus, dem Gästehaus, der Europapassage und der Schmiedestraße. Der Ansatz ergibt sich aus der Veranschlagung der Senatskanzlei und der Bürgerschaftskanzlei für die Jahre 2011 und 2012.
- Konto 4020: Veranschlagt sind Erträge für die Dienstleistungen des Internen-Service. Hierzu zählen die Poststelle, die Druckerei sowie die Registratur. Außerdem sind Erträge veranschlagt aufgrund diverser Druckaufträge der Fachbehörden. Die Ansätze 2011 und 2012 orientieren sich an dem Ergebnis 2009.
- Konto 4021: Hier werden die Erträge aus Druckaufträgen für Veranstaltungen für FHH-Fremde gebucht. Der Ertrag ist im Ansatz für Konto 4020 enthalten.
- Konto 4025: Der Rathaus-Service organisiert für die Senatskanzlei und das Personalamt Dienstreisen und stellt seine Kosten in Rechnung. Die Ansätze 2011 und 2012 orientieren sich an dem Ergebnis 2009.
- Konto 4030: Veranschlagt sind Erträge für die Bereitstellung von Veranstaltungstechnik. Die Ansätze 2011 und 2012 orientieren sich an dem Ergebnis 2009.
- Konto 4031: Veranschlagt sind Erträge Veranstaltungstechnik für Veranstaltungen von FHH-Fremden. Für diese Erträge wird Umsatzsteuer abgeführt. Die Ansätze 2011 und 2012 orientieren sich an dem Ergebnis 2009.
- Konto 4035: Erträge für Dienstleistungen der Haustechnik. Hierzu zählen die Ingenieursleistungen im Rahmen der Bauunterhaltung, die Bewirtschaftung, die Fachkraft für Arbeitssicherheit sowie Sicherheitsaufgaben. Außerdem werden Erträge für Techniker in Veranstaltungen erzielt. Die Ansätze für das Jahr 2011 und 2012 resultieren aus dem Ergebnis 2009. Da die sich die Erträge aus den Rechnungen der Vorlieferanten ergeben, wurden die Ansätze um die geschätzte Preissteigerung erhöht.
- Konto 4036: Erträge für Techniker in Veranstaltungen von FHH-Fremden. Für diese Erträge wird Umsatzsteuer abgeführt. Die Ansätze für das Jahr 2011 und 2012 ergeben sich aus dem Ergebnis 2009.

Anlage 2.1

- Konto 4040: Veranschlagt sind Erträge für die Bereitstellung von Speisen, Getränken und Blumenschmuck in Veranstaltungen. Die Ansätze für das Jahr 2011 und 2012 orientieren sich am Ergebnis 2009.
- Konto 4041: Erträge für die Bereitstellung von Sachleistungen in Veranstaltungen von FHH-Fremden. Für diese Erträge wird Umsatzsteuer abgeführt. Die Ansätze für das Jahr 2011 und 2012 orientieren sich am Ergebnis 2009.
- Konto 4045: Erträge für Dienstleistungen der Ratsdiener in Veranstaltungen. Die Ansätze für das Jahr 2011 und 2012 ergeben sich aus dem Ergebnis 2009.
- Konto 4046: Erträge für Dienstleistungen der Ratsdiener in Veranstaltungen von FHH-Fremden. Für diese Erträge wird Umsatzsteuer abgeführt. Die Ansätze für das Jahr 2011 und 2012 ergeben sich aus dem Ergebnis 2009.
- Konto 4050: Erträge für die Durchführung von Trauungen im Rathaus durch den Rathaus-Service. Für diese Erträge wird Umsatzsteuer abgeführt.
- Konto 4060: Erträge aus Führungen im Rathaus. Der Ansatz ergibt sich aus dem Ergebnis für 2009. Die Erträge sind von der Veranstaltungsdichte abhängig.
- Konto 4135: Dienstleistungen der Haustechnik, die anhand von Stundenzetteln mit der Senats- und Bürgerschaftskanzlei abgerechnet werden.
- Konto 4140: Es handelt sich um eine Erstattung der Senatskanzlei für die Beschaffung des Geschäftsbedarfs durch den Rathaus-Service. Die Ansätze für 2011 und 2012 orientieren sich am Ansatz 2010.
- Konto 4160: Es handelt sich um eine Erstattung der Senatskanzlei für die Kosten der Firma Dataport. Die Ansätze für 2011 und 2012 orientieren sich am Ansatz 2010.

2. sonstige betriebliche Erträge

- Konto 7100: Es handelt sich um die Zinsen für die Guthaben auf den Kasse.Hamburg Konten des Landesbetriebs.

3. Außerordentliche Erträge

- Konto 4830: Es handelt sich um eine werthaltige Forderung gegenüber der FHH. Der Ansatz ergibt sich aus dem Ergebnis 2009.
- Konto 4831: Es handelt sich um Rückstellungen für Mitarbeiter/Innen, deren Anträge auf Gewährung von Altersteilzeit im Blockmodell genehmigt wurden. Der Ansatz ergibt sich aus dem Ergebnis 2009.

A. Erfolgsplan

Aufwendungen

1. Aufwendungen für bezogene Leistungen

- Konto 5900: Aufwendungen für Fremdleistungen für den Rathaus-Service. Hier werden nur noch die Aufwendungen für die Dielenhostessen und den Hausmeisterdienst erfasst. Die Ansätze für 2011 und 2012 ergeben sich aus dem Ergebnis 2009 plus 2 % (geschätzte Teuerungsrate) für die gesamten Fremdleistungen und davon der Anteil dieses Kontos.
- Konto 5910: Aufwendungen für Fremdleistungen für den Betrieb gewerblicher Art „Veranstaltungen/Trauungen“. Diese Aufwendungen werden seit dem zweiten Halbjahr 2009 in den Konten 5925 und 5935 gebucht.
- Konto 5915: Aufwendungen für Fremdleistungen für Führungen. Die Ansätze für 2011 und 2012 ergeben sich aus dem Ergebnis 2009 plus 2 % für die gesamten Fremdleistungen und davon der Anteil dieses Kontos.
- Konto 5920: Aufwendungen für Techniker in Veranstaltungen. Die Ansätze für 2011 und 2012 ergeben sich aus dem Ergebnis 2009 plus 2 % für die gesamten Fremdleistungen und davon der Anteil dieses Kontos.
- Konto 5925: Aufwendungen für Techniker in Veranstaltungen von FHH-Fremden. Für diese Aufwendungen erhält der Landesbetrieb die Umsatzsteuer erstattet. Die Ansätze für 2011 und 2012 ergeben sich aus dem Ergebnis 2009 plus 2 % für die gesamten Fremdleistungen und davon der Anteil dieses Kontos.
- Konto 5930: Aufwendungen für Ratsdiener-Fremdkräfte in Veranstaltungen. Die Ansätze für 2011 und 2012 ergeben sich aus dem Ergebnis 2009 plus 2 % für die gesamten Fremdleistungen und davon der Anteil dieses Kontos.
- Konto 5935: Aufwendungen für Ratsdiener-Fremdkräfte in Veranstaltung von FHH-Fremden. Für diese Aufwendungen erhält der Landesbetrieb die Umsatzsteuer erstattet. Die Ansätze für 2011 und 2012 ergeben sich aus dem Ergebnis 2009 plus 2 % für die gesamten Fremdleistungen und davon der Anteil dieses Kontos.

2. Personalaufwendungen

- Konto 6010: Aufwendungen für die Angestellten des Rathaus-Service. Die Ansätze für 2011 und 2012 ergeben sich aus dem Ansatz für 2010.
- Konto 6020: Aufwendungen für die Beamten des Rathaus-Service. Die Ansätze für 2011 und 2012 ergeben sich aus dem Ansatz für 2010.
- Konto 6110: Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung der Angestellten. Die Ansätze für 2011 und 2012 ergeben sich aus dem Ansatz für 2010.
- Konto 6050/6055: Veranschlagt sind Versorgungsaufwendungen der Beamten und Angestellten.

Anlage 2.1

- Konto 6170: Veranschlagt wird für die Beihilfe das Ergebnis 2009.
- Konto 6180: Die Zuführung zu der Pensionsrückstellung ergibt sich aus den Werten für 2009.
- Konto 6190: Die Zuführung zu den Rückstellungen für Altersteilzeit ergibt sich aus dem Ergebnis 2009
- Konto 6120: Versicherungsbeiträge an die Landesunfallkasse für die Beschäftigten des Rathaus-Service.

3. Abschreibungen auf das Anlagevermögen

- Konto 6220: Die Abschreibungen ergeben sich aus dem Ergebnis 2009.

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

4.1 Personalbedingte Aufwendungen

- Konto 6090/ 6650: Veranschlagt wird hier der Ansatz 2010.
- Konto 6835: Aufwendungen für die Dienstkleidung der Ratsdiener sowie der Haustechniker.
- Konto 6840: Aufwendungen für die Reinigung der Tischwäsche und der Dienstkleidung.
- Konto 6841: Anteil des Betriebs gewerblicher Art an den Aufwendungen für Dienstkleidung. In Konto 6840 enthalten.

4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung

- Konto 6310: Heizkosten für das Rathaus und das Gästehaus des Senats. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Mittel aus den Ergebnissen 2008 und 2009.
- Konto 6315: Stromkosten für das Rathaus und die Europapassage. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.
- Konto 6320: Wasser/Abwassergebühren für das Rathaus und das Gästehaus. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.
- Konto 6325: Entsorgung und Gehwegreinigung für das Rathaus, das Gästehaus, die Europapassage und die Schmiedestraße. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.
- Konto 6330: Unterhaltsreinigung für das Rathaus, die Europapassage und die Schmiedestraße. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.
- Konto 6331: Zwischen verschiedenen Veranstaltungen müssen teilweise die Räumlichkeiten gereinigt werden. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.

- Konto 6332: Für oder nach Veranstaltungen von FHH-Fremden müssen die Räumlichkeiten gereinigt werden. Für diese Aufwendungen erhält der Landesbetrieb die Umsatzsteuer erstattet. Die Ansätze für 2011 und 2012 ergeben sich aus dem Ergebnis 2009.
- Konto 6335: Kosten für die Bauunterhaltung des Rathauses und des Gästehauses des Senats. Ansatz der Senats- und Bürgerschaftskanzlei.
- Konto 6345: Kosten für die Wartung von technischen Anlagen. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.
- Konto 6350: Kosten für Alarmanlagen u. a. für Aufschaltgebühren. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.
- Konto 6810: Kosten für Leuchtmittel. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.
- Konto 6811: Kosten für Hygieneartikel. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.
- Konto 6390: Sonstige Kosten der Bewirtschaftung des Rathauses, des Gästehauses, der Europapassage und der Schmiedestraße. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009. Die Kosten für Leuchtmittel und Hygieneartikel werden ab 2008 auf den Konten 6810 und 6811 erfasst.

4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb

- Konto 6360: Transportkosten für Möbel, Fahnen etc. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Halbjahresergebnis 2009.
- Konto 6800: Portokosten. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.
- Konto 6805: Telefonkosten der Senatskanzlei und des Rathaus-Service. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009 plus 2%.
- Konto 6815: Geschäftsbedarf der Senatskanzlei und des Rathaus-Service. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.
- Konto 6816: Geschäftsbedarfsanteil für Veranstaltungen für FHH-Fremde. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.
- Konto 6355: Mietkosten für die Kopierer des Rathaus-Service. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.
- Konto 6825: Kosten für Sachverständige/Gutachter/Rechtsanwälte. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.
- Konto 6830: Kosten für Speisen und Getränke der Veranstaltungen im Rathaus, dem Gästehaus des Senats, der Europapassage und der Schmiedestraße. Ansatz ist das Ergebnis 2009 plus des Ansatzes 2010 durch zwei für das Jahr 2011 und 2012.

Anlage 2.1

- Konto 6836: Speisen und Getränke in Veranstaltungen von FHH-Fremden. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.
- Konto 6831: Kosten für Fahnen und Blumenschmuck in Veranstaltungen im Rathaus und dem Gästehaus des Senats. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.
- Konto 6837: Kosten für Fahnen und Blumen in Veranstaltungen für FHH-Fremde. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.
- Konto 6833: Kosten für technische Unterstützung bei Veranstaltungen im Rathaus, dem Gästehaus des Senats, der Europassage und der Schmiedestraße. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.
- Konto 6839: Kosten für Technik in Veranstaltungen von FHH-Fremden. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.
- Konto 6834: Wein in Veranstaltungen. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.
- Konto 6838: Wein in Veranstaltungen von FHH-Fremden. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.
- Konto 6845: Kosten für die Reparatur technischer Geräte. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.
- Konto 6850: Sonstiger Betriebsbedarf.
- Konto 6860: Kosten für die Dienstleistungen unterschiedlicher Dienststellen der FHH. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.
- Konto 6865: Kosten für Organisationsentwicklung im Rahmen weiterer struktureller Anpassungen des Rathaus-Service. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.
- Konto 6875: Kosten für die Beschaffung von Reiseunterlagen für die Senatskanzlei, die Bürgerschaftskanzlei, das ZPD, das ZAF, den AMD und das Personalamt. Die Ansätze 2011 und 2012 orientieren sich an dem Ergebnis 2009.
- Konto 6880: Kosten des Geldverkehrs. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.
- Konto 6895: Anlagenabgänge Sachanlagen wegen Verschleiß. Ansatz für das Jahr 2011 und 2012 ist das Ergebnis 2009.

A. Finanzierungsplan

I. Finanzbedarf

- Konto 0650: Investitionen für die Betriebs- und Geschäftsausstattung des Rathaus-Service.

Lagebericht des Landesbetriebes Rathaus-Service **Wirtschaftsplan 2011 und 2012**

1. Aufgaben und Dienstleistungen des Landesbetriebes

Der Rathaus-Service ist ein Dienstleistungsunternehmen der Freien und Hansestadt Hamburg. Er wurde durch Senatsbeschluss vom 17. November 2004 und mit Zustimmung der Bürgerschaft zum 01. Januar 2005 als Landesbetrieb gegründet. Mit diesem Lagebericht wird die Ausgangslage für den Wirtschaftsplan 2011/2012 beschrieben. Der Landesbetrieb wird nach der Landeshaushaltssordnung (LHO) geführt. Die Bilanzierung erfolgt gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) und speziellen Verwaltungsvorschriften. Die Prüfung wird durch die Vorprüfstelle der Finanzbehörde vorgenommen.

Der Rathaus-Service erbringt unterschiedliche Dienstleistungen für den Senat, die Senatskanzlei, die Bürgerschaftskanzlei, Fachbehörden und externe Nutzer des Rathauses.

Das Dienstleistungsspektrum des Rathaus-Service umfasst die Bauunterhaltung und Pflege des Rathauses sowie des Gästehauses des Senats. Neben dem Rathaus, dem Gästehaus des Senats werden auch die angemieteten Räume in der Europa-Passage und der Schmiedestraße bewirtschaftet. Für Veranstaltungen stellt der Bereich Facility-Management des Rathaus-Service die Technik im Rathaus, der Europa-Passage und des Gästehauses des Senats zur Verfügung. Zu den Veranstaltungen zählen u. a. Sitzungen von Senat und Bürgerschaft, Senatsempfänge, Staatsbesuche, Konferenzen, Tagungen sowie Ausschusssitzungen.

Das Veranstaltungs-Management ist für die Termin- und Raumkoordination aller Veranstaltungen im Rathaus und Gästehaus des Senats und deren Planung, Vorbereitung, Durchführung sowie Nachbereitung verantwortlich. Hierzu zählt auch der Dielendienst im Rathaus, der Abgeordneten der Bürgerschaft, Gästen und Besuchern des Rathauses Auskünfte erteilt. Außerdem werden von diesem Bereich die Rathausführungen geplant und durchgeführt.

Der Interne Service des Rathaus-Service stellt die Infrastruktur im Rathaus bereit. So wird der Postein- und –ausgang der Senatskanzlei, der Bürgerschaftskanzlei und teilweise des Personalamtes über die Poststelle des Rathaus-Service abgewickelt. Die Druckerei des Rathaus-Service erstellt diverse Druckerzeugnisse unter anderem Drucksachen für den Senat und die Bürgerschaft.

Der Rathaus-Service führt außerdem die zentralen Beschaffungen für die Senatskanzlei durch und ist ebenfalls verantwortlich für die Registratur, die mit einem elektronischen Archivierungssystem (Eldorado) arbeitet.

2. Ziele des Landesbetriebes

Ziel des Landesbetriebes Rathaus-Service ist es, der Senats- und Bürgerschaftskanzlei, den Fachbehörden sowie den sonstigen Kunden ein leistungsstarker Partner zu sein, der seine Dienstleistungen nutzen- und kundenorientiert erbringt. Die zu erbringenden Dienstleistungen wurden gemeinsam mit der Senats- und Bürgerschaftskanzlei festgelegt. Der Landesbetrieb hat durch die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung die Kosten verursachergerecht der Senats- und Bürgerschaftskanzlei zugeordnet. Hierdurch wurde die in der Drucksache beschriebene Kostentransparenz erreicht.

Anlage 2.1

Ein weiteres Ziel ist die Optimierung der Qualität der Dienstleistungen, die durch eine Verbesserung der Ablauforganisation und der Arbeitsabläufe erreicht werden soll. Arbeitsabläufe in der Ablauforganisation werden den neuen Strukturen angepasst, dadurch können die Mittel bedarfsorientierter eingesetzt werden. Die dadurch erreichbare größere Effizienz und Flexibilität führt zu einer Optimierung der Geschäftsprozesse.

3. Verlauf des Geschäftsjahres 2009

Das Wirtschaftsjahr wurde wie geplant mit einem negativen finanzwirtschaftlichen Ergebnis abgeschlossen, allerdings wurden statt 198 Tsd. Euro nur 55 Tsd. Euro Fehlbetrag erreicht. Das Ergebnis des Finanzplans war positiv.

Alle Leistungen des Rathaus-Service wurden den Kunden in Rechnung gestellt, nur für Versorgungszuschläge erhielt der Rathaus-Service einen Zuschuss durch den Haushalt der Stadt Hamburg.

Im Vergleich zum Ansatz 2009 wurden ca. 470 Tsd. Euro weniger Umsatzerlöse erzielt als geplant. Dabei wurden im Bereich Bauunterhaltung, Bewirtschaftung und Interner Service weniger Umsatz als geplant erreicht. Hervorzuheben ist die Bauunterhaltung, wo ca. 245 Tsd. Euro weniger als geplant umgesetzt wurden.

Im Bereich der Führungen wurde ca. 50 Tsd. Euro mehr Umsatz erzielt als im Wirtschaftsplan für 2009 vorgesehen war.

Die Erträge aus dem Bereich Veranstaltungen liegen ca. 70 Tsd. Euro unter dem Ansatz für 2009.

Die Aufwendungen sind ca. 532 Tsd. Euro unter dem Ansatz für 2009 geblieben. Dabei ist hervorzuheben, dass analog zu den Erträgen aus der Bauunterhaltung, die Aufwendungen für Bauunterhaltung nicht in der geplanten Höhe getätigten wurden.

Mit dem abgelaufenen Wirtschaftsjahr 2009 haben sich die zur Verfügung stehenden Deckungsmittel um 66 Tsd. Euro erhöht. Zusammen mit dem Übertrag aus den Vorjahren stehen insgesamt noch Deckungsmittel in Höhe von 1.137 Tsd. Euro zur Verfügung. Das Eigenkapital betrug am 31.12.2009 rd. 1.338 Tsd. Euro (Vorjahr rd. 1.218 Tsd. Euro).

4. Entwicklung des Betriebes

Im Jahr 2008 wurde der Standardkatalog der Veranstaltungen im Hinblick auf die bisher kalkulierten Preise überarbeitet. Aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung wurde überprüft, bei welchen Veranstaltungen die Preise nachkalkuliert werden müssen. Der neue Standardkatalog ist am 01. Januar 2009 in Kraft getreten.

Außerdem wurden im Veranstaltungsbereich vier Ratsdienerstellen nachbesetzt und eine Stelle im Bereich Veranstaltungstechnik neu besetzt.

Im Veranstaltungsbereich ist für 2010 eine Kundenbefragung geplant, um die Qualität der Dienstleistungen und des Caterings zu überprüfen und ggf. zu verbessern.

5. Künftige Risiken

Unter der Voraussetzung, dass die Dienstleistungen im bisherigen Umfang nachgefragt werden, kann der Rathaus-Service seine Personalkosten refinanzieren.

Der Krankenstand des Rathaus-Service liegt deutlich über dem Krankenstand der FHH. Eine wesentliche Ursache sind Langzeiterkrankungen und die überdurchschnittliche Quote von Beschäftigten, die schwerbehindert sind. Von daher ist auch in Zukunft mit einer höheren Ausfallquote zu rechnen.

Es ergeben sich weitere Risiken durch bereits erfolgte Zusagen zur Altersteilzeit bzw. künftiger Anträge auf Altersteilzeit. Im Wirtschaftsjahr 2009 befanden sich insgesamt 2 Mitarbeiter in der Freistellungsphase der Altersteilzeit. Da die Personalkosten auch in der Freistellungsphase vom Landesbetrieb zu tragen sind, können die Stellen nicht komplett nachbesetzt werden.

Der Finanzplanüberschuss ist im Vergleich zum Vorjahr um ca. 140 Tsd. Euro gesunken und wird weiter sinken. Dennoch ist der Rathaus-Service mit seinen Preisen zurzeit auskömmlich und plant deshalb keine Preiserhöhung für seine Leistungen.

Da der Rathaus-Service bei der Realisation seiner Erträge von der Lage seiner Kunden abhängig ist und nicht selbstständig auf Kundensuche gehen kann, fußt die Planung für die Jahre 2011 und 2012 auf den Ergebnissen 2008/2009 zzgl. eines Aufschlags für die allgemeine Teuerung in Höhe von rd. 2%. Die hervorgehobene Stellung als Kenner des Hauses und hier speziell der sicherheitsrelevanten Bereiche lassen den Rathaus-Service trotz der möglichen Konkurrenz durch rathausfremde Anbieter zuversichtlich auf die Planjahre sehen.

Diverse Veränderungen müssen jedoch vom Rathaus-Service in Zusammenarbeit mit den Kunden gemeistert werden.

Die Situation in der Diele des Rathauses ist veränderungsbedürftig, der Erhalt der historischen Substanz ist weiterhin aufwändig und gegen Veranstaltungs- und Führungsfrequenz abzuwägen. Es bleibt festzuhalten, dass der Rathaus-Service weiter die Balance zwischen den verschiedenen Interessen am Hamburger Rathaus finden muss.

I. Stellenbestand

kw 2011/12	kw 2013	kw 2014	kw 2015	kw >2015	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 1,00 Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2011/12			2010	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl
Beamtinnen/ Beamte Planstellen				
A 12	2,00			2,00
Summe:	2,00			2,00

A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (2,00)

II. Erläuterungen

Frei aus redaktionellen Gründen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	1,00			1,00	
E 11	1,00			1,00	
E 10	2,90			2,27	
E 9	4,00			4,00	
E 8	7,50			7,50	
E 6	11,00			10,00	
E 5	19,00	1,00	1)	18,00	kw: 1,00 EntgGr. E 5 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
E 3	3,00			5,00	
E 2 Ü	1,00			1,00	
E 2	1,00			1,00	
Summe:	51,40			50,77	
Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer*)					
Nachwuchs mD	2,00			2,00	
Summe:	2,00			2,00	
Summe (ohne *) insgesamt	53,40			52,77	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängig	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 10							1,00		1,00	Übertragung höherwertiger Aufgaben
E 8		1,00							1,00	Aufgabenzuwachs
E 5					-1,00				-1,00	Verlagerung von Kapitel 1105 an Kapitel 1611, Aufgabenverlagerung
<i>Summe Arbeitnehmer</i>				0,00	1,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	1,00
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>				0,00	1,13	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,63
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>				0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>				0,00	2,13	-0,50	0,00	-1,00	0,00	0,63
Summe (ohne *) insgesamt				0,00	2,13	-0,50	0,00	-1,00	0,00	0,63

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2011/2012

Wirtschaftsplan
Landesbetrieb Zentrum für Personaldienste
(§ 26 Abs. 1 LHO)

zugleich als Erläuterung zu den Titeln:

- | | |
|-------------|---|
| 1140.632.91 | Zuweisungen für Versorgungszuschläge an den Wirtschaftsplan ZPD |
| 1140.682.01 | Zentrale Erstattung für Leistungen des Wirtschaftsplans ZPD |
| 1140.682.56 | Zentrale Erstattung für Leistungen des Wirtschaftsplans ZPD (IT) |
| 1140.891.01 | Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan ZPD |
| 1140.891.56 | Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan ZPD für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik |

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Minderausgaben bei Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden.
2. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250 000 Euro steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
3. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250 000 Euro übersteigen.
4. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2008	2009	2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
A. ERFOLGSPLAN					
<u>Erträge</u>			In Tsd. Euro		
1. Zentrale Erstattungen für Pflichtleistungen	18.355	18.450	18.561	17.910	17.738
2.1 Umsatzerlöse					
50xx00 Erlöse aus Kundenzahlungen	1.890	1.772	1.250	1.225	1.225
50xx00 Erlöse von Einrichtungen gem. § 15 LHO	1.855	1.809	2.251	2.363	2.421
50xx00 Sonstige Erlöse	611	902	810	1.234	1.384
2.2 50xx00 Sonstige betriebliche Erträge	1.550	2.175	60	130	103
Summe 1. / 2.	24.261	25.108	22.932	22.862	22.871
6. Außerordentliche Erträge					
581000 Gewährleistung der Versorgungszusage durch die FHH	492	806	180	180	180
582000 Eigenbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Zusatzversorgung nach Ruhegeldrecht	82	85	70	70	70
583000 Gewährleistung der ATZ-Zusage durch die FHH	0	0	100	100	100
584000 Sonstige a.o. Erträge	308	28	2	2	2
Summe 6.	882	919	352	352	352
<u>Gesamterträge</u>	25.143	26.027	23.284	23.214	23.223

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2008	2009	2010	2011	2012
	In Tsd. Euro				
1	2	3	4	5	6
A. ERFOLGSPLAN					
<u>Aufwendungen</u>					
1. Materialaufwendungen					
Aufwendungen für bezogene Leistungen					
61xx00 Erstattung der Dienstleistungen von Dataport (Rechenzentrum)	4.016	4.016	4.016	3.827	3.827
61xx00 Aufwendungen für verschiedene Fremdleistungen	376	649	243	317	317
Summe 1.	4.392	4.665	4.259	4.144	4.144
2. Personalaufwendungen					
2.1 Gehälter und Löhne					
620000 Beamtenbezüge	5.107	5.484	5.238	5.546	5.670
630000 Angestelltenvergütungen	6.598	6.828	6.296	6.101	5.989
639000 Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	288	217	145	145	145
Summe 2.1	11.993	12.529	11.679	11.792	11.804
2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung					
640000 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Arbeitnehmer	1.286	1.322	1.253	1.226	1.224
641000 Versorgungsaufwendungen – Beamtete	1.344	1.344	1.344	1.344	1.344
642000 Versorgungsaufwendungen – Arbeitnehmer	687	687	687	687	687
643000 Pensionsrückstellung (Zuführung)	574	931	250	250	250
644500 Rückstellung AN-Eigenbeteiligung nach ZVG ohne Anspruch	0	0	18	18	18
646000 ATZ-Rückstellung (Zuführung)	0	0	100	100	100
645x00 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	365	383	380	395	400
648000 Beiträge zur Landesunfallkasse	2	2	2	2	2
Summe 2.2	4.258	4.669	4.034	4.022	4.025
Summe 2.	16.251	17.198	15.713	15.814	15.829
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen					
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen					
4.1 Personalbedingte Aufwendungen					
661000 Fahrtkosten, Reisekosten	22	18	10	10	10
662000 Dienst- und Schutzkleidung	0	0	1	1	1
663000 Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	12	76	110	95	95
649000 Sonstige soziale Aufwendungen		19			
Summe 4.1	34	113	121	106	106

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2008	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
	In Tsd. Euro				
1	2	3	4	5	6
4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung					
67xx00 Mieten und Leasing	1.234	797	1.002	991	998
677000 Bewirtschaftung, Entsorgung, Bau- unterhaltung	1.379	371	410	356	363
Summe 4.2	2.613	1.168	1.412	1.347	1.361
4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb					
676000 Rechts- und Beratungskosten	68	33	54	54	54
680000 Büromaterial und Ausstattung, Fachliteratur	73	239	93	83	83
683000 Porto, Fernmeldekosten	502	494	472	472	472
684000 IT-Betriebskosten	336	764	959	1.037	1.044
68xxxx nicht aktivierungsfähige einmalige Aufwendungen im Zus.-hang mit In- vestitionsvorhaben	59				
687000 Marketing	1	8	20	10	10
Summe 4.3	1.039	1.538	1.598	1.656	1.663
4.4 Übrige sonstige Aufwendungen					
699000 Sonstige betriebliche Aufwendungen	366	236	31	31	31
69xx00 nicht abziehbare Vorsteuer	121	0	150	46	46
6xx000 Abführungen an den Haushalt (Einrichtungen § 15 LHO)	0	0	0	0	0
Summe 4.4	487	236	181	77	77
Summe 4.	4.173	3.055	3.312	3.186	3.207
Gesamtaufwendungen	25.321	25.534	23.587	23.399	23.393
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-178	493	-303	-185	-170

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2008	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	VE 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Ansatz 2012	VE 2012
	In Tsd. Euro							
1	2	3	4	5	6	7	8	9
B. Finanzierungsplan								
I. Finanzbedarf								
1. Investitionen								
Gebäude (Um- und Ausbau, Ausstattung)	129	857			40		40	
Immaterielle Wirtschaftsgüter / Software /Hardware	22	0	20		20		20	
Summe 1.	151	857	20		60		60	
2. Sonstiger Finanzbedarf								
Jahresfehlbetrag	178		303		185		170	
Summe 2.	178		303		185		170	
Gesamtsumme Finanzbedarf	329	857	323		245		230	
II. Deckungsmittel								
Abschreibungen	501	218	303		185		170	
Versorgungszuschuss aus dem Haushalt								
Betriebszuschuss aus dem Haushalt								
Betriebszuschuss aus dem Haushalt im Zusammenhang mit IT-Technik								
Investitionszuschuss aus dem Haushalt für IT-Maßnahmen	111		20		20		20	
Investitionszuschuss aus dem Haushalt für Gebäude (Um- und Ausbau, Ausstattung)	0		0		40		40	
Jahresüberschuss		493						
Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	733	1.016						
Summe Deckungsmittel	1.345	1.727	323		245		230	
III. Noch verfügbare Deckungsmittel (+)	1.016	870			0		0	
Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)	0				0		0	

Erläuterungen

1. Erträge

Zentrale Erstattungen für Pflichtleistungen:

Für die Pflichtleistungen des ZPD (Bezügeabrechnung für Beschäftigte und Versorgungsempfänger, Bereitstellung von IT-Verfahren, Abrechnung von Beihilfen, Leistungen der Familienkasse u.a.) ggü. den Behörden erhält das ZPD eine zentrale Erstattung. Diese umfasst die

- Zuweisung für Versorgungszuschläge: 2.031 Tsd. Euro (2011 / 2012)
- Zentrale Erstattung für Leistungen des ZPD: 11.064 Tsd. Euro (2011) / 10.892 Tsd. Euro (2012)
- Zentrale Erstattung für Leistungen des ZPD (IT): 4.815 Tsd. Euro (2011) / 4.815 Tsd. Euro (2012)

Die Senkung der Zentralen Erstattungen resultiert u.a. aus den vorgegebenen Konsolidierungsmaßnahmen. Ebenfalls veranschlagt sind die dezentralen Erstattungen von Einrichtungen gem. §15 LHO.

Umsatzerlöse:

Die Summe der Erlöse ergibt sich aus den erwarteten Zahlungen der Kunden (insbesondere von Landesbetrieben gem. § 26 LHO, Anstalten öffentlichen Rechts und den §15 LHO-Betrieben).

Gewährleistung der Versorgungszusage und der ATZ-Zusage durch die FHH:

Der Ansatz ergibt sich auf der Basis von versicherungsmathematischen Gutachten unter Verwendung des Steuerbilanzansatzes.

2. Aufwendungen:

Aufwendungen für bezogene Leistungen:

Der Ansatz beinhaltet im Wesentlichen die Erstattung für Leistungen von Dataport. Die Veränderungen ergeben sich aus Verlagerungen zu den IT-Betriebskosten und der Einbeziehung neu eingesetzter Programme.

Personalaufwendungen:

Veranschlagt sind die Beamtenbezüge und Angestelltenvergütungen für die Beschäftigten des ZPD.

Versorgungsaufwendungen Beamte, Versorgungsaufwendungen Angestellte:

Veranschlagt sind die Versorgungsanteile für Beamte und Angestellte auf Grundlage des anteiligen Personalbudgets unter Berücksichtigung des Gegenrechnungsverfahrens.

Pensions- und Beihilferückstellung (Zuführung), ATZ-Rückstellung (Zuführung):

Die Rückstellungen ergeben sich aus den versicherungsmathematischen Gutachten.

Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen:

Die Veranschlagung der Beihilfe erfolgt auf Grundlage der Beihilfeaufwendungen des Jahres 2009 sowie beantragter Personalzuwächse.

Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung:

Berücksichtigt sind Mittel für projektbezogene Qualifizierungsmaßnahmen

Mieten und Leasing: Der Ansatz wurde anhand der Miet- und Leasingverträge ermittelt.

Rechts- und Beratungskosten:

Der Ansatz ist unter anderem für die vorgeschriebene Bilanzprüfung, die versicherungsmathematischen Gutachten sowie externen Rechts- und Beratungskosten bestimmt.

IT-Betriebskosten:

Der Ansatz der laufenden Betriebskosten erhöht sich durch Verlagerungen aus den Aufwendungen für bezogene Leistungen sowie den Einsatz neuer IT-Verfahren.

3. Abschreibungen

Die Abschreibungen ergeben sich aus dem fortgeführten Anlagenbestand 2009.

4. Investitionen

Ausgewiesen sind geplante Investitionen in das Gebäude und geplante IT-Investitionen lt. IT-Planung.

5. Deckungsmittel

Betriebszuschuss aus dem Haushalt:

Der bisherige Betriebs- bzw. Versorgungszuschuss ist seit 2007 / 2008 durch eine zentrale Erstattung ersetzt. Der Investitionszuschuss aus dem Haushalt für IT-Maßnahmen ist entsprechend der IT-Planung veranschlagt.

Lagebericht

1. Lage des Landesbetriebes und Unternehmensziele

Der Landesbetrieb Zentrum für Personaldienste (ZPD Hamburg) leistet für die hamburgische Verwaltung eine Vielzahl von Personal-Dienstleistungen. Pflichtaufgaben für die hamburgische Kernverwaltung sind:

- die Personalverwaltung für Versorgungsberechtigte (Beamten- und Zusatzversorgung),
- die Versorgungsberatung (in gegebenem Umfang),
- die Bearbeitung von Beihilfeleistungen,
- die zentrale Bearbeitung von Pfändungen,
- die Festsetzung von Kindergeld (Familienkasse der FHH),
- die zentrale Durchführung der Bezügeabrechnung für die Beschäftigten der FHH,
- die Bereitstellung und Fortentwicklung von IT-Verfahren für die dezentrale Personalverwaltung und zentrale Bezügeabrechnung inklusive des Personalportals und
- die Erstellung von Personalberichten und –kostenanalysen sowie
- die Entwicklung und Bereitstellung dezentral nutzbarer IT-Verfahren zur Unterstützung des Personalcontrollings.

Gegen Kostenerstattung bietet das ZPD diese Leistungen auch anderen öffentlichen Organisationen sowie Kommunen an. Zusätzlich nimmt das ZPD weitere, für alle Empfänger kostenpflichtige Aufgaben wahr wie die Einrichtung und Pflege von speziellen dezentralen Personalberichtsdatenbanken, fachliche Qualifizierung auf dem Gebiet des Personalwesens, Organisations- und Technikberatung, Unterstützung bei Personalverwaltungsaufgaben, institutionelle Versorgungsberatung sowie neue personalwirtschaftliche IT-Funktionalitäten (z.B. elektronische Zeitwirtschaft, eReise) und IT-Projekte.

Auf Basis dieses Leistungsspektrums verfolgt das ZPD das übergeordnete und langfristige Ziel, im Bereich der IT-gestützten Personaldienstleistungen eine bei Qualität und Wirtschaftlichkeit führende Position im öffentlichen Sektor in Norddeutschland zu erreichen.

Um dieses Ziel zu erreichen setzt sich das ZPD die folgenden strategischen Unterziele:

- Im Bereich der Finanzen sollen die jährlichen Budgetvorhaben eingehalten, der finanzielle Spielraum und die Wirtschaftlichkeit erhöht werden, um damit die Voraussetzungen für eine Wachstumsstrategie zu legen.
- Für die Kunden soll eine hohe Produkt- und Servicequalität gewährleistet und ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis geboten werden, um die Attraktivität zu steigern, Kunden langfristig zu binden und zum Renommee als Produktinnovator beizutragen.
- Im Bereich der internen Prozesse sollen Kernprozesse klar definiert und eine geringe Fehleranfälligkeit der Produktionsprozesse erreicht werden, um die Produktivität zu steigern und Produktinnovationen zügig umzusetzen.
- Durch eine Optimierung von Führung und Zusammenarbeit sollen die Mitarbeiterzufriedenheit sichergestellt, die Leistungsbereitschaft erhalten und die Innovationsfähigkeit erhöht werden.

Die Realisierung dieser Ziele wird soweit möglich durch ein regelmäßiges Benchmarking mit den norddeutschen Bundesländern überprüft.

2. Erläuterungen zum Verlauf des Geschäftsjahres 2009

2.1 Jahresergebnis

Seit 2007 ist die Veranschlagung im Wirtschaftsplan von einer Verlustzuweisung im Finanzplan auf zentrale Erstattungen für Pflichtleistungen, die den Erträgen zugerechnet werden, umgestellt. Unter Berücksichtigung dieser Änderung betragen die Gesamterträge (einschließlich der zentralen Erstattungen für Pflichtleistungen von 18.450 Tsd. Euro) insgesamt 26.027 Tsd. Euro. Hierin enthalten ist neben den Umsatzerlösen auch die Gewährleistung der Versorgungszusage durch die FHH mit 806 Tsd. Euro (auf der Basis des versicherungsmathematischen Gutachtens).

Demgegenüber standen Gesamtaufwendungen von 25.534 Tsd. Euro (2008 25.321 Tsd. Euro), so dass sich ein Jahresüberschuss von 493 Tsd. Euro ergab.

2.2 Umsatzerlöse

Im Wirtschaftsplan 2009 waren Umsatzerlöse von 4.311 Tsd. Euro geplant. Die tatsächlich realisierten Umsatzerlöse lagen bei 4.483 Tsd. Euro, so dass sich ein Mehrertrag von 172 Tsd. Euro ergab. Dies resultiert aus Mehrerlösen aus Kundenzahlungen.

2.3 Sonstige Betriebliche Erträge

Seit dem Wirtschaftsjahr 2008 werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuschüssen in Höhe der Jahres-AfA und der einmaligen nicht aktivierungsfähigen Aufwendungen im Zusammenhang mit Investitionsvorhaben gemäß Ausnahmeregelung zu den VV zu §26 LHO dargestellt. In den

sonstigen betrieblichen Erträgen sind auch die nicht im Wirtschaftsplan veranschlagten Personalkostenerstattungen und Nachberechnungen für erbrachte Leistungen des Vorjahres enthalten.

2.4 Aufwendungen

Die Gesamtaufwendungen für das Jahr 2009 betrugen 25.534 Tsd. Euro, im Wirtschaftsplan 2009 waren Aufwendungen von 23.720 Tsd. Euro vorgesehen, so dass sich Mehraufwendungen von insgesamt 1.814 Tsd. Euro ergaben. Den größten Anteil hieran haben die Personalaufwendungen und die Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Umzug in die neuen Räume am Normannenweg.

Für Gehälter und Löhne, soziale Abgaben, Versorgungsaufwendungen sowie Beihilfen wurden 2009 insgesamt rd. 800 Tsd. Euro mehr aufgewendet als geplant. Die Hauptursache hierfür war der Einsatz von Personal im Zusammenhang mit dem Projekt PAISAP-NHH (gegen Erstattung der Personalkosten aus zentralen Mitteln) und die temporäre Verstärkung von Personalressourcen im Bereich der Beihilfe.

2.5 Rückstellungen

Wie im Wirtschaftsplan vorgesehen wurden auch in 2009 Pensionsrückstellungen, Beihilferückstellungen, Altersteilzeitrückstellungen und Rückstellungen für die Arbeitnehmer-Eigenbeteiligung nach dem hamburgischen Zusatzversorgungsgesetz (ZVG) gebildet. Die Zuführungen zu den Pensions- und den Beihilferückstellungen entsprechen den Ansätzen im Wirtschaftsplan. Zusätzlich hat das ZPD Rückstellungen gebildet für nicht genommenen Urlaub und Mehrarbeit, diese Rückstellungen haben sich auch vor dem Hintergrund des im März 2009 vollzogenen Umzugs des ZPD erhöht. Die Rückstellungen für Jubiläumsaufwendungen und die internen Abschlusskosten erhöhten sich im Rahmen der allgemeinen Preissteigerungen für bezogene Leistungen.

2.6 Gesamtwürdigung des Jahresabschluss 2009

Das ZPD hat insgesamt die Planansätze des sechsten Geschäftsjahrs als Landesbetrieb im Wesentlichen erfüllen können, wobei teilweise wiederum schwierige Rahmenbedingungen bestanden (Umzug, Projektaktivitäten). Die Umsatzerlöse übertrafen die Erwartungen. Das insgesamt sehr befriedigende Ergebnis ist wiederum auch in einer außerordentlichen Leistungsbereitschaft vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verdanken.

3. Erläuterungen zur Entwicklung des Betriebes in 2011 und 2012

Zentraler Mittelpunkt der Tätigkeit des ZPD wird weiterhin die Erfüllung der Pflichtaufgaben sein. Dabei werden die laufenden Veränderungen im Bereich der Bezügeabrechnung (Umsetzung gesetzlicher Regelungen) einen Schwerpunkt unserer Innovationsleistungen ausmachen, um die (Pflicht-) Kunden zufrieden zu stellen. Die weitere Modernisierung der Software-Unterstützung für die Beihilfe-Sachbearbeitung (Projekt Beihilfe 2012) sowie die Anpassung der Personalverfahren an die Veränderungen in den ressourcensteuernden Verfahren (Projekt NHH), die erhebliche personelle Ressourcen binden, wird den vollen Einsatz der Kräfte im Landesbetrieb erfordern.

Daneben wird sich das ZPD weiterhin darum bemühen, freiwillige Kunden (Anstalten des öffentlichen Rechts, Stiftungen, GmbHs und sonstige „Externe“ wie die Hansestadt Lübeck) zu gewinnen bzw. zu halten, um durch Steigerung der Fallzahlen die Wirtschaftlichkeit seiner Dienstleistungen zu erhöhen. Da das ZPD auf dem Gebiet der freiwilligen Leistungen in der Lage ist, einen Baukasten von Produkten aus dem gesamten Leistungsspektrum anzubieten, wird eine hohe Attraktivität für freiwillige Kunden erreicht. Auf diese Weise können ggf. auch ehemalige Pflichtkunden zurück gewonnen werden, welche durch ihre rechtliche Verselbstständigung nicht mehr verpflichtet sind, personalwirtschaftliche Dienstleistungen über das ZPD abzuwickeln.

Ein besonderes Interesse potentieller freiwilliger Kunden besteht an den Dienstleistungen Berichtswesen und Berichtsdatenbank sowie an der Einführung einer elektronischen Zeitwirtschaft (eZeit). So konnten im Bereich der Zeitwirtschaft bereits zahlreiche Einführungsprojekte abgeschlossen werden; neben den Vollzugsdiensten von Polizei und Strafvollzug sowie der Feuerwehr befindet sich die Zeitwirtschaft auch in verschiedenen Landesbetrieben im Einsatz. Das Produktangebot wird abgerundet durch Systeme der Zugangskontrolle; der Abschluss einer Rahmenvereinbarung nach §94 HmbPersVG ist vorgesehen. Außerdem plant das ZPD, das Angebot spezialisierter Dienstleistungen im Sinne von „Shared Services“ konsequent weiter auszubauen, ein aktueller Schwerpunkt ist dabei die Reisekostenabrechnung.

Die Tabelle zeigt die Entwicklung des Erfolgs- und Finanzierungsplans in 2011 und 2012 im Vergleich zum Ist 2008 / 2009 und zum Ansatz 2010.

	2008 Ist	2009 Ist	2010 Ansatz	2011 Plan	2012 Plan
in Tsd. Euro					
Gesamterträge	25.143	26.027	23.284	23.214	23.223
davon Umsatzerlöse	4.356	4.483	4.311	4.822	5.030
davon sonstige betriebl. Erträge	1.550	2.175	60	130	103
davon außerordentl. Erträge	882	919	352	352	352
davon zentrale Erstattungen	18.355	18.450	18.561	17.910	17.738
Gesamtaufwendungen	25.321	25.534	23.587	23.399	23.393
Finanzbedarf (gesamt)	329	857	323	245	230
davon Jahresfehlbetrag (Finanzbedarf ohne Investitionen)	178	0	303	185	170
davon Investitionen	151	857	20	60	60
Deckungsmittel	1.345	1.727	323	245	230
noch verfügbare Deckungsmittel	1.016	870	0	0	0

Die geplanten Aufwendungen des ZPD halten ungefähr die Höhe des Jahres 2010. Bei den Personalaufwendungen ist die Umsetzung der Konsolidierung, die Finanzierung neuer Stellen aus Erträgen bzw. Umschichtungen und die Besoldungs- bzw. Tariferhöhung berücksichtigt. Der gesamte Finanzbedarf sinkt 2011 / 2012 gegenüber 2010, der Jahresfehlbetrag reduziert sich auf die Höhe der Abschreibungen abzgl. der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten.

Die aus den Vorjahren noch verfügbaren Deckungsmittel werden benötigt für die interne Finanzierung von Personal zum Erhalt und Ausbau der erforderlichen Innovationsfähigkeit.

3.1 Umsatzerlöse

Auch in den Haushaltsjahren 2011 / 2012 werden für Pflichtleistungen des ZPD Mittel in die Wirtschaftspläne der Einrichtungen gemäß § 15 LHO eingestellt und hieraus entsprechende Erstattungen an das ZPD vorgenommen; diese werden bei der Bemessung der zentralen Erstattung an das ZPD berücksichtigt

3.2 Aufwendungen

Im Wirtschaftsplan 2011 und 2012 werden die Personalaufwendungen wie im Vorjahr die größte Position ausmachen; 2011 / 2012 sind hierfür jeweils rund 15.800 Tsd. Euro vorgesehen. Die Ansätze berücksichtigen die Konsolidierungsvorgaben incl. der Reduzierung der Sonderzuwendung und die erhöhten Personalaufwendungen aus der Besoldungs- bzw. Tariferhöhung 2009 sowie für zusätzliche Stellen (bspw. Shared Service Abrechnung von Dienstreisen). Die Aufwendungen für Fremdleistungen (vor allem Leistungen von Dataport) werden in beiden Jahren bei jeweils rund 4.100 Tsd. Euro liegen, worin Aufwendungen im Zusammenhang mit BASIS sowie für den einnahmefinanzierten Betrieb des Zeitwirtschaftsystems enthalten sind. Insgesamt betragen die Aufwendungen 2011 / 2012 jeweils rund 23.400 Tsd. Euro.

3.3 Rückstellungen

2011 und 2012 sind Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von jeweils 250 Tsd. Euro vorgesehen, dieser Betrag kann sich im IST – wie bereits in den vergangenen Jahren – aufgrund der aktuellen versicherungs-mathematischen Gutachten ändern. Zu den ATZ-Rückstellungen werden in 2011 / 2012 je 100 Tsd. Euro zugeführt.

4. Risiken der zukünftigen Entwicklung

4.1 Haftungsverpflichtungen

Bei Schlechterfüllung von Leistungen aufgrund grober Fahrlässigkeit kann das ZPD mit Schadensersatzansprüchen konfrontiert werden. Zwar ist innerhalb der öffentlichen Verwaltung bislang kein Schadensersatz zu leisten, gleichwohl gibt es auch hier bereits Akzeptanzprobleme. Bei externen / freiwilligen Kunden dagegen können Haftungsverpflichtungen des ZPD auftreten. Somit bedeutet die Zunahme freiwilliger Kunden Chancen hinsichtlich der Erzielung zusätzlicher Erlöse, birgt aber auch erhöhte Risiken an Haftungsverpflichtungen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist das Haftungsrisiko des ZPD aus dem Bestand freiwilliger Kunden als gering einzuschätzen und stellt kein wesentliches Risiko für die Finanzlage dar. Allerdings ist bei einer steigenden Anzahl freiwilliger Kunden das Risiko von Haftungsverpflichtungen neu zu bestimmen und zu prüfen, ob zukünftig eine entsprechende Risikorückstellung zu bilden ist.

4.2 Kundenbindung

Zunehmende rechtliche Verselbstständigungen innerhalb der hamburgischen Verwaltung führen zu einer sinkenden Anzahl von Pflichtkunden des ZPD. Das ZPD bemüht sich, diese Kunden zu halten, kann dies aber nicht gewährleisten. Hierdurch besteht das Risiko, durch geringere Fallzahlen bei zumindest kurzfristig in großen Teilen fixen Kostenstrukturen (beispielsweise IT-Kosten und Personal) steigende Fallkosten zu erzielen und so weniger konkurrenzfähig zu werden. Diesem Risiko wird das ZPD entgegenzusteuern versuchen durch laufende Verbesserung der Produktqualität bei marktgerechten Preisen. Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit des ZPD ergeben sich aus Qualität und Kosten der IT-Dienstleister, insbesondere Dataport und Softwarelieferanten.

4.3 Personalbudget

Aufgrund der fachlichen Notwendigkeit, freie Stellen insbesondere im Bereich des HR-Systemhauses und der IT-Projekte kurzfristig qualifiziert zu besetzen, können Risiken für das Personalbudget entstehen. Die Möglichkeiten des ZPD, hier erfolgreich gegenzusteuern, sind eng begrenzt; längere Vakanzen aus Bewirtschaftungsgründen gehen dabei zu Lasten der erforderlichen Innovationsfähigkeit und berühren auch die Möglichkeit, das auf dem Gebiet der Kernaufgaben erforderliche Leistungsniveau hinsichtlich Qualität und Terminzielen einzuhalten.

Die quotierte Absenkung aus der Haushaltskonsolidierung, die v.a. bei den Personalausgaben umzusetzen ist, stellt für den Landesbetrieb wegen des hohen Anteils von gesetzlichen Durchführungsaufgaben eine sehr schwierige Herausforderung dar.

Entsprechend den regelmäßigen Versorgungsprognosen wird die Zahl der Versorgungsempfänger weiter ansteigen, damit verbunden ist ein prognostizierter Anstieg der jährlichen Beihilfeanträge (deren Anzahl zusätzlich aufgrund des geänderten Antragsverhaltens steigt). Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung war eine Berücksichtigung von steigenden Personalbedarfen wegen dieser Fallzahlen-Steigerung nicht möglich. Sollte die Prognose eintreten sind Auswirkungen auf die Dienstleistungsqualität nicht auszuschließen.

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltjahre 2011 / 2012

Ergänzung um einen Teil-Wirtschaftsplan

Landesbetrieb Zentrum für Personaldienste

(§ 26 Abs. 1 LHO)

Projekt E-Personal (ePers)

zugleich als Erläuterung zu den Titeln:

- | | |
|-------------|---|
| 1140.632.91 | Zuweisungen für Versorgungszuschläge an den Wirtschaftsplan ZPD |
| 1140.682.04 | Zentrale Erstattungen für Leistungen des Projekts ePers im Wirtschaftsplan des ZPD |
| 1140.682.56 | Zentrale Erstattung für Leistungen des Wirtschaftsplans ZPD (IT-Ausgaben) |
| 1140.891.03 | Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan ZPD für das Projekt ePers |
| 1140.891.56 | Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan ZPD für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik |

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Minderausgaben bei Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden.
2. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250 000 Euro steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
3. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250 000 Euro übersteigen.
4. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2008	2009	2010	2011	2012
	In Tsd. Euro				
1	2	3	4	5	6
A. ERFOLGSPLAN					
<u>Erträge</u>					
Zentrale Erstattungen Projekt ePers	930	1.254	1.293	3.616	3.821
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	899	17		26	25
Sonstige betriebliche Erträge		50			
Gesamterträge	1.829	1.321	1.293	3.642	3.846

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2008	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
	In Tsd. Euro				
1	2	3	4	5	6
A. ERFOLGSPLAN					
<u>Aufwendungen</u>					
1. Materialaufwendungen					
Aufwendungen für bezogene Leistungen					
61xx00 Erstattung der Dienstleistungen von dataport (Rechenzentrum)	47	23	6	24	24
61xx00 Aufwendungen für verschiedene Fremdleistungen					
Summe 1.	47	23	6	24	24
2. Personalaufwendungen					
2.1 Gehälter und Löhne					
620000 Beamtenbezüge	178	379	610	1.728	1.728
630000 Entgelte	43	284		169	169
639000 Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	17	127		150	150
Summe 2.1	238	790	610	2.047	2.047
2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung					
640000 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung	0	55		33	33
641000 Versorgungsaufwendungen – Beamt(e)	54	112	183	520	520
642000 Versorgungsaufwendungen – Arbeitnehmerinnen	6	32		18	18
643000 Pensionsrückstellung (Zuführung)					
644500 Rückstellung AN-Eigenbeteiligung nach ZVG ohne Anspruch					
646000 ATZ-Rückstellung (Zuführung)					
645x00 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	0	5	24	72	72
648000 Beiträge zur Landesunfallkasse					
Summe 2.2	60	204	207	643	643
Summe 2.	298	994	817	2.690	2.690
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen ePers					
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen					
4.1 Personalbedingte Aufwendungen					
661000 Fahrtkosten, Reisekosten	4	11	10	25	25
662000 Dienst- und Schutzkleidung					
663000 Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	4	5	50	50	50
Summe 4.1	8	16	60	75	75

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2008	2009	2010	2011	2012
	In Tsd. Euro				
1	2	3	4	5	6
4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung					
67xx00 Mieten und Leasing	24	71	80	80	80
677000 Bewirtschaftung, Entsorgung, Bauunterhaltung	119	25	40	40	40
Summe 4.2	143	96	120	120	120
4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb					
676000 Rechts- und Beratungskosten	24	404	250	595	800
680000 Büromaterial und Ausstattung, Fachliteratur	2	6	10	60	60
683000 Porto, Fernmeldekosten		19	10	15	15
684000 IT-Betriebskosten	355	7	20	20	20
687000 Marketing		6		12	12
Summe 4.3	381	442	290	702	907
4.4 Übrige sonstige Aufwendungen					
699000 Sonstige betriebl. Aufwendungen	557	6		5	5
Summe 4.4	557	6		5	5
Summe 4.	1089	559	470	902	1.107
Gesamtaufwendungen	1441	1593	1.293	3.642	3.846
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	388	-272	0	0	0

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2008	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	VE 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Ansatz 2012	VE 2012
1	2	3	4	5	6	7	8	9
B. Finanzierungsplan								
I. Finanzbedarf								
1. Investitionen								
Gebäude (Um- und Ausbau, Ausstattung)			0					
Immaterielle Wirtschaftsgüter / Software /Hardware			0		0			0
Summe 1.			0		0			0
2. Sonstiger Finanzbedarf								
Jahresfehlbetrag		272	0		0	0	0	
Summe 2.								
Gesamtsumme Finanzbedarf		272	0		0			0
II. Deckungsmittel								
Abschreibungen ePers								
Investitionszuschuss im Zusammenhang mit dem Projekt ePers					0			0
Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel		388						
Summe Deckungsmittel			0		0			0
III. Noch verfügbare Deckungsmittel (+)	388	116	0		0		0	
Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)			0		0		0	

ERLÄUTERUNGEN

1. Erträge

Zentrale Erstattungen für das Projekt ePers:

Für die Personal- und Sachaufwendungen im Rahmen des Projekts ePers erhält das ZPD eine zentrale Erstattung. Diese umfasst die

- Zuweisungen für Versorgungszuschläge: 538 Tsd. Euro (2011 / 2012)
- Zentrale Erstattungen für Leistungen des Projekts ePers: 3.034 Tsd. Euro (2011), 3.239 Tsd. Euro (2012)
- Zentrale Erstattungen für Leistungen des Leistungen des Projekts ePers (IT-Ausgaben): 44 Tsd. Euro (2011/12)

2. Aufwendungen

Personalaufwendungen:

Veranschlagt sind die Aufwendungen des Personals für das Projekt ePers.

Versorgungsaufwendungen:

Veranschlagt sind die Versorgungsaufwendungen des Personals für das Projekt ePers.

Sonstige betriebliche Aufwendungen ePers:

Die Ansätze beinhalten die geplanten Sachaufwendungen (z.B. Miete, Bewirtschaftungskosten, Büromaterial) für das Projekt ePers.

Die Mittel für ePers werden zentral im Epl. 9.2 (Titel 9890.971.11) veranschlagt und dem ZPD entsprechend den Bedarfen im Rahmen des insgesamt verfügbaren Projektbudgets zur Verfügung gestellt.

Sofern aufgrund des Projektfortschritts weitere Aufwendungen (Personal- und Sachmittel) erforderlich werden, werden die erforderlichen Mittel aus dem Zentraltitel 9890.971.11 im Einzelplan 9.2 übertragen.

3. Investitionen

Die für die Beschaffung und Implementierung der erforderlichen Hard- und Software (inkl. Lizzenzen) für die IT-Unterstützung von Personalmanagementaufgaben erforderlichen Investitionsmittel werden aus dem o.g. Zentraltitel bereitgestellt.

4. Deckungsmittel

In Höhe der geplanten Investitionen erhält das ZPD einen Zuschuss aus dem Haushalt.

I. Stellenbestand

kw 2011/12	kw 2013	kw 2014	kw 2015	kw >2015	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
1,00	20,00	4,00		14,00		Bereich der Beamten/ Beamten
				13,00		Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
1,00	0,00	24,00	0,00	0,00	27,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Wertigkeit	Anzahl	2011/12		2010	Vermerke
		davon	Vermerk Nr.		
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
B 3	1,00			0,00	
B 2	0,00			1,00	
A 16	2,00	1,00	1)	1,00	kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor nach Abschluss des Projektes ePers
A 15	5,00	2,00	2)	6,00	kw: 2,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor nach Abschluss des Projektes ePers
A 14	6,00	1,00	3)	8,00	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat nach Beendigung des Projektes Personalportal
		1,00	4)		Vermerk weggefallen
		2,00	5)		Vermerk weggefallen
		2,00	26)		kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat zum 28.02.2014 nach Abschluss des Projektes ePers
A 13	5,00	1,00	14)	1,00	kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach Beendigung des Projektes PAISAP-NHH
		2,00	28)		kw: 2,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat zum 28.02.2014 nach Abschluss des Projektes ePers
		1,00	40)		kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat Nach Abschluss des Projektes ePers
A 13	8,00	1,00	6)	7,00	Vermerk weggefallen
		1,00	27)		kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat zum 28.02.2014 nach Abschluss des Projektes ePers
		1,00	35)		kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat Nach Abschluss des Projektes ePers

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3					1,00					1,00 Verlagerung von Kapitel 1140; Stellentausch
B 2						-1,00				-1,00 Verlagerung an Kapitel 1140; Stellentausch
A 16								1,00		1,00 Geschäftsbereichsleitung Planung und Steuerung
A 15								1,00		1,00 Geschäftsbereichsleitung Betriebliches Management
A 15								-1,00		-1,00 Geschäftsbereichsleitung Planung und Steuerung
A 15							-1,00			-1,00 gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 14								-1,00		-1,00 Geschäftsbereichsleitung Betriebliches Management
A 14							-1,00			-1,00 gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 14							-3,00			-3,00 gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 14			2,00							2,00 gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltbeschluss-Projekt ePers
A 14								1,00		1,00 gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 13			1,00							1,00 Projekt PAISAP-NHH
A 13			1,00							1,00 Bearbeitung von Widersprüchen in der Beihilfe
A 13			1,00							1,00 gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltbeschluss - Projekt PAISAP-NHH
A 13							-3,00			-3,00 gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 13			4,00							4,00 gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltbeschluss-Projekt ePers
A 13				1,00						1,00 gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltbeschluss-Projekt ePers

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/ 12	alter Vermerk 2010
A 14	4) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat nach Beendigung der Projektes NRV
A 14	5) weggefallen	kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat nach Abschluss des Projektes ePers
A 13	6) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat nach Abschluss des Projektes ePers
A 13	14) kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach Beendigung des Projektes PAISAP-NHH	
A 14	26) kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat zum 28.02.2014 nach Abschluss des Projektes ePers	
A 13	27) kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat zum 28.02.2014 nach Abschluss des Projektes ePers	
A 13	28) kw: 2,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat zum 28.02.2014 nach Abschluss des Projektes ePers	
A 13	35) kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat Nach Abschluss des Projektes ePers	
A 13	40) kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat Nach Abschluss des Projektes ePers	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 13	7,00	Regierungsrätin/Regierungsrat	Oberamtsrätin/ Oberamtsrat	Neues Besoldungsrecht

I. Stellenbestand

2011/ 12				2010	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 12	24,00	1,00 6,00	7) 25)	22,00	kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat nach Abschluss des Projektes ePers kw: 6,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat zum 28.02.2014 nach Abschluss des Projektes ePers
A 11	48,00	1,00 1,00 1,00 1,00 2,00 7,00 2,00	36) 39) 8) 9) 10) 11) 29)	37,00	kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat Nach Abschluss des Projektes ePers Freigestelltes Personalratsmitglied kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman nach Beendigung des Projektes Personalportal Vermerk weggefallen kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman Wegfall nach Abschluss des Projektes DOMEA kw: 2,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman nach Abschluss des Projektes PAISAP-NHH kw: 7,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman zum 28.02.2014 nach Abschluss des Projektes ePers kw: 2,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman zum 28.02.2014 nach Abschluss des Projektes ePers
A 10	21,50	1,00	12)	22,50	kw: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Abschluss des Projektes ePers
A 9	5,00			5,50	
A 9	15,00			15,00	
A 8	43,00			46,00	
A 7	0,00			2,00	

II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		10,00		1,00	-1,00	-7,00			3,00	
A 12						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 12						-5,00			-5,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 12						-2,00			-2,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 12		6,00							6,00	gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltbeschluss-Projekt ePers
A 12						-2,00			-2,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 12						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 12						2,00			2,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 12		1,00							1,00	gem. Art. 11 Nr. 11 Haushaltbeschluss
A 11		1,00							1,00	Sachbearbeitung für Qualitätssicherung und spezielle Berichtsprodukte
A 11		1,00							1,00	Fachgestaltung für steuerrelevante Verfahrensteile
A 11		1,00							1,00	Projekt PAISAP-NHH
A 11		1,00							1,00	Sachbearbeitung im Fachbereich Marketing und Vertrieb, Finanz- und Rechnungswesen
A 11		1,00							1,00	Stabstelle Fachbereichscontrolling Personal-service
A 11		1,00							1,00	Fachgestaltung für sozialversicherungsrechtliche Verfahrensteile
A 11		2,00							2,00	gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltbeschluss, Projekt PAISAP-NHH
A 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 11						-6,00			-6,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 11		8,00							8,00	gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltbeschluss-Projekt ePers
A 11		3,00							3,00	gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltbeschluss Projekt ePers
A 10		1,00							1,00	Fachgestaltung steuerrelevanter Verfahrensteile
A 8		1,00							1,00	Beihilfesachbearbeitung
A 8		1,00							1,00	Beihilfesachbearbeitung
A 8		2,00							2,00	Beihilfesachbearbeitung
A 7				-3,00					-3,00	Umsetzung des Projekts Reorganisation der Personalverwaltung

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/ 12	alter Vermerk 2010
A 12	7) kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat nach Abschluss des Projektes ePers	kw: 4,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat nach Abschluss des Projektes ePers
A 11	9) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman nach Beendigung des Projektes PAISAP-Archiv
A 11	11) kw: 2,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman nach Abschluss des Projektes PAISAP-NHH	kw: 2,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman nach Abschluss des Projektes NRV
A 12	25) kw: 6,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat zum 28.02.2014 nach Abschluss des Projektes ePers	
A 11	29) kw: 7,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman zum 28.02.2014 nach Abschluss des Projektes ePers	
A 11	30) kw: 2,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman zum 28.02.2014 nach Abschluss des Projektes ePers	
A 12	36) kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat Nach Abschluss des Projektes ePers	
A 12	39) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	

I. Stellenbestand

2011/ 12			2010	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl
<u>Beamtinnen/ Beamte</u> <u>Planstellen</u>				
Summe:	183,50			174,00

- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
B 2 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (5,00)
A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (6,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (5,00)
A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (0,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (8,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (24,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (48,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsüberinspektor (21,50)
A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (5,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (15,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (43,00)
A 7 Regierungsübersekretärin/ Regierungsübersekretär (0,00)

2011/ 12			2010	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl
<u>Leerstellen (kw) *</u>				
A 13	1,00			1,00
A 12	0,00			1,00
A 11	2,00			1,00
A 8	0,00			1,00
Summe:	3,00			4,00

- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsamt (0,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (2,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	ausgebracht gemäß	
					§ 50a (1)	
A 13	1,00			1,00	Nr. 7	
A 12	0,00			1,00	Nr. 7	
A 11	1,00			1,00	Nr. 6	
A 11	1,00			0,00	Nr. 7	
A 8	0,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	3,00			4,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängig	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		41,00	-3,00	1,00	-1,00	-20,00			18,00	
A 7			-1,00					-1,00		Konsolidierung
Summe Beamtinnen/ Beamte	0,00	41,00	-4,00	1,00	-1,00	-20,00	0,00	0,00	17,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-7,50	0,00	0,00	-7,50	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt	0,00	41,00	-4,00	1,00	-1,00	-27,50	0,00	0,00	9,50	

I. Stellenbestand

2011/ 12			2010	Vermerke	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	1,00			1,00	
E 14	4,00	1,00	37)	1,80	ku: 1,00 EntgGr. E 14 nach BesGr. E 13 nach Freiwerden der Stelle
E 13	11,00	4,00	17)	4,00	kw: 4,00 EntgGr. E 13 Nach Abschluss des Projektes ePers
		2,00	23)		kw: 2,00 EntgGr. E 13 Nach Beendigung des Projektes PAISAP-NHH
		2,00	31)		kw: 2,00 EntgGr. E 13 zum 28.02.2014 nach Abschluss des Projektes ePers
		1,00	41)		kw: 1,00 EntgGr. E 13 Nach Abschluss des Projektes eReise
E 12	4,00	1,00	33)	0,00	kw: 1,00 EntgGr. E 12 Nach Abschluss des Projektes ePers
E 11	35,00	1,00	22)	25,00	kw: 1,00 EntgGr. E 11 Nach Beendigung des Projektes PAISAP-NHH
		2,00	34)		kw: 2,00 EntgGr. E 11 zum 28.02.2014 nach Abschluss des Projektes ePers
		1,00	42)		kw: 1,00 EntgGr. E 11 zum 31.12.2012 Nach Beendigung des Projektes PAISAP-NHH
E 10	10,00	1,00	13)	14,00	Vermerk weggefallen

II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 15						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 14						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 14								1,00	1,00	Neubesetzung
E 14			1,00						1,00	Leitung Finanz- u. Rechnungswesen, Marketing und Vertrieb
E 14									-1,00	Einsparung
E 13					-1,00				1,00	Projekt ePers
E 13			1,00		-1,00				-1,00	Ende der Abordnung
E 13								3,00	3,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 13								3,00	3,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 13									-1,00	Neubesetzung
E 13								2,00	2,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 13								-1,00	-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 13			1,00						1,00	Projekt eReise
E 12						5,00			5,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 12						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 12					-2,00				-2,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 11					-1,00				-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 11					1,00				1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 11				-2,00					-2,00	Auflösung Taskforce Widersprüche
E 11				-1,00					-1,00	Reorganisation Grundlagenbereich Beihilfe
E 11								1,00	1,00	Stellenneubewertung
E 11								6,00	6,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 11								2,00	2,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 11									1,00	tarifliche Stellenbewertung
E 11								2,00	2,00	Stellenbewertung
E 11			1,00						1,00	Projekt eZeit
E 11				-1,00					-1,00	Reduktion Projekt PAISAP-NHH
E 11			1,00						1,00	Leitstelle eReise
E 10									-1,00	Gründung HR-Service-Center
E 10									1,00	Projekt ePers
E 10			1,00						1,00	Ausbau HR-Qualitätssicherung
E 10				1,00					-1,00	Stellenneubewertung
E 10								1,00	1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 10									-1,00	Konsolidierung
E 10					-1,00				-1,00	tarifliche Stellenbewertung
E 10									-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/ 12	alter Vermerk 2010
E 10	13) weggefallen	1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied
E 13	17) kw: 4,00 EntgGr. E 13 Nach Abschluss des Projektes ePers	
E 11	22) kw: 1,00 EntgGr. E 11 Nach Beendigung des Projektes PAISAP-NHH	
E 13	23) kw: 2,00 EntgGr. E 13 Nach Beendigung des Projektes PAISAP-NHH	
E 13	31) kw: 2,00 EntgGr. E 13 zum 28.02.2014 nach Abschluss des Projektes ePers	
E 12 E 11	33) kw: 1,00 EntgGr. E 12 Nach Abschluss des Projektes ePers 34) kw: 2,00 EntgGr. E 11 zum 28.02.2014 nach Abschluss des Projektes ePers	
E 14 E 13	37) ku: 1,00 EntgGr. E 14 nach BesGr. E 13 nach Freiwerden der Stelle 41) kw: 1,00 EntgGr. E 13 Nach Abschluss des Projektes eReise	
E 11	42) kw: 1,00 EntgGr. E 11 zum 31.12.2012 Nach Beendigung des Projektes PAISAP-NHH	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2011/ 12		Vermerk Nr.	2010	Anzahl	Vermerke
	Anzahl	davon				
Arbeitnehmer						
E 10		1,00	16)			<i>kw: 1,00 EntgGr. E 10 KW nach Abschluss des Projektes ePers</i>
E 9	35,00	2,00	19)	32,50		<i>kw: 2,00 EntgGr. E 9 Nach Abschluss des Projektes ePers</i>
E 9	2,00	1,00	15)	1,00		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 9 Nach Abschluss des Projektes ePers</i>
E 8	75,00			74,50		
E 6	4,00			4,00		
E 5	3,00	1,00	38)	1,87		<i>ku: 1,00 EntgGr. E 5 nach BesGr. E 3 nach Freiwerden der Stelle</i>
E 4	1,00			0,00		
E 3	7,00			7,00		
E 3	0,00			0,00		
E 2	2,00			0,00		
Summe:	194,00			166,67		
Summe (ohne *) insgesamt	377,50			340,67		

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängig	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	7,00	-6,00			20,00	2,00	-1,00	21,00	
E 10								-2,00		-2,00 Stellenbewertung
E 9					-3,00					-3,00 Umsetzung des Projektes Reorganisation der Personalverwaltungen
E 9			1,00							1,00 Bedarfsanpassung Nachversicherung
E 9			1,00							1,00 Projekt ePers
E 9			1,00							1,00 Finanzbuchhaltung
E 9				-1,00						-1,00 Konsolidierung
E 9			1,00							1,00 Aufstockung Leitstelle Beihilfe
E 9			1,00							1,00 Projekt ePers
E 8				-10,00						-10,00 Umsetzung des Projektes Reorganisation der Personalverwaltungen
E 8			1,00							1,00 Fallzahlenanstieg Beamtenversorgung
E 8			4,00							4,00 Einführung der Kostendämpfungspauschale
E 8			1,00							1,00 Verstärkung Anwendungsunterstützung
E 8				-1,00						-1,00 Haushaltkskonsolidierung
E 8				-2,00						-2,00 Konsolidierung
E 8			1,00							1,00 Beurlaubung § 95a HmbBG
E 8			1,00							1,00 Langzeitabordnung
E 6				-1,00						-1,00 Umsetzung des Projektes Reorganisation der Personalverwaltungen
E 6			1,00							1,00 Gründung Kundenzentrum
E 5			1,00							1,00 Umzug Normannenweg
E 4			1,00							1,00 Einrichtung der Scanstelle
E 3			1,00							1,00 Nachbesetzung Poststelle
E 3			1,00							1,00 Geschäftszimmer ZPD 42
E 3				-1,00						-1,00 Übernahme PSI
E 2			1,00							1,00 Umzug des ZPD
E 2			1,00							1,00 Geschäftsz.Beamtenvers.
Summe Arbeitnehmer	-1,00	27,00	-25,00	0,00	0,00	20,00	0,00	-1,00	20,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,20	-1,37	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,17	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7,50	0,00	1,00	8,50	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	-1,00	27,20	-26,37	0,00	0,00	27,50	0,00	0,00	27,33	
Summe (ohne *) insgesamt	-1,00	68,20	-30,37	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	36,83	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/12	alter Vermerk 2010
E 10	16) kw: 1,00 EntgGr. E 10 KW nach Abschluss des Projektes ePers	

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2011

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
Stellenneuschaffungen				
1	1145	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtman A 11	
		5,00	Regierungshauptsekretärin/Regierungshauptsekretär A 8	Einrichtung eines zentralen Shared Services für die Ab- rechnung von Dienstreisen *)

*) von der Bürgerschaft im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung 2011 bereits beschlossen (Drucksache 19/7794)

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltssjahre 2011/2012 Wirtschaftsplan

**für das „Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF)“
(§ 15 Abs. 2 LHO)**

zugleich auch als Erläuterung zu den Titeln

- 1140. 632.91 Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne
- 1140.685.02 Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung
- 1140.685.03 Betriebszuschuss für sonstige Personalkostenerstattungen an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung
- 1140.685.04 Betriebszuschuss NWK-Budget an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung
- 1140.685.05 Betriebszuschuss Ausbildungsoffensive an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung
- 1140.685.06 Betriebszuschuss Beschäftigungspool (Ausbildungsoffensive) an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung
- 1140.685.56 Betriebszuschuss für IT-Ausgaben an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung
- 1140.891.02 Investitionszuschuss aus dem Haushalt an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung
- 1140.892.56 Betriebszuschuss für IT-Technik an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Die Ansätze für Ausgaben (Personal- und Sachausgaben) sind je für sich gegenseitig deckungsfähig.
2. Minderausgaben bei Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden.
3. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250.000 EUR steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
4. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250.000 EUR übersteigen.
5. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
6. Die Verwendung nicht veranschlagter Einnahmen aus der Abgabe von Grundstücken bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft.

Anlage 2.3
**Wirtschaftplan
Zentrum für Aus- und Fortbildung**

Kontenbezeichnung	Ergebnis (kameralistisch)	Ergebnis (kameralistisch)	vorl. Ergebnis (kameralistisch)	Ansatz (doppisch)	Ansatz (doppisch)
	2008	2009	2010	2011	2012
	in Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
A. Erfolgsplan					
Erträge					
1. Erträge aus Geschäftstätigkeit					
1.1 Privatrechtliche Entgelte (Umsatzerlöse des Geschäftsbetriebes)	-	-	-	5.939	4.524
01111 Finanzierungsbeiträge Behörden, LHO-Betriebe (Festtitel)	-	-	-	5.939	4.524
01112 zusätzliche Erträge (außerhalb der Festtitel)	-	-	-	1.534	1.534
01113 zusätzliche Erträge "Projekt Qualifizierung Rückkehrende Asklepios-Kliniken"	-	-	-	630	720
01114 zusätzliche Erträge "Projekt Qualifizierung NHH"	-	-	-	700	700
01115 zusätzliche Erträge "Projekt Qualifizierungsoffensive"	-	-	-	1.150	1.200
01116 zusätzliche Erträge "Projekt HERAKLES"	-	-	-	1.300	0
01117 zusätzliche Erträge "Projekt SAP-Altverfahren"	-	-	-	525	300
weitere Erträge unter 1.1	-	-	-	100	70
1.2 Erträge aus Gebühren, Beiträgen und Aufwendungserersatz	-	-	-	0	0
1.3 Erträge aus Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgeldern, Geldstrafen	-	-	-	0	0
2. Erträge aus Transferleistungen	-	-	-	12.666	12.282
02111 Entgelte Leistungserbringung (Betriebszuschuss) (Titel: 114.685.02)	-	-	-	4.476	4.466
02112 Zuschuss FHH für laufende IT-Ausgaben (Titel: 1140.685.03)	-	-	-	283	283
02113 Zuschuss FHH für Versorgungszuschläge (Titel: 1140.632.91)	-	-	-	650	650
02114 Zuschuss FHH für NWK (Nachwuchskräfte) (Titel: 1140.685.04/05/06)	-	-	-	5.932	5.643
02115 Zuschuss FHH Versorgungszuschläge NWK (Titel: 1140.632.91)	-	-	-	1.325	1.240
weitere Zuschüsse unter 2.	-	-	-	0	0
3. Bestandsveränderungen / aktivierte Eigenleistungen	-	-	-	0	0
4. Sonstige Erträge	-	-	-	79	79
04111 Erträge aus Personalkostenerstattungen				32	32
04112 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen				47	47
weitere Erträge unter 4.	-	-	-	0	0
Gesamtsumme Erträge	3.870	5.271	5.822	18.684	16.885

Anlage 2.3
**Wirtschaftsplan
Zentrum für Aus- und Fortbildung**

Kontenbezeichnung	Ergebnis (kameralistisch)	Ergebnis (kameralistisch)	vorl. Ergebnis (kameralistisch)	Ansatz (doppisch)	Ansatz (doppisch)
	2008	2009	2010	2011	2012
	in Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
A. ERFOLGSPLAN					
<u>Aufwendungen</u>					
5. Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit	-	-	-	5.920	4.908
5.1 Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit*	-	-	-	423	409
05111 davon für Lebensmittel	-	-	-	100	98
weitere Aufwendungen unter 5.1				323	311
5.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen*	-	-	-	4.448	3.450
05211 davon für Dozentenleistungen	-	-	-	2.868	2.760
05212 davon für externe Fortbildungsleistungen	-	-	-	1.120	255
05213 davon für Studiengebühren (Kostenerstattung HAW)	-	-	-	116	95
05214 davon für Verwaltungsdienstleistungen Personalamt	-	-	-	208	208
weitere Aufwendungen unter 5.2				136	132
5.3 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten*	-	-	-	1.049	1.049
05311 davon für Mieten und Pachten	-	-	-	715	715
05312 davon für Betriebskosten	-	-	-	137	137
05313 davon für Gebäudereinigung	-	-	-	100	100
weitere Aufwendungen unter 5.3				97	97
6. Personalaufwand	-	-	-	12.209	11.889
6.1 Personalaufwand (ZAF-Beschäftigte)	-	-	-	4.935	4.984
6.1.1 Beschäftigungsentgelte (ZAF-Beschäftigte)	-	-	-	1.970	2.011
6.1.2 Beamtenbezüge (ZAF-Beschäftigte)	-	-	-	1.694	1.694
6.1.3 Sozialeistungen (ZAF-Beschäftigte)	-	-	-	451	459
06131 Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (AN-Bereich)	-	-	-	383	391
06132 Aufwand für Beihilfe und Unterstützungsleistungen	-	-	-	68	68
6.1.4 Versorgungsbezüge (ZAF-Beschäftigte) - Festbetrag	-	-	-	650	650
06141 Versorgung der Beamtinnen/Beamte	-	-	-	500	500
06142 Versorgung der Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	-	-	-	150	150
6.1.5 Sonst. Versorgungsleistungen (ZAF-Beschäftigte)	-	-	-	129	129
06151 Zuführung Pensionsrückstellung	-	-	-	81	81
06152 Zuführung Beihilfe-Rückstellung	-	-	-	48	48
06153 Zuführung Altersteilzeit-Rückstellungen	-	-	-	0	0
6.1.6 Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	-	-	-	41	41
6.2 Personalaufwand (NWK mD/gD)	-	-	-	7.274	6.905
6.2.1 Beschäftigungsentgelte (NWK mD/gD)	-	-	-	1.627	1.642
6.2.2 Beamtenbezüge (NWK mD/gD)	-	-	-	4.165	3.877

* gesonderter Ausweis einzelner Sachkonten innerhalb dieser Wirtschaftsplanposition, die einen Ansatz größer als 100 TEUR haben.

Anlage 2.3
**Wirtschaftsplan
Zentrum für Aus- und Fortbildung**

Kontenbezeichnung	Ergebnis (kameralistisch)	Ergebnis (kameralistisch)	vorl. Ergebnis (kameralistisch)	Ansatz (doppisch)	Ansatz (doppisch)
	2008	2009	2010	2011	2012
	in Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
6.2.3 Sozialleistungen (NWK mD/gD)	-	-	-	157	146
06231 Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (AN-Bereich)	-	-	-	0	0
06232 Aufwand für Beihilfe und Unterstützungsleistungen	-	-	-	157	146
6.2.4 Versorgungsbezüge (NWK mD/gD)	-	-	-	1.325	1.240
06241 Versorgung der Beamten/Beamte	-	-	-	1.178	1.092
06242 Versorgung der Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	-	-	-	147	148
7. Aufwendungen für Transferleistungen	-	-	-	0	0
8. Abschreibungen	-	-	-	203	203
08111 auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-	-	-	203	203
08112 auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	-	-	-	0	0
9. Sonstige Aufwendungen*	-	-	-	769	771
09111 davon für IT-Betriebs- und Supportkosten	-	-	-	208	208
09112 davon für IT-Dienstleistungen	-	-	-	211	211
09113 davon für Öffentlichkeitsarbeit und Werbung/ Marketing	-	-	-	150	150
weitere Aufwendungen unter 9.				200	202
Gesamtsumme Aufwendungen	8.746	10.392	10.820	19.101	17.771
10. Ergebnis d. Ifd. Geschäftstätigkeit	-	-	-	-417	-886
11. Erträge aus Beteiligungen	-	-	-	0	0
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-	0	0
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	-	0	0
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	-	-	0	0
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-	-	0	0
16. Finanzergebnis	-	-	-	0	0
17. Ordentliches Ergebnis	-	-	-	-417	-886
18. Außerordentliche Erträge*	-	-	-	82	82
18111 Erträge aus Gewährleistung der Versorgungs- zusagen durch die FHH	-	-	-	82	82
weitere Erträge unter 18.	-	-	-	0	0
19. Außerordentliche Aufwendungen	-	-	-	0	0
20. Außerordentliches Ergebnis	-	-	-	82	82
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-	-	-	0	0
22.1 Erträge aus Verlustübernahme aus dem Haushalt der FHH (Zuschüsse)	-	-	-	0	0
22.2 Aufwand aus Gewinnabführung an den Haushalt FHH	-	-	-	0	0
23. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	- 4.876	- 5.121	- 4.998	- 335	- 804

* gesonderter Ausweis einzelner Sachkonten innerhalb dieser Wirtschaftsplanposition, die einen Ansatz größer als 100 TEUR haben.

Anlage 2.3
**Wirtschaftsplan
Zentrum für Aus- und Fortbildung**

Kontenbezeichnung	Ergebnis (kameralistisch)	Ergebnis (kameralistisch)	vorl. Ergebnis (kameralistisch)	Ansatz (doppisch)	Ansatz (doppisch)
	2008	2009	2010	2011	2012
	in Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
B. Finanzierungsplan					
I. Finanzbedarf					
1. Investitionen					
I.1.1 Gebäude	0	0	0	0	0
I.1.2 Maschinen und Anlagen	0	0	0	0	0
I.1.3 IT- Investitionen	0	0	0	0	0
I.1.4 Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.384	117	57	0	0
I.1.5 Sonstige Investitionen	0	0	0	0	0
Summe 1.	1.384	117	57	0	0
2. Sonstiger Finanzbedarf					
I.2.1 Abdeckung d. i. Vorjahr nichtgedeckten Finanzbedarfs	0	0	0	0	0
I.2.2 Ablieferung an den Haushalt	0	0	10	0	0
I.2.3 Jahresfehlbetrag	4.876	5.121	4.998	335	804
Summe 2.	4.876	5.121	5.008	335	804
Gesamtsumme Finanzbedarf	6.260	5.238	5.064	335	804
II. Deckungsmittel					
Liquiditätsmittel zur (kurzfristigen) Deckung des Finanzbedarfs					
II.1 Jahresüberschuss	0	0	0	0	0
II.2 Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	2.133	1.245	1.124	0	0
II.3 Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage – nicht verbrauchte Deckungsmittel	-	-	-	335	647
II.4 Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage – nicht verbrauchte Deckungsmittel (Restvermögen Auflösung Verwaltungsseminar Kupferhöfe.V.)	-	-	-	0	157
II.5 Investitionszuschuss für IT-Technik (Titel 1140.892.56)	10	0	0	0	0
II.6 Investitionszuschuss aus dem Haushalt (Titel 1140.891.02)	575	0	0	0	0
II.7 Betriebszuschuss aus dem Haushalt (Titel 1140.685.02)	4.151	4.375	4.728	-*	-*
II.8 Versorgungszuschläge ZAF-Beschäftigte (Titel:1140.632.91)	494	599	623	-*	-*
II.9 Betriebszuschuss für IT-Ausgaben (Titel 1140.685.56)	142	142	142	-*	-*
II.10 Betriebszuschuss für sonstige Personalkostenerstattungen (Titel 1140.685.03)	-	-	-	-**	-**
II.11 Betriebszuschuss für NWK-Budget (Titel 1140.685.04)	-	-	-	-*	-*
II.12 Betriebszuschuss NWK-Ausbildungsoffensive (Titel 1140.685.05)	-	-	-	-*	-*
II.13 Betriebszuschuss für Beschäftigungspool Ausbildungsoffensive (Titel:1140.685.06)	-	-	-	-*	-*
II.14 Versorgungszuschläge NWK (Titel:1140.632.91)	-	-	-	-*	-*
Summe Deckungsmittel	7.505	6.362	6.618	335	804
III. Noch verfügbare Deckungsmittel (+)	1.245	1.124	1.553	0	0
III. Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)	-	-	-	-	-

* Diese Zuschüsse werden künftig unter den Erträgen aus Transferleistungen ausgewiesen.

** Dieser Zuschuss wird künftig unter den außerordentlichen Erträgen ausgewiesen.

ERLÄUTERUNGEN

Erläuterungen zu den Positionen des Wirtschaftsplans

Vorbemerkung:

Das Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF) beabsichtigt die Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens (Doppik) rückwirkend zum 01.01.2011. Diese Umstellung ist verbunden mit der zwingenden Umsetzung eines neuen Kontenplans und einer neuen Wirtschaftsplanstruktur. Darüber hinaus sind durch die Doppik bedingte inhaltliche Anpassungen bzw. Ergänzungen in den einzelnen Wirtschaftsplanpositionen erforderlich gegenüber dem bisher in die Haushaltsberatung eingebrochenen Wirtschaftsplanentwurf 2011/2012.

In diesem Zusammenhang ist ein Überleitungsplan beigefügt, der die bisherigen kameralistischen Wirtschaftsplanpositionen in den neuen doppischen Wirtschaftsplanentwurf für 2011/2012 übersetzt.

Die wesentlichen Veränderungen im Wirtschaftsplan sind:

- Die Auflösung der bisherigen Budgetstruktur (z.B. das Budget „zentrale/dezentrale Fortbildung“ oder das Budget „Ausbildung“). Künftig werden alle Erträge und Aufwendungen in der für die Doppik typischen sachorientierten Kontenstruktur dargestellt.
- Die Ausweisung der betrieblichen Zuschüsse bei den Erträgen (Erträge aus Transferleistungen). Da diesen Zuschüssen konkrete erbrachte Leistungen gegenüberstehen, sind sie als Erträge zu werten. Damit erfolgt keine Ausweisung der betrieblichen Zuschüsse mehr im Finanzierungsplan.
- Die Änderungen in der Berechnung der Versorgungszuschläge für die ZAF-Beschäftigten. Hier wird künftig ein Festbetrag zugrunde gelegt, woraus sich auch entsprechende Anpassungen im dem gegenüberstehenden Zuschuss/Ertragsposition für Versorgungszuschläge der ZAF-Beschäftigten ergeben.
- Die Berücksichtigung von Abschreibungen auf das immaterielle und das materielle Anlagevermögen (AfA).
- Die Berücksichtigung von Zuführungen zu den Personalrückstellungen (Pensions-, Beihilfe- und Altersteilzeitrückstellungen) für die ZAF-Beschäftigten.

Der Wirtschaftsplan setzt sich wie bisher auch aus einem Erfolgsplan mit den Erträgen und Aufwendungen sowie einem Finanzierungsplan mit dem erforderlichen Finanzbedarf und den benötigten Deckungsmitteln zusammen.

A. Erfolgsplan

In den Geschäftsjahren 2011 und 2012 ist die Ertragsseite insbesondere durch die Projekte mit hohen Umsatzerlösen geprägt, durch die sich dann auf der Aufwendungsseite entsprechende Erhöhungen bei den Material- und Personalaufwendungen ergeben.

E r t r ä g e

Die Gesamterträge setzen sich aus den Erträgen im Rahmen der Geschäftstätigkeit des ZAF (privatrechtliche Entgelte), aus den Erträgen in Form von Transferleistungen (Zuschüsse/Leistungsentgelte) sowie den sonstigen Erträgen zusammen:

1. Erträge aus Geschäftstätigkeit

1.1 Privatrechtliche Entgelte

Unter den privatrechtlichen Entgelten werden die Erträge aggregiert, die sich aus den Umsatzerlösen der fach- und ressortübergreifenden Fortbildung, der IT-Fortbildung, der projektbezogenen Fortbildung, dem Veranstaltungsmanagement (Vermietung von Räumlichkeiten), der externen Eignungsdiagnostik oder den Kostenbeiträgen für die Teilnahme an den Ausbildungsgängen anderer Behörden/Länder ergeben.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Ertragspositionen

- **01111 Erträge aus den Finanzierungsbeiträgen der Behörden, LHO-Betriebe (Festtitel):**

Hier sind die Erträge aus den Finanzierungsbeiträgen der Behörden und Ämter für das Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF) veranschlagt. Die Finanzierungsbeiträge der Behörden und Ämter sind in den jeweiligen Einzelplänen in den Festtiteln 525.92 veranschlagt bzw. sind sie in den Wirtschaftsplänen der Betriebe nach §§ 15, 26 LHO in Sonderkonten ausgewiesen.

Die Finanzierungsbeiträge der Behörden und Ämter sind gegenüber dem Ansatz 2010 leicht gesunken.

Die Höhe der Finanzierungsbeiträge der Behörden und Ämter ist von der Anzahl der Beschäftigten abhängig (ohne Berücksichtigung von Berufsgruppen, die eigene Fortbildungsträger haben, wie z.B. Richter, Polizei, Feuerwehr, Lehrer, Sozialpädagogen; auch das wissenschaftliche Personal ist davon ausgenommen). Bei leicht sinkenden Beschäftigtenzahlen ist der Ansatz pro Beschäftigten konstant gehalten (zurzeit 76,- €).

Die Ansätze für die Erträge aus den Finanzierungsbeiträgen der Behörden und Ämter für die Jahre 2011 und 2012 betragen jeweils **1.534 Tsd. Euro**.

- **01112 Zusätzliche Erträge – außerhalb Festtitel:**

Das Fortbildungsvolumen im Auftrag Dritter ist in den vergangenen Jahren steigend gewesen. Die größten Positionen (siehe die nachfolgenden zusätzlichen Erträge – Projekte) sind künftig in gesonderten Einzelpositionen über die Kosten- und Leistungsrechnung des ZAF (Kostenträger) abgebildet.

In dieser Ertragsposition werden daher nur die erwarteten Erträge aus dem Veranstaltungsmanagement (Vermietung von Räumlichkeiten) und der Inanspruchnahme von Teilnahmeplätzen der zentralen Fortbildung durch Dritte (z.B. HPA, Dataport), Budgeterhöhungen der dezentralen fach- und ressortübergreifenden Fortbildung sowie Leistungen der Ausbildung (z.B. Eignungsdiagnostik, Kostenbeiträge für die Teilnahme an den Ausbildungsgängen durch andere Länder bzw. Behörden) in Höhe von **630 Tsd. Euro** (2011) bzw. **720 Tsd. Euro** (2012) veranschlagt.

- 01113 Zusätzliche Erträge – Projekt Qualifizierung Rückkehrende Asklepios-Kliniken:

Hier werden die Erträge aus den Fortbildungsleistungen veranschlagt, die das ZAF im Auftrag des Personalamtes für die Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus den Asklepios-Kliniken realisiert. Die in diesem Kontext zu leistenden Qualifizierungsanstrengungen werden sich auch in die Wirtschaftsjahre 2011/2012 erstrecken.

Die Ansätze in Höhe von jeweils **700 Tsd. Euro** haben ihre Entsprechung im Einzelplan des Personalamtes 1140.525.72 (Z-Titel).

- 01114 Zusätzliche Erträge – Projekt Qualifizierung NHH:

Hier werden die Erträge aus den Fortbildungsleistungen veranschlagt, die das ZAF im Auftrag des Projektes NHH realisiert. Die in diesem Kontext zu leistenden Qualifizierungsanstrengungen werden sich hinaus in die Wirtschaftsjahre 2011/2012 (voraussichtlich bis 2013) erstrecken.

Die hier veranschlagten Erträge in Höhe von **1.150 Tsd. Euro** (2011) bzw. **1.200 Tsd. Euro** (2012) werden aus Mitteln des Projektes NHH finanziert.

- 01115 Zusätzliche Erträge – Projekt IT-Qualifizierungsoffensive:

Hier werden die Erträge aus den Fortbildungsleistungen veranschlagt, die das ZAF im Rahmen der mit der Finanzbehörde vereinbarten IT-Qualifizierungsoffensive realisiert. Diese war auf 3 Jahre angesetzt (2008 bis 2010). Neben der deutlichen Steigerung der IT-Kompetenz der Beschäftigten wird über die IT-Qualifizierungsoffensive auch der Umstieg auf Office 2007 geleistet. Da sich insbesondere die Umstellung auf Office 2007 in den Behörden teilweise verzögert, werden auch im Jahr 2011 noch entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen umgesetzt.

Es werden Erträge in Höhe von **1.300 Tsd. Euro** für 2011 erwartet, die im Rahmen der zentralen IT-Mittel (Einzelplan 9.2) finanziert werden.

- 01116 Zusätzliche Erträge – Projekt HERAKLES:

Hier werden die Erträge aus den Fortbildungsleistungen veranschlagt, die das ZAF für das Projekt HERAKLES erbringt. Es werden in diesem Zusammenhang Finanz- und Bilanzbuchhalter/-innen qualifiziert.

Die hier veranschlagten Erträge in Höhe von **525 Tsd. Euro** (2011) bzw. **300 Tsd. Euro** (2012) werden vom Projekt HERAKLES der Finanzbehörde finanziert.

- 01117 Zusätzliche Erträge – Projekt SAP-Altverfahren:

Seit dem Wirtschaftsjahr 2010 hat das ZAF die Zuständigkeit für die Planung und Organisation der Qualifizierungsmaßnahmen für das SAP-Altverfahren von der Finanzbehörde übernommen.

Es werden Erträge von **100 Tsd. Euro** (2011) für 2011 bzw. **70 Tsd. Euro** (2012) erwartet, die im Einzelplan 9.1 der Finanzbehörde veranschlagt sind.

2. Erträge aus Transferleistungen

Die Erträge aus Transferleistungen umfassen die gesamten betrieblichen Zuschüsse der FHH an das ZAF (die Investitionszuschüsse sind hiervon nicht betroffen). Hierbei handelt es sich zum einen um die Entgelte für die erbrachten Leistungen des ZAF gegenüber dem Personalamt (z.B. für Leistungen im Rahmen des zentralen Fortbildungsangebotes, der Nachwuchskräftekrutierung und -betreuung in der Ausbildung des mittleren und gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes oder der theoretische Ausbildung von Nachwuchskräften an der

Verwaltungsschule) sowie zum anderen um die dem ZAF zur Verfügung gestellten Finanzmittel im Rahmen der Finanzierung der Entgelte und Bezüge der Nachwuchskräfte.

Die Erträge aus Transferleistungen, die als **Leistungsentgelt** zu betrachten sind, stellen sich im Einzelnen durch folgende Ertragspositionen dar:

- 02111 Entgelte für Leistungserbringung (Betriebszuschuss) - Titel: 1140.685.0

Diese Zuschussposition deckt den Hauptteil der sachlich und personell entstandenen Aufwendungen im Rahmen der vom ZAF für das Personalamt erbrachten Leistungen (s.o.) ab (z.B. Aufwendungen für Dozentenleistungen, Lehr- und Unterrichtsmaterialien, Lebensmittel oder externe Fortbildungsleistungen bzw. die eingesetzten Personalressourcen des ZAF). Er beträgt im Geschäftsjahr 2011 **4.476 Tsd. Euro** und im Geschäftsjahr 2012 **4.466 Tsd. Euro**.

Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2009/2010 haben sich für den Betriebszuschuss aus dem Haushalt (neu: Entgelte für Leistungserbringung - Betriebszuschuss) folgende inhaltliche Veränderungen ergeben:

	<u>2011</u>	<u>2012</u>
<i>Alter Betriebszuschuss aus dem Haushalt (Basis: 2010)</i>	4.545 Tsd. Euro	4.545 Tsd. Euro
Verzicht auf die für 2010 geplante Ausweitung der neuen – obligatorischen – Führungsfortbildung durch eine entsprechende Senkung des Zuschusses des Personalamtes (Konsolidierungsbeitrag des ZAF)	-125 Tsd. Euro	- 125 Tsd. Euro
Ansatz erhöhung wegen Verlagerung des Ansatzes für Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit im Rahmen des Berufsbildungsgesetzes vom Personalamt zum ZAF (Titel 1140.412.01)	+ 16 Tsd. Euro	+ 16 Tsd. Euro
Zuführung der tariflich bzw. gesetzlich bedingten Steigerungen im Bereich der Personalausgaben durch eine entsprechende Erhöhung des Zuschusses des Personalamtes	+ 198 Tsd. Euro	+ 201 Tsd. Euro
Ansatzreduzierung aufgrund der Verschiebung des Ansatzes für Aufwendungen für Telefonie in den Zuschuss FHH für laufende IT-Ausgaben (Titel: 11740.685.56)	- 50 Tsd. Euro	- 50 Tsd. Euro
Teilweise Deckung des strukturellen Zuschussbedarfs, der im Wirtschaftsjahr 2010 einmalig durch Entnahme aus der Rücklage finanziert wurde (Auflösung des Vermögens Verwaltungsseminar Kupferhof e.V.)	+ 150 Tsd. Euro	+ 150 Tsd. Euro
Ansatzreduzierung aufgrund der Umsetzung des Konsolidierungsbeitrags II (insbesondere Verminderung der Personalkosten)	- 157 Tsd. Euro	- 154 Tsd. Euro
Ansatzreduzierung aufgrund der Kürzung des Weihnachtsgeldes für die Beamtinnen und Beamten	- 73 Tsd. Euro	- 73 Tsd. Euro
Veränderungen aufgrund der Umsetzung der Ausbildungsoffensive:		
Beendigung zusätzlicher Aufwendungen zur Personalauswahl im Rahmen der Ausbildungsoffensive	- 73 Tsd. Euro	- 73 Tsd. Euro
Erhöhter Personalbedarf der Lehrkräfte der Verwaltungsschule	+ 55 Tsd. Euro	+ 39 Tsd. Euro

Ansatzreduzierung aufgrund der Verschiebung des Ansatzes für zusätzliche Aufwendungen für IT-Accounts für die NWK der Ausbildungsoffensive in den Zuschuss FHH für laufende IT-Ausgaben (Titel: 11740.685.56) - 10 Tsd. Euro - 10 Tsd. Euro

Neuer Betriebszuschuss aus dem Haushalt 4.476 Tsd. Euro 4.466 Tsd. Euro
(neu: Entgelte Leistungserbringung – Betriebszuschuss)

- 02112 Zuschuss FHH für laufende IT-Ausgaben – Titel: 1140.685.56

Dieser Zuschuss deckt im Rahmen der Leistungsentgelte die speziellen Aufwendungen für IT-Dienstleistungen, für IT-Verbrauchs- oder Kleinmaterial (GWG), für Telefonkosten (Einheiten) sowie für sonstige Aufwendungen der Telekommunikation (Sonderleistungen wie z.B. Telearbeitsplätze, Mobiltelefone) ab. Die Entwicklung in diesem Zuschuss ist im Wesentlichen geprägt durch die zusätzlichen Aufwendungen im Rahmen der Ausbildungsoffensive, die Neuberechnung der Großkundenvereinbarung mit Dataport (BASIS) sowie die Ansatzverschiebungen (z.B. für die Telefonie) aus den Entgelten für die Leistungserbringung (ehemals Betriebszuschuss aus dem Haushalt) in diesen Zuschuss. Er beträgt in den Geschäftsjahren 2011 und 2012 jeweils **283 Tsd. Euro** und hat sich damit gegenüber dem Ansatz von 2010 aus den zuvor genannten Gründen um insgesamt 141 Tsd. Euro erhöht.

- 02113 Zuschuss FHH für Versorgungszuschläge (ZAF-Beschäftigte) – Titel: 1140.632.91

Mit der Einführung der doppelten Buchführung wird gemäß den Verwaltungsvorschriften zu § 26 LHO künftig für die Versorgungsbezüge der Beamtinnen/Beamten und der Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer in den Aufwendungen ein sogenannter „Festbetrag“ eingestellt (siehe auch die Erläuterungen in der entsprechenden Aufwandsposition). Gemäß dieser Festlegung ist auch der Zuschuss für Versorgungszuschläge entsprechend anzupassen.

Der Zuschuss für die Versorgungszuschläge der ZAF-Beschäftigten beträgt somit ab dem Wirtschaftsjahr 2011 insgesamt **650 Tsd. Euro**. Unter kameralistischen Gesichtspunkten hätte dieser Zuschuss im Wirtschaftsjahr 2011 720 Tsd. Euro (+ 70 Tsd. Euro) und im Wirtschaftsjahr 2012 724 Tsd. Euro (+ 74 Tsd. Euro) betragen müssen.

Die Erträge aus Transferleistungen, die im Rahmen der **Finanzierung der Entgelte und Bezüge** der Nachwuchskräfte dem ZAF als Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden, stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

- 02114 Zuschuss FHH für NWK (Nachwuchskräfte) – Titel: 1140.685.04/05/06

Die Ansätze für Personalaufwendungen der Nachwuchskräfte im mittleren/gehobenen Dienst sind bis einschließlich der Haushaltss Jahre 2009/2010 im Einzelplan des Personalamtes (Titelgruppe Z 70) dargestellt worden. Um die Transparenz im Hinblick auf die Ausbildungskosten für den mittleren und gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst zu erhöhen, werden sie künftig im Wirtschaftsplan des ZAF abgebildet. Das ZAF bekommt hierfür Mittel per Zuschuss zur Verfügung gestellt.

Dieser Zuschuss setzt sich aus den Zuschüssen für das reguläre NWK-Budget, das NWK-Budget der Ausbildungsoffensive und dem Budget für den Beschäftigungs pool der Ausbildungsoffensive zusammen.

Für das reguläre NWK-Budget (ohne Ausbildungsoffensive) werden Mittel zur Deckung des Finanzbedarfs in Höhe von 5.218 Tsd. Euro (2011) bzw. 4.790 Tsd. Euro (2012) benötigt.

Für das NWK-Budget der Ausbildungsoffensive werden Mittel zur Deckung des Finanzbedarfs in Höhe von 714 Tsd. Euro im Jahr 2011 und 653 Tsd. Euro im Jahr 2012 benötigt.

Für das Budget des Beschäftigungspools der Ausbildungsoffensive werden erst im Wirtschaftsjahr 2012 Mittel zur Deckung des Finanzbedarfs in Höhe von 200 Tsd. Euro benötigt.

Insgesamt ergeben sich hier Erträge in Höhe von **5.932 Tsd. Euro** in 2011 und **5.643 Tsd. Euro** in 2012.

Siehe hierzu Bürgerschaftsdrucksachen 19/2250 sowie 19/3921.

- **02115 Zuschuss FHH Versorgungszuschläge (Nachwuchskräfte) – Titel: 1140.632.91**

Für die Versorgungszuschläge der NWK insgesamt entsteht ein Zuschussbedarf in Höhe von **1.325 Tsd. Euro** im Jahr 2011 bzw. **1.240 Tsd. Euro** im Jahr 2012. Die Regelung für einen „Festbetrag“ wie für die ZAF-Beschäftigten (s.o.) gilt für den Budgetbereich der Nachwuchskräfte nicht, da es sich hierbei nicht um Beschäftigte des ZAF, sondern der FHH handelt.

4. Sonstige Erträge

Unter den sonstigen Erträgen in Höhe von **79 Tsd. Euro** werden die Positionen „Erträge aus Personalkosten-erstattungen“ und „Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen“ ausgewiesen.

- **04111 Erträge Personalkostenerstattungen**

Der Ansatz für dieses Konto umfasst 32 Tsd. Euro, die das ZAF für die Leistungen eines Mitarbeiters erhält, der neben seiner Tätigkeit im ZAF zusätzlich die Funktion der Ausbildungsleitung für die Senatskanzlei und das Personalamt (einschließlich Zentrum für Personaldienste und ZAF) wahrnimmt. Dies entlastet zumindest monetär den Stellenplan des ZAF um ca. 1/2 Stelle A12.

- **04112 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen**

Der Ansatz für dieses Konto umfasst 47 Tsd. Euro, die sich (voraussichtlich) aus der Auflösung der Alters- teilzeitrückstellungen zum 31.12.2011 ergeben werden. Diese Position stellt sich im Wirtschaftsplan ab- schließend erfolgsneutral dar, da hier gemäß den Verwaltungsvorschriften zu § 26 LHO gegen diesen Ertrag eine negative Ertragsbuchung in gleicher Höhe auf dem Ertragskonto „Erträge aus Gewährleistung der Ver- sorgungszusagen durch die FHH“, welches unter den außerordentlichen Erträgen ausgewiesen ist, erfolgt.

A u f w e n d u n g e n

Die Gesamtaufwendungen des ZAF setzen sich aus den Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit, den Personalaufwendungen für ZAF-Beschäftigte und NWK, den Abschreibungen sowie den sonstigen Aufwendungen zusammen. Dabei sind gegenüber den ehemaligen Ansätzen im Wirtschaftsplan 2010 die im Rahmen der Konsolidierung I + II zu erbringenden Beiträge berücksichtigt worden.

5. Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit

Die Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit umfassen die wesentlichen sachlichen Aufwendungen, die im Rahmen der Entstehung von Leistungen in der Aus- und Fortbildung anfallen. Sie entsprechen damit weitestgehend den ehemaligen „*Materialaufwendungen*“ sowie den Aufwendungen für „*Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung*“.

5.1 Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit

Diese Wirtschaftsplanposition setzt sich u.a. zusammen aus den Aufwendungen für die erforderlichen Lehr- und Unterrichtsmaterialien, für Kopierleistungen, für Lebensmittel (05111), für die Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter (GWG) sowie für Betriebs- und Hilfsstoffe, Energie (Strom und Fernwärme) und Material im Rahmen der Reparatur/ Instandhaltung des Gebäudes und der Maschinen/Geräte.

Insgesamt ergibt sich hier ein Aufwand in Höhe von **423 Tsd. Euro** in 2011 und **409 Tsd. Euro** in 2012.

5.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen

Diese Wirtschaftsplanposition setzt sich u.a. zusammen aus den Aufwendungen für Dozentenleistungen (05211), für externe Fortbildungsleistungen (05212) wie z.B. Einzelentsendungen oder die IT-Fortbildung, für externe Serviceleistungen wie z.B. externe Veranstaltungsräume oder Tagungspauschalen, für Cateringleistungen, für Methoden-/ Konzeptionsentwicklung (z.B. Weiterentwicklung des Studiengangs an der HAW), für Studiengebühren/Kostenerstattung an die HAW (05213) in der Ausbildung wie z.B. die Kostenerstattungen an die HAW), für die vom Personalamt bezogenen Verwaltungsdienstleistungen (05214) sowie für Fremdinstandhaltung/Wartungsarbeiten des Gebäudes und der Maschinen/Geräte.

Insgesamt ergibt sich hier ein Aufwand in Höhe von **4.448 Tsd. Euro** in 2011 und **3.450 Tsd. Euro** in 2012.

5.3 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten

Diese Wirtschaftsplanposition setzt sich u.a. zusammen aus den Aufwendungen für Mieten und Pachten (05311), für die Betriebskosten des Gebäudes (05312), für Leasing (z.B. für die Kopiergeräte), für die Führung der Geschäftskonten bei der Kasse.HH, für Prüfungen und Beratungen (z.B. die Dienste der Vorprüfstelle), für Gebäude-reinigung (05313), für Sicherheit und Alarmanlagen sowie für die Inanspruchnahme von externen Personaldienstleistungen (z.B. die Servicekräfte im Veranstaltungsbereich).

Insgesamt ergibt sich hier ein Aufwand in Höhe von jeweils **1.049 Tsd. Euro** in 2011 und 2012.

Erläuterungen zum Überleitungsplan:

In diesen drei Wirtschaftsplanpositionen sind unter anderem auch die gesamten ehemaligen „*Miet-, Bewirtschaftungs- und Bauunterhaltungsaufwendungen*“ für das Objekt am Standort des ZAF im Normannenweg 26 enthalten. Für die Mietkosten sind 715 Tsd. Euro, für die Bewirtschaftungskosten (Betriebs- und Heizkosten, Reinigungskosten, Stromkosten und sonstige Wartung) insgesamt 356 Tsd. Euro und für die Bauunterhaltungskosten 29 Tsd. Euro veranschlagt.

6. Personalaufwand

Die Wirtschaftsplanposition für den Personalaufwand unterteilt sich zum einen in die Aufwendungen für die Beschäftigten des ZAF und zum anderen in die Aufwendungen, die in Zusammenhang mit der Vergütung der Nachwuchskräfte im mittleren und gehobenen Dienst stehen. Sie entsprechen damit weitestgehend den ehemaligen „Personalaufwendungen“.

6.1 Personalaufwand (ZAF-Beschäftigte)

Aufgrund des in den letzten Jahren erheblich gestiegenen Auftragsvolumens in der Fortbildung haben sich die Anzahl der Beschäftigten und die Personalaufwendungen des ZAF erhöht. Die Ansätze für die Personalaufwendungen bilden deshalb den real benötigten Personalbedarf ab.

6.1.1 Beschäftigungsentgelte (ZAF-Beschäftigte)

Diese Wirtschaftsplanposition umfasst die Beschäftigungsentgelte der ZAF-Beschäftigten. Sie weisen einen Ansatz in 2011 in Höhe von **1.970 Tsd. Euro** und in 2012 in Höhe von **2.011 Tsd. Euro** aus.

6.1.2 Beamtenbezüge (ZAF-Beschäftigte)

Diese Wirtschaftsplanposition umfasst die Beamtenbezüge der ZAF-Beschäftigten. Sie weisen einen Ansatz für 2011 und 2012 in Höhe von jeweils **1.694 Tsd. Euro** aus.

6.1.3 Sozialleistungen (ZAF-Beschäftigte)

Diese Wirtschaftsplanposition umfasst die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung (06131) sowie die Aufwendungen für Beihilfe und Unterstützungsleistungen der ZAF-Beschäftigten (06132) in Höhe von insgesamt **451 Tsd. Euro** in 2011 und **459 Tsd. Euro** in 2012.

6.1.4 Versorgungsbezüge (ZAF-Beschäftigte)

Diese Wirtschaftsplanposition umfasst die Versorgungsbezüge der Beamten/Beamten (06141) in 2011 und 2012 in Höhe von 500 Tsd. Euro sowie der Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer (06142) in 2011 und 2012 in Höhe von 150 Tsd. Euro.

Mit der Einführung der doppelischen Buchführung ist gemäß den Verwaltungsvorschriften zu § 26 LHO für die Versorgungsbezüge der Beamten/ Beamten und der Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer ein sogenannter „Festbetrag“ einzustellen. Die Basis für die Berechnung des Festwertes waren die im vorletzten Jahr (vor Umstellung auf die Doppik) tatsächlichen gezahlten Versorgungszuschläge des ZAF. Dieser Betrag ist nach einer Berechnung durch das Zentrum für Personaldienste (ZPD) auf insgesamt 650 Tsd. € (500 Tsd. € für Beamten/Beamte + 150 Tsd. € für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer) festgelegt und mit der Finanzbehörde abgestimmt worden. Dieser neue Festbetrag bleibt für die Zukunft konstant und wird nicht jährlich neu berechnet. Entsprechend dieser Festlegung für die Versorgungszuschläge ist auch der Zuschuss für Versorgungszuschläge entsprechend angepasst worden.

6.1.5 Sonstige Versorgungsleistungen (ZAF-Beschäftigte)

Diese Wirtschaftsplanposition umfasst die voraussichtlichen Aufwendungen für die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen (06151) in Höhe von 81 Tsd. Euro, den Beihilferückstellungen (06152) in Höhe von 48 Tsd. Euro sowie den Altersteilzeitrückstellungen (06153). Im Falle der Altersteilzeitrückstellungen ist in den folgenden beiden Jahren davon auszugehen, dass hier eine Auflösung des Rückstellungsbestandes (04112) jeweils in Höhe von 47 Tsd. Euro erfolgen wird. Die Berücksichtigung von Personalrückstellungen (Pensions-, Beihilfe- und Altersteilzeitrückstellungen) erhöht die Personalaufwendungen in 2011/2012 um 129 Tsd. Euro..

Die Aufwendungen für die Zuführungen zu den Rückstellungen werden jedoch gemäß den Verwaltungsvorschriften zu § 26 LHO durch entsprechende Ertragsbuchungen (Erträge aus Gewährleistung der Versorgungszusagen durch die FHH) wieder neutralisiert, so dass sie sich im Erfolgsplan als erfolgsneutrale Position darstellen.

6.1.6 Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter

Unter dieser Position sind insbesondere Honorarmittel in Höhe von 25 Tsd. Euro für die Verwaltungsschule veranschlagt und erstmalig ist hier auch der Ansatz für Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige (Aufwandsentschädigung) im Zusammenhang mit der Durchführung von Prüfungen nach dem Berufsbildungsgesetz in Höhe von 16 Tsd. Euro abgebildet. Der Gesamtumfang dieses Ansatzes beträgt **41 Tsd. Euro**.

In der Summe betragen die Ansätze für Personalaufwendungen der ZAF-Beschäftigten in 2011 4.935 Tsd. Euro und in 2012 4.984 Tsd. Euro (inkl. Personalrückstellungen jeweils in Höhe von 129 Tsd. Euro). Die aufgrund der geplanten Reduzierung des Weihnachtsgeldes für Beamtinnen und Beamte erzielten Einsparungen betragen hier jeweils insgesamt 94 Tsd. Euro für die Jahre 2011 und 2012.

6.2 Personalaufwand (NWK mD/gD)

Die entsprechenden Ansätze für die Personalaufwendungen der Nachwuchskräfte im mittleren/gehobenen Dienst sind bis einschließlich der Haushaltsjahre 2009/2010 im Einzelplan des Personalamtes (Titelgruppe Z 70) dargestellt worden. Um die Transparenz im Hinblick auf die Ausbildungskosten für den mittleren und gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst zu erhöhen, werden sie künftig im Wirtschaftsplan des ZAF abgebildet.

Im Vergleich zu den Ansätzen und Ergebnissen der vorherigen Haushaltjahre ist zu berücksichtigen, dass die Anzahl der Nachwuchskräfte (NWK), die aus diesen Budgets finanziert wird, zum Teil erheblich angewachsen ist. Gegenüber den in den Vorjahren im System befindlichen 120 NWK wurde die Anzahl der NWK für den Einstellungsjahrgang 2009 auf 165 Personen erhöht. Aufsetzend auf dieser Basis sehen die Einstellungszahlen für das Jahr 2010 aufgrund der Ausbildungsoffensive weitere 60 Einstellungen von NWK vor. Siehe hierzu auch Bürger-schaftsdrucksache 19/2250.

Neben der erhöhten Anzahl von NWK tragen auch die tariflich bzw. gesetzlich bedingten Steigerungen der Bezüge zu einer Ansatzerhöhung bei.

In der Summe betragen die Ansätze für Personalaufwendungen der NWK 7.274 Tsd. Euro in 2011 und 6.905 Tsd. Euro in 2012. Aufgrund der angestrebten Reduzierung des Weihnachtsgeldes für Beamtenan-wärterinnen und -anwärter können Einsparungen von 179 Tsd. Euro (2011) bzw. 164 Tsd. Euro (2012) erzielt werden.

Diese Position setzt sich aus den Aufwendungen für die unterschiedlichen NWK-Zielgruppen zusammen:

- NWK-Regelbudget (inkl. Sonderbudget für Laufbahnaufsteiger für die NWK aus dem mittleren in den gehobe-nen Dienst) mit **6.445 Tsd. Euro** in 2011 und **5.925 Tsd. Euro** in 2012
- NWK-Sonderbudget Ausbildungsoffensive mit **829 Tsd. Euro** in 2011 und **762 Tsd. Euro** in 2012
- NWK-Sonderbudget für den BeschäftigungsPool (Aufwendungen für fertig ausgebildete NWK, die im Anschluss an die Ausbildung keine direkte Anschlussverwendung finden) mit zunächst noch **0 Tsd. Euro** in 2011 und **218 Tsd. Euro** in 2012.

Die Aufwendungen für diese Wirtschaftsplanposition werden durch entsprechende zweckgebundene Ertragsposi-tionen „Zuschüsse FHH für NWK (02114)“ und „Zuschüsse FHH Versorgungszuschläge NWK (02115)“ gedeckt.

8. Abschreibungen

Für immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen, die gemäß Eröffnungsbilanz zum 1.1.2011 einen Buchwert in Höhe von rd. 1.257 Tsd. Euro hatten, sind für die beiden Jahre 2011 und 2012 jeweils Abschreibungswerte (08111) in Höhe von **203 Tsd. Euro** anzusetzen. Aufgrund der Abschreibungsregelungen für GWG-Sammelposten (pauschale Abschreibung über 5 Jahre nach Anschaffung) ist in den Jahren ab 2013 wieder von geringeren Abschreibungswerten auszugehen.

Hierbei handelt es sich um einen nicht-zahlungswirksamen Buchungsvorgang, der die Aufwandsposition und damit den Jahresfehlbetrag erhöht. Grundsätzlich sollte es das Ziel sein, diesen Aufwand auch im Rahmen der betrieblichen Tätigkeit zu erwirtschaften.

9. Sonstige Aufwendungen

In dieser Wirtschaftsplanposition werden die unterschiedlichen Aufwendungen des allgemeinen Geschäftsbetriebes abgebildet. Es entspricht damit in weiten Teilen den ehemaligen „*Aufwendungen aus dem Geschäftsbetrieb*“. Darunter befinden sich unter anderem die Aufwendungen für IT-Dienstleistungen (09112) mit 211 Tsd. Euro in 2011/2012, für IT-Betriebs- und Supportleistungen (09111) mit 208 Tsd. Euro in 2011/2012 oder für Öffentlichkeitsarbeit und Werbung/Marketing (09113) mit 150 Tsd. Euro in 2011/2012. Insgesamt weist diese Position, die darüber hinaus auch noch weitere Aufwendungen für zum Beispiel die ZAF-interne Aus- und Fortbildung (25 Tsd. Euro), Büromaterial und Geschäftsbedarf (12 bzw. 14 Tsd. Euro) oder IT-Verbrauchsmaterialien (21 Tsd. Euro) umfasst, in 2011 **769 Tsd. Euro** und in 2012 **771 Tsd. Euro** aus.

Der Ansatz der Aufwendungen für die IT-Betriebs- und Supportleistungen (09111) in Höhe von 208 Tsd. Euro umfasst die laufenden Kosten für die im ZAF bestehenden und neu eingeführten Software-Fachanwendungen und setzt sich dabei zusammen aus den Kosten für die Fachanwendung CLIX (Fortbildungsplanungs- und -verwaltungssoftware/Lernplattform) in Höhe von 117 Tsd. Euro, wovon 56 Tsd. Euro auf die laufenden Betriebskosten, 26 Tsd. Euro auf die Userlizenzen und 35 Tsd. Euro auf regelmäßige Anpassungsprogrammerungen entfallen. Des Weiteren sind hier die Aufwendungen für das Online-Selbst einschätzungsverfahren C!You in Höhe von 10 Tsd. Euro und das Online-Bewerbungsverfahren in Höhe von 1 Tsd. Euro veranschlagt. Neu hinzugekommen sind die Aufwendungen für das neue SAP-System für Hamburger Landesbetriebe in Höhe von 80 Tsd. Euro, die sich wiederum zusammensetzen aus 70 Tsd. Euro für die Rechenzentrumslieistungen sowie 10 Tsd. Euro für den Support des Systems.

Der Ansatz der Aufwendungen für die IT-Dienstleistungen (09112) in 2011 und 2012 umfasst insgesamt 211 Tsd. Euro und setzt sich zusammen aus dem neuen Budget in Höhe von 192 Tsd. Euro für die Großkundenvereinbarung (GKV), die BASIS-Kosten (ehemals ESARI) und die Kosten für Telefonanschlüsse und -montagen (ohne Telefonverbindungsentsgelte). Darüber hinaus sind hier noch 19 Tsd. Euro für sonstige IT-Dienstleistungen wie zum Beispiel die Nutzungsgebühren oder Infodienste (Geo-Info) oder die SAP-Lizenzgebühren veranschlagt.

10. Ergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit

Das geplante Ergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt für das Jahr 2011 **-417 Tsd. Euro** und für das Jahr 2012 **-886 Tsd. Euro**.

17. Ordentliches Ergebnis

Das Ordentliche Ergebnis beträgt für das Wirtschaftsjahr 2011 **- 417 Tsd. Euro** und für 2012 **- 886 Tsd. Euro**.

18. Außerordentliche Erträge

Unter dieser Wirtschaftsplanposition werden die Erträge aus der Gewährleistung der Versorgungszusagen durch die FHH (18111) in Höhe von 82 Tsd. Euro ausgewiesen, die zusammen mit den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (s.o.) in Höhe von 47 Tsd. Euro die Aufwendungen für die Zuführung zu den Personalrückstellungen in Höhe von 129 Tsd. Euro neutralisieren.

20. Außerordentliches Ergebnis

Das geplante außerordentliche Ergebnis beträgt jeweils für die Wirtschaftsjahre 2011 und 2012 jeweils **82 Tsd. Euro**.

23. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Der geplante Jahresfehlbetrag beträgt für das Wirtschaftsjahr 2011 **335 Tsd. Euro** und für 2012 **804 Tsd. Euro**.

Erläuterungen zum Überleitungsplan:

Aus den einzelnen Sachkonten, die im Wesentlichen hinter den Wirtschaftsplanpositionen „**Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit**“ und „**Sonstige Aufwendungen**“ stehen, werden überwiegend auch die ehemaligen Ansätze der Budgets für die „zentrale/dezentrale Fortbildung (5250)“, die „Ausbildung (5252)“, die „Verwaltungsreform (5210)“, die „IT-Fortbildung (5350)“ und „Migration (5253)“ zusammengesetzt. Diese werden jedoch im neuen doppischen Wirtschaftsplan nicht mehr explizit ausgewiesen. Künftig erfolgt hier eine Abbildung dieser Budgets über entsprechende Kostenstellen/Kostenträger/Profit-Center in der Kosten- und Leistungsrechnung/Profit-Center-Rechnung des ZAF. Die einzelnen Budgets (siehe hierzu auch den Überleitungsplan) setzen sich nach wie vor aus folgenden Wirtschaftsplanpositionen zusammen:

- Budget „zentrale/dezentrale Fortbildung“

Das Budget für die fach- und ressortübergreifende Fortbildung setzt sich zusammen aus *Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit* (Lehr- und Unterrichtsmaterialien, Kopierkosten, Lebensmittel, Betriebs- und Hilfsstoffe sowie Material für Reparatur und Instandhaltung der Maschinen und Geräte) in Höhe von 242 Tsd. Euro in 2011 und 233 Tsd. Euro in 2012, *Aufwendungen für bezogene Leistungen* (Dozentenleistungen, Cateringleistungen, externe Serviceleistungen) in Höhe von 2.954 Tsd. Euro in 2011 und 2.842 Tsd. Euro in 2012 sowie *Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten* (Personaldienstleistungen) in Höhe von jeweils 30 Tsd. Euro in 2011 und 2012. Hierin sind auch die Aufwendungen für die Umsetzung des Projekts HERAKLES sowie des SAP-Altverfahrens veranschlagt.

Der Gesamtansatz aller Aufwendungen im Zusammenhang mit der fach- und ressortübergreifenden Fortbildung (Budget) liegt hier bei **3.226 Tsd. Euro** in 2011 und **3.105 Tsd. Euro** in 2012.

- Budget „Fortbildung Verwaltungsreform“

Die Aufwendungen für die Verwaltungsreform, für die das ZAF mit der Drucksache 18/5010 „Unterrichtung der Bürgerschaft über organisatorische und personalwirtschaftliche Maßnahmen für die Bezirksverwaltung im Rahmen der Verwaltungsreform und zur Beschlussfassung über Veränderungen in den Stellenplänen der Bezirksamter“ Mittel in Höhe von 175 Tsd. Euro für 2007 und 75 Tsd. Euro für 2008 bewilligt bekommen hat, werden in diesem Konto veranschlagt. Die in diesem Zusammenhang bewilligten Mittel sind zeitlich verzögert in Anspruch genommen worden, da sich auch die Eröffnung der Dienstleistungszentren zum Teil deut-

lich verschoben hat. Nach einem neuen mit den Bezirken und der Finanzbehörde vereinbarten Konzept werden Maßnahmen auch in den Folgejahren bis ins Wirtschaftsjahr 2012 hinein umgesetzt.

Für das Budget Fortbildung Verwaltungsreform sind in 2011 und 2012 keine Ansätze geplant.

- Budget „Ausbildung“

Das Budget für die Ausbildung setzt sich zusammen aus *Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit* (Lehr- und Unterrichtsmaterialien) in Höhe von jeweils 8 Tsd. Euro in 2011 und 2012 und aus *Aufwendungen für bezogene Leistungen* (externe Serviceleistungen, Methoden- und Konzeptionsentwicklung, Studiengebühren/Erstattungen an die HAW) in Höhe von 130 Tsd. Euro in 2011 und 109 Tsd. Euro in 2012. Des Weiteren fließen in dieses Budget auch *sonstige Aufwendungen* (Öffentlichkeitsarbeit und Werbung/Marketing, Zeitungen und Fachliteratur, Büromaterial/Geschäftsbedarf) in Höhe von insgesamt 63 Tsd. Euro in 2011 und 65 Tsd. Euro in 2012 mit ein. Darüber hinaus umfasst dieses Budget erstmalig auch *Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter* (Aufwendungen für nebenamtlich, nebenberuflich oder ehrenamtlich Tätige im Zusammenhang mit der Durchführung von Prüfungen nach dem Berufsbildungsgesetz) in Höhe von jeweils 16 Tsd. Euro in 2011 und 2012.

Hierin sind u.a. enthalten die Beiträge für die Weiterentwicklung des Studiengangs des ehemaligen gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes an der HAW (jährlich 10 Tsd. Euro), die Kostenerstattungsbeiträge an die Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) für die Teilnahme an Ausbildungsgängen durch das Land Bremen und die Justizbehörde (81 Tsd. Euro 2011, 60 Tsd. Euro 2012), die sonstigen Ausbildungsmittel der Verwaltungsschule (15 Tsd. Euro; als Konsolidierungsbeitrag wurden gegenüber dem Vorjahresansatz auch hier 5 T€ weniger veranschlagt), die Aufwendungen, die für die Umsetzung der Ausbildungsoffensive benötigt werden (Kostenerstattung an die HAW, jährlich 35 Tsd. Euro) oder die Marketingaufwendungen in Höhe von jährlich 60 Tsd. Euro (der Vorjahresansatz wurde um 20 Tsd. Euro als Konsolidierungsbeitrag abgesenkt).

Der Gesamtansatz aller Aufwendungen im Zusammenhang mit der Ausbildung (Budget) liegt hier bei **217 Tsd. Euro** in 2011 und **198 Tsd. Euro** in 2012.

- Budget „IT-Fortbildung“

Die geplanten Aufwendungen im Bereich der IT-Fortbildung fallen entsprechend der veranschlagten Erträge aus der IT-Qualifizierungsoffensive für das Jahr 2011 in einer ähnlichen Größenordnung wie in den vorigen Wirtschaftsjahren aus. Sie spiegeln sich überwiegend unter den *Aufwendungen für bezogene Leistungen* (externe Fortbildungsleistungen) wieder. Darüber hinaus werden hieraus auch Aufwendungen für Aufbau- und weiterführende IT-Schulungen geleistet, die i.d.R. aus den Finanzierungsbeiträgen der Behörden und Ämter finanziert werden. Gleiches gilt für die Finanzierung der Grundlagenschulungen nach Ende der Qualifizierungsoffensive.

Der Gesamtansatz aller Aufwendungen im Zusammenhang mit der IT-Fortbildung (Budget) liegt hier bei **1.115 Tsd. Euro** in 2011 und **250 Tsd. Euro** in 2012.

- Budget „Migration“

Für das ausbildungsübergreifende Projekt zur Förderung der Integration von Nachwuchskräften mit Migrationshintergrund, das der Senat am 31.10.2006 für eine Laufzeit von 5 Jahren (bis 2011) eingesetzt hat, wurde erstmalig ein Ansatz für die Wirtschaftsjahre 2009 und 2010 eingestellt.

Dieser fließt planmäßig mit 80 Tsd. Euro in die *sonstigen Aufwendungen* (Öffentlichkeitsarbeit und Werbung/Marketing), mit 20 Tsd. Euro in die Aufwendungen für bezogene Leistungen (Dozentenleistungen, Externe Fortbildungsleistungen etc.) und mit 81 Tsd. Euro in den *Personalaufwand* ein (Finanzierung einer A 10 Stelle für eine Nachwuchskraft mit Migrationshintergrund zur administrativen Unterstützung des Projekts sowie eine 0,5 Stelle Wissenschaftliche Angestellte/r Eignungsdiagnostik). Aus den Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit und Werbung/Marketing werden auch ausbildungsübergreifende Maßnahmen (gemeinsame Aktivitäten von Polizei, Feuerwehr, Strafvollzug, Justiz- und Steuerverwaltung, Allgemeine Verwaltung) sowie Maßnahmen zur kulturairen Gestaltung von Auswahlverfahren finanziert. Dieser Ansatz wird für die Wirtschaftsjahre 2011 und 2012 fortgeschrieben.

Der Gesamtansatz aller Aufwendungen im Zusammenhang mit der Migration (Budget) ohne die Personalaufwendungen liegt hier bei jeweils **100 Tsd. Euro** in 2011 und 2012.

B. Finanzierungsplan

I. Finanzbedarf

Unter dem Finanzbedarf werden im Finanzierungsplan zum einen die erforderlichen Mittel für Investitionsbedarfe (Investitionen) sowie zum anderen der sonstige Finanzbedarf, der sich aus der Abdeckung des im Vorjahr nicht gedeckten Finanzbedarfes (Verlustvortrag), evtl. erforderlichen Ablieferungen an den Haushalt oder einem Jahresfehlbetrag ergeben kann, abgebildet.

1. Investitionen

Neue Investitionen werden für die Wirtschaftsjahre 2011 und 2012 nicht geplant.

2. Sonstiger Finanzbedarf

Es entstehen Jahresfehlbeträge von **335 Tsd. Euro** im Jahr 2011 bzw. **804 Tsd. Euro** im Jahr 2012.

II. Deckungsmittel

Unter den Deckungsmitteln werden mit Ausnahme der Zuschüsse im Rahmen von Investitionstätigkeiten künftig keine weiteren betrieblichen Zuschüsse mehr ausgewiesen – diese finden sich künftig im Erfolgsplan unter den Erträgen aus Transferleistungen wieder.

Zur Deckung des Finanzbedarfes werden Entnahmen aus der Allgemeinen Rücklage (im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel) getätigt bzw. bereitgestellte Investitionszuschüsse in Anspruch genommen.

Zur Deckung seiner Jahresfehlbeträge setzt das ZAF folgende Mittel ein:

- II.3 Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage (nicht verbrauchte Deckungsmittel)

Um den Finanzbedarf der Jahre 2011 und 2012 zu decken, werden Mittel in Höhe von **335 Tsd. Euro** (2011) bzw. **647 Tsd. Euro** (2012) aus den in den Vorjahren nicht benötigten Deckungsmitteln (Allgemeine Rücklagen) entnommen.

- II.4 Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage (Restvermögen Verwaltungsseminar Kupferhof e.V.):

Der Verein Verwaltungsseminar Kupferhof e.V. wurde nach Schließung des Standorts zum 31.3.2008 aufgelöst. Das verbleibende Vermögen des Vereins wurde satzungsgemäß Zwecken der Aus- und Fortbildung zugeführt und entsprechend dem ZAF zur Verfügung gestellt. Dem ZAF ist in 2008 ein außerordentlicher Ertrag von 740 Tsd. Euro zugeflossen, der als zweckgebundene Rücklage in die zur Verfügung stehenden Deckungsmittel eingestellt wurde.

Aus dieser Rücklage wurden im Ansatz 2008 bereits 201 Tsd. Euro zur Finanzierung der Investitionskosten des neuen Standorts sowie 149 Tsd. Euro im Jahr 2009 und 233 Tsd. Euro im Jahr 2010 zur Deckung der Finanzbedarfe (Verlustausgleich) entnommen. Der verbliebene Restbetrag in Höhe von **157 Tsd. Euro** wird nunmehr zur Deckung des Finanzbedarfs (Verlustausgleich) des Jahres 2012 eingesetzt.

III. Noch verfügbare Deckungsmittel

Durch die Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage (in den Vorjahren nicht benötigte Deckungsmittel) in Höhe von 335 Tsd. Euro in 2011 und insgesamt 804 Tsd. Euro in 2012 können die Jahresfehlbeträge jeweils zum Jahresende auf einen Wert von **0 Tsd. Euro** ausgeglichenen werden.

Produktinformationen

Produktgruppe: Zentrum für Aus- und Fortbildung

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung
<p>Z 1: Förderung der Wissens-, Handlungs- und Methodenkompetenz der Beschäftigten sowie der Sozial- und Steuerungskompetenz der Führungskräfte in der hamburgischen Verwaltung.</p> <p>Z 2: Sicherstellung der Handlungs- und Zukunftsfähigkeit der hamburgischen Verwaltung durch die Rekrutierung, Betreuung und Ausbildung von qualifizierten Nachwuchskräften für den mittleren und gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst</p> <p>Z 3: Fachlich-methodische Beratung des Senats und der Behörden und Ämter in Fragen der Aus- und Fortbildung</p> <p>Entwicklung: Das Zentrum für Aus- und Fortbildung soll die klare inhaltliche Ausrichtung der fach- und ressortübergreifenden Aus- und Fortbildung an den strategischen Zielen des Senats einerseits und den sich aus der Praxis ergebenden Anforderungen andererseits leisten. In diesem Zusammenhang stellt das ZAF auch eine kompetente fachliche Beratung gegenüber den Behörden und Ämtern bei strategischen Fragen zur beruflichen Aus- und Fortbildung zur Verfügung und fördert die Entwicklung sowie Einhaltung von Standards in der Aus- und Fortbildung. Darüber hinaus realisiert das ZAF im Auftrag von Projekten wie NHH oder HERAKLES die Projektfortbildung.</p>
Produkte

Haushaltsdaten	Erg. 2008	Erg. 2009	Vorl. Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	9.242	10.387	11.314	18.766	16.967
• Erträge aus Geschäftstätigkeit	3.870	5.244	5.787	5.939	4.524
davon: Erträge aus Festtitel	1.605	1.701	1.591	1.534	1.534
• Erträge aus Transferleistungen (Zuschüsse)	5.372	5.116	5.493	12.666	12.282
• Sonstige Erträge	0	27	34	79	79
• Außerordentliche Erträge	0	0	0	82	82
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	8.746	10.392	10.819	19.101	17.771
• Personalausgaben ZAF-Beschäftigte	3.294	4.264	4.936	4.935	4.984
• Sach- und Fachausgaben gesamt	5.452	6.128	5.883	6.892	5.882
Personalausgaben Nachwuchskräfte mittlerer und gehobener allgemeiner Verwaltungsdienst einschl. Aufstieg*)	-	-	-	7.274	6.905
Rückerstattung an den Haushalt	0	0	10	0	0
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.384	117	57	0	0

Kostenkennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Vorl. Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012
Verwaltungsdienstleistung Personalamt in Tsd. EUR	208	208	208	208	208

Quantitätskennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Erg. 2010	Plan 2011	Plan 2012
Vollzeitäquivalente	59,1	82,6	85,8	92	92

*: Bisher veranschlagt im Kapitel 1140, Z 70-Titel

Produktbereich: 01
Personalamt

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Erg. 2010	Plan 2011	Plan 2012
Produkt 1: Berufliche Fort- und Weiterbildung					
Anzahl der Veranstaltungen					
zentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung	515	796	894	600	600
dezentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung	858	750	630	600	600
IT-Fortbildung	251	258	317	250	500
IT-Qualifizierungsoffensive	378	885	1.201	750	0
Projekte	1.159	601	558	850	850
Anzahl Teilnehmer/-innen					
zentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung	6.873	10.264	11.167	7.200	7.200
dezentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung	8.725	7.231	6.293	7.200	7.200
IT-Fortbildung	1.898	1.804	2.419	8.000	8.000
IT-Qualifizierungsoffensive	3.386	8.300	11.820	9.000	0
Projekte	6.528	6.303	5.503	7.500	7.500
Anzahl Teilnahmetage					
zentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung	13.822	24.951	20.011	16.500	16.500
dezentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung	12.082	13.789	9.101	16.500	16.500
IT-Fortbildung	2.236	2.209	2.896	3.600	7.200
IT-Qualifizierungsoffensive	3.671	8.417	12.109	10.800	0
Projekte	30.859	14.205	9.083	15.300	15.300
Durchschnittliche Veranstaltungsdauer (in Tagen)					
zentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung	2,03	2,31	1,83	2,3	2,3
dezentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung	1,74	1,77	1,87	1,5	1,5
IT-Fortbildung /			1,28		
IT Qualifizierungsoffensive	1,32	1,33	1,03	1,2	1,2
Projekte	2,48	1,61	2,14	1,8	1,8
Auslastungsgrad					
zentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung	81 %	82 %	83 %	82 %	82 %
dezentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung	80 %	79 %	82 %	80 %	80 %
IT-Fortbildung /			76 %		
IT Qualifizierungsoffensive	78 %	78 %	87 %	80 %	80 %
Projekte	80 %	85 %	79 %	80 %	80 %
Durchschnittliche Anzahl an Teilnehmer/-innen					
zentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung	13,35	12,89	12,49	12	12
dezentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung	10,17	9,64	9,99	12	12
IT-Fortbildung /			7,63		
IT Qualifizierungsoffensive	7,56	6,99	9,84	8	8
Projekte	8,55	9,83	9,86	10	10
Geschlechterverhältnis / Anteil Frauen					
zentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung	63 %	64 %	61 %	50 %	50 %
dezentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung	58 %	60 %	61 %	50 %	50 %
IT-Fortbildung /			57 %		
IT-Qualifizierungsoffensive	58 %	58 %	66 %	50 %	50 %
Projekte	63 %	59 %	61 %	50 %	50 %
Geschlechterverhältnis / Anteil Männer					
zentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung	37 %	36 %	39 %	50 %	50 %
dezentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung	42 %	40 %	39 %	50 %	50 %
IT-Fortbildung /			42 %		
IT-Qualifizierungsoffensive	42 %	42 %	34 %	50 %	50 %
Projekte	37 %	41 %	39 %	50 %	50 %

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Erg. 2010	Plan 2011	Plan 2012
Durchschnittliche Kosten pro Teilnahmetag Fortbildung (ohne Führungsfortbildung, ohne IT-Fortbildung), citynah	90 €	90 €	85 €	85 €	85 €
Durchschnittliche Kosten pro Teilnahmetag Fortbildung (Führungsfortbildung), citynah	90 €	90 €	95 €	95 €	95 €
Durchschnittliche Kosten pro Teilnahmetag IT-Fortbildung (Grundlagen- und Standardseminare)	115 €	105 €	100 €	100 €	100 €
Produkt 2: Berufliche Ausbildung					
Anzahl der betreuten Nachwuchskräfte im mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst	150	180	238	220	180
Anzahl der betreuten Nachwuchskräfte im gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst	160	190	258	235	220
Produkt 3: Personalauswahl					
Bewerbungen pro Einstellungen im Auswahlverfahren des mittleren allgemeinen Verwaltungsdienstes	13	10	8	12	12
Bewerbungen pro Einstellungen im Auswahlverfahren des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes	17	11	13	12	12
Anzahl der Einstellungen auf Grundlage der Nachwuchsbedarfsplanung im mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst	64	91	120	60	60
Anteil der neu eingestellten Nachwuchskräfte mit Migrationshintergrund im mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst	21,9%	24,2%	26,9%	20%	25%
Anzahl der Einstellungen auf Grundlage der Nachwuchsbedarfsplanung im gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst	58	75	92	60	60
Anteil der neu eingestellten Nachwuchskräfte mit Migrationshintergrund im gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst	15,5%	13,3%	16,3%	20%	15%

Überleitungsplan

Überleitungsplan

Wirtschaftsplankonto 2010/2011	Bezeichnung	Betrag in Tsd. Euro	Betrag in Tsd. Euro	Newe Wirtschaftsplanzuordnung ab 2011	Betrag in Tsd. Euro
		2011	2012	neue doppische Wirtschaftsplanzuordnung	2011
A. ERFOLGSPLAN					
Erträge					
1. Betriebsentgelte					
1190	Finanzierungsbeiträge Behörden, LHO-Betriebe	1.534	1.543	1. Erträge aus Geschäftstätigkeit 1.1 Privatrechtliche Entgelte (01111 Festtitel Behörden, LHO-Betriebe)	1.534
Summe 1.		1.534	1.534	-	1.534
2. Sonstige Erträge					
1191	Zusätzliche Erträge (außerhalb der Festtitel)	630	720	1. Erträge aus Geschäftstätigkeit 1.1 Privatrechtliche Entgelte (01112 Erträge außerhalb der Festtitel)	630
1192	Zusätzliche Erträge Projekt Qualifizierung Rückkehrende Asklepios-Kliniken	700	700	1. Erträge aus Geschäftstätigkeit 1.1 Privatrechtliche Entgelte (01113 Projekt Qualifizierung Rückkehren de Asklepios-Kliniken)	700
1193	Zusätzliche Erträge Projekt Qualifizierung NHH	1.150	1.200	1. Erträge aus Geschäftstätigkeit 1.1 Privatrechtliche Entgelte (01114 Projekt Qualifizierung NHH)	1.150
1194	Zusätzliche Erträge aus IT-Qualifizierungsoffensive	1.300	0	1. Erträge aus Geschäftstätigkeit 1.1 Privatrechtliche Entgelte (01115 Projekt IT-Qualifizierungsoffensive)	1.300
1195	Zusätzliche Erträge Projekt HERAKLES	525	300	1. Erträge aus Geschäftstätigkeit 1.1 Privatrechtliche Entgelte (01116 Projekt HERAKLES)	525
1196	Zusätzliche Erträge aus SAP-Altverfahren	100	70	1. Erträge aus Geschäftstätigkeit 1.1 Privatrechtliche Entgelte (01117 Projekt SAP-Altverfahren)	100
1197	Sonstige zusätzliche Erträge	32	32	4. Sonstige Erträge (04111 Erträge aus Personalkostenentlastungen)	32
Summe 2.		4.437	3.022		3.022
3. Zinsentgelte oder ähnliche Erträge					
Summe 3.		0	0	13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0
Gesamterträge		5.971	4.556		5.971

nachrichtlich:

in der neuen doppischen Wirtschaftsplansstruktur werden künftig alle betrieblichen Zuschüsse (mit Ausnahme der Investitionszuschüsse) unter den Erträgen in der Wirtschaftsplanzuordnung „1. Erträge aus Transferleistungen“ ausgewiesen (siehe hierzu auch die Erläuterungen und Darstellungen unter „B. Finanzierungsplan“)

Überleitungsplan

Überleitungsplan

Wirtschafts- plankonto 2010/2011	Bezeichnung	Betrag in Tsd. Euro	Betrag in Tsd. Euro	Neue Wirtschaftsplanzuordnung ab 2011	Betrag in Tsd. Euro	Betrag in Tsd. Euro
Aufwendungen						
1. Materialaufwendungen						
5250	Budget zentrale/dezentrale Fortbildung (ohne IT + Verwaltungsreform)	3.226	3.105	5. Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit 5.1 Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungs- wirtschaftliche Tätigkeit davon 05/11 Lebensmittel	242	233
Zwischensumme:				5.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen davon 05/21 Dozentenleistungen	100 2.954 2.858	98 2.842 2.750
5251	Budget Fortbildung (Verwaltungsreform)	0	0	5.3 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten u. Diensten	30	30
Zwischensumme:					3.226	3.105
5252	Budget Ausbildung	217	198	5. Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit 5.1 Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungs- wirtschaftliche Tätigkeit 5.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen davon 05/213 Studiengebühren (Kostenersstattung HAW)	8 130 116	8 109 95
Zwischensumme:				6. Personalaufwand 6.1.6 Sonstige Aufwendungen mit Lohn und Gehaltscharakter	16	16
5253	Budget Migration	100	100	9. Sonstige Aufwendungen davon 09/13 Öffentlichkeitsarbeit und Werbung/Marketing	63	65
Zwischensumme:					60	60
5350	Budget IT-Fortbildung	1.115	250	5. Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit 5.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen davon 05/211 Dozentenleistungen	20 10 5	20 10 5
Zwischensumme:				davon 05/212 Externe Fortbildungsleistungen	80	80
Summe 1.				9. Sonstige Aufwendungen davon 09/13 Öffentlichkeitsarbeit und Werbung/Marketing	80	80
2. Personalaufwendungen (ZAF-Beschäftigte)					100	100
2.1 Gehälter und Bezüge						
4110	Beamtenbezüge	1.694	1.694	6. Personalaufwand (ZAF-Beschäftigte) 6.1.2 Beamtenbezüge	1.694	1.694
4120	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.970	2.011	6. Personalaufwand (ZAF-Beschäftigte) 6.1.1 Beschäftigungsentgelte	1.970	2.011
4130	Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscha- rakter	25	25	6. Personalaufwand (ZAF-Beschäftigte) 6.1.6 Sonstige Aufwendungen mit Lohn und Gehaltscharakter	25	25
Summe 2.1		3.689	3.730		3.689	3.730

Überleitungsplan

Überleitungsplan

Wirtschafts- plankonto 2010/2011	Bezeichnung	Betrag in Tsd. Euro	2011	2012	Neue Wirtschaftsplanzuordnung ab 2011		Betrag in Tsd. Euro	2011	2012
					Betrag in Tsd. Euro	neue doppische Wirtschaftsplanposition			
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung Arbeitnehmer									
4210	Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	383	391	6. Personalaufwand (ZAF-Beschäftigte) 6.1.3 Sozialleistungen (Arbeitgeberanteil)			383	391	
4221	Versorgungszuschläge für Beamte	508	508	6. Personalaufwand (ZAF-Beschäftigte) 6.1.4 Versorgungsbezüge (Beamten/Beamte)			500 ¹⁾	500 ¹⁾	
4222	Versorgungszuschläge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	212	216	6. Personalaufwand (ZAF-Beschäftigte) 6.1.4 Versorgungsbezüge (Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer)			150 ¹⁾	150 ¹⁾	
4230	Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	68	68	6. Personalaufwand (ZAF-Beschäftigte) 6.1.3 Sozialleistungen (Beihilfe)			68	68	
4240	Beiträge zur Unfallkasse Nord	4	4	9. Sonstige Aufwendungen			4	4	
Summe 2.2		1.175	1.187	+ Absenkung der Versorgungsbezüge aufgrund des „Festbetrages“ = ursprüngliche Summe 2.2 (+70/74 Tsd. €)			1.105¹⁾	1.113¹⁾	
Summe 2		4.864	4.917	= ursprüngliche Summe 2. (+70/74 Tsd. €)			4.794¹⁾	4.843¹⁾	
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen									
3.1 Personalbedingte Aufwendungen									
5256	Aus- und Fortbildung	25	25	9. Sonstige Aufwendungen			25	25	
5276	Dienstreisen	8	8	9. Sonstige Aufwendungen			8	8	
Summe 3.1		33	33				33	33	
3.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung									
5176	Bewirtschaftung	356	356	5. Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit			113	113	
				5.1 Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungs- wirtschaftliche Tätigkeit			243	243	
				5.3 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten u. Diensten davon 05312/Betriebskosten			137	137	
				davon 05313/Gebäudereinigung			100	100	
5186	Mieten und Pachten	740	740	5. Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit			740	740	
				5.3 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten u. Diensten davon 05311/Mieten und Pachten			715	715	
5196	Bauunterhaltung	29	29	5. Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit			10	10	
				5.1 Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungs- wirtschaftliche Tätigkeit					
				5.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen					
Summe 3.2		1.125	1.125				1.125	1.125	

¹⁾ Mit der Einführung der doppelischen Buchführung wird gemäß der geltenden Verwaltungsvorschriften zu § 26 LHO im Rahmen des Gegenrechnungsverfahrens für die Versorgungsbezüge der Beamten/ Beamten und der Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer ein sogenannter „Festbetrag“ auf Basis der im vorletzten Jahr (vor Umstellung auf die Doppelk) tatsächlich gezahlten Versorgungszuschläge des ZAF ermittelt. Dieser Betrag in Höhe von 650 Tsd. € (500 Tsd. € für Beamten/Beamte + 150 Tsd. € für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer) ist durch das Zentrum für Personaldienste (ZPD) errechnet und mit der Finanzbehörde abgestimmt worden. Dieser Festbetrag bleibt konstant und wird nicht jährlich neu berechnet. Das Gegenrechnungsverfahren und damit auch der Festbetrag enden, sobald die tatsächlichen zu zahlenden Versorgungsleistungen höher sind, als der Festbetrag für die Versorgungszuschläge. Dies wird jährlich durch das ZPD ermittelt. Diesen Aufwendungen steht im Finanzierungsplan/in den Erträgen aus Transferleistungen auch ein entsprechender Zuschuss gegenüber.

Überleitungsplan

Überleitungsplan

Wirtschaftsplankonto 2010/2011		Bezeichnung	Betrag in Tsd. Euro	2011	2012	Neue Wirtschaftsplanzuordnung ab 2011		Betrag in Tsd. Euro	Betrag in Tsd. Euro
							neue doppische Wirtschaftsplanposition		
3.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb									
5116	Geschäftsbedarf		125	120		5. Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit			
						5.1 Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit		43	38
						5.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen		2	2
						9. Sonstige Aufwendungen		80	80
						davon 09113 Öffentlichkeitsarbeit und Werbung/Marketing		10	10
5396	Sonstige Aufwendungen des Geschäftsbetriebes		15	15		5. Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit		7	7
						a) Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit		8	8
						9. Sonstige Aufwendungen		229	229
5355	IT-Aufwendungen		229	229		davon 09111 IT-Betriebs- und Supportkosten		208	208
6716	IT-Betriebskosten (Dataport)		211	211		9. Sonstige Aufwendungen		211	211
						davon 09112 IT-Dienstleistungen		211	211
5395	Personalwerbung		5	5		9. Sonstige Aufwendungen		5	5
6451	Gebühren für Kassenleistungen		-	-				-	-
6452	Prüfungsgebühren		-	-				-	-
6715	Telefongebühren		50	50		9. Sonstige Aufwendungen		50	50
6717	Interne Erstattungen		42	42		5. Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit		36	36
						5.3 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten u. Diensten		6	6
6717	Leistungen ZPD		-	-		9. Sonstige Aufwendungen		-	-
6718	Leistungen AMD		-	-				-	-
6719	Erstattung BTS		-	-				-	-
6885	Verwaltungsdienstleistungen Personalamt		208	208		5. Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit		208	208
						5.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen		885	880
Summe 3.3		885	880						
3.4 Übrige sonstige Ausgaben		0	0						
Summe 3.4		0	0						
Summe 3.		2.043	2.038					2.043	2.038
Summe 1. bis 3. (Aufwendungen ohne NWK-Budgets)		11.565	10.608					11.495²⁾	10.534²⁾
						= ursprüngliche Summe 1. bis 3. (+7074 Tsd. €)		11.565	10.608

²⁾Anderung aufgrund der Berücksichtigung des neuen „Festbeitrages“ (s.o. unter der Fußnote 1)

Überleitungsplan

Überleitungsplan

Wirtschafts- plankonto 2010/2011	Bezeichnung	Betrag in Tsd. Euro	Betrag in Tsd. Euro	Neue Wirtschaftsplanzuordnung ab 2011	Betrag in Tsd. Euro	Betrag in Tsd. Euro
alte kameralistische Struktur		2011	2012	neue doppische Wirtschaftsplanzuordnung	2011	2012
Personalaufwendungen – Nachwuchskräfte mittlerer/gehobener Dienst						
4.1 Personalaufwendungen – Nachwuchskräfte mittlerer/gehobener Dienst (ehemals Z70)						
4.1.1 Aktivbezüge						
4310	Aktivbezüge Beamte	3.683	3.395	6. Personalaufwand (NWK mD/gD)	3.683	3.395
4320	Aktivbezüge Tarifbereich	1.165	1.041	6. Personalaufwand (NWK mD/gD)	1.165	1.041
Summe 4.1.1		4.848	4.436		4.848	4.436
4.1.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung						
4410	Versorgungszuschläge für Beamte	1.105	1.019	6. Personalaufwand (NWK mD/gD)	1.105	1.019
4420	Versorgungszuschläge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	105	94	6. Personalaufwand (NWK mD/gD)	105	94
4430	Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	147	136	6. Personalaufwand (NWK mD/gD)	147	136
Summe 4.1.2		1.357	1.249		1.357	1.249
Summe 4.1.1 + 4.1.2		6.205	5.685		6.205	5.685
4.1.3 Sonderbudget Laufbahnaufsteiger						
4510	Aktivbezüge Beamte	240	240	6. Personalaufwand (NWK mD/gD)	240	240
Summe 4.1.3		240	240		240	240
Summe 4.1		6.445	5.925		6.445	5.925
4.2 Personalaufwendungen – Nachwuchskräfte mittlerer/gehobener Dienst (Ausbildungsoffensive)						
4.2.1 Aktivbezüge						
4610	Aktivbezüge Beamte	242	242	6. Personalaufwand (NWK mD/gD)	242	242
4620	Aktivbezüge Tarifbereich	462	401	6. Personalaufwand (NWK mD/gD)	462	401
Summe 4.2.1		704	643	-	704	643
4.2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung						
4710	Versorgungszuschläge für Beamte	73	73	6. Personalaufwand (NWK mD/gD)	73	73
4720	Versorgungszuschläge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	42	36	6. Personalaufwand (NWK mD/gD)	42	36
4730	Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	10	10	6. Personalaufwand (NWK mD/gD)	10	10
Summe 4.2.2		125	119		125	119
Summe 4.2		829	762		829	762

Überleitungsplan

Wirtschafts- plankonto 2010/2011	Bezeichnung	Betrag in Tsd. Euro	Betrag in Tsd. Euro	Neue Wirtschaftsplanzuordnung ab 2011	Betrag in Tsd. Euro
alte kameralistische Struktur		2011	2012	neue doppische Wirtschaftsplanzuordnung	2011
4.3 Personalaufwendungen – Beschäftigungspool Ausbildungsoffensive mittlerer/gehobener Dienst					
4.3.1 Aktivbezüge					
4810	Aktivbezüge Beamte	0	0	6. Personalaufwand (NWK mD/gD)	0
4820	Aktivbezüge Tarifbereich	0	200	6.2.2 Beamtenbezüge 6. Personalaufwand (NWK mD/gD)	0
Summe 4.3.1		0	200	6.2.1 Beschäftigungsentgelte	0
4.3.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung					
4910	Versorgungszuschläge für Beamte	0	0	6. Personalaufwand (NWK mD/gD)	0
4920	Versorgungszuschläge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	18	6.2.4 Versorgungsbezüge (Beamtinnen/Beamte) 6. Personalaufwand (NWK mD/gD)	0
4930	Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	0	0	6.2.4 Versorgungsbezüge (Arbeitnehmterinnen/Arbeitnehmer) 6. Personalaufwand (NWK mD/gD)	0
Summe 4.3.2		0	18	6.2.3 Sozialleistungen (Beihilfe)	0
Summe 4.3		0	218		0
Summe 4.		7.274	6.905		218
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen		0	0		7.274
Summe 5.		0	0		6.905
6. Steuern		0	0		-
Summe 6.		0	0		-
Gesamtaufwendungen		18.839	17.513		-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag		-12.868	-12.957	= ursprüngliche Gesamtaufwendungen (+70/74 Tsd. €) = ursprünglicher Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-601⁴⁾
					-12.868 -12.957

³⁾ Änderung aufgrund der Berücksichtigung des neuen „Festbeitrages“ (s.o. unter der Fußnote 1)

⁴⁾ Durch die Berücksichtigung der betrieblichen Zuschüsse unter den Erträgen (Erträge aus Transferleistungen) ergibt sich hier ein geringerer Jahresfehlbetrag

Überleitungsplan

Überleitungsplan

Überleitungsplan

Bezeichnung	Betrag in Tsd. Euro	Betrag in Tsd. Euro	Neue Wirtschaftsplanzuordnung ab 2011		Betrag in Tsd. Euro	Betrag in Tsd. Euro
			2011	2012		
B. Finanzierungsplan						
Finanzbedarf						
1. Investitionen						
Gebäude	0	0	1.1.1 Investitionen (Gebäude)		0	0
Maschinen und Anlagen	0	0	1.1.2 Investitionen (Maschinen und Anlagen)		0	0
IT-Investitionen	0	0	1.1.3 Investition (IT)		0	0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	0	1.1.4 Investition (Betriebs- und Geschäftsausstattung)		0	0
Summe 1.						
2. Sonstiger Finanzbedarf						
Abdeckung des im Vorjahr nicht gedeckten Finanzbedarfs	0	0	1.2.1 Abdeckung des im Vorjahr nicht gedeckten Finanzbedarfs		0	0
Ablieferung an den Haushalt	0	0	1.2.2 Ablieferung an den Haushalt		0	0
Jahresfehlbetrag	12.868	12.957	1.2.3 Jahresfehlbetrag		-132	-601
Summe 2.	12.868	12.957			-132	-601
Gesamtsumme Finanzbedarf						
II. Deckungsmittel						
Jahresüberschuss	0	0	II.1 Jahresüberschuss		0	0
Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	0	0	II.2 Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel		0	0
Investitionszuschuss für IT-Technik (Titel: 1140.632.56)	0	0	II.5 Investitionszuschuss für IT-Technik (Titel: 1140.632.56)		0	0
Versorgungszuschläge ZAF-Beschäftigte (Titel: 1140.632.91)						
	720	724	2. Erträge aus Transferleistungen 02113 Zuschuss FHH für Versorgungszuschläge – ZAF - Beschäftigte (Titel: 1140.632.91)		650⁵⁾	650⁵⁾
			Künftig keine Ausweisung als Deckungsmittel			
	283	283	2. Erträge aus Transferleistungen 02112 Zuschuss FHH für laufende IT-Ausgaben (Titel: 1140.685.56)		283	283
			Künftig keine Ausweisung als Deckungsmittel			
Betriebszuschuss für IT-Ausgaben (Titel: 1140.685.56)			2. Erträge aus Transferleistungen 02111 Entgelte Leistungserbringung - Betriebszuschuss (Titel: 1140.685.02)		4.476	4.466
Betriebszuschuss aus dem Haushalt (Titel: 1140.685.02)			Künftig keine Ausweisung als Deckungsmittel			
Betriebszuschuss für sonstige Personalkostenerstattungen (Titel: 1140.685.03)	0	0	18. Außerordentliche Erträge Zuschuss FHH für besondere Erstattungen (Titel: 1140.685.03)		0	0
Investitionszuschuss aus dem Haushalt (Titel 1140.891.02)	0	0	Künftig keine Ausweisung als Deckungsmittel		0	0
			II.6 Investitionszuschuss aus dem Haushalt (Titel 1140.891.02)			

⁵⁾ Änderungen aufgrund der Berücksichtigung des neuen „Festbetrages“ (s.o. unter der Fußnote 1) dies schlägt sich auch in der Ertragsberechnung entsprechend nieder

Überleitungsplan

Überleitungsplan

Bezeichnung	Betrag in Tsd. Euro	Betrag in Tsd. Euro	Neue Wirtschaftsplanzuordnung ab 2011	Betrag in Tsd. Euro	Betrag in Tsd. Euro
alte kameralistische Struktur	2011	2012	neue doppische Wirtschaftsplanzuordnung	2011	2012
Enthnahme aus der Rücklage (Restvermögen Auflösung Verwaltungsseminar Kupferhof e.V.)	0	157	II.4 Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage – nicht verbrauchte Deckungsmittel (Restvermögen Auflösung Verwaltungsseminar Kupferhof e.V.)	0	157
Enthnahme aus der Rücklage (nicht verbrauchte Deckungsmittel)	132	444	II.3 Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage – nicht verbrauchte Deckungsmittel	132	444
Betriebszuschuss für NWK-Budget (Titel: 1140.685.04)	5.218	4.790	2. Erträge aus Transferleistungen 02114 Zuschuss FHH für NWK -Nachwuchskräfte (Titel: 1140.685.06)	5.932	5.643
Betriebszuschuss NWK-Ausbildungsoffensive (Titel: 1140.685.05)	714	653	Künftig keine Ausweisung als Deckungsmittel		
Betriebszuschuss für Beschäftigungspool Ausbildungsoffensive (Titel: 1140.685.06)	0	200	2. Erträge aus Transferleistungen 02115 Zuschuss FHH Versorgungszuschläge NWK - Nachwuchskräfte (Titel: 1140.632.91)		
Versorgungszuschläge NWK (Titel: 1140.632.91)	1.325	1.240	Künftig keine Ausweisung als Deckungsmittel	1.325	1.240
Summe Deckungsmittel	12.868	12.957	+ alle Zuschüsse (Erträge aus Transferleistungen) + Absenkung der Versorgungsbezüge aufgrund des „Festbeitrages“ Ursprüngliche Summe Deckungsmittel	132	601
II. Noch verfügbare Deckungsmittel (+)	0	0		12.798	12.957
III. Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)	-	-		70	74
				0^{b)}	0^{b)}

^{b)} bei den doppisch bedingten wertmäßigen Veränderungen im Bereich der Versorgungszuschläge (Ansatzreduzierung aufgrund des Festbeitrages) sowie der strukturellen Verschiebung der Zuschüsse in die Erträge handelt es sich vom Ergebnis her um wirtschaftsplanneutrale Veränderungen, da der Ansatzreduzierung bei den Versorgungszuschlägen (Festbeitrag) eine entsprechende Reduzierung des Zuschusses für Versorgungszuschläge (02113) für die ZAF-Beschäftigten gegenübersteht und die Zuschüsse nur aus dem Finanzierungsplan in die Position 2. Erträge aus Transferleistungen „verschoben“ wurden.

Weitere Veränderungen im neuen doppischen Wirtschaftsplan gegenüber dem alten kameralistischen Wirtschaftsplan ergeben sich durch die künftige Berücksichtigung von Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen (08111) sowie von Zuführungen zu den Pensions- (06151), Beihilfe- (06152), Altersteilzeitrückstellungen (06153). Diese sind in diesem Überleitungsplan, da es sich hierbei um „neue“ Wirtschaftsplanzpositionen handelt, noch nicht berücksichtigt worden:

- Die **Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und das Sachanlagen** (08111) werden die Gesamtaufwendungen in 2011/2012 um einen Betrag in Höhe von jeweils 203 Tsd. € erhöhen. Hierbei handelt es sich um einen nicht-zahlungswirksamen Buchungsvorgang, der zunächst die Aufwandsposition und damit den Jahresfehlbetrag erhöht, dabei aber nicht die verfügbare (kurzfristige) Liquidität einschränkt. Zum Ausgleich dieses zusätzlichen Aufwands ist die Position II.3 „Entnahme aus der allgemeinen Rücklage – nicht verbrauchte Deckungsmittel“ (s.o.) entsprechend auf 335 Tsd. € in 2011 und 647 Tsd. € in 2012 zu erhöhen (s. doppischer Wirtschaftsplanzentwurf).
- Die Berücksichtigung von **Pensions- (06151), Beihilfe- (06152), Altersteilzeitrückstellungen (06153)** werden die Gesamtaufwendungen voraussichtlich um 129 Tsd. € pro Jahr erhöhen. Diese werden jedoch gemäß den Vorschriften zu § 26 LHO durch entsprechende Ertragspositionen - z.B. Ertrag aus der Gewährleistung von Versorgungszusagen in Höhe von 82 Tsd. € (18111), Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 47 Tsd. € (04112) wieder ausgeglichen, so dass sich hier keine Auswirkungen auf das Jahresergebnis ergeben.

I. Stellenbestand

kw 2011/ 12	kw 2013	kw 2014	kw 2015	kw >2015	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 6,00 Bereich der Beamten/ Beamten 1,00 Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Wertigkeit	Anzahl	2011/12		2010	Vermerke
		davon	Vermerk Nr.		
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 16	1,00			1,00	
A 15	2,00			2,00	
A 14	6,00	1,00	1)	5,00	Vermerk weggefallen kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat nach Beendigung des Projekts Einführung eines kaufmännischen Rechnungswesens (Doppik)
A 13	10,00	2,00	12) 9)	9,00	kw: 2,00 BesGr. A 13 Studienrätin/ Studienrat nach Beendigung der Maßnahme zur Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010- Nachhaltiges Wachstum
A 13	0,00			1,00	
A 12	5,00			3,00	
A 11	7,00	1,00	11)	6,00	kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsaufmann nach Beendigung des Projekts Einführung des Neuen Haushaltswesens
A 10	1,75	1,00	6)	0,75	kw: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Beendigung des Projekts Migration
A 9	5,50	2,00	2)	5,00	Vermerk weggefallen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 14					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 1140; Stellentausch
A 14	-1,00								-1,00	Vermerk vollzug
A 14		1,00							1,00	gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltsbeschluss
A 13								-1,00	-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13		2,00							2,00	Erhöhter Verfahrens- und Betreuungsaufwand durch Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum
A 13						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1140; Stellentausch
A 12								1,00	1,00	Stellvertretende Leitung im Geschäftsbereich Ausbildung
A 12								1,00	-1,00	IT-Fortbildung Fachliche Leitstelle Clix
A 11								-1,00	-1,00	Stellvertretende Leitung im Geschäftsbereich Ausbildung
A 11								-1,00	-1,00	IT-Fortbildung Fachliche Leitstelle Clix
A 11		1,00					3,00		3,00	Kundenberatung und Programmplanung
A 11						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1140; Stellentausch
A 10		1,00							1,00	gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltsbeschluss, Einführung neues Haushaltswesen
A 9					1,00				1,00	gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss für das Projekt Migration
A 9		1,00							1,00	Verlagerung von Kapitel 1140; Stellentausch
									1,00	Erhöhter Verfahrens- und Betreuungsaufwand durch Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/12	alter Vermerk 2010
A 14	1) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat nach Beendigung des Projekts citynäher Standort des Zentrums für Aus- und Fortbildung (ZAF)
A 13	9) kw: 2,00 BesGr. A 13 Studienrätin/ Studienrat nach Beendigung der Maßnahme zur Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010- Nachhaltiges Wachstum	
A 11	11) kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Beendigung des Projekts Einführung des Neuen Haushaltssenses	
A 14	12) kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat nach Beendigung des Projekts Einführung eines kaufmännischen Rechnungswesens (Doppik)	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 9		1,00 2,00 1,00	3) 7) 10)	Vermerk weggefallen ku: 2,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor nach BesGr. E 9 kw: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor nach Beendigung der Maßnahme zur Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010- Nachhaltiges Wachstum	
A 9	2,60			2,60	
A 8	1,00			0,00	
A 7	1,00			5,00	
A 6	2,00	1,00 1,00	4) 8)	1,00	ku: 1,00 BesGr. A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär nach EntgGr. E 6 ku: 1,00 BesGr. A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär nach BesGr. E 5
Summe:	44,85			41,35	

A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00), Studiendirektorin/ Studiendirektor (1,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (3,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (1,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00), Studienrätin/ Studienrat (8,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (0,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (5,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (7,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,75)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (5,50)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (2,60)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)
 A 7 Regierungsobere Sekretärin/ Regierungsobere Sekretär (1,00)
 A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (2,00)

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 6	1,00			1,00	
Summe:	1,00			1,00	

A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	ausgebracht gemäß	
					§ 50a (1)	
A 6	0,00			1,00	Nr. 7	
A 6	1,00			0,00	Nr. 6	
gesamt:	1,00			1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	6,00		2,00	-2,00	2,00			7,00	
A 9			-1,00							-1,00 Bereinigung einer Doppelbuchung
Summe Beamten/ Beamte	-1,00	6,00	-1,00	2,00	-2,00	2,00	0,00	0,00	6,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	-3,00	
Summe Beamten/ Beamte insgesamt	-1,00	6,00	-1,00	2,00	-2,00	-0,50	0,00	0,00	3,50	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2011/ 12		Vermerk Nr.	2010	Anzahl	Vermerke
	Anzahl	davon				
Arbeitnehmer						
E 14	2,00			0,00		
E 13	6,00			2,52		
E 11	1,00			0,00		
E 9	5,62			2,63		
E 9	1,00			0,00		
E 8	17,65			10,50		
E 6	8,00			1,00		
E 5	10,07	1,00	5)	3,57		kw: 1,00 EntgGr. E 5 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 14			1,00						1,00	Übertragung eines Dienstpostens
E 14			1,00						1,00	zur Verstärkung im Geschäftsbereich Kundenberatung Führungsförderung
E 13			1,00						1,00	Erhöhter Verfahrens- und Betreuungsaufwand durch Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010
E 13			1,00				1,00		1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 13			1,00						1,00	Verstärkung der Lehrkapazität an der Verwaltungsschule
E 11			1,00						1,00	Interne und externe Kommunikation, Online-Redaktion im Geschäftsbereich Betriebliche Steuerung
E 9			1,00						1,00	Für die Leitung des Veranstaltungsservice
E 9			1,00						1,00	Verstärkung im Bereich Förderung der Integration von Migranten
E 9			1,00						1,00	Für den Bereich Rechnungswesen und Controlling
E 9			1,00						1,00	Verstärkung im Bereich Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten
E 9			1,00						1,00	Für die Terminplanung, Grundsatzsachbearbeitung
E 9			1,00						1,00	Sachbearbeitung Controlling und Rechnungswesen
E 8			1,00						1,00	Verstärkung der Seminaradministration im Bereich IT-Förderung
E 8			1,00						1,00	Für den Veranstaltungsservice im Geschäftsbereich Betriebliche Steuerung
E 8			4,00						4,00	Für die Teilnehmerbetreuung im Geschäftsbereich Fortbildung
E 8			1,00						1,00	Für eine Seminarassistenz im Bereich IT-Förderung
E 6			1,00						1,00	Für den Veranstaltungsservice im Geschäftsbereich Betriebliche Steuerung
E 6			1,00						1,00	Assistenz im Geschäftsbereich Fortbildung - Programmplanung
E 6			1,00						1,00	Verstärkung der Assistenz im Bereich Controlling und Rechnungswesen
E 6			1,00						1,00	Im Geschäftsbereich Betriebliche Steuerung für eine Assistenz der Fachlichen Leitstelle CLIX
E 6			1,00						1,00	Assistenz der Fortbildungsplanung
E 5			4,00						4,00	Für die Teilnehmerbetreuung im Geschäftsbereich Fortbildung
E 5			1,00						1,00	Für eine Seminarassistenz in der IT-Förderung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 3	6,78			1,50	
F 2 Ü	0,00			0,38	
Richtl. gD	1,48			1,48	
Summe:	59,60			23,58	
Summe (ohne *) insgesamt	104,45			64,93	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		28,00				1,00			29,00	
E 3		2,78								2,78 Für den Veranstaltungsservice
E 3		4,00								4,00 Für den Veranstaltungsservice im Geschäftsbereich Betriebliche Steuerung
<i>Summe Arbeitnehmer</i>		0,00	34,78	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	35,78	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>		0,00	1,25	-0,51	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,24
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>		0,00	36,03	-0,51	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	36,02
Summe (ohne *) insgesamt		-1,00	42,03	-1,51	2,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	39,52

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stellen außerhalb der Verwaltung, die Zuwendungen (über 100.000 Euro im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)

lfd. Nr.	Bezeichnung der Einrichtung (Zuwendungsempfänger)	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan
		2008	2009	2010	2011	2012
Euro						
1	Norddeutscher Rundfunk					
	Einnahmen					
	1. Drittmittel Sponsoring NDR Media					410.000
	2. Eigenmittel					430.000
	3. Zuwendung Hamburg					150.000
	Summe der Einnahmen					990.000
	Ausgaben					
	1. Personalausgaben					366.000
	2. Sachaufwendungen...					23.000
	3. Projektaufwendungen					601.000
	Summe der Ausgaben					990.000

Anlage 3.2

Liste der Zuwendungsempfänger, die Zuwendungen (bis zu 100.000 Euro im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)

Kapitel/Titel	Zuwendungsempfänger	Art der Zuwendung	Höhe der Zuwendung 2010	Höhe der Zuwendung 2011	Höhe der Zuwendung 2012
			Tsd. Euro		
1100.534.02	Hamburger Friedhöfe AöR	Projektförderung	226	217	166
1100.632.01	Europa Union Hamburg. e.V.	institutionelle Förderung	17	17	22
1100.681.03	GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit	Projektförderung	4	4	4
1100.681.03	GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit	Projektförderung	3	3	3
1100.681.03	WORLD UNIVERSITY SERVICE	Projektförderung	2	2	2
1100.681.03	Eine Welt Netzwerk e.V.	Projektförderung	70	70	70
1100.683.02	Gruner & Jahr	Projektförderung			100
1100.683.02	HWF	Projektförderung			15
1100.683.02	Haymarket	Projektförderung			20
1100.683.02	Lead Academy	Projektförderung			100

Übersicht über die in den Deckungskreisen 01 und 02 veranschlagten Mittel
Deckungskreis 01 / Zentrale Aufgaben Senatskanzlei

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2008		2009		2010		2011		2012	
		Tsd. Euro	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Tsd. Euro	Ansatz	VE	Tsd. Euro
1100	<u>Senat</u>										
534.03	Pflege der Beziehungen zu verfolgten ehem. Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs sowie ehem. Zwangsarbeitern und -arbeiterinnen/ Erinnerungskultur	176	20	164	65	210	150	200	150	200	150
543.02	Veranstaltungen	802	410	833	403	840	0	626	0	626	0
547.01	Städtepartnerschaften	335	219	356	241	400	200	450	200	450	200
547.02	Maßnahmen der Internationalen Zusammenarbeit	139	121	90	91	100	80	155	80	155	80
547.03	Maßnahmen der Ostseekooperation	195	187	233	213	300	0	130	100	130	100
547.05	Aufwendungen für den Contact Point INTERREG B Nordseeraum	510	59	628	55	473	200	472	200	473	200
632.01	Europapolitische Interessenvertretung	5	7	5	7	12	0	13	0	13	0
681.02	Ehrenrenten	325	58	358	108	400	220	340	200	340	200
681.03	Förderung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern	94	2	15	0	15	0	15	0	15	0
684.01	Zuschüsse für laufende Zwecke an sozialen und ähnlichen Einrichtungen	107	0	107	0	107	0	97	0	97	0
684.03	Zuschüsse für laufende Zwecke der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte	356	45	367	14	368	0	7	0	7	0
685.03	Kostenbeitrag der FH für gemeins. Sekretariate INTERREG IV B und IV C										
685.91	Mitgliedsbeiträge										
Summe	Deckungskreis 01	2.937	1.128	3.156	1.197	3.225	850	2.505	930	2.661	930

Anlage 4

Deckungskreis 02 / Hochbauinvestitionen		2008			2009			2010			2011			2012			
Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Tsd. Euro	Ansatz	VE	Tsd. Euro	Ansatz	VE	
<u>1100</u>	<u>Senat</u>				189	256	9	356	100	0	100	0	100	0	100	0	
701.01	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbau-ten																
<u>1140</u>	<u>Personalamt</u>																
701.01	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbau-ten				33	77	30	145	96	0	56	0	56	0	56	0	
Summe	Deckungskreis 02				222	333	39	501	196	0	156	0	156	0	156	0	

Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012	Haushaltsplan 2011/2012
von Kapitel/Titel	nach Kapitel/Titel
3760.112.01	1100.112.01
3760.119.94	1100.119.94
3760.162.01	1100.161.01
3760.282.02	1100.282.04
6610.271.40	1100.271.01
6610.547.40	1100.547.05
3760.683.02	1100.683.02
3760.685.01	1100.685.01
6610.685.01	1100.685.03
3760.686.01	1100.686.01
3760.892.02	1100.892.01

